

Klaus Kinner (Hrsg.)

## Linke zwischen den Orthodoxien



Von Havemann bis Dutschke

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 71



Rosa-Luxemburg-Stiftung

KLAUS KINNER (HRSG.)

**Linke zwischen den Orthodoxien**

Von Havemann bis Dutschke

Karl Dietz Verlag Berlin

Klaus Kinner (Hrsg.):  
Linke zwischen den Orthodoxien. Von Havemann bis Dutschke  
(Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 71)  
Berlin: Karl Dietz Verlag 2011

ISBN 978-3-320-02267-9

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2011  
Satz: Elke Jakubowski  
Umschlag: Heike Schmelter  
Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation  
Printed in Germany

# Inhalt

Einleitende Bemerkungen des Herausgebers 7

## Kapitel I

LOTHAR BISKY  
Wir haben die Entdeckungen noch vor uns 8

STEFAN BOLLINGER  
Geschichte, Programme und Politik  
Linkes Suchen, ewiges Hoffen und die Notwendigkeit,  
hier und heute Politik zu machen 15

JÜRGEN HOFMANN  
Bruch mit dem Stalinismus  
Rückblick auf eine notwendige Debatte 48

EDELBERT RICHTER  
Der linke Flügel der DDR-Bürgerbewegung 63

ANDREAS HEYER  
Robert Havemanns »Morgen« und der postmaterielle Utopiediskurs  
Zum Ausgleich von Ökologie, Marxismus  
und genossenschaftlichen Strukturen 70

ANDREAS HEYER  
Rudolf Bahros »Alternative«  
Ökologie, Demokratie und ein neuer Marxismus im Gewand der Utopie 93

## Kapitel II

HELGA GREBING  
Linkssozialisten – Entscheidung für die Sozialdemokratie 106

PHILIPP KUFFERATH Vom Parteinachwuchs der SPD zum Protagonisten der Neuen Linken Die Geschichte des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (1946–1968)	118
BJÖRN ALLMENDINGER Einblicke in den Rätediskurs Zu den programmatischen Ansätzen der 68er-Bewegung	127
GISELA NOTZ Selbstverwaltung und Alternativbewegung der 1960er und 1970er Jahre Das richtige Leben im falschen?	144
GISELA NOTZ »Mein Bauch gehört mir« Der Kampf der Frauen um das Recht auf Selbstbestimmung (§ 218 StGB)	159
HARALD REIN »Erwerbslose aller Länder – vereinigt euch!« Eine kurze Reise in die Widerstandsgeschichte von Erwerbslosen in Deutschland	171
MARKUS MOHR UND GERHARD HANLOSER Der westdeutsche Maoismus und die Partei Die Grünen	200
Autorenverzeichnis	217

# Einleitende Bemerkungen des Herausgebers

Am 19./20. Februar 2010 fand in Leipzig eine deutschlandweit besuchte und beachtete Konferenz zum Thema »Die Linke. Erbe und Tradition. Ein historisch-kritische Standortbestimmung« statt, die von einer zweibändigen Publikation begleitet wurde.<sup>1</sup> Konferenz und Reaktionen auf die Bände signalisierten das Bedürfnis nach einer Weiterführung der Diskussion.

Das vorliegende Buch greift diese Debatte auf und stellt die nicht publizierten Texte vom Februar sowie die seitdem in Reaktion auf den »Zweibänder« entstandenen Beiträge vor.

Konzentrierten sich Band 1 und 2 auf kommunistische und sozialdemokratische sowie linkssozialistische Wurzeln im Traditionsverständnis der Linken, so erfolgt im vorliegenden Band eine Fokussierung auf die Geschichtspolitik der Partei DIE LINKE und auf bislang unterbelichtete linke Traditionen in Ost- und Westdeutschland nach 1945.

Ein geplanter workshop und dieses Buch ordnen sich ein in die Programmdiskussion der Partei DIE LINKE. War die Konferenz und der Zweibänder im Februar 2010 Bestandteil des Auftaktes der Programmdiskussion, so führen workshop und dieser Band die Diskussion fort.

Herausgeber und Autoren sind sich dessen bewusst, dass auch der vorliegende Band schmerzliche Lücken lässt. Das betrifft vor allem die kommunistischen Traditionen in Westdeutschland und die Geschichte der SED. Aus diesem Grund haben wir uns entschlossen, die vorliegende Arbeit nicht als Band 3 »Erbe und Tradition«, sondern als selbständigen Titel in der Reihe »Texte« der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Karl Dietz Verlages erscheinen zu lassen. Der geplante Band 3 muss späterer Forschung vorbehalten bleiben.

Da unsere Intentionen nicht auf ein geschlossenes Geschichtsbild abzielen, sondern auf einen offenen Diskussionsprozess der Linken und der Partei DIE LINKE über ihr geschichtliches Selbstverständnis, sind Offenheit und Unvollkommenheit Elemente für produktives Weiterdenken.

Der Herausgeber

<sup>1</sup> Klaus Kinner (Hrsg): DIE LINKE – Erbe und Tradition. Teil 1: Kommunistische und sozialdemokratische Wurzeln. Teil 2: Wurzeln des Linkssozialismus. Berlin 2010.

## Wir haben die Entdeckungen noch vor uns

Wohin politisches Denken ohne Geschichte führen kann, hatte zu Beginn des Jahres 2010 der deutsche Außenminister demonstriert. Westerwelle verfrachtete den modernen Sozialismus in den langen Schatten der spätrömischen Dekadenz. Doch dieses Sinnbild des Luxus war wohl eher von Hollywood, denn von der Kulturgeschichte gespeist. Zu Recht ertete Westerwelle daraufhin harsche Kritik an dieser Beleidigung von Menschen, die sich im besten Falle tagtäglich gegen soziale Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit stemmen.

Man muss sich leider auch keine Illusionen machen, dass wir schon morgen vom »liberalen« Populismus à la Westerwelle befreit werden. Zu tief sitzen die historischen Machterfahrungen und die erprobten Strategien des Klassenkampfes von oben. Sie setzen immer wieder auf Teile und Herrsche. Der Versuch, Beschäftigte im Niedriglohnbereich gegen Menschen, die mit und ohne Erwerb auf Hartz IV angewiesen sind, gegeneinander auszuspielen, ist genauso durchsichtig wie die verlängerte »Kampf der Kulturen«-Debatte und politisch genauso schäbig. Trotzdem erreicht diese Masche der Empörung über den Müßiggang der eigentlich Ausgegrenzten häufig ihr Ziel. Sie trifft mitten in ein Klima, in dem eine reiche Gesellschaft, wie die unsrige, Menschen in unwürdige, existenzvernichtende Leiharbeit zwingt und Gesetze entwickelt, die Menschen ohne Erwerbsarbeit ihre Würde abspricht und demütigt.

Doch hinter diesem asozialen Getöse offenbart sich zum einen die Regierungsunfähigkeit einer Klientel- und Steuersenkungspartei. Zum anderen – und dies muss uns heute hier besonders interessieren – ist eine derartige politische Unvernunft, wie sie der politische Gegner in Gestalt der FDP zu Jahresbeginn ablieferte, auch die Folge einer 150-jährigen Kappung der eigenen libertären Wurzeln. Dieser Prozess beginnt mit dem raschen Anwachsen der Arbeiterbewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und gipfelt in der Schmalspurversion des Liberalismus der FDP.

Der politische Liberalismus war bis in die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts in der Arbeitnehmerschaft durchaus verwurzelt. Nur konnte schon damals das liberale Parteienprojekt mit den aufgeschlossenen, politisierten Arbeitern nichts mehr anfangen. Die Nationalliberalen verhalfen Bismarcks Gesetz »gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« zur Mehrheit. Mit ihrer Gefolgschaft gegenüber dem »eisernen« Kanzler hatten sie ihre Wurzeln von Freiheit und Gleichheit einer klassischen Klientel- und Machtsicherungspolitik geopfert.

Die Organisationsentwicklung auf Seiten der Arbeiterschaft, die schnell wachsende Sozialdemokratie, stand daraufhin verständlicherweise in den heftigsten Auseinandersetzungen mit dem politischen Liberalismus. Dies führte zugleich

auch zu einem gewissen Abschied auf Raten von libertären Gedanken innerhalb der sozialistischen Bewegung. Engels schrieb am 5. März 1892 an Kautsky folgende Mahnung: »Der Liberalismus ist die Wurzel des Sozialismus, will man also *radikal* verfahren, so muss man den Liberalismus kaputtmachen, dann verdorrt der Sozialismus von selbst.«<sup>1</sup>

Das Erbe des Liberalismus blieb in der dauernden, praktischen Abgrenzung der linken Bewegungen zum politischen Liberalismus nachvollziehbar ein schwieriges.

Diese kurze Besichtigung einer der Wurzeln der Linken wirft nochmals ein anderes Licht darauf, dass Westerwelles unmittelbar nach seinem Bild von der römischen Dekadenz im NRW-Wahlkampf den Untergang des Abendlandes durch einen »geistigen Sozialismus« beschwor. Er sah selbst das Bundesverfassungsgericht von diesem Virus befallen, und das staunende Publikum erlebte die Fortsetzung der eher traurigen Tradition der liberalen Selbstbeschränkung auf die Freiheiten des Marktes und die Nähe zu den Mächtigen. Diese allein wurden von Westerwelle zu den Leistungsträgern gekürt, und sie seien deshalb von jeglichen Einschränkungen, was man auch mit einer Verantwortung für das Gemeinwohl übersetzen kann, auszunehmen. Es ist schon bemerkenswert, dass der Rechtsstaat von diesen Neuliberalen gleich mit angegriffen wird, wenn der FDP eine Entscheidung nicht passt. Die FDP hält offenbar nur noch ihren geschichtslosen Rand, wenn Gesetze in Kanzleien vorgeschrieben werden, die Entwicklungshilfe zertrümmert wird oder Lobbyisten anderweitig die parlamentarische Demokratie bevölkern.

Sicherlich ist die Annahme nicht abwegig, dass FDP-Strategen sich weniger mit der Geschichte des Liberalismus seit 1848 beschäftigen, denn ihr »Weitblick« erschöpfte sich in einer kurzatmigen Verwirrung über ein Wahlplakat der LINKEN, auf dem zu lesen war: »Reichtum für alle«. Dabei hatten sie vergessen, dass DIE LINKE für die direkte Traditionslinie von spätrömischer Dekadenz und Sozialismus mit dem Plakat »Luxus für alle« aus dem Jahre 2005 viel mehr Nahrung geliefert hatte.

Ließe man sich tatsächlich auf das 19. und das vergangene Jahrhundert ein – welche Schätze könnte man für die moderne politische Kultur heben: Schätze, die zu den bürgerlichen Ideen der Freiheit, Gleichheit und einstmals noch ausschließenden Brüderlichkeit geführt haben.

Dazu muss man sich nicht den Kopf der FDP zerbrechen. Wir müssen auch ganz sicher nicht in Tränen ausbrechen, wenn die CDU ihr desaströses Wahlergebnis schweigend vor sich herträgt und insgeheim grübelt, wie sie als Volkspartei neben einer regierungsunfähigen FDP überlebt. Schmerzlicher ist für uns schon der Zustand der SPD. Wir wissen doch, mit Blick auf die vergangenen 200 Jahre, dass ihre Parteigeschichte all den Bodensatz der Geschichte der Linken mit offenlegt.<sup>2</sup>

1 Friedrich Engels an Karl Kautsky, 5. März 1892. In: MEW, Bd. 38, S. 288.

2 Zum Zeitpunkt des hier zum Artikel überarbeiteten Referats war der prognostische Höhenflug der Grünen noch kein Thema, genauso wenig wie die relativ zeitgleich sich formierenden überregionalen Proteste um Stuttgart 21 und die Blockaden im Wendland.

Nach 1848 die soziale Frage wirklich deutlich aus den Idealen der bürgerlichen Revolution geborene zu kennzeichnen, die Gesellschaftlichkeit unseres Handels und den moralischen Anspruch der Solidarität tatsächlich neben Freiheit und Gleichheit dauerhaft herauszuarbeiten und damit auch zu begründen, darin liegt das große Verdienst linken Denkens – und auch Handelns – im 19. und im 20. Jahrhundert.

Die geschichtliche Auseinandersetzung, so muss man feststellen, ist aber mitnichten eine beherzte Vergnügung der jungen parteipolitischen Linken in Deutschland. Oft geht sie eher mit wenig Geschichtsbewusstsein an die Entwicklung ihrer aktuellen politischen Schwerpunkte, an die Bestimmung strategischer Themen heran. Da stehen wir doch eher am Anfang und haben die großen Entdeckungen noch vor uns.

Die Klüfte, die Berg- und Tal-Landschaften einer politischen Debatte sind deutlich spürbar, die sich zwischen engagierten Historikerinnen und Historikern, zwischen einer Kapitallesebewegung junger Menschen, zwischen einer bewegungs- und gewerkschaftsorientierten Linken und denen, die schon lange parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit zu verbinden suchen, auftun.

Notwendige Geschichtsdebatten, deren Bedarf außer Frage steht, haben zwei wichtige Pole der geschichtlichen Auseinandersetzung miteinander zu verbinden: Pluralität und Identitätsstiftung. Denn: Wir werden immer nur wie in ein Warenhaus der linken Denkströmungen greifen, wenn wir nicht die eigentlichen Wurzeln besichtigen, aus denen die politischen Erfahrungen und Überzeugungen gespeist sind.

Die gemeinsamen Wurzeln der kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationserfahrungen und der linkssozialistischen Denktraditionen zu besichtigen, ist schon deshalb unerlässlich, weil nur damit das plurale Denken einer modernen Linken nicht zur Beliebigkeit verkommt. Zugleich wird Pluralität überhaupt erst durch die Vergewisserung von schwierigem Erbe und politischen und kulturellen Traditionen möglich.

Geschichtliche Auseinandersetzung ist der Humus dafür, dass Pluralität kein abstraktes Postulat einer modernen Parteientwicklung bleibt. Wir erleben doch häufig genug, dass sie uns immer nur solange als heilig gilt, wie sie meine eigenen Auffassungen nicht in Bewegung bringt. Eine solche erstarrte politische Kultur können wir uns allerdings keinen Tag länger leisten.

Das linke Parteienprojekt ist ein Teil der gesellschaftlichen Linken. Nur mit Offenheit, nur mit Geschichtsbewusstsein und lebendigen Auseinandersetzungen werden wir überhaupt verstehen, was neue soziale Bewegungen, was das weltweite Informationsprekariat und die sozialistischen Bewegungen in Lateinamerika wirklich umtreibt. Und davon kann das alte Europa viel lernen.

Ein weiterer Grund, die geschichtliche Besichtigung der Traditionen und des linken Erbes ernst zu nehmen, sind die wachsenden Auseinandersetzungen mit rechtsextremistischen Parteien in Europa. Ihr Geschichtsrevisionismus ist in

Dresden gestoppt worden.<sup>3</sup> Doch sie hören nicht auf, die soziale Frage für sich zu reklamieren und in nationalen Lösungen zu ertränken. Dieser Irrweg führte in die entsetzlichsten Verbrechen der Menschheit. Die Verantwortung, dass solche menschenverachtende Politik nie wieder Macht erhält, tragen wir alle, tagtäglich.

Die Beschäftigung mit Geschichte kann einen Beitrag für die Politikentwicklung der Linken, für die Methodik und Grundierung der Programmdebatte leisten und sie kann Wirkungen für ein Wachsen der gesellschaftlichen Linken entfalten – über die parteipolitischen Debatten also weit hinaus.<sup>4</sup>

Hier soll besonders auf einiges verwiesen werden, das vor allem die jüngste Geschichte der Linken in Deutschland und Europa nach 1989/90 geprägt hat. Es berührt die Erfahrungen in der PDS, die sich aus dem Erbe und in radikaler Auseinandersetzung mit der SED entwickelt hat.

Es geht um Erfahrungen, die viele Parteien in Ost- und Westeuropa seit 20 Jahren bewegen. Einiges ist schon in den vorliegenden Publikationen, die dankenswerterweise auf die Herausgeberschaft Klaus Kinners zurückgehen, versammelt. Da muss man nur zur fortgesetzten Lektüre auffordern. Man kann sich allerdings absolut sicher sein, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung diesen Wunsch umgehend erfüllt. An uns freundlicher gesonnenen Orten ist das Weiterwerben für eine Lektüre über unser lebendiges Erbe allerdings immer von Neuem angebracht.

Eines sticht aus der reichen Beschäftigung mit der Geschichte der Linken immer hervor. Weltanschaulicher Pluralismus ist für linke Parteiprojekte nach 1989 unerlässlich geworden. Doch es war schon angedeutet: Ohne die Anerkennung unterschiedlicher geschichtlicher Erfahrungen lässt sich dies nicht einlösen. Wenn wir uns dem reichen und schwierigen Erbe verweigern oder es nur selektiv akzeptieren, dann bleibt die Notwendigkeit der pluralen Debatte am Ende ein Allgemeinplatz, weil sie mangels Verständnis gar nicht geführt werden kann.

Dass Christinnen und Humanisten, Kommunistinnen und Sozialisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafterinnen in einer Partei sind, das ist akzeptiert und gehört zum Reichtum und zu den Potentialen dieser Partei. Doch die Uneinigkeit beginnt dort, wo es darum gehen muss, auch die theoretischen Begründungen für linkes Denken und Handeln aus einem pluralen Fundus zu speisen und hier einen echten Austausch herzustellen.

Genauso wie man in die Lage geraten kann, den Marxismus gegen sich selbst zu verteidigen, sind Bergpredigt, Literatur und Film, moderne Analysen von Bollinger bis Boltanski zum theoretischen und kulturellen Erbe geworden. In einer sympathischen Überhöhung hat Wolf Lepenies 1989 darauf aufmerksam gemacht, dass man das Kind nicht mit dem Bade ausschütten soll. Er schrieb 1989 in der

3 Am 13. Februar 2010 fanden friedliche Blockaden in Dresden statt, zu der Menschen auch aus anderen europäischen Ländern angereist waren.

4 Die Debatte im Februar 2010 mit Mitgliedern der SPD, mit Menschen, die zuvor bei den Grünen und der SPD waren und sich neuen Projekten der LINKEN angeschlossen haben, hatte einiges Potential dieser Unternehmung – der gemeinsamen geschichtlichen Vergewisserung – schon zu Tage befördert.

ZEIT: »Es besteht kein Grund, die zutiefst moralischen Antriebe bei der Entstehung sozialistischer Ideen heute bereits für befriedigt zu halten. Der entscheidende Irrtum von Marx und Engels war es, den Weg des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft für einen Fortschritt zu halten. Nunmehr ist ein Rückschritt erforderlich. Der Sozialismus ist keine Wissenschaft. Er bleibt eine notwendige Utopie, die nur um den Preis realitätsblinder Selbstgerechtigkeit aus dem öffentlichen Diskurs vertrieben werden kann. Auch in Zukunft wird die sozialistische Utopie zum geistigen Kanon einer europäischen Kultur gehören, die sich über ihre inneren Widersprüche nicht hinwegtäuschen will.«

Diese Sicht auf eine moderne sozialistische Idee, auf deren demokratisch-sozialistische Grundströmung, schließt wissenschaftliche Analyse und historische Debatte ausdrücklich ein. Um heute Politikentwicklung und Strategiebildung in linken Parteiprojekten zu bewegen, reicht der Blick auf die Geschichte der Arbeiterbewegung allerdings nicht aus. Wir haben die Erfahrung von weltweiten Befreiungsbewegungen und die Kämpfe aus den feministischen Bewegungen zu verarbeiten. Wir haben die Entwicklung des Völkerrechts nach zwei entsetzlichen Weltkriegen ernst zu nehmen.

Das 21. Jahrhundert begann mit lauten und mit leisen Kriegen. Wir haben aktuell im reichen Norden die sanften Folgen einer Finanz- und Wirtschaftskrise zu verarbeiten. Sie wird sich allerdings wie eine Bugwelle über die Hungersnöte, Wasserknappheit und den Klimawandel legen.

Vor diesem Hintergrund ist eine Auseinandersetzung mit den Wurzeln des Linkssozialismus unerlässlich. Diese parteiübergreifende Strömung hat – neben der Organisationserfahrung in sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien – Fragen zugespitzt, die ein Zusammenspiel von linken Parteiprojekten und dem Wirken und Handeln einer gesellschaftlichen Linken im Auge haben.

Manchen erscheint die Begrifflichkeit des Linkssozialismus als Tautologie und man kann dies auch nachvollziehen. Doch dieser eingeführte Begriff lässt sich gut verwenden, weil er eine ganze Denklinie der kritischen Auseinandersetzung mit sozialdemokratischen und kommunistischen Positionen versammelt, die einen Ansatz sucht, um Reform und Revolution zu verbinden. Die linkssozialistischen Wurzeln sind gerade deshalb interessant, weil sie in der Geschichte nicht unbedingt parteifreundlich, aber auch nicht organisationsfeindlich waren. Von deren Lebendigkeit und Lernfreudigkeit – in Zeitschriften, Bewegungen und in Parteien – kann man nur lernen.

Die Wurzeln des Linkssozialismus verweisen auf eine enge Verbindung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit.

Mit dem Linkssozialismus kommt die zentrale Bedeutung der Demokratie zurück in die Programmdebatten der Linken. Sie wurde erneuert durch Luxemburg, Levi, Frölich, und mit Abendroth insbesondere nach 1945 in Westdeutschland. Sie stehen damit in einer Tradition, die Demokratie nicht abstrakt, sondern tatsächlich als soziale Demokratie verhandelt.

Ich gehe gar so weit, dass sie als sozialistische Demokratie verhandelt werden sollte, um ein alternatives Gesellschaftskonzept auch deutlich ins Spiel zu bringen. Dafür ist die Begrifflichkeit des demokratischen Sozialismus schlichtweg sinnvoll und notwendig.

Die Traditionslinie des Linkssozialismus steht für die konsequente Absage an jeglichen Avantgardismus in Parteiprojekten. Mit dem Blick auf moderne linke Parteientwicklungen und deren Kinderkrankheiten möchte man auch eine Traditionslinie zu einer modernen Mitgliederpartei aufrufen, in der Fraktionen das Wachsen einer Partei begleiten, aber nicht dominieren. Genau dieser Anspruch – die Absage an den politischen Avantgardismus in jeder Form – wird zum entscheidenden Humus der programmischen Debatten linker Parteien nach einem diskreditierten Staatssozialismus nach 1989/90. Mit der Absage an den Stalinismus als System hat nicht nur die PDS 1989/90 begonnen. Mit »Adio Stalinismo« wurde auch in Rom die Gründung der Partei der Europäischen Linken in der Presse begrüßt. Im fünfseitigen Gründungsprogramm der EL heißt es: »Für uns ist Europa in der internationalen Politik ein Raum des Wiedererstehens des Kampfes um eine andere Gesellschaft. Ihre Ziele sind Frieden und die Transformation der gegenwärtigen kapitalistischen Verhältnisse. Wir streben eine Gesellschaft an, die über die kapitalistische, patriarchale Logik hinausgeht. Unsere Ziele sind Emanzipation des Menschen, Befreiung der Frauen und Männer von Unterdrückung, Ausbeutung und Ausgrenzung in jeder Form.« In diesen programmatischen Überlegungen wird ganz klar auf Debatten zugegangen, die mit der Friedensbewegung, der Ökologiebewegung, den kritischen Gewerkschaften, durch Studenten und feministische Netzwerke oder mit dem neuen Informationsprekariat in die Öffentlichkeit gekommen sind.

Kritisch – und natürlich auch kenntnisreich – gegenüber der eigenen linken Geschichte, offen für neue solidarische Lösungsansätze bei den drängendsten Menschheitsfragen und damit auch offen in einer lernenden Partei, anders wird DIE LINKE nicht vorankommen. Die Hoffnungen sind groß, dass die noch junge LINKE in Deutschland ihre Wachstumsprobleme beherzt in Angriff nimmt. Dafür ist die Vergewisserung ihrer gemeinsamen Wurzeln eine wichtige Voraussetzung.

Zum Abschluss ist eine Rückkehr zum Auftakt gestattet. Das Freiheitsgetöse der Schwarz-Gelben und auch der Konservativen in Europa untergräbt Tag für Tag, dass Bildung, Kultur, Forschung, gute Arbeit, Gesundheitsvorsorge und ein würdiges Leben – auch jenseits von Lohnarbeit – allemal mehr Freiheit begründen, als es deren Schmalspurliberalismus zu denken wagt.

Es wäre auch an der Zeit, die postulierte Staatsferne der Liberalen und der Konservativen einmal genau historisch zu hinterfragen. Sie rufen unüberhörbar laut nach der staatlichen Feuerwehr, wenn der Finanzmarkt ins Strudeln kommt, persönliche Daten gesammelt werden sollen oder die NATO tagt. Nur die wachsende öffentliche Armut ist ihnen kaum der politische Einsatz wert. Da erfinden sie eine langweilige Geschichte der Sachzwänge und erheben den freien Markt

und die Demographie immer von Neuem zur Naturgewalt. Das Ende dieser Ideologien ist eine Verschwörungstheorie, die den direkten Weg von der spätrömischen Dekadenz zum Sozialismus nachzeichnet.

Dafür sollten diese »Neuliberalen« nicht nur die rote Karte in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen ernten, sondern auch den ersten Preis für Geschichtslosigkeit gegenüber den eigenen Wurzeln und der europäischen Geistesgeschichte.

Es ist gut, wenn die Linke der Geschichtslosigkeit des Mainstreams demokratisch-sozialistisches Denken, eingebunden in geschichtliche Erfahrung, entgegensetzt, denn die Auseinandersetzungen der Gegenwart werden wachsen. Dafür brauchen wir eine kluge Linke, die ihr kompliziertes Erbe annimmt, ihre Traditionen kennt und kritisch besichtigt.

## **Geschichte, Programme und Politik**

Linkes Suchen, ewiges Hoffen und die Notwendigkeit,  
hier und heute Politik zu machen

### **1. Vergewisserungen in Geschichte und Programm?**

Für Rosa Luxemburg war wie für jeden guten Marxisten und jede gute Marxistin klar, was nach einer Niederlage zu tun ist. Der »Ausgangspunkt, der erste Schritt zur Schaffung einer neuen sozialistischen Bewegung in Deutschland (musste) eine gründliche, durchgreifende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sein. Nur aus dem Quell der Selbstkritik, einer grausam gründlichen Prüfung der eigenen Fehler in Programm, Taktik und Organisation können die klaren Richtlinien für die Zukunft gewonnen werden.«<sup>1</sup> Im Frühjahr 1917 verband sie damit die Hoffnung auf einen historischen Neuanfang der Linken in Gestalt der gerade gegründeten USPD. Das »musste« war aber hier eigentlich schon im Konjunktiv zu denken – denn diese Selbstprüfung blieb weitgehend aus. Linke Bewegungen haben immer aus der geschichtlichen Erfahrung geschöpft, waren gut beraten, wenn sie das eigene Handeln und das ihrer Gegner historisch konkret untersuchten und daraus ihre Schlussfolgerungen zogen.

Obschon die linken Klassiker betonten, dass »die Geschichte ... unser Eins und Alles« sei und dass sie diese »höher (halten) als von irgendeiner andern, früheren, philosophischen Richtung, höher selbst als von Hegel, dem sie am Ende auch nur als Probe auf sein logisches Rechenexempel dienen sollte«<sup>2</sup>, haben sich auch Linke doch nur selten daran gehalten. Wunschenken war ihnen ebenso wenig fremd wie das Verdrängen bereits gewonnenen Erfahrungen oder das Überbetonen vermeintlicher oder tatsächlicher Lehren. Auch linken Politiker verkam Geschichte zu jener Rechenprobe mit willkürlich gewählten Daten und die Geschichtswissenschaft war so politiknah verortet, dass sie leicht zur Hure wurde.

Denn das Lernen aus der Geschichte ist nicht einfach. Programmdebatten legen es nahe, über diese Erfahrungen neu nachzudenken und sie in den programmatischen Grundlagen einer Partei zu verankern, die der Geschichte der Ausbeutergesellschaften ein Ende setzen will. Dabei wird sich rasch zeigen, dass selbst oder gerade in einer pluralen Partei der Umgang mit diesen Erfahrungen divergiert. Die Fachleute für Geschichte sind da meist am allerwenigsten gefragt, trotz man-

1 Rosa Luxemburg: Rückblick auf die Gothaer Konferenz. In: dies.: Gesammelte Werke, Bd. 3 (im Weiteren: GW), S. 271.

2 Friedrich Engels: Die Lage Englands. In: MEW, Bd. 1, S. 545.

cher bedeutsamer Angebote für die Diskussion und durchaus selbstkritischer Sicht auf die eigene Geschichte wie von ihnen einst verantworteter Geschichtsschreibung.<sup>3</sup> Sie können sicher nicht im Sinne des Waschens der Hände in Unschuld darauf verweisen, dass sie »in die Erarbeitung des vorliegenden Entwurfs nicht einbezogen«<sup>4</sup> waren, wohl wissend, dass die geschichtswissenschaftliche und -theoretische Fundierung vieler gerade jüngerer Mitglieder nur rudimentär ist, die vieler älterer Mitglieder Ost wie West zwar gründlicher, aber auch nicht selten verengt und die der Parteifunktionäre eher pragmatisch ist.

Die Lehre, die besonders der selbstkritische und intellektuelle ostdeutsche Teil der Partei aus der Vergangenheit linker politischer Bewegungen, Parteien und Ideologien gezogen hat, ist ebenso klar wie für den politischen Kampf luxuriös oder nicht immer zielführend. In den Worten der Historischen Kommission der Partei DIE LINKE klingt er so: »Unabhängig von konkreten Bezügen zu einzelnen historischen Ereignissen und Traditionen hat die Partei ihr Verhältnis zur Geschichte generell zu bestimmen. Zu den unverzichtbaren Grundsätzen gehören:

- Der Verzicht auf ein parteioffizielles Geschichtsbild, aber keine den programmatischen Eckwerten widersprechende Beliebigkeit;
- die Einsicht, dass dem Verzicht auf ein selbstbewusstes und kritisches Traditionsverständnis die Tendenz zur Beliebigkeit innewohnt;
- der Erkenntnisgewinn, der – abseits von Schuldzuweisungen und Selbstbestätigungen – aus der Analyse von Erfolgen und Niederlagen hervorgeht.«<sup>5</sup>

Politisch engagierte Historiker können deutlich machen, dass für sie das Ringen um solche Positionen jenseits politischer Beliebigkeit ein erfrischender und anregender Prozess ist.<sup>6</sup> Das gilt besonders nach den ideologischen Verengungen und den politischen Fehlentwicklungen und gar Verbrechen, die mit dem Vollzug der parteikommunistischen, marxistischen-leninistischen Linie der linken Bewegung erfolgten. Aber es könnte – was weit weniger in den Blick gerät – auch mit dem Versagen der sozialdemokratischen Reformpolitik und dem Verzicht auf eine theoretische Fundierung, geschweige denn einer marxistischen zu tun haben. Und es müsste über die Wirkungsmächtigkeit oder häufiger Ohnmacht jener Politiker, Intellektuellen, Parteien und Bewegungen ausreichend nachgedacht werden, die sich in Auseinandersetzung mit Kommunisten und Sozialdemokraten zunächst in der Weimarer Republik, randständig in der frühen Bundesrepublik und etwas be-

3 Zur Arbeit der Historischen Kommissionen bei den Parteivorständen der PDS, aber auch der Partei DIE LINKE siehe Jürgen Hofmann: Die Historische Kommission der PDS und die Geschichtsdebatte. In: Detlef Nakath (Hrsg.): DDR-Geschichte: Bilder und Zerbilder. Siegfried Prokop zum 70. Geburtstag. Berlin 2010, S. 114-127.

4 Zum Entwurf des Parteiprogramms. Stellungnahme der Historischen Kommission der Partei DIE LINKE zum Programmentwurf. 8. November 2010. Berlin – <http://die-linke.de/nc/programm/wortmeldungen/detail/artikel/zum-entwurf-des-partei-programms/> [07.12.2010 23:13].

5 Ebenda.

6 Hier sind besonders die beiden Bände zu *Erbe und Tradition der Linken* zu nennen, die einen solchen umfassenden Blick anstreben: Klaus Kinner (Hrsg.): *DIE LINKE – Erbe und Tradition. Teil 1: Kommunistische und sozialdemokratische Wurzeln. Teil 2: Wurzeln des Linkssozialismus*. Berlin 2010.

deutsamer zu Zeiten der Studentenbewegung in der BRD etablieren konnten.<sup>7</sup> Ihr undogmatisches Pendant in der SED-geführten DDR bleibt erst recht außerhalb dieses Blickfeldes – als Folge ihrer Repressierung wie ihrer marginalen Situation in der DDR<sup>8</sup> und selbst in den Zeiten des gescheiterten antistalinistischen Revolutionsversuches 1989/90.

In der Geschichte der deutschen Linken – und dies war lange Zeit allein die Arbeiterbewegung – steht spätestens seit jenem *Gothaer Parteitag* von 1875 mit seinem Parteiprogramm aus dem Zusammengehen von August Bebel und Wilhelm Liebknechts Sozialdemokratischer Arbeiterpartei (SDAP) und des von Ferdinand Lassalle gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) auch die grundsätzliche strategische Entscheidung auf der Tagessordnung: Wollen Linke den Kapitalismus revolutionär – was weniger den großen Aufstand als die Radikalität des Bruchs in den Macht- und Eigentumsverhältnissen bedeuten muss – überwinden oder wollen sie versuchen, dieses System mit seinen eigenen Waffen zu schlagen und von innen her langfristig zu reformieren. Marxens ebenso bissige wie damals geheim gehaltenen Kritik an der Programmformulierung von der durch die Sozialdemokratie anzustrebenden »Lösung der sozialen Frage« mittels demokratisch kontrollierter Produktivgenossenschaften, die »mit Staatshilfe« agieren sollten und so den Weg zu sozialistischen Arbeitsverhältnissen eröffneten, dürfte manchen heutigen Diskutanten nicht ganz antiquiert anmuten. Er sah dies als »das Heilmittel des Propheten! Es wird in würdiger Weise »angebahnt«! An die Stelle des existierenden Klassenkampfes tritt eine Zeitungsschreiberphrase – »die soziale Frage«, deren »Lösung« man »anbahnt«. Statt aus dem revolutionären Umwandlungsprozesse der Gesellschaft »entsteht« die »sozialistische Organisation der Gesamtarbeit« aus der »Staatshilfe«, die der Staat Produktivgenossenschaften gibt, die *er*, nicht der Arbeiter, »*ins Leben ruft*«. Es ist dies würdig der Einbildung Lassalles, dass man mit Staatsanlehn [gemeint sind Staatsanleihen – St. B.] ebensogut eine neue Gesellschaft bauen kann wie eine neue Eisenbahn!«<sup>9</sup>

Fragen der Akzeptanz von Angeboten seitens der Regierenden, gar der Regierungseintritt von Linken in bürgerliche Regierungen waren dafür von Anfang an die entscheidenden Nagelproben für linke Prinzipientreue und die Einheit der linken Organisation.

Geschichtsschreibung, Geschichtsbild und Geschichtspolitik im Umfeld und in einer linken Partei müssen mit Programm- und Theoriedebatten einhergehen. Daran ändert auch der momentan geringe Anteil ausdrücklicher historischer Bezugnahmen in der Programmdiskussion wenig. Indirekt ist der Bezug zur Geschichte oder dem, was man meint aus ihr gelernt zu haben, jedoch nicht zu über-

7 Siehe ebenda; zur Adenauer-Zeit bes. Gregor Kritis: Linksozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Hannover 2008.

8 Siehe z. B. Stefan Bollinger: Erbe und Tradition der SED für die Linke. In: Kinner (Hrsg.): DIE LINKE – Erbe und Tradition. Teil 1, S. 230-282.

9 Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms. In: MEW, Bd. 19, S. 26.

sehen.<sup>10</sup> Programme selbst können kein Geschichtsbuch werden, sollten aber das Herkommen, also Erbe wie Tradition der Bewegung, deutlich machen. Unverzichtbar ist, dass sie den Geschichtsprozess, aus dem Linke ihren Optimismus für eine Überwindung von Ausbeutung und Unterdrückung schöpfen, verdeutlichen. Dass nach den Erfahrungen des Realsozialismus, nach dem Scheitern der sozialdemokratischen Reformmodelle und nach dem neoliberalen Umfunktionieren der Befreiungsvorstellungen neuer sozialer Bewegungen (der 68ern) mit ihrer Individualisierung und Selbstverwirklichung dies nicht nur Anlass zu Optimismus, sondern auch zu neuer Nachdenklichkeit geben muss, gehört zu den Einsichten des politischen Kampfes.

## 2. Linke Programme an den Weggcheiden des politischen Kampfes

Einfach hat es die Linke ihren Anhängern und potentiellen Mitstreitern nie gemacht. Das *Kommunistische Manifest* von Karl Marx und Friedrich Engels ist sicher ein Monument der deutschen Sprache, hat viele eingängige Formulierungen zu dem Gespenst, das in Europa umgehe. Aber es ist schwierige, anspruchsvolle wissenschaftliche und politische Lektüre. Politische Handlungsrichtlinien sind daraus keineswegs – und jedenfalls nicht auf Dauer – mit einer Blaupause abzunehmen. Dessen ungeachtet gab das *Manifest* die Urfassung für alle politischen Programme linker Parteien der beginnenden sozialistischen Arbeiterbewegung ab. Es sorgte dafür, dass das Gespenst einer kommunistischen wie einer proletarischen Bewegung sehr real wurde. Marx und Engels taten dies in diesem Text mit einer beispiellosen Radikalität unter Bedingungen, die – wie sich bald zeigen sollte – für den Sturz der kapitalistischen, ja oft genug noch vorkapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse noch gar nicht reif waren. Das *Manifest* setzte Eckpunkte für den Kampf der radikalen Linke zur Emanzipation der unterdrückten und ausgebeuteten Mehrheit der Gesellschaft, zum Sturz der Ausbeuter und Unterdrücker. Ihr Ziel, das auch heute gern zitiert wird: »An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.«<sup>11</sup> Versoben hat sich hier allerdings das Verständnis, statt der von der kollektivistischen in der parteikommunistischen Lesart wird nun eine auf das Individuum gerichtete Befreiung daraus abgeleitet. Statt einer politischen schien auch eine eher moralische, moralisierende Kritik am Bestehenden und eine Vertagung der sozialistischen Ziele ins Visionäre, Utopische denkbar. Immanuel Kants *kategorischer Imperativ* schien nicht wenigen Linken eingängiger, morali-

10 Siehe Zur Programmdiskussion der Partei DIE LINKE. Sammelband mit Beiträgen der ND-Serie »Offene Fragen der Linken«. Erweiterte 2. Fassung, November 2010. Berlin 2010 – [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/Offene\\_Fragen\\_der\\_Partei\\_die\\_Linke\\_10-2010.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Offene_Fragen_der_Partei_die_Linke_10-2010.pdf) [10.12.2010 18:18].

11 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der kommunistischen Partei. In: MEW, Bd. 4, S. 482.

scher als die Idee der Revolution, gar einer Diktatur des Proletariats. Statt des Marxschen »*kategorischen Imperativ(s), alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«<sup>12</sup>, schien und scheint das Moralisieren, das Ringen um Einsicht die weniger spektakuläre, risikofolle Vorgehensweise zu sein.

Eduard Bernstein sollte später den Gedanken prägen, dass er »für das, was man gemeinhin unter ›Endziel des Sozialismus‹ versteht, außerordentlich wenig Sinn und Interesse (habe). Dieses Ziel, was immer es sei, ist mir gar nichts, die Bewegung alles. Und unter Bewegung verstehe ich sowohl die allgemeine Bewegung der Gesellschaft, d. h. den sozialen Fortschritt, wie die politische und wirtschaftliche Agitation und Organisation zur Bewirkung dieses Fortschritts.«<sup>13</sup> Dem war eine längere Argumentation zum Wandel des Kapitalismus und eine sehr nüchterne Einschätzung der Möglichkeiten reformorientierter Politik vorausgegangen. »In einem guten Fabrikgesetz kann mehr Sozialismus stecken als in der Verstaatlichung einer ganzen Gruppe von Fabriken.«<sup>14</sup>

So sehr schon in der frühen linken Bewegung über Wege und Inhalte gestritten wurde, die auch heute gern als Argumente herhalten, so notwendig ist es, auch daran zu erinnern, dass Marx und Engels im *Manifest* durchaus eine klare Wegweisung gaben, um die emanzipatorischen Ziele zu erreichen. Sie nahmen diese zu Lebzeiten keineswegs zurück, ungeachtet erheblicher taktischer und strategischer Präzisierungen entsprechend veränderter Lagebedingungen und Kräfteverhältnisse<sup>15</sup>: »Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt, und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf.«<sup>16</sup> Das heißt, sie sprachen über das Subjekt dieses Kampfes, hoben die Notwendigkeit hervor, dass dieses Subjekt organisiert und geschult werden musste, hatten eine klare Vorstellung über den an die Wurzel des Kapitalismus greifenden Umbruch und waren sich über die Prozesshaftigkeit eines solchen radikalen Umbruchs, einer solchen Revolution klar. Während sie an der Radikalität dieses Bruchs keinen Zweifel ließen – den wirtschaftlichen Mächtigen, den Eigentümer an den wichtigen Produktionsmitteln muss die Verfügungsgewalt über sie und damit ihre Möglichkeit zur Plusmacherei als dem Kern des Kapitalismus entrissen werden –, waren ihre Schlussfolgerungen über den Weg dahin vom jeweiligen politischen Kräfteverhältnis her bestimmt.

12 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: MEW, Bd. 1, S. 385.

13 Eduard Bernstein: Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft. In: Die Neue Zeit. Revue des geistigen und öffentlichen Lebens. H. 18/1898, S. 556.

14 Ebenda.

15 Gemeint ist hier vor allem Friedrich Engels: Einleitung zu Karl Marx' »Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850«. In: MEW, Bd. 22, S. 509 ff.

16 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der kommunistischen Partei, S. 482.

Zugleich hatten Marx und Engels einen Vorteil auf ihrer Seite, den sie als Theoretiker und Politiker einer erst in den politischen Kampf eintretenden neuen politischen Formation besaßen. Dass war weniger die Unschuld jeder neuen Bewegung. Die wurde seitens ihrer Gegner ohnehin nicht akzeptiert, weil diese begriffen, dass die kommunistische gesellschaftliche Umwälzung einen radikalen Bruch mit allen Ausbeuterordnungen und dem ewigen Oben und Unten bedeuten musste. Der Vorteil der Autoren des *Manifests* war vielmehr, dass sie ihre Positionen für eine revolutionäre Bewegung aus dem Gesamtzusammenhang eines theoretischen Ansatzes heraus entwickeln und Zeit ihres Lebens auch fortschreiben konnten. Von der *Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* über *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*, den *Feuerbach-Thesen* und der *Deutschen Ideologie*, den *Klassenkämpfen in Frankreich*, dem *Deutschen Bauernkrieg*, der Schrift *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*, dem *Bürgerkrieg in Frankreich*, bis zum *Kapital* und der Vielzahl politischer Tagesschriften hatten sie das politische Ziel und den revolutionären Weg im Auge. Damals konnten angesichts des in Kämpfen und Niederlagen fortschreitenden Erstarkens einer Arbeiterbewegung, die sich von ihren Ideen leiten ließ, Engels noch frohlocken: »Die Ereignisse und Wechselfälle im Kampf gegen das Kapital, die Niederlagen noch mehr als die Erfolge, konnten nicht umhin, den Kämpfenden die Unzulänglichkeit ihrer bisherigen Allerweltsheilmittel klarzulegen und ihre Köpfe empfänglicher zu machen für eine gründliche Einsicht in die wahren Bedingungen der Arbeiteremanzipation. Und Marx hatte recht.«<sup>17</sup> Das Setzen auf die intellektuellen Fähigkeiten der objektiv revolutionär handelnden Kräfte, immerhin stark als sich entwickelnde revolutionäre Klasse überhöht, zeigte Wirkung. Nicht zuletzt verstanden sich die beiden Köpfe der neuen Emanzipationsbewegung nicht allein als Theoretiker, als weise Gurus, zu denen man pilgern konnte, um ihrer Weisheiten teilhaftig zu werden. Sie begriffen sich – und handelten auch so – als Politiker, die dieser neuen Bewegung Richtung, Inhalt und Organisation zueignen wollten. Sie taten dies nicht weltfremd in einer heilen Theoriewelt, sondern auf dem Boden der Tatsachen, auch wenn sie unfreundlich und feindlich daher kamen. Jedenfalls, Marx und Engels verarbeiteten die Niederlagen dieser neuen Bewegung, die Rückschläge und die eigenen Irrtümer. Aber sie waren stets bereit, sich wieder aufzurichten und die eigene Bewegung neu zu formieren und zu ermutigen: »Sind wir also einmal geschlagen, so haben wir nichts anderes zu tun, als wieder von vorn anzufangen.«<sup>18</sup>

So wichtig das *Manifest* für die Bildung einer sozialistischen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert – und eigentlich als lesbarster und überzeugendster Text auch lange darüber hinaus – war, mit dem Entstehen der nationalen Bewegungen, der Parteien und dem Versuch, sie international zu vereinen, traten die inhalt-

17 Friedrich Engels: [Vorwort zur vierten deutschen Ausgabe von 1890 des Manifests der kommunistischen Partei]. In: MEW, Bd. 22, S. 57.

18 Ders.: Revolution und Konterrevolution in Deutschland. In: MEW, Bd. 8, S. 5.

lichen und organisatorischen Probleme von Bewegung, Partei und sozialistischem Ziel deutlicher zu Tage.

Immer wieder war strittig, wie wichtig ein Programm für den politischen Kampf unmittelbar ist. Marx schrieb 1875 intern – und heute ist dies einer beliebtesten Sätze in den Programmdebatten der PDS bzw. nun der Partei DIE LINKE: »Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme.«<sup>19</sup> Angesichts mancher Schwächen, waren Kritiker durchaus geneigt, diese dem jeweiligen Programm nachzusehen, wenn denn die praktische Politik entschieden genug und unverkennbar wäre. Umgekehrt waren viele Debatten seit dem Ringen um das *Gothaer Programm* von 1875 immer auch durch die Warnung vor der Übernahme falscher Kompromisse gekennzeichnet. All dies lässt vermuten und die praktische Geschichte wohl nicht nur der deutschen Linken bestätigt es: Ohne theoretische und programmatische Klarheit ist längerfristig keine erfolgreiche Politik gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Reaktion und Kriegstreiberei denkbar.

Die Aufgabenstellung von Parteiprogrammen war in der Geschichte sehr unterschiedlich. Es gab jene, wie das *Manifest* von 1848 oder das SPD-Programm von 1875, die unter Kampfbedingungen geschrieben, überhaupt die Ideen einer linken, damals einer Arbeiterbewegung, unter ihren potentiellen Mitstreitern bekannt machen sollten. Es sollten jeweils Programme sein, die den Ansprüchen eines revolutionären Kampfes in der Illegalität Genüge tun und gleichzeitig die Bedingungen bewahrten, auch ganz legal in einer feindlichen Gesellschaft wirken zu können. Die meisten späteren Parteiprogramme der verschiedenen linken Parteien – und hier interessieren die Sozialdemokraten und die sich von ihnen während des Ersten Weltkrieges abspaltenden Kommunisten<sup>20</sup> – sind Dokumente eines Selbstfindungsprozesses, der anderen verständlich gemacht werden sollte.

Auch andere Parteiprogramme – hier der deutschen Linken vor und nach ihrer Spaltung – hängen eng mit den politischen Kämpfen zusammen, sie waren in der Regel der Reflex auf eine neue politische Situation.

Linke ringen um Programme und Leitlinien ihrer Politik. Sie suchen charismatische Führungspersönlichkeiten, organisatorische Strukturen, brauchen Bündnispartner und Wähler. Es ist die stets alte und neue Konstellation im Kampf gegen eine übermächtige Ausbeuterordnung, die es versteht, nicht nur die Kapitaleigner, sondern auch jene in ihren Bann zu ziehen, die Tag für Tag ihre Haut zu Markte tragen oder von den Almosen der sozialen Befriedung leben. Kommunisten, Sozialdemokraten, Anarchisten, Linke haben auf unterschiedlichen Kampf-

19 Karl Marx: [Brief an Wilhelm Bracke]. In: MEW, Bd. 19, S. 13.

20 Die Einschränkung auf KPD, SPD, SED, PDS bedeutet aber auch, dass andere Entwicklungen nicht berücksichtigt werden. Da sind einerseits die parteipolitischen Formationen, die sich aus Abspaltungen von den beiden großen Parteien in der Weimarer Republik ergaben, da sind die linken Parteiformationen in der Bundesrepublik, sowohl die undogmatischen wie die kommunistischen, da sind aber auch die programmatischen Entwicklungen der Grünen.

feldern versucht, dieses System anzugreifen. Den Schwertstreich, der den gordischen Knoten durchschlägt, gibt es nicht – weder die Machteroberung in kühner Revolution noch das Anschrauben der VEB-Schilder bringen allein die Lösung. Eigentum, Gleichberechtigung, Ökologie und Frieden sind Fragen, die anstehen, die aber jeweils allein nichts bringen. Eine unendliche Geschichte zumindest seit dem Beginn der organisierten Arbeiterbewegung, in der sich Akteure, die soziale Basis, die konkreten Herausforderungen ändern, nicht aber die Grundkonstellation – der Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung hier und weltweit.

### 3. Umbrüche und die Suche nach programmatischer Gewissheit

Linke Programmdiskussionen waren immer mit neuen gesellschaftlichen Verhältnissen, neuen Herausforderungen an linke Politik, auch mit neuen Rahmenbedingungen und Bündnismöglichkeiten verbunden.<sup>21</sup> Das betraf schon das *Gothaer Programm* mit dem Zusammenschluss der Parteien August Bebel und Ferdinand Lassalles (SDAP und ADAV), welches das marxistisch geprägte *Eisenacher Programm* der SDAP von 1869 nun für die Einheitspartei ersetzte. Das betraf genauso das Ringen um das *Erfurter Programm* von 1891, das erstmals unter legalen Bedingungen die Erreichung der Ziele der Arbeiterbewegung auf demokratischem Wege versprach. Konsequenterweise betraf dies die Programmsuche der sich nun diametral auseinanderentwickelnden beiden Linksparteien – Kommunisten und Sozialdemokraten – nach der nur teilweise erfolgreichen Revolution von 1918. Die KPD entwickelte zum Jahreswechsel 1918/19 ein radikales *Revolutionsprogramm*. Unter Bezug auf das *Manifest* konnte Rosa Luxemburg unter lebhafter Zustimmung der Delegierten ausrufen: »Der Sozialismus wird eine geschichtliche Notwendigkeit werden«, das sei heute »in des Wortes genauester Bedeutung« zu erleben. »Der Sozialismus ist Notwendigkeit geworden nicht bloß deshalb, weil das Proletariat unter den Lebensbedingungen nicht mehr zu leben gewillt ist, die ihm die kapitalistischen Klassen bereiten, sondern deshalb, weil, wenn das Proletariat nicht seine Klassenpflichten erfüllt und den Sozialismus verwirklicht, uns allen zusammen der Untergang bevorsteht.«<sup>22</sup> Obendrein betonte sie in Polemik gegen den als revisionistisch charakterisierten Weg der Mehrheitssozialisten: »Für uns gibt es jetzt kein Minimal- und kein Maximalprogramm; eines und dasselbe ist der Sozialismus; das ist das Minimum, das wir heutzutage durchzusetzen haben.«<sup>23</sup>

21 Zum Problem der Vereinigung linker Parteien siehe Stefan Bollinger: Schon wieder die Einheit, aber anders? 60 Jahre nach der letzten Einheitspartei. In: Klaus Kinner (Hrsg.): Parteibildungsprozesse in der deutschen Arbeiterbewegung. Texte zur politischen Bildung. H. 36. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Leipzig 2006, S. 94-122.

22 Rosa Luxemburg: Unser Programm und die politische Situation [31. Dezember 1918]. Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919. In: dies.: GW, Bd. 4, S. 496.

23 Ebenda.

Sozialdemokraten sahen die Welt und ihren eigenen politischen Weg anders, wollten die Erfolge einer Reformpolitik einfahren. Sie sind seit 1914 im Weltkrieg und dann in der Novemberrevolution staatstragend geworden. In dieser neuen Verantwortung schrieben sie sich in *Görlitz* eines neues Programm, das nur noch verbal einen Bezug zum alten *Erfurter* hatte (und schon das war den radikalen Linken<sup>24</sup> ein zu großes Zugeständnis gewesen). Manche der Aussagen von Paul Löbe als Berichterstatter zum Programmwurf 1921 kommen für heutige Programmdebatten dem Leser brandaktuell vor. Sein Ausgangspunkt waren die veränderten Verhältnisse: »Wir haben die ungeheuerlichsten Umwälzungen der Welt erlebt und müssen daraus unsere Konsequenzen ziehen. Wir leben in einer anderen Zeit als 1891 und müssen an die praktische Verwirklichung der Dinge heran. Wir waren damals zur Opposition verurteilt und müssen heute positiv an der Arbeit, der Verantwortung, der Regierung und der Durchführung betätigen. Wir sind bei alledem die alte Partei geblieben, aber wir richten unseren Appell im Programm nicht mehr an die Lohnarbeiter allein, sondern als Partei der Demokratie, die die Volksmehrheit erfassen will, die das ganze arbeitende Volk gewinnen will, an weitere Kreise ...«<sup>25</sup> Der Preis für diese neue Sicht, aus der Verantwortung heraus, war und blieb hoch. Denn er hieß Anpassung und das Setzen auf kleine, wenn auch oft wirksame Reformschritte. Das Bekenntnis zur Weimarer Republik und ihrer Demokratie bedeutete auch die Vertagung der immer noch weitgehenden Vorstellungen von einer Sozialisierung der Wirtschaft. Das Endziel musste angesichts dieser harten Tagesarbeit ein weit geringeres Gewicht bekommen. »Wir stehen vielen Aufgaben zu nahe, als dass wir mit wenigen lapidaren Sätzen nicht nur den Gang der Entwicklung, sondern auch den Weg in die Zukunft weisen könnten. Wir müssen an sie herantreten, denn wir sitzen nicht nur in den Regierungen im Reich und in den Ländern, wir haben die Mehrheit in Hunderten von Städten und Dörfern. Unsere Bürgermeister, unsere Minister, unsere Vertrauensleute in allen Ämtern müssen unsere Forderungen in die Praxis umzusetzen versuchen.«<sup>26</sup>

Selbst diesem *Görlitzer Parteiprogramm* war kein langes Leben beschieden. Mit der Rückkehr der Reste der sonst zu einem großen Teil mit der KPD vereinigten USPD in den Schoß der alten Mutterpartei stand bereits 1925 ein neues Programm auf der Tagesordnung, das *Heidelberger*. Auch hier dominierte die Einsicht in einen schrittweise Veränderung des Kapitalismus, nun allerdings mit einem sehr ausgeprägten und keineswegs überholten Konzept der Wirtschaftsdemokratie<sup>27</sup> angereichert.

24 Siehe ebenda, S. 490 f.

25 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgehalten in Görlitz vom 18. bis 24. September 1921. Glashütten im Taunus-Berlin-Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 297.

26 Ebenda.

27 Wie sie damals umfassend ausgearbeitet wurde. Siehe Fritz Naphtali: Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel. Frankfurt/M. 1966.

Die Programme der Kommunisten wie der Sozialdemokraten halfen nicht, den Vormarsch und den Triumph der Nazis aufzuhalten. Ihre Feindschaft schwächte den Widerstand der Antifaschisten gegen die übermächtige Reaktion und war eine schwere Hypothek im Kampf gegen den Faschismus an der Macht.

1945 traten beide Arbeiterparteien – nunmehr nach links im Grunde konkurrenzlos angesichts des Aufgehens der späten Weimarer Absplitterungen in ihren Mutterparteien – unter neuen Bedingungen an. Mit den *Grundsätzen und Zielen der SED* gab sich die neue Einheitspartei im Osten Deutschlands ein anspruchsvolles Programm, das bereits in der Anlage auch das einer – zumindest für die eigene Besatzungszone und später für den aus ihr hervorgehenden ostdeutschen Staat DDR – Regierungspartei war. Diese betrieb zwar Bündnispolitik, wollte mit ihren Flügeln zurechtkommen, musste aber in Machtfragen keine Kompromisse mehr eingehen. Die SPD im Westen um Kurt Schumacher, die sich dieser Vereinigung widersetzte, fand mit ihren *Politischen Leitsätzen* von 1946 eine provisorische programmatische Grundlage.

Auffällig war, dass beide linke Parteien, die eine in der Rolle als autoritäre Staatspartei, die andere ihres Wartens auf eine Mehrheit im parlamentarischen System überdrüssig, sich Ausgang der 1950er bzw. zu Beginn der 1960er Jahre jeweils neue Programme gaben. Beide begriffen, dass die engere Nachkriegsperiode ihrem Ende entgegenging und die Frontstellungen des Kalten Krieges nicht die eigene Entwicklung und das Ringen um gesellschaftliche Mehrheiten ersetzen konnte. Für die bundesdeutschen Sozialdemokraten war die Schlussfolgerung in gewisser Weise konsequent. Wenn schon Partei der Reform sein zu wollen, dann richtig. Staatstragend in Zeiten des Kalten Krieges und in Konkurrenz mit einer konservativen CDU/CSU, die die Bedeutung von Massenkonsum und Sozialstaatlichkeit für eine stabile Gesellschaftsentwicklung und das Vermeiden des Klassenkampfes erkannt hatte, das erforderte Konsequenzen. Die Führung der SPD zog diese im Verzicht auf eine marxistische Fundierung, die Klassenkampf und letztlich revolutionäre Überwindung des Kapitalismus einschließen musste. Erst ein radikaler Bruch der SPD mit ihrer revolutionär-rhetorischen, auch durch Kurt Schumacher vertretenen deutschlandorientierten, ja nationalistischen Politik gegenüber der Westintegration durch Adenauer brachte die Partei in die Nähe der Regierungsmöglichkeit.

Im *Godesberger Programm* von 1959 verzichtete sie auf ihre marxistischen Wurzeln und eindeutige klassenkämpferische Begründungen für eine sozialistische Alternative. Sie wurde auch offiziell das, was selbst interne Kritiker wie Peter von Oertzen nüchtern konstatierten: »eine demokratische und soziale Reformpartei«. <sup>28</sup> Das entsprach aus Sicht dieser Kritiker in den eigenen Reihen dem, was Stand der Partei war und was unter bundesdeutschen Verhältnissen möglich

28 Peter von Oertzen: Wegmarke Godesberg (1959). In: Hermann Weber: Das Prinzip Links. Beiträge zur Diskussion des demokratischen Sozialismus in Deutschland 1848–1990. Eine Dokumentation. Berlin 1991, S. 237.

schien. Von Oertzen warf aber seiner Partei vor, sich »einseitig auf die parlamentarische Auseinandersetzung aus[zurichten]«, »die Klassenlage und die Klasseninteressen der Arbeitnehmerschaft« zu verwischen, zu einseitig auf den »selbständigen Mittelstand« zu orientieren, zu sehr einem »wirtschaftlichen Optimismus« zu frönen. Die nicht erkannte notwendige »Kontrolle der wirtschaftlichen Macht« benannte er neben anderem als weiteren Schwachpunkt sozialdemokratischer Neuorientierung.<sup>29</sup> Außenpolitisch brachte dann ein Jahr später Herbert Wehner die SPD weg von ihren antimilitaristischen und neutralistischen Positionen.<sup>30</sup> Die SPD war angekommen in der BRD wie im westlichen Bündnissystem, und sie konnte weit erfolgreicher in der Bundesrepublik agieren als bisher.

Es sollten weitere drei Jahrzehnte vergehen, bis die SPD mit ihrem *Berliner Programm* sich ein modernes Dokument einer Reformpartei gab, das vielen Einsichten in eine gewandelte Welt mit ihren veränderten Möglichkeiten für eine linke Gestaltung enthielt. Nicht zuletzt bot dieses Programm viele Anregungen für jene Parteien im Osten, die justament ihre Allmacht unter dem Druck breiter Bürgerbewegungen und eines für sie negativ ausgegangenen Kalten Krieges verloren. Mit dem Wegfall der einst konkurrierenden Kommunisten kam der Triumph dieses entwickeltsten Reformprogramms allerdings zu spät. Reformen im Kapitalismus mit dem Rückenwind – in anregender wie abgrenzender Weise zum Realsozialismus – waren nicht mehr möglich. Die Hoffnung auf die zivilisatorischen Leistungen der modernen bürgerlichen Gesellschaften, ihre Demokratiefähigkeit, ihre Rechts- und Sozialstaatlichkeit, die individuellen Freiheiten wurden wieder angreifbar. Im Osten Deutschlands wie Europas konnte die kapitalistische Gegenreformation in neoliberaler Gestalt all das einreißen, was Kommunisten über vier oder gar sieben Jahrzehnten versucht hatten, an Sozialstaatlichkeit, Wirtschaftskraft, autoritärer Demokratie aufzubauen.

Auch die deutschen Kommunisten der SED hatten an diesem Niedergang tatkräftig mitgewirkt. Ihr *SED-Parteiprogramm* von 1963 hatte noch die Dimension der wissenschaftlich-technischen Revolution erahnt und das programmatische Rückgrat für eine weniger im Programm denn in der praktischen Politik angelegten Weges einer komplexen Reform des Wirtschaftslebens eingeleitet. Erstmals begriff auch die radikale Linke, dass der Erfolg der neuen Gesellschaft von der Fähigkeit eines langfristigen Weges sozialistischer Umgestaltung abhing. Walter Ulbricht sollte dafür später gegen die Vorstellung vom Sozialismus als einer »kurzfristige(n) Übergangsphase« das Wort von der »relativ selbständige(n) sozialökonomische(n) Formation« Sozialismus prägen.<sup>31</sup>

29 Ebenda, S. 238.

30 Siehe Herbert Wehner: Die Verträge sind Grundlage der Deutschland- und Außenpolitik und die Sozialdemokratie steht loyal dazu. Rede vor dem Deutschen Bundestag in Bonn vom 30. Juni 1960. Quelle: Deutscher Bundestag, / 3. WPI 122. / 30.6.1960 / 1052A-1061 C. Bonn 1960, S. 1-21. [mediaculture-online.de/fileadmin/bibliothek/wehner\\_rede/wehner\\_rede.html](http://www.mediaculture-online.de/fileadmin/bibliothek/wehner_rede/wehner_rede.html).

31 Walter Ulbricht: Die Bedeutung des Werkes »Das Kapital« von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herr-

Ohne die Beachtung der Ökonomie, ohne das Anerkennen der Eigenständigkeit ökonomischer Gesetzmäßigkeiten und ohne die breite Zuwendung zu ökonomischen Hebeln, zu Leistungsanreizen für die Werktätigen wie für die Betriebe, ohne Gewinnorientierung und wirklich leistungsgerechte Entlohnung konnte eine sozialistische Sozialstaatlichkeit nicht funktionieren. Das Programm machte deutlich, dass »der gesellschaftliche Fortschritt und das Lebensniveau des Volkes davon ab[hängt], wie die Partei, der Staat, die Arbeiterklasse, die Genossenschaftsbauern und die anderen Werktätigen das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus und die anderen ökonomischen Gesetze, insbesondere das Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft, das Gesetz des stetigen Wachstums der Arbeitsproduktivität, das Gesetz der Verteilung nach der Leistung und das Wertgesetz ausnutzen«.<sup>32</sup> Oder in der kommentarlos entlehnten Kurzformel des sowjetischen Ökonomen Jewsej Liberman im Programmtext: »Alles, was der Gesellschaft nützt, muss auch für den Betrieb und für den einzelnen Werktätigen vorteilhaft sein.«<sup>33</sup> Ohne es auf diese Begrifflichkeit zuzuspitzen wurden Plan und Markt als eine notwendige dialektische Einheit erkannt. Und doch blieb es bei einer nur »halben Reform«.<sup>34</sup> Denn »vergessen« wurden die politischen, demokratischen Rahmenbedingungen für eine solche leistungsorientierte Gesellschaft, die Erfordernissen für eine umfassende Artikulation, Bewertung, und Abwägung unterschiedlicher Interessen. Das aber war eben die Funktionsgrundlage eines Sozialismus, der ohne Demokratie zudem entarten musste, was er trotz mancher demokratischer Strukturen und vieler gewollter und noch mehr ungewollter Diskussionen blieb: eine paternalistische, patriarchale Fürsorgediktatur, in der eine kleine bürokratische Kaste mit viel Engagement stellvertretend für die Bürger und das Volk entschied.

Mit diesem Programm war die Zeit kreativen Umgehens mit den sich wandelnden politischen Verhältnissen und den gesellschaftsgestaltenden Ansprüchen der SED eigentlich vorbei. Das nochmals neu initiierte *Parteiprogramm der SED 1976* war sicher vor allem als die programmatische Untermauerung des Macht- und Richtungswechsels nach dem Sturz Ulbrichts durch Erich Honecker gedacht. Vorwärtsweisendes für die Gestaltung der Gesellschaft konnte nach dem Abschied vom – wenn auch begrenzten – Reformansatz des Neuen Ökonomischen

schaftssystem in Westdeutschland. Internationale wissenschaftliche Session: 100 Jahre »Das Kapital« Berlin, 12./13., September 1967. Berlin 1969. 2. Aufl., S. 38.

32 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Walter Ulbricht: Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Berlin, 15. bis 21. Januar 1963. Berlin 1963, S. 323.

33 Ebenda, S. 324.

34 Siehe Stefan Bollinger: Die halbe Reform – Neues Ökonomisches System: für eine effektivere Wirtschaft, aber nicht für einen demokratischeren Sozialismus. In: Dietmar Keller, Hans Modrow, Herbert Wolf (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. 4. Bonn-Berlin 1994, S. 239-254. Ausführlicher: ders.: Die DDR kann nicht über Stalins Schatten springen. Reformen im Kalten Krieg – SED zwischen NÖS und Prager Frühling. hefte zur ddr-geschichte. H. 5. Berlin 1993.

Systems (NÖS) nicht zu erwarten sein. Nun wurden die Verheißungen einer kommunistischen Zukunft wieder stärker in den Blick genommen, die eher den biographisch-lebensalterlichen Perspektiven der Führungsgruppe in der Partei geschuldet waren als den realen Verhältnissen eines stagnierenden nichtkapitalistischen Entwicklungsweges, der als realer Sozialismus begrifflich aufgewertet wurde.

Die Partei SED war in der Folge nicht mehr in der Lage, als Organisation und »kollektiver Intellektueller«, im Sinne Antonio Gramscis einen Prozess der demokratischen Selbsterneuerung und eines neuen politischen, also auch programmatischen Selbstverständnisses zu entwickeln. Mit dem Abbruch der eigenen Reformversuche der 1960er Jahre und noch mehr mit dem Niederwerfen des *Prager Frühlings* kehrte in die SED jene ideologische und theoretische Sterilität und Stagnation ein, die dafür sorgte, dass für dieses Land nur gelten sollte: »Unsere DDR ist ein sauberer Staat.«<sup>35</sup> Den sollte auszeichnen, dass »im Vorwärtsschreiten ... Widersprüche, die in unserer gesellschaftlichen Entwicklung auftraten, gelöst« werden.<sup>36</sup> In dieser Sauberkeit sollte die DDR geistig erstarren, ihre Widersprüche und damit Entwicklungsmöglichkeiten ausgemerzt sein.

Erst unter dem Eindruck der sowjetischen *Perestrojka* begannen sich auch Intellektuelle in der SED wieder zu rühren. Sie hofften auf Konzepte eines »Modernen Sozialismus«.<sup>37</sup> Aber erst der Druck durch die Botschaftsbesetzungen und Massenfluchten einerseits, der Sprachlosigkeit der verunsicherten SED-Führung andererseits, schließlich die offen auftretenden und rasch Zulauf gewinnenden oppositionellen Bürgerbewegungen eröffnete auch für diese kritischen Intellektuellen in der SED endlich eine Chance. Sie konnten nun in der Öffentlichkeit, in der Partei und gegenüber reformbereiten Politikern der SED ihre Reformvorstellungen für einen demokratischen Sozialismus freimütig darlegen. Vor allem schafften sie in diesem gesellschaftlichen Klima – gleichwohl immer im Nachtrab zu den rasanten Veränderungen, dem Fallen von Tabus und politischer Schranken – über eine andere DDR, einen anderen Sozialismus zu diskutieren.

Für die Erneuerung der nunmehrigen *SED-PDS* bedeutete dies, dass ihre Delegierten auf dem *Sonderparteitag* im Dezember 1989 das wohl kürzeste Parteiprogramm der Geschichte deutscher Linken vorlegten: *Für die DDR, für demokratischen Sozialismus*. In einem großen Absatz »Was wollen wir?« umriss die neue,

35 Erich Honecker: Bericht des Politbüros an die 11. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 15. bis 18. Dezember 1965. Berichterstatter: Erich Honecker. Berlin 1966, S. 56.

36 Ebenda, S. 57.

37 Siehe bes. Dirk Rochtus: Zwischen Realität und Utopie. Das Konzept des »dritten Weges« in der DDR 1989/90. Leipzig 1999; Stefan Bollinger: 1989 – eine abgebrochene Revolution. Verbaute Wege nicht nur zu einer besseren DDR? Berlin 1999, bes. Kap. 3, 5; Erhard Crome: Politische Konstellationen des Umbruchs: Bürgerbewegungen, SED und »Blockflöten«. In: Stefan Bollinger (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe. Berlin 2004, S. 124-155; Thomas Falkner: Von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur sozialistischen Partei in Deutschland – Transformationsprozesse in SED und PDS im letzten Jahr der DDR. In: ebenda, S. 183-206; Thomas Klein: Modrow-Regierung in der Zwickmühle. In: ebenda, S. 207-229.

alte Partei, was sie aus der Geschichte gelernt hatte, um eine neue DDR zu erreichen: »Wir wollen: Verantwortung tragen für dieses Land, das unsere Heimat ist, die staatliche Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik bewahren und das Land vor wirtschaftlichem Ausverkauf schützen, einen demokratischen Sozialismus auf deutschem Boden, uneingeschränkte Volksherrschaft und Rechtsstaatlichkeit, einen verfassungsmäßig garantierten politischen Pluralismus mit einem demokratischen Parlament von hoher Autorität, ein ökonomisch leistungsfähiges und ökologisch gesundes Land, Bewahrung und Entwicklung des sozialistischen Eigentums an Produktionsmitteln, die Förderung genossenschaftlicher und privatwirtschaftlicher Initiativen in Industrie und Landwirtschaft, in Handel, Handwerk und Gewerbe, Festigung des genossenschaftlichen, staatlichen und persönlichen Eigentums in der Landwirtschaft, eine ökologisch vernünftige gesunde Ernährung des Volkes, ein Gemeinwesen, das bei Durchsetzung des Leistungsprinzips seinen Bürgern soziale Sicherheit gibt, das die Schwachen schützt und die Freiheit jedes Bürgers gewährleistet, seine Lebensentscheidungen selbstständig zu treffen, reale Bedingungen für Chancengleichheit der Frauen und für die Wahrnehmung ihrer Rolle in der Familie und in der Gesellschaft, die Förderung von Wissenschaft, Kultur, Bildung und Technik, die Chancengleichheit der heranwachsenden Generationen durch eine leistungsfähige Schule, die die Individualität ausprägt und zu moralischen und humanistischen Werten verpflichtet, Zusammenarbeit und Freundschaft mit der KPdSU, mit allen Parteien und Bewegungen in der Welt, die für Frieden und sozialen Fortschritt sind, damit erreichen, dass kein Bürger mehr unser Land verlässt, weil er für sich und seine Familie hier keine Zukunft mehr sieht, drastische Abrüstung und Gewaltlosigkeit in den zwischenmenschlichen Beziehungen, für die Lösung der globalen Probleme, für Solidarität mit den Entwicklungsländern. Das verbinden wir mit dem Namen Sozialismus.«<sup>38</sup> Der Schlüsselsatz des Sonderparteitages findet sich in diesem Dokument nicht. Den hatte Michael Schumann in seiner Grundsatzrede *Zur Krise in der Gesellschaft und ihren Ursachen* ausgesprochen: »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System.«<sup>39</sup>

Wenige Wochen später zeigte sich, dass die politische Stimmung im Land gekippt und Reformversuche für die DDR aussichtslos waren. Auch eine sich erneuernde SED-PDS bzw. PDS hatte keine Chance, ihre neuen Vorstellungen an den Schalthebeln der Macht und mit parlamentarischen Mehrheiten durchzusetzen. Im Februar 1990 stand das erste ausführliche Programm – in den damaligen Publikationen als Parteiprogramm ausgewiesen, faktisch aber das *Wahlprogramm für die Volkskammerwahlen am 18. März 1990* – auf der Tagesordnung. »Die PDS ist als sozialistische Partei offen für alle Kräfte des Volkes, die sich für eine Gesellschaft

38 Lothar Hornbogen, Detlef Nakath, Gerd-Rüdiger Stephan in Zusammenarbeit mit Manfred Meineke und Marga Voigt (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin. Berlin 1999, S. 373.

39 Michael Schumann: *Zur Krise in der Gesellschaft und ihre Ursachen*. In: ebenda, S. 179.

der sozialen Gerechtigkeit und solidarischer menschlicher Beziehungen einsetzen. Sie orientiert sich besonders an den Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter und aller Werktätigen. Sie strebt kein Monopol der Macht an. Geistige Intoleranz, Unfehlbarkeitsglauben, Missionarismus und Sektierertum sind ihr fremd. Ein Wahrheitsmonopol gibt es für uns nicht.«<sup>40</sup>

#### 4. Programmsuche nach dem Ende (nicht nur) des Realsozialismus

Linke Programmdebatten haben nach der Zäsur von 1989/91 ihren Charakter verändert. Bis dato ging es – je nach Ausrichtung kommunistisch oder sozialdemokratisch – doch immer in spezifischer Weise für SED oder SPD staatstragend um eine Verbesserung der bestehenden Verhältnisse. Ironie der Geschichte: Noch im Dezember 1989 verabschiedete die SPD im westlichen Teil Berlins ein Programm, das nach fast zwei Jahrzehnten Diskussion eine recht umfassende sozialdemokratische Lesart von demokratischem Sozialismus entwickelte, die für die frisch gebackenen demokratischen Sozialisten der PDS viel Anregung bot. Schon zum Zeitpunkt der Verabschiedung des SPD-Programms war abzusehen, dass sich die Welt nun in eine ganz andere Richtung drehen würde.

Zumindest der Teil der Linken, der am linken Flügel agierte und eine Erneuerung oder einen Neuanfang aus der Niederlage des Realsozialismus suchte, stand vor entscheidenden Herausforderungen. Er zahlte selbstredend den Preis dafür, dass die parteikommunistische Linie der Linken spätestens auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 zwar verbal mit dem Stalinismus abrechnete und Opfer rehabilitierte, aber es verabsäumte, mit diesem System wirklich zu brechen. Die demokratisch-sozialistische Revolution von 1989 wollte dies vor ihrem Scheitern überspät nachholen. Die SED in der DDR wie die anderen kommunistischen Parteien in Osteuropa hatten diese neue Situation nicht begriffen, verdrängt und jene bekämpft, die einen solchen Neuanfang versuchten. Auch wenn es in den Parteien, auch in der SED, unerschwinglich gäbe, auch wenn der Versuch von Teilen der KPdSU unter Michail Gorbatschow, mit einer *Perestroika* einen solchen Neuanfang zu wagen, positiv aufgenommen wurde: Die SED hatte als Partei versagt. Nur wenige Funktionäre und Intellektuelle konnten im Herbst 1989 zumindest den Anspruch erheben, dieses Gedankengut in die Partei hineingetragen zu haben. Die tatsächliche Initiative war von Bürgerbewegungen und einfachen Bürgern ausgegangen, unter ihnen auch Mitgliedern und Ex-Mitgliedern der herrschenden Partei. Aber eben auch mit dem Problem, dass neben den zunächst vielen, die eine reformierte, demokratische und sozialistische DDR wollten, auch jene verstärkt aktiv wurden, die statt eines Systemwechsels weg vom Stalinismus einen radikalen Bruch und System-

<sup>40</sup> Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Angenommen auf dem Wahlparteitag der PDS am 25. Februar 1990. In: Wahlparteitag der Partei des Demokratischen Sozialismus. Berlin 1990, S. 90.

wechsel hin zum Kapitalismus bundesdeutschen Zuschnitts anstrebten. Sie setzten sich in dem Moment durch, da diese DDR-Revolution durch die Maueröffnung mit dem bis dahin äußeren Akteur Bundesrepublik massiv konfrontiert wurde.

Vor welchen Problemen stehen nun linke Programmschreiber? Sie müssen mit einer Niederlage zurechtkommen, die Bewegung, Partei, Ideologie und Theorie der Emanzipation der bislang unterdrückten Klassen und Schichten in vielerlei Hinsicht auf ihren Ausgangspunkt zurückgeworfen hat. Linke hatten für sieben oder doch zumindest über vier Jahrzehnte die Macht erobert und waren an die Verwirklichung ihrer Ideale gegangen. Beseitigung der Ausbeutung und Unterdrückung, Aufhebung der Vormacht einzelner sozialer Gruppen, demokratische Gestaltung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, Bildung für alle, Gleichberechtigung der Geschlechter, Annäherung von Stadt und Land, Schaffung einer friedlichen Welt waren die Ziele, die erstrebt wurden und wo Resultate aufzuweisen waren. Gemeinsam mit den anderen – oft verfeindeten – Strömungen der Linken hatten sie zivilisatorische Leistungen in der Welt verankert, die auf eine Überwindung von Ausbeutung und Unterdrückung, materieller Not und Unwissenheit, von Krieg hinwirkten.

Die arbeitenden Menschen dieser Gesellschaften im Osten sollten die Macht ausüben in ihren Arbeitskollektiven und Betrieben, in den Kommunen, in der Gesellschaft. Sie sollten materiell gut versorgt leben, soziale Sicherheit spüren, frei von den Sorgen um Arbeit, um das tägliche Brot, bezahlbaren Wohnraum und ausreichende medizinische Versorgung. Tatsächlich haben die realsozialistischen Staaten – wenn auch in unterschiedlichem Maße – diese Verpflichtungen übernommen und erfüllt. Die DDR war mit ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im Vergleich zu den meisten der Verbündeten – von der ČSSR, vielleicht Ungarn abgesehen – das Musterland. Solange wirtschaftlicher Aufschwung gesichert war und die Bürger dies in ihrer Lohntüte und den unentgeltlichen Sozialleistungen spürten, funktionierte dieses System. Es war nicht frei von Krisen, aber es funktionierte. Erst in dem Moment, da ein Bruch in der wirtschaftlichen wie in der weltpolitischen Entwicklung eintrat, geriet dieses System außer Tritt und eine wachsende Anzahl der Bürger ließen ihrer Unzufriedenheit mehr und mehr freien Lauf. Es fehlten die demokratischen Mechanismen, um Widersprüche und Konflikte auszutragen und den Bürgern die Sicherheit zu geben, dass sie tatsächlich die Chance hatten, ihre eigene Macht in einem Arbeiter-und-Bauern-Staat auszuüben.

Die Autoren des *Kommunistischen Manifests* konnten einst mit Niederlagen noch recht optimistisch umgehen, wohl wissend, dass sie selbst oder ihre Kampfgenossen leicht auch physisch Opfer der Konterrevolution werden konnten und wurden. Engels gab in einem der Vorworte zum *Manifest* den Lesern auf den Weg: »Die Ereignisse und Wechselfälle im Kampf gegen das Kapital, die Niederlagen noch mehr als die Siege, konnten nicht verfehlen, den Menschen die Unzulänglichkeit ihrer diversen Lieblings-Quacksalbereien zum Bewusstsein zu

bringen und den Weg zu vollkommener Einsicht in die wirklichen Voraussetzungen der Emanzipation der Arbeiterklasse zu bahnen.«<sup>41</sup>

Der Bruch von 1989/91 wirkte schwerwiegender. Denn hier scheiterte nicht eine kämpfende Partei an der Größe der Aufgabe und der Stärke des Gegners. Vielmehr stieß ein politisches und theoretisches Konzept, gemeinhin als marxistisch-leninistisch bezeichnet und sich auch so selbst darstellend, an seine Grenzen. Die Politiker und Theoretiker des Realsozialismus wie der mit ihr verbundenen kommunistischen Parteien haben – mit wenigen ehrenwerten und durchaus interessanten und vorwärtsweisenden Ausnahmen von Antonio Gramsci über Nikolai Bucharin bis Palmiro Togliatti oder Deng Xiaoping – eines nicht begriffen, was für die Begründer der revolutionären Theorie eine Selbstverständlichkeit war: »Der Kommunismus ist für uns nicht ein *Zustand*, der hergestellt werden soll, ein *Ideal*, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben [wird]. Wir nennen Kommunismus die *wirkliche* Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung.«<sup>42</sup> Das bedeutete, dass die eigene kritische Theorie auf die im Werden begriffene neue Gesellschaftsordnung und ihre Umwelt permanent hätte angewandt werden müssen. Genau dies blieb aus, im deutlichen Bruch mit der marxistischen Theorie und der politischen Praxis der gerne beschworenen Klassiker von Marx bis Lenin. Dabei ist zu bedenken, dass auch der heute gern als Wegbereiter Stalins gescholtene Wladimir Iljitsch Lenin selbst zutiefst ein Revisionist<sup>43</sup> Marxscher Lehre war und ihre Weiterentwicklung mit differenziertem Erfolg betrieben hat. Sein Erfolg in Russland brachte aber eine grundlegende Verschiebung in Theorie und Praxis linker Politik mit sich. Es blieb prosovjetsche Politik, die den kommunistischen Parteien abgefordert wurde und eine Verabsolutierung der russischen bzw. sowjetischen Erfahrungen. Und dies war verbunden mit der Akzeptanz jener Verwerfungen, die sich früh hinsichtlich von Demokratiedefiziten, Terror und Entwicklungsverweigerung zeigten. Und Weiterentwicklung des Sozialismus in Theorie und Praxis hätte vor allem bedeutet, die demokratischen Grundlagen dieses Systems zu festigen, anstatt stellvertretend für die Arbeiterklasse durch eine Partei und ihren engsten Führungszirkel die Macht auszuüben.

Hatte sich die Arbeiterbewegung im Ersten Weltkrieg an der Haltung der dominierenden Teile der Sozialdemokratie gespalten, die für die Unterstützung der Vaterlandsverteidigung eintraten und blieb die Sozialdemokratie mehrheitlich auf den Positionen einer staatstragenden Partei, hatten die Kommunisten den radikalen Bruch mit dieser in ihren Augen verräterischen, revisionistischen Abkehr vom Ziel der revolutionären Überwindung des Kapitalismus verbunden. Nur, angesichts der sowjetischen und später generell der realsozialistischen Praxis war es

41 Friedrich Engels: Vorrede [zum »Manifest der kommunistischen Partei« (englische Ausgabe von 1888)]. In: MEW, Bd. 21, S. 353.

42 Karl Marx, Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie. In: MEW, Bd. 3, S. 35.

43 Siehe Stefan Bollinger: Lenin – Träumer und Realist. Wien 2006, bes. S. 12 ff.

für Sozialdemokratie leichter, sich als Wahrer der demokratischen Linie der Linken zu sehen. Das brachte ihnen unbestreitbare Leistungen in den Zeiten, da das Kräfteverhältnis die Herrschenden zu Zugeständnissen zwang. Das wurde dann fatal, als allein der staatserhaltende Zug dieser Strömung der Linken den Kapitalismus rettete. Das Einschwenken auf den Neoliberalismus in Gestalt der »Hartz-Reformen« des Arbeitsmarktes sowie der Herstellung einer militarisierten deutschen Außenpolitik war da nur die logische und letzte Konsequenz

Der Umbruch von 1989/91 war tatsächlich eine Wende in der Umgangsweise von Linken mit ihrer politischen Ausrichtung, ihren organisatorischen Strukturen, ihrem Geschichtsverständnis und ihrem Geschichtswissen. Sie brachte auch eine veränderte Welt, in der mit dem Untergang der Sowjetunion und des Ostblocks der Kapitalismus erstmals weltweit herrschte und er seine Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen alldurchdringend verwirklichen konnte. Nach Jahrzehnten sozialistischer, wenn auch unvollkommener Sozialpolitik, wie nach der auf sie reaktiv entstandenen sozialdemokratisch inspirierten Sozialstaatlichkeit des Westens erleben nun weltweit die Menschen, dass der globale Kapitalismus »kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen (hat) als das nackte Interesse, als die gefühllose ›bare Zahlung‹«. <sup>44</sup> Inwiefern die Volksrepublik China und die anderen wenigen Überlebenden des einstigen kommunistischen Blocks sowie die neuen sich sozialistisch orientierenden Staaten in Lateinamerika hier eine Sonderrolle spielen können und vor allem sie behaupten werden, das bleibt offen.

Die Linke will heute eine Programmdiskussion für eine gemeinsame politische Plattform der unterschiedlichen Quellparteien PDS und WASG, um den Parteibildungsprozess zu vollenden. Übersehen wird wie oft, dass solche Diskussionen eher Gegenstand für Parteiintellektuelle und -funktionäre sind, die auf eine Rückversicherung für eine verbindliche Politik harren. Gleichzeitig wollen Genossen an der Basis eine Notbremse, um jenseits oft wenig erklärlicher Politik ihrer Abgeordneten Haltelinien zu bestimmen. Nicht zufällig ist genau die Frage der Regierungsbeteiligung und des Anspruchs an linke Politik in möglichen Koalitionen das Feld ernster Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Strömungen in der Partei. Die Hürden des Programmwerfungs <sup>45</sup> dafür sind hoch, können aber eine sinnvolle Verarbeitung der eher negativen Erfahrungen der linken Organisations- und Regierungsgeschichten sein.

Falsche Erwartungen und Enttäuschung sind also vorprogrammiert. Auch ein beschlossenes Programm, selbst durch eine unverzichtbare Urabstimmung, kann nur ein Kompromiss unterschiedlicher Strömung mit eher linkerem oder rechterem Profil sein. Es wird sich wie stets zeigen, dass Programme eben in der prakti-

44 Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der kommunistischen Partei, S. 464.

45 1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE. Entwurf der Programm-kommission.S.24.[http://dielinke.de/fileadmin/download/programmdebatte/100320\\_programmentwurf\\_final.pdf](http://dielinke.de/fileadmin/download/programmdebatte/100320_programmentwurf_final.pdf) [23.10.2010 19:47].

schen Politik weit weniger Identität stiften als erhofft. Mandatsträger handeln zu oft nach eigenem Gustos, die Basis ist fern und der Erhalt des eigenen Mandats, gar die Chance auf einen Aufstieg – gar zu Ministerwürden – hat einen ebenso großen Reiz wie die Notwendigkeiten einer flexibleren Politik, des Ausmachens kleinerer Übel oder ähnlichen Alltäglichkeiten. Die Demokratisierung der Gesellschaft sollte also in der Partei anfangen und Mandatsträger und Funktionäre kontrollierbar machen.

Der heutige Programmentwurf wirkt links, er greift mehr als seine PDS-Vorgänger von 1993 und noch stärker 2003 auf die Vorgeschichte zurück, differenziert nur wenig, kritisiert kaum die Sozialdemokratie, setzt sich nicht mit den Utopien des Linkssozialismus auseinander und unterschätzt gelegentlich den Klassenkampf. Und doch bietet er eine Sicht aus einem Guss von Kapitalismuskritik, Verbundenheit mit der linken Geschichte und der Bereitschaft, Sozialismus auch als Gesellschaftsziel anzuerkennen. Er bietet einen verschämten Marxismus in der Wortwahl, ohne jedoch zumindest in drei Punkten Tacheles zu reden: Was ist der Kapitalismus, welche Rolle spielt heute die Macht der wirtschaftlich Starken und einer von ihnen abhängigen politischen Klasse, und welche Rolle kann die Forderung nach Verteidigung und Ausbau des Sozialstaates und vor allem nach einer umfassenden Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche als transformierende Alternative spielen. Dazu kommt die Gretchenfrage für eine linke Partei – welche Rolle muss Organisationskraft, Parteistruktur und das Ringen um eine breite linke geistige und politische Hegemonie spielen. Das ist übrigens weitgehend eine Leerstelle im Programmentwurf.

Ohne Mitwirken unterschiedlicher politischer Strömungen am Ringen der Partei wird eine Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses und das Aufbrechen des von den Konservativen dominierten hegemonialen Blocks nicht gelingen, dies wollten auch schon die PDS-Programme von 1993 wie 2003<sup>46</sup>: »In der PDS wirken unterschiedliche, linke demokratische Kräfte zusammen. In ihr haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegenzusetzen und die die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.« Eine der Lehren, die aus dem Niedergang des Realsozialismus und der radikalen Linken gezogen wurde, ist die Vorstellung von einem notwendigen Pluralismus der Linken und der Partei. Unterschiedliche Plattformen und Strömungen kennzeichneten bereits die sich erneuernde PDS. Mit dem Parteibildungsprozess unter Einbeziehung der WASG findet das nochmals eine Erweiterung. Letztlich geht es darum, unterschiedliche politische Ansätze unter dem Dach einer Partei und einer Bewegung zu verbinden: das alte sozialdemokratische Konzept vom »Arzt am Krankenbett des Kapitalismus« *und* das radikale Brechen aller Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse.

46 Siehe auch Klaus Höpcke: Drei Programme – eine Partei? In: UTOPIE kreativ. Berlin, H. 173 (2005), S. 243-256.

Für die Sozialdemokratie hatte deren Wirtschaftsspezialist Fritz Tarnow durchaus mit programmatischem Ernst die Frage gestellt, ob eine antikapitalistische Linke die Funktion eines »fröhlichen Erbe[n]« oder eines »Arztes«<sup>48</sup> am Krisen-Krankenlager des Kapitalismus übernehmen könne. »Der Patient selbst barmt uns gar nicht so sehr, aber die Massen, die dahinter stehen... Wenn wir das wissen und eine Medizin kennen, selbst wenn wir nicht überzeugt sind, dass sie den Patienten heilt, aber sein Röcheln wenigstens lindert, so dass die Massen draußen wieder eher zu essen bekommen, dann geben wir ihm die Medizin und denken im Augenblick nicht so sehr daran, dass wir doch Erben sind und sein baldiges Ende erwarten.«<sup>49</sup> Unter lebhafter Zustimmung machte er auf das eigentliche Problem – und für jede sozialistische Perspektive gültig, erst recht auch nach den Erfahrungen der DDR – aufmerksam: »Wenn man die Empfindungen, die die deutsche Arbeiterklasse, wenn auch manchmal nur im Unterbewusstsein, hat, ganz genau untersucht, dann will die organisierte Arbeiterschaft den Sturz des kapitalistischen Systems, aber sie will nicht den Zusammenbruch der Wirtschaft... Sie will den Sozialismus als eine Verbesserung ihrer Lage, nicht aber als eine noch weitere Verschlechterung.«<sup>50</sup>

Der Streit um linke Programme spitzt sich letztlich in der Frage zu, ob prosozialistische Veränderungen bereits im bestehenden System in Angriff genommen werden müssen – oder ob es um eine revolutionäre Überwindung geht, wo erst auf den Trümmern der alten die neue Gesellschaft aufgebaut werden kann. Dieser Streit war und ist müßig, wenn an einem klaren Verständnis des Kapitalismus als einer zwangsläufig asozialen Gesellschaft festgehalten wird und gleichzeitig verstanden wird, dass Umbrüche, Transformationen ein schrittweiser Prozess sind, der zweifellos auch tiefe Brüche und Beschleunigungen braucht, der aber weder mit dem Schuss der Aurora noch der Proklamation der boliviarischen Revolution abgeschlossen ist. In der Geschichte versuchten Kommunisten wie Sozialdemokraten, die einen Sozialismus wollten, beide Prozesse – das Hier und Heute und den radikalen Bruch – unter einen Hut zu bringen. Linke Programmatik und vielleicht auch Politik sind dann stark, wenn sie es verstehen, den politischen, ökonomischen und ideologischen Kampf im Heute mit einer Perspektive zu verbinden. Und ein Vorbehalt für linke Kämpfe in den Metropolen nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus und Zeiten des nicht nur neoliberalen Kapitalismus tut sich auf. Alle Handelnden unterliegen der Fetischisierung der Kapitalverhältnisse und der Entfremdung gesellschaftlicher Beziehungen. Nicht allein die fortwäh-

47 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Beschluss der 2. Tagung des 8. Parteitag der PDS am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz. Kap. IV. – [http://archiv2007.sozialisten.de/partei/dokumente/programm/view\\_html?zid=28577&bs=1&n=19](http://archiv2007.sozialisten.de/partei/dokumente/programm/view_html?zid=28577&bs=1&n=19) [20.11.2010 22:11].

48 Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931 vom 31. Mai bis 5. Juni im Volkshaus. Protokoll. Berlin 1931, S. 45.

49 Ebenda, S. 46.

50 Ebenda.

rende gezielte Manipulierung der öffentlichen Meinung und des Einzelnen funktioniert, auch der »Automatismus« des Verfangenseins selbst sich links verstehender politischer Personen und Formationen. Das betrifft nicht zuletzt den Umgang mit Geschichte, aber auch mit der Zukunft. Denn wer mag die hier eingeforderte positive Rückbesinnung auf einen gescheiterten Versuch, auf eine DDR denn guten Gewissens vornehmen – ohne vom politischen Gegner als Antidemokrat, vom politischen Freund als Stalinist, vom einfachen Bürger als Ostalgiker verschrien zu werden. Offene Fragen...

Eine Partei in tiefer Opposition kann und muss diesen Konflikt zwischen der tagtäglichen Teilhabe an der Bewahrung und Entwicklung der bestehenden Ordnung insofern aushalten, als es um die unmittelbare Lebenslage der einfachen Bürger geht – als Beschäftigte, Arbeitslose, Kranke, Rentner. Hier ermöglicht der sich nach dem Zweiten Weltkrieg unter der Formel der »sozialen Marktwirtschaft« weiter entwickelte Kapitalismus wesentliche Verbesserungen. Zumindest dann, wenn nicht übersehen wird, dass dieses »soziale Antlitz« des Kapitalismus etwas mit dem damaligen Kräfteverhältnis zwischen den Systemen und im Inneren der kapitalistischen Metropolen zu tun hat. Mit dem Wegfall des Konkurrenzsystems und der Schwäche der Gegenmächte im Kapitalismus hat nun tatsächlich eine neoliberale Ausrichtung des Kapitals Wirkung erzielt. Individualisierung der Verantwortung statt Solidarität ist zunehmend auch für die Betroffenen zu einer akzeptablen Lösung geworden, auch wenn sich ihre Lebenslage dadurch weiter verschlechtert.

Seit Eduard Bernstein, seit Louis Althusser, seit dem Zusammenbruch des Realsozialismus – also fast immer – wurde darüber gestritten, dass dieser Kapitalismus noch nicht differenziert genug analysiert sei. Nur so sei aber eine prosozialistische Strategie möglich. Das stimmt, aber das entwaffnet ebenso, denn entgegen landläufiger Meinung – auch im Entwurf – mag neoliberales Agieren besonders verwerflich sein, nur es gehört zum Wesen des Kapitalismus, seines Profitheckens. Die Analyse des bestehenden Kapitalismus kann und muss der Ausgangspunkt sein. Hier sind linke Diskutanten schnell bei neuen Wortschöpfungen vom Casinokapitalismus über den Raubtierkapitalismus bis zum Turbokapitalismus. Wenn sie eine neue Qualität der Umsetzung des Kapitalismus meinen, ist das kein Problem. Wer allerdings vergisst, dass diese Gesellschaftsordnung und Wirtschaftsweise durch die »Produktion von Mehrwert oder Plusmacherei« als »das absolute Gesetz«<sup>51</sup> charakterisiert ist, der wird sich an der politischen Oberfläche bewegen. Auch wenn aktuelle Politik gegen die Folgen des Neoliberalismus angehen muss, einen Wandel zu einem »Kapitalismus mit menschlichem Antlitz« auf seine Agenda schreiben muss, geht es für eine radikale Linke nur um den Einstieg in den Ausstieg aus dem Kapitalismus. Grenzen können durch Macht und Massenbewegungen gesetzt werden, aber letztlich muss eine vergesellschaft-

51 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. In: MEW, Bd. 23, S. 647.

tete Produktionsweise mit entsprechenden Eigentumsverhältnissen und einer so ausgestatteten Verfügungsgewalt gefunden werden, dass selbst diese Formen nicht neue Ausbeutungsverhältnisse – auch nur ungewollt – etablieren. Das ist die Lehre des Realsozialismus, nicht die Nutzlosigkeit einer Verstaatlichung oder Vergenossenschaftlichung an sich. Nicht nur hier zeigen sich aber insbesondere in den Diskussionsbeiträgen schnell pauschale Bewertungen der realen Geschichte staatssozialistischer Vergesellschaftungsversuche sowohl unter kommunistischem wie unter sozialdemokratischem Vorzeichen.

## 5. Geschichte und Programmdebatte der Partei DIE LINKE

Geschichtsschreibung, zumal Zeitgeschichtsschreibung erfolgt – trotz oft anderslautender Deklaration – nicht um der reinen Kunst und Neugier willen. Es geht um Geschichtspolitik, um Legitimation, um sehr heutige Politik. Politiker wollen für sich und ihre Wähler wissen: Wo kommt man selber her und wo der politische Gegner, was gibt es für Gemeinsamkeiten, welche Streitsituationen und Kämpfe wurden ausgestanden, sind vielleicht gemeinsame Leichen im Keller vorhanden. Die Antworten, auf die man sich einigt, ob wahr oder Legende oder Lüge, bestimmen das Agieren des politischen Personals jeder Partei. Das ist keine so ganz neue Überlegung, die einst schon der keineswegs immer wohlgelittene Erfinder des politischen Taktierens der Neuzeit, Niccoló Machiavelli, seinen machtbesessenen Lesern als Rezeptur auf den Weg mit gab. »Was aber die Übung des Geistes anlangt, so muss der Fürst die Geschichten lesen, und in denselben die Handlungen der trefflichen Männer betrachten; muss sehen, wie sie in Kriegen verfahren sind, die Gründe ihrer Siege und Verluste prüfen, um diese zu fliehen, jene nachzuahmen, und muss überhaupt tun, wie so mancher treffliche Mann der Vergangenheit getan, die, wenn vor ihnen Einer belobt und berühmt war, ihn zum Muster nahmen und dessen Taten und Handlungen immer bei sich führten; sowie man sagt, dass Alexander der Große Achillen, Cäsar den Alexander, Scipio den Cyrus nachgeahmt habe.«<sup>52</sup>

Manch junge Akteure können glauben, dass sie unbeleckt von diesen Vergangenheiten sind, dass sie eine neue unbeschriebene Seite aufschlagen können. Es bleibt wohl ein frommer Traum und ein fataler Irrtum. Geschichte ist geronnene Politik, Geschichte sind einst verwirklichte oder auch nicht verwirklichte Interessen. Diese Interessenlagen bleiben, auch wenn sich Personen, Ziele, Mittel und Ergebnisse ändern.

Darum ist die Vergewisserung von Programmen und Politik an den historischen Erfahrungen und Lehren von Bewegungen so wichtig. Das betrifft erst

52 Niccoló Machiavelli: Der Fürst. In: Philosophie von Platon bis Nietzsche. Ausgewählt und eingeleitet von Frank-Peter Hansen. Digitale Bibliothek Band 2. Berlin 1998, S. 9278.

recht jene, die die »gottgewollte Ordnung« das »Oben und Unten«, das »Arm und Reich« nicht mehr wollen und nur bedingt Vertrauen in die demokratischen und verteilungspolitischen Selbstheilungskräfte einer kapitalistischen Gesellschaft und ihrer parlamentarischen Demokratie haben. Dabei geht es gerade für Linke nicht um die Schonung der »alten Genossen« ob ihrer Lebensleistung. Die halten dann weiter zur Fahne, wenn jenseits mancher Wertungen der Vergangenheit für sie spürbar wird, dass Geschichte mit ihren Kämpfen, Leistungen, Irrtümern und Verbrechen ernst genommen wird. Sie wollen sich ihr Leben nicht kleinreden lassen, vor allem aber wollen sie das Festhalten am Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Allerdings, es scheint, dass eher die traditionssozialistischen als die »reformsozialistischen« Kräfte auf die Geschichte schauen. Vielleicht hat dies mit dem Versuch dieser »Reformer« zu tun, aus der Logik dieser eben auch fatalen Erfahrungen stalinistischer Strukturen und Schlimmerem ausbrechen zu wollen, dafür die bisherige Geschichte mit einer »Abwertung« hinter sich zu lassen. Die Erfolgsaussicht eines solchen Denkens ist nicht nur geschichtspolitisch fragwürdig. Sie ist aber Praxis.

Die Arbeit der Historischen Kommission beim Parteivorstand der LINKEN, der Gesprächskreis Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung und nicht zuletzt die fünfzehn vorliegenden Bände »Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus« steuern solchen Tendenzen entgegen.

Die alten PDS-Programme boten mehr (1993) oder weniger (2003) differenzierte Sichten auf die Geschichte der eigenen Bewegung, besonders des Realsozialismus. Darum ist es gut, danach zu fragen, »woher wir kommen, wer wir sind«<sup>53</sup>. Dass dabei die ganze Breite der sozialen Bewegungen aufgezeigt wird, die sich für Gerechtigkeit und soziale Gleichheit, für Emanzipation der Frauen, für Frieden und Umwelt einsetzen und einsetzen, ist verdienstvoll. Die Partei DIE LINKE agiert in diesem Raum sozialer Kämpfe und will sie mit den Mitteln einer Partei im außerparlamentarischen Kampf wie in den Parlamenten vorantreiben.

Gut und notwendig ist die Bewertung der Nachkriegsdeutschlands und der beiden Schlüsselparteien linker Politik, SPD und SED, in dieser Auseinandersetzung. Die DDR-Wertung des Programmentwurfs ist anspruchsvoll, auch wenn der »Eckpunkte«-Satz, dass demokratische Sozialisten »den Stalinismus als verbrecherischen Missbrauch des Sozialismus«<sup>54</sup> verurteilen, noch gut Platz fände. Die Schwierigkeit bleibt allerdings, diesen Stalinismus-Begriff als tragfähiges Konzept linker Geschichtstheorie und Geschichtspolitik mit Inhalt auszufüllen. Es geht mit ihm nicht allein um die Abrechnung mit den Verbrechen der engeren Stalin-Ära mit ihren Säuberungen, Massendeportationen und -erschießungen. Ge-

53 Siehe 1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE, S. 5-7.

54 Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland. Diskussionsgrundlage der gemeinsamen Programmkommission von Linkspartei.PDS und WASG. Berlin, Februar 2006, S. 3 – [http://die.linke.de/fileadmin/download/dokumente/programmatisch\\_eckpunkte\\_broschuere.pdf](http://die.linke.de/fileadmin/download/dokumente/programmatisch_eckpunkte_broschuere.pdf) [23.10.2010 19:47].

nauso wie nach den historischen Rahmenbedingungen für eine solche Entwicklung zu fragen ist, muss nach der Tragweite dieses Wirk- und Organisationsprinzips in der gesamten Geschichte des Realsozialismus gefragt werden. Gerade hier hängt sich ja die Schwierigkeit mit diesem Begriff auf. Er ist ja nicht nur ein bereits in der Systemauseinandersetzung arg strapazierter Begriff zur Diskreditierung jeden Sozialismus. Er ist in dieser aus meiner Sicht sinnvollen Verwendung eben ein Begriff, der nicht nur die Zeiten des Stalinschen Terrors abdecken kann und muss, sondern er benennt ein generelles genetisches Konstruktionsdefizit des Realsozialismus, aus dem die Akteure damals keinen Ausweg fanden.

Stalinismus ist der Versuch, sozialistische Ideale und Zielsetzungen mittels eines diktatorischen Herrschaftssystem durch eine kleine Gruppe, bestenfalls einer »neuen Klasse« (so schon früh Lew Trotzki und Milovan Djilas) und eines teilweise allmächtigen ersten Mannes im Staate, mit administrativen und repressiven Mitteln in einer nachholenden Entwicklung der Gesellschaft unter den Bedingungen einer tatsächlich oder vermeintlich »belagerten Festung« durchzusetzen. Es wurde dabei in Kauf genommen, dass die vorgebliche Macht der Arbeiterklasse und des Volkes letztlich als Diktatur *stellvertretend für* und letztlich *über* Arbeiterklasse und Volk ausgeübt wurde. Administrieren wog Demokratie auf, Emanzipation wurde durch Entfremdung und paternalistisches, vormundschaftliches Handeln ersetzt. An die Stelle der erstrebten umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft und der freien Entfaltung all ihrer Glieder trat die maximale Zentralisierung der Macht, das unerschütterliche Machtmonopol der Partei und der verkündeten Ideologie, die Unterdrückung feindlicher wie auch abweichender Haltungen und Handlungen, die Verstaatlichung der Wirtschaft wie der gesellschaftlichen Verhältnisse.<sup>55</sup> Die Unterschiede zwischen den einzelnen Entwicklungsetappen, zwischen dem terroristischen Hochstalinismus der 1930/40er Jahre und dem spätstalinistischen Realsozialismus der 1970/80er Jahre springen ins Auge. Der Terror ebte ab, aber die Strukturen blieben. Und sie verhinderten eine Demokratisierung dieses Sozialismusversuchs und vor allem seine Weiterentwicklung und damit sein Überleben. Eine Gesellschaft, von der sich ein großer Teil der Bürger und auch der Parteimitglieder abgekehrt hatten, war nicht lebensfähig. Trotzdem war auch diese Deformation und Entartung des Sozialismus keine Entwicklung fern der Welt und der Klassenkämpfe. Unter Stalin und trotz Stalin wurde eine neue Gesellschaft und Wirtschaft aufgebaut, ein mörderischer Krieg gegen den Faschismus gewonnen. Es gab echte Feinde, die bekämpft werden mussten. Die Mittel waren zu oft nicht adäquat, aber eine pauschale Rehabilitierung der »Opfer des Stalinismus« würde die Härte dieses Kampfes ebenso in Frage stellen wie die

55 Siehe zur Frage von Sozialismusmodellen und zum Realsozialismus ausführlicher Stefan Bollinger: *Dritter Weg zwischen den Blöcken? Prager Frühling 1968: Hoffnung ohne Chance*. Berlin 1995; 1989 – eine abgebrochene Revolution. *Verbaute Wege nicht nur zu einer besseren DDR?* Berlin 1999, bes. Kap. 3; *Die endlose Entstalinisierungskrise. Neue Kurse, neue Wege und alte Modelle*. In: Wladislaw Hedeler (Hrsg.): *Stalins Tod. Hoffnungen und Enttäuschungen*. Berlin 2003, hier S. 49 f.

Realität des Versuchs, eine neue Gesellschaft aufzubauen. Dass diese neue Gesellschaft mit Zügen verbunden war, die dem Anspruch Hohn sprach, eine Gesellschaft der Gleichen und Freien zu werden, dass eben nicht der Zweck die Mittel heiligt, gehört zu den bitteren Erfahrungen der Linken. Das macht linke Politik nach Stalin, nach der Entstalinisierung des XX. Parteitages der KPdSU, nach der Niederwerfung des *Prager Frühlings* und nach den gescheiterten antistalinistischen Revolutionsversuchen der späten 1980er Jahre so schwierig. Denn gewonnen haben nicht die antistalinistischen Linken, sondern die Gegner jeden Sozialismus.

Nicht wenige Kommentare in der Alltagspolitik, auch von DIE LINKE-Politikern in Mikrofone gesprochen und in Koalitionsvereinbarungen festgeschrieben, bleiben im politischen Mainstream und lassen das Fingerspitzengefühl und die Kampfbereitschaft für linke Politik und Geschichte – eben auch mit ihren Fehlern und Verbrechen, aber auch mit ihren tödlichen Feinden – vermissen. Waren es vor einem Jahrzehnt die permanenten »Entschuldigungen«, die jenseits einer differenzierten DDR-Sicht eine Rolle spielten, so ist es heute das Einknicken vor SPD und Grünen bei Koalitionsgesprächen. Selbstredend wissen alle Seiten, dass die Partei DIE LINKE natürlich immer in die Pflicht für alle Sünden der Vergangenheit genommen werden kann. Wer in Potsdam unterschreibt, dass es »eine Verklärung der SED-Diktatur ... mit dieser Koalition nicht geben (wird)«, reflektiert eben nur eine Seite der Geschichte. Es ist richtig, auch für die Partei DIE LINKE: »Der offene und kritische Umgang mit früheren Fehlern ist ebenso notwendig wie die Übernahme von Verantwortung für verursachtes Unrecht in Missachtung von Freiheit und Demokratie.«<sup>56</sup> Aber es steht die Frage, was diese DDR geleistet hat jenseits dieser Fehler und Verbrechen, was sie den Menschen brachte, aber natürlich auch, warum diese zivilisatorischen Leistungen nicht dauerhaft trugen und schließlich die Bürger dazu brachten, auf die Einheit zu hoffen in einer seltsamen Melange von sozialer Sicherheit à la DDR und Wirtschaftskraft BRD. Der neue Programmentwurfstext der Partei lässt dies zumindest erahnen. Denn dahinter steht eben auch, was erklärt sich aus der DDR für künftige Alternativen. Und als Gegensatz, was brachte die BRD ein, was die SPD. Ein bagatellisierendes Bild der SPD der 1960/70er Jahre als Reformpartei mit einem milde angedeuteten Bruch von Bad Godesberg, mit dem Ausblenden der strikten Westorientierung bei gleichzeitig völlig berechtigter Positivbewertung der »neuen Ostpolitik«, der Beitrag der SPD zum Nachrüstungsbeschluss, zur Konfrontation mit den neuen sozialen Bewegungen und den Kommunisten (Radikalenerlass) verweist eben auch auf tiefere Ursachen, die Sozialdemokraten zu WASGlern werden ließen, als die SPD bei *Agenda 2010* ankam.

56 Gemeinsinn und Erneuerung. Ein Brandenburg für alle. Koalitionsvertrag zwischen SPD Brandenburg und Die Linke Brandenburg für die 5. Wahlperiode des Brandenburger Landtages. Potsdam 2009, S. 5 – [http://www.die-linke-brandenburg.de/fileadmin/Koalition/091105-koalitionsvertrag\\_bb\\_wp5.pdf](http://www.die-linke-brandenburg.de/fileadmin/Koalition/091105-koalitionsvertrag_bb_wp5.pdf) [17.11.2010 21:13].

Die Schwierigkeiten mit der DDR wie die mit dem Realsozialismus sind eben komplexer, als totalitarismustheoretische Totalverrisse wie nostalgische Verklärungen vermuten lassen. Hier konnten nur einige dieser Schwierigkeiten skizziert werden. Es gibt mehr, die gerade die Zukunftsfähigkeit von sozialistischer Politik auch eines demokratischen Sozialismus berühren. Um nur einige weitere zu nennen: Wie war es mit dem Kalten Krieg, der Existenz eines sich sozialistisch verstehenden Staates in einer feindlichen Umwelt; wie ist es mit jenen, die (nicht nur) politisch opponieren, dabei über zentrale Positionen in der Wirtschaft, im Rechtssystem, in den Medien, in der Wissenschaft verfügen; wie kann die Unumkehrbarkeit sozialer Veränderungen verankert werden und gleichzeitig ein Pluralismus der politischen Landschaft erhalten bleiben, der auch konservativen Kräften die Rückkehr an die Regierungsgewalt einräumen muss; wie kann Sozialpolitik betrieben werden, die nicht nur die Notlagen der Menschen begrenzt, sondern generell eine Gesellschaft sozialer Gerechtigkeit und zunehmender Gleichheit erreichen will; wie kann die umfassende Demokratisierung der Gesellschaft Wirklichkeit werden, gerade auch im wirtschaftlichen Bereich.

Es sollte nicht vergessen werden, dass die gerechte Betrachtung der DDR und des Realsozialismus auch so schwer ist, weil unklar bleibt, wer dessen Geschichte schreibt – oder richtiger: wer sich durchsetzt heute, morgen, in fernerer Zukunft. Da sind die Sieger aller Couleur, für die die DDR nur eine Sackgasse ist. Da sind jene Linken und Liberalen der alten Bundesrepublik oder in Frankreich usw., die einst Sympathien für die Studentenbewegung, die sozialistischen oder anarchistischen Ideen oder gar den Realsozialismus hatten und nun meinen, sich rechtfertigen zu müssen und als gute Renegaten vorpreschen. Da gibt es die in die Jahre gekommenen Akteure der DDR, die ihre Vergangenheit lieben und sich selbst rechtfertigen wollen. Da gibt es aber auch jene, die die Wende mitgestaltet haben und sich entweder von ihrer Vergangenheit abnabeln wollen oder an der eigenen Widerstandslegende basteln. Das ist für die verfolgten und oppositionellen Akteure aus der DDR etwas einfacher, aber auch von ihnen sind nicht wenige zu wütenden Antikommunisten mutiert, während andere sich doch genau erinnern, dass der eingeschlagene Weg in die größere Bundesrepublik nicht das war, wofür sie auf die Straße gingen. Und es gibt die Intellektuellen des Neuanfangs, die sich entweder kritisch oder selbstkritisch äußern, oft mit dem Marxismus nicht oder nur noch wenig zu tun haben wollen, die aber an der sozialistischen Idee, einige auch an einem sozialistischen Gesellschaftsziel festhalten.

## **6. Geklärtes und Ungeklärtes**

Geschichte als geronnene Politik der Vergangenheit wie die der Gegenwart bleibt ein Feld der Auseinandersetzung: mit dem politischen Gegner, dem der ganze sozialistische Weg als Irrweg missfällt und der die Niederlage des Realsozialismus

als die Chance des »Endes der Geschichte« im Sinne des Triumphs des Kapitalismus verkauft; aber auch mit den potentiellen Bündnispartnern und den eigenen Genossen, die angesichts der Niederlagen, Irrtümer und Verbrechen im Namen des Sozialismus nach Auswegen suchen, um sich von dieser Last zu befreien.

Geschichtsschreibung ist letztlich interessengeleitet, ist eng verbunden mit Geschichtspolitik und dem Versuch der jeweiligen Sieger, ihre Geschichte zu schreiben und zur vorherrschenden Meinung zu erheben – entlang der Fakten, gelegentlich auch sie verfälschend, aber vor allem: sie interpretierend. Dies ist die Schwierigkeit jeder Analyse der Geschichte, ihren Kern zu treffen, zu fragen, wem jeweils politische, ökonomische, soziale Entwicklungen nützten, wem sie schaden und nach den Auswirkungen für die politischen Konstellationen der Gegenwart Ausschau zu halten. Nicht nur Historiker oder Politikwissenschaftler müssen also wissen, woher politisch handelnde Kräfte kommen, welche Erfahrungen sie gesammelt haben, welche Lehren sie aus der Geschichte gezogen haben. Und sie müssen wissen, dass dies die jeweiligen Akteure ebenso tun. Sie müssen aber auch begreifen, dass Historiker wie Politikwissenschaftler selbst kein politisches Neutrum sind. Das gilt erst recht für die theoretische Fundierung einer linken Partei und ihre Programmdiskussion.

Gegen die vorherrschende Geschichtsschreibung – gerne spricht man heute ja von den großen Geschichtserzählungen – steht immer auch die der anderen Seite, die meist verloren hat. Sie kann interessanter sein, weil sie – so sie nicht nur nostalgisch verklärt – nach den Ursachen eines bestimmten Geschichtsverlaufs in anderer Weise, mit anderen Interessen fragt, weil sie Alternativen geschichtlicher Entwicklungen in Personen, Bewegungen und möglichen Ausgängen von politischen Kämpfen sucht. Dabei geht es nicht um ein mystisches Schreiben einer Geschichte – »was wäre, wenn« –, sondern um die Konflikthaltigkeit von Entwicklungen mit zunächst offenem Ausgang. Geschichte ist kein eigenes Subjekt, sondern der Schauplatz politisch kämpfender Akteure – von Personen, Parteien, Klassen. Geschichte schließt nicht nur, vielleicht nicht einmal in erster Linie, die politische Sphäre ein, die Politikgeschichte, sondern das Handeln von Bewegungen, die Wirtschaft, die Ideologie und geistigen Prozesse, den Alltag der Menschen – nicht zuletzt auch im Sinne von Gesellschaftsgeschichte. Der Geschichtsprozess ist immer offen, hängt vom Geschick und von der Strategie und Taktik der politischen Kräfte, von ihrem Kräfteverhältnis ab – gelegentlich auch von externen Entwicklungen. Und manchmal greift das Volk, der »große Lümmel« (Heinrich Heine), ins Geschehen ein, getrieben von eher randständigen Problemen – knappem und zu teurem Fleisch oder als willkürlich empfundener Reiseregulungen – und lässt seinem Unmut oder gar Zorn freien Lauf.

Linke Programmatik und Theorie muss sich dem stellen, auch mit Trotz, weil es die eigene Geschichte ist – egal, ob Linke sie als Kommunisten im Staatssozialismus mitgeschrieben haben oder Sozialdemokraten oder Grüne sie von außen mit Sympathie und noch mehr berechtigter Kritik einst begleiteten. Bei aller Kri-

tik am gescheiterten Realsozialismus, an missglückter Reformpolitik und leer-gelaufener neuer sozialer Bewegungen: Ihr Feld ist die Gegengeschichte der Klassenkämpfe gegen das herrschende Kapital. Es gibt immer auch eine Geschichtsschreibung der Unterlegenen, der Verlierer, die um die Führung in einem hegemonialen Block ringen – dies war seit 1848 die Auseinandersetzung zwischen letztlich die bestehende Ordnung garantierenden, verteidigenden bürgerlichen Kräften und die der Linken, die diese Ausbeuterordnung überwinden wollten. Auch wenn sie selbst alsbald über die Wege und Methoden arg zerstritten waren. Dabei zeigt sich, dass die Verbreitung einer bestimmten Sicht auf die Geschichte und die Rechtfertigung heutigen Handels stark von den materiellen Möglichkeiten dieser Kräfte, aber auch von ihrem intellektuellen Potential abhängig ist. Und es erklärt auch, warum – wenn man denn sucht – unterschiedliche Sichtweisen auf ein und dieselben Ereignisse vorliegen.

Wenn diese Prämissen stimmen, ist es mit einer vermeintlichen Objektivität sozialwissenschaftlicher Betrachtung offenbar nicht weit her. Selbst Wissenschaftler unterliegen einer Sozialisierung, einer Indoktrination, einem Zeitgeist, brauchen Publikations- und Karrieremöglichkeiten und vor allem einen Blick auf die Ereignisse. Der kann eigentlich nur durch Empathie getragen sein, dem Vermögen, sich in die handelnden Kräfte und ihre Absichten hineinzusetzen. Spätestens hier kann Parteinahme in den Sichtweisen und den Begriffen geschehen. Sinn kann nur eine kritische Wissenschaft machen, die zumindest um diese Mechanismen weiß, also auch die Begrenztheit und Eingebundenheit des eigenen Agierens. Es ist nach den Interessen der Akteure zu fragen, hinter wohlklingende Losungen von Freiheit und Demokratie zu blicken, nach den realen Fortschritten in der Lebenslage der Menschen, nach demokratischer Teilhabe, nach solidarischem Verhalten und individuellen Entfaltungsmöglichkeiten Ausschau zu halten, nach den Spaltungen der Gesellschaft, nach dem »oben« und »unten«, »wir« oder »sie«, nach Armut und Reichtum, nach Macht und Ohnmacht. Nur das kann Leitlinie einer sozialistischen Programmatik sein.

Das Programm einer deutschen linken Partei muss konsequenterweise von den nationalen Erfahrungen her geschrieben werden, auch wenn die Partei und die sozialen Bewegungen für eine sozialistische Alternative in internationale Entwicklungen, Zusammenhänge und zeitweise verbindliche Strukturen eingebunden waren und sind. Gerade die Linke hat diese Einbindung – bis hin zur organisatorischen – nicht allein mit positiven internationalistischen Erfahrungen erleben können, sondern auch mit leidvollen Erfahrungen einer fehlgeleiteten kommunistischen und sowjetischen Weltpolitik. Schon das Parteiprogramm der PDS 1993 hatte unwiederbringlich festschreiben müssen: »Am Ende unseres Jahrhunderts bestimmen die entwickelten kapitalistischen Industriestaaten die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Verhältnisse der Welt. Der mit der Oktoberrevolution 1917 begonnene Versuch, die kapitalistische Produktionsweise, Ausbeutung und Unterdrückung zu überwinden, ist in Europa gescheitert.«<sup>57</sup>

Deutsche Geschichte ist in einem besonderen Maße von den Konflikten des 19. und 20. Jahrhunderts geprägt. Das haben Linke immer wieder leidvoll erfahren. Sie mussten sich positionieren und haben dies in unterschiedlicher Weise getan. Die Zäsur setzte die Entscheidung der Mehrheit der SPD-Reichstagsfraktion für die Bewilligung der Kriegskredite. Sie brachen damit ihr internationalistisches Versprechen in der II. Internationale, einen solchen Krieg mit allen Mitteln zu verhindern. Sie standen dabei allerdings nicht allein, sondern in Übereinstimmung der Mehrzahl der anderen sozialdemokratischen Parteien, die in dieser Schicksalsstunde das Vaterland über die Klasse stellten und dafür sorgten, dass sich Klassenbrüder gegenseitig auf den Schlachtfeldern umbrachten.

Als zu spät gekommener, von oben oktroyierter Nationalstaat – der sowieso nur eine kurze Daseinszeit von 1871 bis 1945 hatte – hat Deutschland sich besonders expansiv nach außen und über weite Strecken als repressiv nach innen dargestellt. Ihn als eine Erfolgsgeschichte deutscher Einheit und der Beglückung der Nachbarn wie der Welt zu beschreiben, fest eingebunden in eine westliche Wertegemeinschaft der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und der kapitalistischen Wirtschaft, heute gerne als Marktwirtschaft verklausuliert – ist zumindest bis in die 1960er Jahre schwierig. Denn deutsche Geschichte ist über weite Strecken eine imperialistische. Sie schließt die aktive Rolle Deutschlands mit seinem Griff nach der Weltmacht 1914, die Niederlage im Ersten Weltkrieg und die revolutionären Kämpfe, aus denen zwar keine sozialistische, aber immerhin eine parlamentarische Demokratie von Weimar hervorging, die kurze Blütezeit der »goldenen 20er« und die tiefe Weltwirtschaftskrise ein. Vor allem aber ist diese jüngere Geschichte durch das Hochkommen eines deutschen Faschismus als einer Massenbewegung, die ihre soziale Basis im entwurzelten Kleinbürgertum und in abgestiegenen Teilen der Arbeiterklasse fand, die aber ihre geistigen und materiellen Förderer im deutschen Bürgertum, in Teilen des deutschen Unternehmertums und im Großgrundbesitz besaß, charakterisiert. Die terroristische Unterdrückung der Linken, die Zerstörung der Demokratie, die Verfolgung von Kommunisten, Sozialdemokraten, demokratischen und christlichen »Feinden« gehören zu dieser Entwicklung. Schließlich gipfelte dieser deutsche Sonderweg in einer Aggression nach außen und dem Völkermord an Juden, Sinti und Roma, an Slawen, an den als »Untermenschen« abqualifizierten. Diese entscheidende Zäsur deutscher Geschichte hatte nur ein Ergebnis – die Zerschlagung dieses Systems durch ein Bündnis sonst verfeindeter Staaten und Systeme westlicher Demokratien und östlichen Kommunismus. Dies enthielt immerhin Optionen für die Zukunft.

Deutsche Nachkriegsgeschichte begann nicht bei einer »Stunde Null«, sondern war die Fortsetzung der politischen Konfrontation zwischen bürgerlichen, rechten Kräften einerseits und Linken auf der anderen Seite. Sie war zunächst eingebettet

57 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Beschlossen von der 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS, 29. bis 31. Januar 1993. Berlin 1993, S. 2. [http://archiv2007.sozialisten.de/download/dokumente/grundsatzdokumente\\_partei/parteiprogramm1993.pdf](http://archiv2007.sozialisten.de/download/dokumente/grundsatzdokumente_partei/parteiprogramm1993.pdf) [23.10.2010 19:18].

in die Politik der jeweiligen Besatzungsmacht und doch auch Schauplatz der politischen Profilierung konträrer politischer Positionen. Eine ausschlaggebende Prägung erfuhr dieses nationale politische Handeln durch das Zerschlagen der Anti-Hitler-Koalition und den Ausbruch des Kalten Krieges, einer Auseinandersetzung zwischen den beiden stärksten Siegern des Krieges, den USA und der Sowjetunion. Das stellte sich aber nicht nur als politische und militärische Rivalität zweier Supermächte dar. Denn es war gleichzeitig eine Auseinandersetzung zwischen Gesellschaftssystemen und Ideologien, Kapitalismus und Individualismus auf der einen, Sozialismus/Kommunismus und solidarischem Kollektivismus auf der anderen Seite, unabhängig davon, inwieweit sich beide Seiten tatsächlich zu diesen Begriffen bekannten und sie stets inhaltlich ausfüllten. Diese Konfrontation, von manchen durchaus berechtigt als Teil eines Weltbürgerkrieges seit dem Niedergang des Ersten Weltkriegs, der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, in Revolution und Reaktion, verstanden, prägt auch die deutsch-deutsche Geschichte.

Deutsche Nachkriegsgeschichte ist die Geschichte von zwei Staaten, die aus der als Strafe für den Faschismus verstandenen Spaltung des Landes hervorgingen und jeweils einen aus ihrem Verständnis antifaschistischen und demokratischen Weg beschreiten wollten. Zugleich erhoben sie den Anspruch, die wahren Vertreter für ganz Deutschland zu sein. Und trotzdem sollte es vierzig Jahre lang der Weg von feindlichen Zwillingsbrüdern, vom Alter Ego sein, die sich aus der Ablehnung der jeweiligen anderen Seite heraus definierten, deren innen- und außenpolitische Entwicklung sich aus der Feindschaft der beiden Seiten ergab und die gleichzeitig sich doch auf die andere Seite bezogen, sie besiegen oder zumindest übertrumpfen wollten. Magnet- und Piemont-Theorien wurden kreiert, die die Begründung abgeben sollten, den anderen Landesteil an sich zu binden und wiedervereinigen zu wollen. Diese Auseinandersetzung nahm unterschiedliche Formen an. Die hier zu untersuchenden ersten zwei Jahrzehnte waren durch einen Weg von der Konfrontation zu normalem Zusammenleben gekennzeichnet. Es waren Zeiten der Unterminierungsversuche und der akuten Kriegsgefahr, aber schließlich der Einsicht, dass eine solche Konfrontation zu einem tödlichen Risiko für beide Seiten werden könnte.

Eine Ironie der Geschichte des neu vereinigten Deutschlands besteht darin, dass heute wieder jene Feindbilder reaktiviert werden, die einst den Kalten Krieg dominierten – der kommunistischen Terrorherrschaft –, die jenseits der notwendigen Kritik am Realsozialismus der DDR und am Stalinismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen die Existenzberechtigung, die mögliche Alternative und nebenbei die Lebensleistung der Bürger dieses Staates verleugnen. Genau diese Zuspitzungen waren aber in der zweiten Hälfte unseres Untersuchungszeitraums durch die »neue Ostpolitik« und die Politik der friedlichen Koexistenz von beiden Seiten weitgehend begraben worden – durchaus zum Vorteil für die Friedenssicherung und die Lebenslage der Menschen, auch für die (weitgehend ungenutzten) Möglichkeiten einer Reformierung der Gesellschaften in West und vor allem Ost.

Die Geschichte der beiden deutschen Staaten scheint aus heutiger Sicht gradlinig und nur für die westdeutsche Seite eine Erfolgsgeschichte zu sein. Zumindest stellt sie sich so dar, wenn sie vom Ende der doppelten Staatsbildung her erzählt wird. Wenn aber Geschichte offen ist, wenn nicht von vorgefassten Meinungen und Betrachtungen ausgegangen wird, dann ist nach den historischen Herausforderungen zu fragen, vor denen Staaten und Gesellschaften sowie ihre politischen Akteure standen (und stehen). Linke Positionsbestimmung heute muss nach dieser Vorgeschichte und dem Verhalten linker politischer Kräfte fragen. Das ist am allerwenigsten eine Frage nach der gerechten Behandlung der Biographien der Ostdeutschen oder der Kommunisten und ihrer Sympathisanten. Das ist eben auch und vor allem die Frage nach der Ergebnissen der konkreten Politik in der DDR wie in der BRD, ihren Zusammenhängen in einer Zeit, da beide als feindliche Zwillingenbrüder untrennbar verbunden waren. Leistungen wie Grenzen emanzipatorischer Politik in beiden Ländern waren eng mit der jeweils anderen Seite und dem Zustand der zwischenstaatlichen und Zwischenblockbeziehungen verbunden. Zusätzlich kompliziert war diese Entwicklung auch dadurch, dass im linken politischen Spektrum zwei Wege konkurrierten, der sozialdemokratische und der stalinistische. Beide Seiten schenkten sich nichts, beide versuchten emanzipatorische Ansätze, beide hatten Erfolge zu verzeichnen und beide begriffen spät, dass auch ein Miteinanderreden eine notwendige Option sein könnte.

## **7. Im Gang der Geschichte seinen Platz finden und sie mitgestalten**

Vielleicht sollten wir den Mut haben, wieder zu begreifen, dass Geschichte eben Feld der politischen Auseinandersetzung ist und alleine das Aufreißen der Hemdbrust und das Bekennen des eigenen Versagens nicht ausreicht. Das ist auch ein Anspruch an programmatische und theoretische Arbeit für eine Partei, die sich die Veränderung der Welt auf die Fahnen geschrieben hat, die »für Alternativen, für eine bessere Zukunft« steht und »ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus« anstrebt.<sup>58</sup>

Die Niederlage des Realsozialismus – daran darf in keiner nostalgischen Verklärung gerüttelt werden – war Ergebnis des eigenen Versagens. Die Chance von 1956 – Entstalinisierung – und 1968 (der Wirtschafts- und demokratischen Gesellschaftsreformen) wurden verschlafen, verspielt, mit Panzern zermalmt. Sozialismus als ein Anspruch an sozialer Gerechtigkeit *und* demokratischer Gestaltung wurde eben nicht praktiziert. Und 1989 war die Zuwendung zu einem solchen Reformprozess zu spät.

Der Sozialismusversuch von 1917 bis 1989/91 – wie auch die heutigen Überreste solcher Versuche und die Neuansätze in Lateinamerika – ist ohne den Gegner,

<sup>58</sup> 1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE, S. 3.

den Feind Kapitalismus im Innern wie in der vom Kapitalismus und Imperialismus dominierten Weltordnung nicht zu verstehen. Das erklärt, aber rechtfertigt nicht jene verhängnisvollen Irrwege, die gegangen wurden. Aber es gehört eben zur Wahrheit, dass ohne eine deutsch-deutsche Doppelbiographie, dass ohne das Erfassen der vielfältigen Systemauseinandersetzung, dass ohne das Eindringen in die inneren Auseinandersetzungen für demokratische Rechte und Lebensstandard, für nationale Befreiung keine gültige Geschichtsschreibung des Realsozialismus erfolgen kann.

Wir laufen in der schonungslosen und unverzichtbaren Abrechnung mit den stalinistischen Zügen des Realsozialismus – der Allmacht der Partei, dem Wahrheitsmonopol, der überzogenen Sicherheitspolitik, der Überzentralisierung usw. – Gefahr, das Konzept des demokratischen Sozialismus in einen neuen – und hier nicht positiv gemeinten – *utopischen* Sozialismus zu verfälschen. Zu den unverzichtbaren Erfahrungen des Realsozialismus gehören die Einsichten in die Konsequenzen des Kampfes gegen die politische Opposition im Inneren und die feindlich-kapitalistische Umwelt, gehören die Erfahrungen mit einer notwendigen Leistungs- und Gewinnorientierung einer vergesellschafteten und demokratisch kontrollierten Wirtschaft über einen langen Zeitraum, gehören die Erfahrungen mit wichtigen zivilisatorischen Leistungen des Realsozialismus von der Befreiung von nationaler Unterdrückung über die Brechung der Bildungsprivilegien der wirtschaftlich starken Klassen und Schichten bis hin zur Gleichberechtigung der Frau. Keine dieser Errungenschaften ist frei von den Grenzen des Realsozialismus als stalinistischem System, von Demokratiedefiziten und oft untauglichen, weil repressiven Mitteln der Durchsetzung einer neuen Lebensqualität. Der Preis dafür musste 1989/91 gezahlt werden. Aber linke Politik, die ernsthaft den Kapitalismus überwinden will, wird an diesen Erfahrungen und Widersprüchen, auch Antinomien nicht vorbeigehen können. Die Escape-Taste wird heute ebenso wenig funktionieren wie einst die Hoffnung auf das weiße Blatt Papier.

Programmdiskussionen können bei diesen Einsichten helfen. Aber der Alltag einer Partei ist nicht die Programmdiskussion, sondern das tagtägliche politische Ringen. Hier können und müssen programmatische, eigentliche theoretische Einsichten Halt und Richtung geben. Geschichte kann ein Gelände sein, Erfahrungen können befragt werden. Ausreichen werden sie nicht. Gefragt ist der Wille der Partei, des einzelnen Mitglieds, des der Partei nahe stehenden Intellektuellen, Prozesse zu analysieren und Schlussfolgerungen zu ziehen. Ohne eine theoretische Fundierung jenseits von Beliebigkeit wird dies auf Dauer kaum funktionieren. Die Ideen von Marx, bereichert um die Einsichten seiner Schülerinnen und Schüler, die selbst Lehrer wurden – verstanden als ein pluraler Marxismus – sollten wieder eine anerkannte Richtschnur werden. Nicht als Dogmengebäude im Sinne des Marxismus der II. Internationale oder des Marxismus-Leninismus oder eines anderen -ismus. Wohl aber als ein Ideengebäude, das stets im Bau und im Fortschreiten sich befindet, wo ständig die Tapeten gewechselt werden, wo auch

das Fundament nicht ein ewiges, sondern ein ständig überprüftes und sich den Wandlungen der Umwelt anpassendes ist. An ihm müssen alle mitarbeiten.

Vielleicht hat ja Wilhelm Liebknecht recht gehabt, als er bei der Begründung der Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms 1890 als Ersatz für das heftig kritisierte, unvollkommene *Gothaer* daran erinnerte, dass trotz und mit diesem Programm die deutsche Sozialdemokratie stark geworden ist. Er erinnerte daran – und dies gilt sicher auch heute –, »dass es keineswegs ein endgültiges (Programm) sein könne, dass es aber ein Produkt der Verhältnisse und eine Notwendigkeit sei, dass wir überhaupt niemals ein vollkommenes und endgültiges Programm schaffen können, da die Wissenschaft stets voranschreitet – und dass die Partei sich demnach auch nicht einen *papierenen Papst* in Gestalt eines unfehlbaren Programms schaffen dürfe«.<sup>59</sup>

59 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Halle a. S. vom 12. bis 18. Oktober 1890. Berlin 1890, S. 158.

## Bruch mit dem Stalinismus

### Rückblick auf eine notwendige Debatte

Eine der zentralen Botschaften, auf die sich der Außerordentliche Parteitag der SED/PDS im Dezember 1989 verständigte, lautete: *Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!* Das war das Fazit einer ersten Analyse der Ursachen der gesellschaftlichen Krise in der DDR und der Verantwortung der SED für diese Situation.<sup>1</sup> Diese Aussage galt fortan als Gründungskonsens der PDS und ist in den Folgejahren von den Parteitagen und in der Programmatik stets erneuert worden.

Die kritische Analyse der Situation in der DDR-Gesellschaft war von einer Arbeitsgruppe innerhalb kürzester Zeit vorgelegt worden. Ergebnis war das Referat »Zur Krise in der Gesellschaft und zu ihren Ursachen, zur Verantwortung der SED«, das Michael Schumann am 16. Dezember vortrug.<sup>2</sup> Einer breiten Öffentlichkeit wurde es durch die Veröffentlichung im »Neuen Deutschland« bekannt. Die Redaktion hatte es unter die Überschrift »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!« gestellt und damit eine Kernaussage und wesentliche Schlussfolgerung dieser ersten Analyse ins Zentrum gerückt. Das Referat hatte wichtige Grundlinien einer selbstkritischen Rückschau skizziert. Klar war aber auch, dass dies nur ein erster Schritt sein konnte.

Bereits im Ergebnis des ersten Beratungstages war auf die »Orientierung für einen demokratischen Sozialismus, jenseits von stalinistischem Pseudosozialismus und Herrschaft des Profits« verwiesen worden.<sup>3</sup> Hans Modrow hatte in geschlossener Sitzung aus der Erfahrung seines Amtes als Ministerpräsident der DDR die Notwendigkeit unterstrichen, »dass wir uns frei machen müssen vom Stalinismus«.<sup>4</sup> Auch ehemalige ZK-Mitglieder sahen in ihrem Rechenschaftsbericht an den Sonderparteitag die Ursachen für die Krise der DDR-Gesellschaft »in einer geschichtlich entstanden falschen Konzeption vom Sozialismus«, in der

1 Das vollständige Protokoll siehe Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1990 in Berlin. Hrsg. von Lothar Hornbogen, Detlef Nakath, Gerd-Rüdiger Stephan. Berlin 1999. Die wichtigsten Dokumente sind zeitnah bereits in einer Broschüre erschienen. Siehe Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Partei des Demokratischen Sozialismus. 8./9. und 16./17. Dezember 1989. Materialien. Berlin 1990.

2 Zur Rolle Schumanns, seine eigenen Reflexionen aus dem Jahre 1995 in: Wolfram Adolphi (Hrsg.): Michael Schumanns Hoffnung PDS. Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989–2000. Berlin 2004, S. 94–111.

3 Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Materialien, S. 33.

4 Ausführungen von Hans Modrow auf der geschlossenen Sitzung der ersten Beratung des Sonderparteitages. In: Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch. Berlin 1997, S. 836.

»stalinistische[n] Deformation des Sozialismus«.<sup>5</sup> Klaus Höpcke betonte als Vorsitzender der Antragskommission am letzten Beratungstag noch einmal im Namen des Parteitages »den einmütig erklärten Willen, mit stalinistischen Denkweisen und Strukturen eines administrativ-zentralistischen Sozialismus konsequent zu brechen, unsere Partei zu erhalten und radikal zu erneuern«.<sup>6</sup> Dem entsprach auch der Vorschlag von Geraer Delegierten, »zur Weiterführung der grundsätzlichen Klärung objektiver Bedingungen und subjektiver Einflüsse bei der Ausbreitung stalinistischer Praktiken in unserer Partei und Gesellschaft eine Geschichtskommission beim Präsidium des Parteivorstandes zu bilden«.<sup>7</sup> Unabhängig von einzelnen formalen Beschlüssen war die Meinungsbildung des Parteitages eindeutig: Der Bruch mit dem Stalinismus und die Analyse seiner Erscheinungsformen und Auswirkungen in der DDR waren eine wichtige Bedingung für die Erneuerung der Partei. »Karristen und Stalinisten, die sich als nicht lernfähig herausstellen sollten, wollten wir mit diesem Parteitag bewusst die politische Heimat nehmen«, fasste Gregor Gysi zusammen.

Das Besondere an der Auseinandersetzung mit dem Stalinismus auf dem Außerordentlichen Parteitag war, dass er nicht auf Personenkult, Repressionen und vereinzelte Deformationen reduziert wurde, wie das in der vorangegangenen Stalinismuskritik oft üblich war. Diesmal ging es ebenfalls um Denkweisen, Strukturen und Parteiverständnis. Die Formel vom »Stalinismus als System« schloss eine prinzipielle Kritik am bisherigen sozialistischen Gesellschaftsmodell sowjetischer Prägung ein. Ziel dieser Kritik war und bleibt, die unabdingbaren Eckpunkte herauszuarbeiten, unter denen eine künftige sozialistische Gesellschaft denkbar, lebens- und entwicklungsfähig ist.

Kritik an Stalin und seinen Herrschaftsmethoden ließ 1956 schon einmal Hoffnungen auf eine Erneuerung des Sozialismus aufkeimen. Nikita Sergejewitsch Chruschtschow rechnete in einer Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU mit den Verbrechen Stalins ab. Doch als Konsequenz aus den erschütternden Tatsachen, die er den Delegierten vortrug, blieb lediglich der Appell, den Personenkult und seine Folgen zu überwinden.<sup>9</sup> Die Grenzen dieser Abrechnung mit dem Stalinismus werden im Beschluss des ZK der KPdSU vom 30. Juni 1956 augenscheinlich. Dort heißt es: »Zweifelloos hat der Personenkult der Kommunistischen Partei und der Sowjetgesellschaft bedeutenden Schaden zugefügt. Es wäre jedoch ein großer Fehler, aus der Tatsache, dass früher ein Personenkult bestand, Schlüsse über irgendwelche Änderungen in der Gesellschaftsordnung in der UdSSR zu zie-

5 Rechenschaftsbericht ehemaliger Mitglieder zum Sonderparteitag am 8./9. Dezember 1989. In: ebenda, S. 828.

6 Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen, S. 352.

7 Ebenda, S. 354.

8 Gregor Gysi: Wir kämpfen für die DDR, für soziale Sicherheit, für Stabilität und Frieden. In: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Materialien, S. 78.

9 Zum Wortlaut der Chruschtschow-Rede und weiterer Dokumente siehe SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahre 1956. Berlin 1990.

hen oder die Quelle dieses Kults in der Natur der sowjetischen Gesellschaft zu suchen.«<sup>10</sup> Diese Grenzen wurden von vereinzelt Vertretern der kommunistischen Bewegung in Westeuropa erkannt. Die angemahnte marxistische Analyse blieb aber aus.<sup>11</sup> In der SED wurde der Inhalt der Chruschtschow-Rede den Delegierten der 3. Parteikonferenz vorgetragen. Im veröffentlichten Protokoll fehlen die betreffenden Passagen jedoch vollständig. Nur vermittelt über Reden und Artikel wurde die Parteibasis mit vereinzelt Aspekten vertraut gemacht. Schon bald wurden die Kritiker in den Reihen der SED wieder diszipliniert. Karl Schirdewan musste sich von der »mechanische[n] ... Übertragung von Beschlüssen des XX. Parteitages der KPdSU auf unsere Bedingungen« öffentlich distanzieren.<sup>12</sup> Die SED-Führung kam jedoch nicht umhin, sich Fragen der Rehabilitierung von Opfern stalinistischer Willkür zu stellen. Darunter waren auch Personen, deren ungerechtfertigte Verurteilung sie selbst zu verantworten hatte.

Die vom Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS im Dezember 1989 beschlossene Erneuerung der Partei verlangte zwingend nach einer kritischen und selbstkritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte einschließlich ihrer Erbschaften und Traditionen. Eine Vertrauen stiftende kritische und selbstkritische Aufarbeitung der Vergangenheit musste verknüpft werden mit der Bewahrung von Leistungen und Erfahrungen. Diese Abwägung erwies sich immer wieder als schwierig und wurde wiederholt zum Feld von Verdächtigungen sowie andauernder und oft zugespitzter Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Partei. Angriffe und Pauschalurteile politischer Gegner und Kontrahenten erschwerten eine sachbezogene Debatte zusätzlich.

Am Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung in Berlin – dem ehemaligen Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED – bildete sich eine Arbeitsgruppe »Opfer des Stalinismus«, die sich rasch Kompetenz und Anerkennung erwarb. Mitarbeiter des Instituts und etliche Historiker aus Forschungseinrichtungen und Universitäten trugen mit Artikeln in der Tagespresse dazu bei, den verfügbaren Forschungsstand zu bisher verschwiegenen oder einseitig dargestellte Themen einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Das »Neue Deutschland«, das ehemalige Zentralorgan des ZK der SED, begann im Januar 1990 mit der Reihe »Fragen der Geschichtswissenschaft in der Diskussion«. Erste Publikationen zum Thema Stalinismus aus dem wissenschaftlichen Umfeld der PDS und von nahe stehenden Autoren kamen ab 1990 auf den Markt.<sup>13</sup> Vertreter

10 Ebenda, S. 80 f.

11 Siehe dazu auch Zur Stalinismus-Debatte. 50 Jahre nach dem XX. Parteitag der KPdSU. Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS vom 7.2.2006.

12 Erklärung des Genossen Karl Schirdewan. In: Neuer Weg. 18.1959, S. 1237 f.

13 Siehe u. a. Heinz Kühnrich: Stalinismus. Der Autor im Gespräch mit Jürgen Weidlich. Berlin 1990; Wladislaw Hedeler, Horst Helas, Dietmar Wulff: Stalins Erbe. Der Stalinismus und die deutsche Arbeiterbewegung, Berlin 1990; Schauprozesse unter Stalin 1932–1952. Zustandekommen, Hintergründe, Opfer. Mit einem Vorwort von Horst Schützler. Berlin 1990; Wolfgang Ruge: Stalinismus – eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte. Berlin 1991; Heinz Niemann: Vorlesungen zur Geschichte des Stalinismus. Berlin 1991; Gerhard Lozek: Stalinismus –

der Deutschen Kommunistischen Partei hatten bereits ein Jahr zuvor mit einer Dokumentenpublikation auf die neue Welle der Stalin-Diskussion reagiert.<sup>14</sup> Aus der Sowjetunion meldeten sich ebenfalls Wissenschaftler zu Wort. Deren Beiträge wurden in deutscher Übersetzung einem breiten Leserkreis zugänglich.<sup>15</sup> Einen wesentlichen Beitrag zur Stalinismusdebatte und zur Erneuerung der Partei leistete die Schiedskommission der PDS, die anstelle der Parteikontrollkommission getreten war. Sie rehabilitierte Mitglieder und Funktionäre der Partei, die in den Jahrzehnten zuvor unter fadenscheinigen Vorwürfen Opfer innerparteilicher und staatlicher Repressionen geworden waren.<sup>16</sup>

Die im Juni 1990 gebildete Historische Kommission<sup>17</sup> der PDS widmete ihre erste öffentliche Konferenz im November des gleichen Jahres dem Thema »Der Stalinismus in der KPD und SED – Wurzeln, Wirkungen, Folgen«.<sup>18</sup> Dieses Thema stand nicht von ungefähr am Beginn. Die Konferenz erfuhr viel Aufmerksamkeit über den Rahmen der Partei hinaus. Der DDR- und Kommunismusforscher Hermann Weber aus Mannheim war extra nach Berlin gereist, um sich ein eigenes Bild von der Diskussion zu machen. Ein knappes Jahr später folgte im Oktober 1991 in Kleinmachnow die Konferenz zur Sicherheitspolitik der DDR und zur Verantwortung der SED. Anders als im bis heute gängigen politischen Schlagabtausch und den meist aufgeheizten Verdächtigungs- und Delegitimierungsdebatten war die kritische Betrachtung der Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in den Zusammenhang gemeinsamer Verantwortung eingebettet und mit der Kritik an der Sicherheitsdoktrin der SED verknüpft. Dieser Kontext sollte auch in künftigen Diskussionen beachtet werden. Im Oktober 1992 standen auf einer Konferenz in Berlin das Staats- und Rechtssystem der DDR und deren Bewertung im Zentrum. Es folgten in kürzeren und größeren Abständen Konferenzen und Veranstaltungen zu Problemen der politischen Justiz, der Außenpolitik, der russischen Revolution von 1917 und der deutschen Zweistaatlichkeit.<sup>19</sup>

Ideologie, Gesellschaftskonzept oder was? Klartext. H. 4. Hrsg. Helle Panke e. V., Berlin 1993; Wolfgang Gehrke (Hrsg.): Stalinismus. Analyse und Kritik. Beiträge zu einer Debatte. Bonn 1994.

- 14 Siehe Stalin bewältigen. Dokumente und Aufsätze der 50er, 60er und 80er Jahre. Hrsg. und eingeleitet von Günter Judick und Kurt Steinhaus. Düsseldorf 1989.
- 15 Siehe u. a. Jewgeni Plimak: Anatomie der Willkür. Wurzeln des Stalinismus in der Sowjetunion, Berlin 1990; Roy Medwedew: Wir brauchen die ganze Wahrheit über den Stalinismus. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus. 1990. H. 1; ders.: Das Urteil der Geschichte. Stalin und Stalinismus. 3 Bde. Berlin 1992; A. W. Sidorow: Stalinismus. Erfahrungen und Lehren der Interpretation. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. 1991. H. 2.
- 16 Siehe Lothar Hornbogen, Wilfriede Otto: Politische Rehabilitierungen – eine Lehre unserer Geschichte. In: Disput. November 2008.
- 17 Zur Bildung und zur Arbeit der Historischen Kommission siehe Günter Benser: Geschichte und Politik bei der Gründung der Historischen Kommission der PDS. In: Klaus Kinner, Helmut Meier (Hrsg.): Politikum Geschichte. Die Rolle der Geschichte in öffentlichen Diskussionen. Berlin 2009, S. 71-79; Jürgen Hofmann: Die Historische Kommission der PDS und die Geschichtsdebatte. In: Detlef Nakath (Hrsg.): DDR-Geschichte: Bilder und Zerrbilder. Siegfried Prokop zum 70. Geburtstag. Berlin 2010, S. 114-127.
- 18 Siehe Der Stalinismus in der KPD und SED – Wurzeln, Wirkungen, Folgen. Materialien der Konferenz der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS am 17./18. November 1990. Berlin 1991.
- 19 Siehe u. a. Gregor Gysi, Uwe-Jens Heuer, Michael Schumann (Hrsg.): Zweigeteilt. Über den Umgang mit der SED-Vergangenheit. Hamburg 1992; Lothar Bisky, Uwe-Jens Heuer, Michael Schumann (Hrsg.): Rücksichten.

Als die PDS im November 1995 eine Zwischenbilanz ihrer historisch-politischen Selbstverständigungsdebatte zog, fiel das Resümee zur Stalinismuskussion zwiespältig aus. Michael Nelken machte unterschiedliche Phasen aus und beklagte, dass relativ schnell der »1989/90 so dominante Stalinismusbegriff ... nunmehr in der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte kaum noch« vorkam. »Die *Analyse* des repressiven, zentralistischen, antidemokratischen Gesellschafts-systems wurde im PDS-Diskurs verdrängt durch die *Verteidigung der »Legitimität des Versuchs«*, die Würdigung der positiven »Errungenschaften und Erfahrungen«, des »selbstlosen Einsatzes von Millionen« DDR-Bürgern für die Errichtung einer »sozialistischen Alternative« usw. usf.«,<sup>20</sup> merkte er an. Darüber hinaus waren Stimmen aufgetaucht, die die Stalinismuskritik als Opportunismus bzw. Revisionismus diskreditierten.<sup>21</sup> Alle damals zusammengetragenen Argumente und Gegenargumente der Stalinismuskussion leben bis heute fort.

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre trat die Stalinismusdebatte in der PDS zeitweise in den Hintergrund. Aktuelle politische Fragen dominierten die Diskussion. Auch die Geschichtsdiskussion erlangte nicht mehr die Aufmerksamkeit, die sie zwischen 1990 und 1995 in der Mitgliedschaft hatte. Nur noch einmal im Juni 1997 sorgte eine Konferenz des Bundesvorstandes und der Historischen Kommission der PDS unter dem Titel »Von der Lubljanka bis Hohenschönhausen. Realsozialistische Kommunistenverfolgung« in Berlin für Aufsehen und bei Teilen der Mitglieder und Sympathisanten für Aufregung.<sup>22</sup> Im Zentrum standen die Repressionen gegen die eigenen Anhänger und Funktionäre. Einige hielten das Thema im Jubiläumsjahr der russischen Revolution für deplatziert. Im Resümee dieser Tagung hob Michael Schumann hervor: »Wir kennen das Ende. Dem stalinistischen System wurde die terroristische Spitze zwar weitgehend genommen, aber der staatssozialistische Vergesellschaftungstyp, die trotz aller Reformbemühungen immer beibehaltene Unterordnung der Wirtschaft unter ein diktatorisches politisches Machtzentrum mit all den Folgen der Einschränkung politischer und geistiger Freiheit und damit sozialer Kreativität, wurde nicht überwunden. Das führte zu ökonomischer Ineffizienz, ökologischer Rückständigkeit und schließlich zum sozialen Konflikt, der den sowjetischen Staatssozialismus zusammenbrechen ließ.«<sup>23</sup>

Politische und juristische Aspekte der DDR-Geschichte. Hamburg 1993; Lothar Bisky, Uwe-Jens Heuer, Michael Schumann (Hrsg.): »Unrechtsstaat«? Politische Justiz und die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Hamburg 1994; DDR-Außenpolitik aus heutiger Sicht. Politikwissenschaftliche Konferenz der PDS am 16. April 1994. o. O. u. J.; Wladislaw Hedeler, Horst Schützler, Sonja Striegnitz (Hrsg.): Die russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997; Deutsche Zweistaatlichkeit 1949–1990. Referate und Beiträge der wissenschaftlichen Konferenz vom März 1999. In: UTOPIE kreativ. 1999. H. 103-106.

20 Michael Nelken: Schwierigkeiten einer Emanzipation. Zur Stalinismusdebatte in der PDS. In: Lothar Bisky, Jochen Czerny, Herbert Mayer, Michael Schumann (Hrsg.): Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis, Berlin 1996, S. 66-86 (hier S. 71). Siehe auch im gleichen Band die Berichte von Horst Helas zur Stalinismusdebatte in der PDS und von Wladislaw Hedeler zur Stalinismusforschung in Russland.

21 Siehe u. a. Kurt Gossweiler: Der »moderne Revisionismus« und die Niederlage des Sozialismus – Eine Thesenreihe. In: Weißenseer Blätter. Berlin 1992. H. 4.

22 Siehe UTOPIE kreativ. 1997. H. 81/82.

23 Michael Schumann: Zur Auseinandersetzung der PDS mit dem stalinistischen Erbe. In: Adolphi: Michael Schumann, S. 131.

Jahre später brandete die Diskussion zum Stalinismus erneut auf. Anlass war ein Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus, der im Dezember 2006 in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde eingeweiht worden war. Er wurde zum »Stein des Anstoßes« und löste heftige und kontroverse Debatten aus.<sup>24</sup> Der überparteiliche Förderkreis Erinnerungsstätte der deutschen Arbeiterbewegung Berlin-Friedrichsfelde e. V. hatte in den Jahren 2004 und 2005 die von der baupolizeilichen Sperrung bedrohte Gedenkstätte der Sozialisten mit Lotto-mitteln des Landes Berlin und Zuwendungen des Landesdenkmalamtes sowie des Bezirkes Lichtenberg von Berlin grundlegend sanieren lassen. In diesem Zusammenhang sollte auch an die Opfergruppe erinnert werden, die in dieser Gedenkstätte bisher ausgeblendet war. Während Vertreter von antikommunistischen Opferverbänden ihren Alleinvertretungsanspruch für Opfer des Stalinismus gefährdet sahen, vermuteten einzelne Stimmen aus dem linken Lager eine antikommunistische Provokation.

Die Idee, den Opfern des Stalinismus ein Denkmal zu widmen, war nicht völlig neu. Bereits in seinem Schlusswort auf dem XXII. Parteitag der KPdSU 1961 hatte Nikita Sergejewitsch Chruschtschow ein solches Vorhaben angeregt, das unter Leonid Iljitsch Breschnew aber nie zur Ausführung gelangte. Dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS im Dezember 1989 schlug der vorbereitende Arbeitsausschuss vor, «dass den Opfern stalinistischer Verbrechen ein bleibendes Gedenken in unserer Gesellschaft bewahrt wird. Dem sollten sowohl das bereits von anderen vorgeschlagene würdige Mahnmal als auch Zeugnisse der Erinnerung und Bewahrung der bestehenden Museen und Gedenkstätten ... dienen.»<sup>25</sup> Die Gedenkstätte der Sozialisten um eine Tafel für die »Opfer des Stalinschen Terrors« zu ergänzen, hatte Anfang Dezember 1989 der damalige Direktor des Zentralen Parteiarchivs der SED angeregt. Im Januar 1990 bekräftigte er noch einmal seine Ansicht, dass die Gedenkstätte der Sozialisten »der geeignete Ort« wäre, »um auch der namentlich bekannten sowie der noch unbekanntem Opfer des Stalinschen Terrors zu gedenken«.<sup>26</sup> Diese Vorgeschichte wurde von all denen ausgeblendet, für die ein solcher Gedenkstein ausschließlich Ausfluss antikommunistischer »Stalinismus-Demagogie« sein konnte.

In der Stalinismusediskussion unter Linken wird oft eingewandt, Stalinismus sei ein ideologischer Kampfbegriff, und solle deshalb keine Verwendung finden. Wenn Linke aber ihrem marxistischen Denkansatz nicht untreu werden, müssen sie akzeptieren, dass es die realen Verbrechen und Deformationen im Namen des

24 Siehe dazu u. a. Heinz Karl: Ein Stein der Provokation und der Verdrängung. In: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Linkspartei.PDS. Februar 2007 (Wortmeldungen auch im Heft 1/2007); Jürgen Hofmann: Respekt vor den Opfern gebietet würdige Ehrung. In: Neues Deutschland vom 5. Januar 2007, S. 14.

25 Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Materialien, S. 55.

26 Siehe Für eine allen Sozialisten geweihte Gedenkstätte. ND-Interview mit Prof. Dr. Heinz Voßke. In: Neues Deutschland vom 2./3. Dezember 1989; Heinz Voßke: Unsere Blumen auf den Gräbern. In: ebenda vom 6./7. Januar 1990. S. 9; siehe auch Herbert Wolfram: Müntenberg und Kreikemeyer demnächst in Friedrichsfelde? In: Junge Welt vom 5./6. Dezember 1998.

Sozialismus sind, die den Rückblick auf den Realsozialismus und die Vision eines neuen Anlaufs belasten. Das Problem ist folglich nicht der Begriff, sondern es sind die Tatsachen und die historischen Erfahrungen, die sich hinter ihm verbergen. Zugespitzt hat das Hartmut Krauss 1994 auf einer Konferenz des Arbeitskreises kritischer Marxistinnen und Marxisten formuliert: »Anstatt nämlich die Stalinismuskritik als verdeckten Antikommunismus zu denunzieren, gilt es vielmehr den Stalinismus als effektivste Form des Antikommunismus zu begreifen...«<sup>27</sup> Selbstverständlich ist nicht zu leugnen, dass das Stalinismusetikett gern zur pauschalen Diskriminierung kommunistischer und sozialistischer Parteien und Bewegungen in Vergangenheit und Gegenwart missbraucht wird. Deshalb auf die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus und ein eigenes kritisches Verständnis der damit verbundenen Erscheinungen und Probleme zu verzichten, führt zurück zu Zeiten, in denen Themen nicht benannt wurden, weil sie »dem Gegner nutzen« konnten. Das wäre faktisch eine Rückkehr zu einem stalinistischen Selbstverständnis.

Oft wird vergessen, dass die Kritik am Stalinismus und der Kampf gegen ihn seinen Ausgangspunkt in der Arbeiterbewegung selbst haben. Die kommunistische Bewegung ist hier nicht ausgenommen. Es war Leo Trotzki, der 1937 vor dem Hintergrund der angelaufenen Schauprozesse in Moskau in seiner Arbeit »Bolschewismus und Stalinismus« die Kritik an Fehlentwicklungen in der Sowjetunion unter den Begriff Stalinismus subsumierte. Zugleich verwahrte er sich dagegen, den »Entartungsprozess des Sowjetstaats als eine Evolution des reinen Bolschewismus dar[z]ustellen«. Die Zwangsmaßnahmen der Bolschewiki zur Umwälzung der sozialen Verhältnisse im Interesse der Masse hatten für ihn nichts gemein mit »Stalins thermidorianische[r] Umwälzung der Sowjetgesellschaft im Interesse einer privilegierten Minderheit«. In diesem Zusammenhang formulierte er das Menetekel des ersten Sozialismusversuchs: »Das auf sich angewiesene Sowjetregime wird zerfallen oder entarten, genauer: zuerst entarten und dann zerfallen.«<sup>28</sup> Auch wer die Revolutionstheorie Trozki nicht teilt, wird in seiner Charakterisierung des Stalinismus wertvolle Anregungen finden.

Zur Agenda der internen Stalinismuskritik gehören zahlreiche theoretische und praktische Versuche der Kurskorrektur in der kommunistischen Bewegung und den sozialistischen Ländern. Erinnerung sei hier an die Analysen von Georg Lukács (Sozialismus und Demokratisierung), Leo Kofler (Stalinismus und Bürokratie), Werner Hofmann (Stalinismus und Antikommunismus), Jakob Moneta und Ernest Mandel (Aufstieg und Niedergang des Stalinismus) und Rudolf Bahro (Die Alter-

27 Hartmut Krauss: Stalinismuskritik ohne Begriff? Oder Verweigerung einer begreifenden Analyse des Stalinismus. In: Glasnost-Archiv (zitiert nach: [www.glasnost.de/autoren/krauss/stalin1.html](http://www.glasnost.de/autoren/krauss/stalin1.html)). Ausdruck vom 5.5.2008).

28 Leo Trotzki: Bolschewismus und Stalinismus (zitiert nach: [www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1937/08/bolstal.html](http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1937/08/bolstal.html)). Ausdruck vom 23.6.2008). Zur Stalin-Kritik siehe auch die 1937 erschienene Arbeit von Leo Trotzki: Stalins Verbrechen. Berlin 1990.

native).<sup>29</sup> Bahros Rede auf dem Außerordentlichen Parteitag 1989 stieß übrigens auf heftigen Widerspruch bei etlichen Delegierten, die in ihm immer noch den »Staatsfeind« sahen. Nur eine knappe Mehrheit hatte ihm das Rederecht zugebilligt. Auch Partei- und Staatsfunktionäre versuchten sich in den Jahrzehnten zuvor hin und wieder an Reformen. Sie endeten meist in selbstverordneter oder erzwungener Disziplinierung sowie in Maßregelungen, die Funktionsverlust, Haft und im Extremfall auch Todesurteile einschlossen.<sup>30</sup> Es muss zum Selbstverständnis der Linken gehören, sich dieser Personen und ihrer Bestrebungen zu erinnern. Eine gründliche und umfassende Rezeption der bereits viele Jahrzehnte andauernden marxistischen Stalinismuskritik steht immer noch aus.

Beklagt wurde in den Debatten der 1990er Jahre ebenfalls, die Personalisierung der Kritik durch den Stalinismus-Begriff. Nun ist aber die Typologisierung von Gesellschaften nach historischen Personen nicht ungewöhnlich, wenn wir an Begriffe wie Bonapartismus, Cäsarismus, Wilhelminismus oder Peronismus denken. Auch Karl Marx und Friedrich Engels haben sich solcher personalisierenden Begriffe bedient. Sie dienen der politischen und historischen Systematisierung. Sie stehen für jeweils typische Gesellschafts- und Herrschaftsformen, die ihre Prägung der jeweiligen Person verdanken oder aus dem Vergleich mit deren Wirken abgeleitet wurden. Es dürfte außer Frage stehen, dass die historische Schlüsselfigur des Prozesses, in dessen Verlauf der emanzipatorische Anspruch der sozialistischen und kommunistischen Bewegung in der Praxis der neuen Gesellschaft deformiert und konterkariert wurde, Stalin hieß. Auch wenn er diese Entwicklung mit Hilfe einer Funktionärskaste bewerkstelligte, ist in einer auf eine Führungsperson ausgerichteten Gesellschaft die Identifikation von Politik und Führungsperson folgerichtig. Es gibt eigentlich keinen Grund, den Begriff des Stalinismus als Ausnahme von der Regel zu behandeln, auch wenn bis zur Stunde noch keine allseitig anerkannte Definition des Stalinismusbegriffs vorliegt. Ansätze für eine Definitionsdebatte sind schon seit vielen Jahren von den verschiedensten Autoren unterbreitet worden. Hartmut Krauss hat einige davon in dem bereits erwähnten Beitrag 1994 vorgestellt.<sup>31</sup>

Über Stalinismus kann nicht diskutiert werden, ohne auf die Exzesse der Schauprozesse und Säuberungswellen einzugehen, die das Sozialismusprojekt nachhaltig in Misskredit brachten, und sie entschieden zu verurteilen. Darin herrscht

29 Siehe u. a. Rudolf Bahro: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Köln/Frankfurt 1977; Werner Hofmann: Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts. Frankfurt a. M. 1967 (überarb. Aufl. 1968); Leo Kofler: Stalinismus und Bürokratie. Neuwied 1970; Georg Lukács: Privatbrief über Stalinismus. Brief an Alberto Carocci. In: Forum. Nr. 115-117, 1963; ders.: Marxismus und Stalinismus. Politische Aufsätze. Hamburg 1970 (=Ausgewählte Schriften. Bd. 4); ders.: Demokratisierung heute und morgen. Budapest 1985; Jakob Moneta, Ernest Mandel: Aufstieg und Niedergang des Stalinismus. Zur Geschichte der KPdSU. Frankfurt 1971.

30 Siehe Thomas Klein, Wilfriede Otto, Peter Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949–1989). 2 Teile. Frankfurt/Oder 1996; Thomas Klein: »Für die Einheit und Reinheit der Partei. Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht. Köln-Weimar-Wien 2002.

31 Siehe Hartmut Krauss: Stalinismuskritik ohne Begriff?

weitgehende Übereinstimmung zwischen den verschiedenen Strömungen der Linken. Nikolai Bucharin, ein Mitstreiter Lenins und führender Bolschewik, sprach 1938 von einer »teuflischen Maschinerie«, »die sich offensichtlich mittelalterlicher Methoden bedient«, und forderte künftige Generationen auf, »das ungeheuerliche Knäuel von Verbrechen zu entwirren«.<sup>32</sup> Dabei geht es nicht nur um die Schauprozesse der zweiten Hälfte der 1930er Jahre in der Sowjetunion. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg, Ende der 1940er und Anfang der 1950er Jahre, erschütterte eine Welle von Schauprozessen die Länder und Parteien im sowjetischen Einflussbereich.<sup>33</sup> Obwohl – anders als in der ČSR, in Ungarn oder Bulgarien – in Ostdeutschland keine Todesurteile gegen Spitzenfunktionäre der Partei vollstreckt wurden, sprachen auch hier Gerichte in Geheimprozessen drastische Urteile auf der Grundlage konstruierter Beschuldigungen. Paul Merker und Max Fechner sind nur zwei der zahlreichen Beispiele.<sup>34</sup> Selbst führende kommunistische Funktionäre der Bundesrepublik Deutschland wurden in der DDR verhaftet und verurteilt, wie der Fall Fritz Sperling anschaulich zeigt.<sup>35</sup>

Der Schaden, der der Arbeiterbewegung durch den Aderlass der Schauprozesse und Säuberungswellen zugefügt wurde, lässt sich kaum ermessen. Er übersteigt jedes Vorstellungsvermögen. Repressalien richteten sich nicht in erster Linie gegen tatsächliche Feinde. Sie richteten sich als Mittel der Disziplinierung und der Machtsicherung der Stalin-Clique vor allem gegen die eigenen Anhänger und die Bevölkerung. Große Potentiale an Menschen und Erfahrungen wurden liquidiert bzw. zeitweise oder dauerhaft ausgeschaltet. Das betraf Funktionäre ebenso wie einfache Mitglieder und parteilose Spezialisten. Die Forschung bringt seit Jahren immer neue ungeheuerliche Tatsachen und Vorgänge ans Licht.<sup>36</sup> Diese sind in ihrem Ausmaß und ihren Konsequenzen weder mit einer Bedrohungssituation noch mit dem Kalten Krieg zu rechtfertigen oder rational zu erklären.

32 Nikolai Bucharin: An die künftige Generation führender Parteifunktionäre. In: Sputnik. 1988. Nr. 5, S. 117.

33 Siehe George Hermann Hodos: Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–1954. Berlin 2001.

34 Siehe Wolfgang Kießling: Partner im »Narrenparadies«. Der Freundeskreis um Noel H. Field und Paul Merker, Berlin 1994; ders.: Paul Merker in den Fängen der Sicherheitsorgane Stalins und Ulbrichts. Berlin 1995; Rudi Beckert: Lieber Genosse Max. Aufstieg und Fall des ersten Justizministers der DDR Max Fechner. Berlin 2003; ders.: Die erste und letzte Instanz. Schau- und Geheimprozesse vor dem Obersten Gericht der DDR. Goldbach 2005.

35 Siehe Karl Heinz Jahnke: Ich bin nie ein Parteifeind gewesen. Bonn 1993; Herbert Mayer: Der Fall Fritz Sperling. In: Berlinische Monatsschrift. 2001. H. 3, S. 69-73.

36 Siehe u. a. In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR. Berlin 1991; Reinhard Müller: Menschenfalle Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung. Hamburg 2001; Hermann Weber, Ulrich Mählert (Hrsg.): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953. Paderborn-München-Wien-Zürich 2001 (erweiterte Sonderausgabe); Wladislaw Hedeler (Hrsg.): Stalinscher Terror 1934–41. Eine Forschungsbilanz. Berlin 2002; ders.: Chronik der Moskauer Schauprozesse 1936, 1937 und 1938. Planung, Inszenierung und Wirkung. Berlin 2003; ders.: Die Ökonomik des Terrors. Die Organisationsgeschichte des Gulag 1939 bis 1960. Hannover 2010; Hermann Weber, Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. Berlin 2004; Ulla Plener, Natalia Mussenko (Hrsg.): Verurteilt zur Höchststrafe. Tod durch Erschießen. Todesopfer aus Deutschland und deutscher Nationalität im Großen Terror in der Sowjetunion 1937/1938. Berlin 2006 (Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung 27).

Die Debatte der Linken muss sich außerdem darüber klar werden, ob sie unter Stalinismus nur den engeren Zeitraum der Herrschaft Stalins und die Kritik an Schauprozessen und Repressionen fasst oder ob sie ein von dieser Phase geprägtes Gesellschaftsmodell in den Fokus nimmt, das wiederum verschiedene Entwicklungsstufen und Ausprägungen kennt, die sich ungeachtet gemeinsamer Züge teilweise erheblich unterscheiden. Die Phase des Hochstalinismus, wie sie sich im Zuge der Schauprozesse und Massenrepressalien seit Mitte der 1930er Jahre ausbildete, unterscheidet sich sehr wohl vom Poststalinismus der Zeit nach dem XX. Parteitag der KPdSU ab Mitte der 1950er Jahre. Der Historiker Wolfgang Ruge, der als Emigrant in der Sowjetunion selbst etliche Jahre in Straflagern verbringen musste, merkte dazu an: »Trotz seiner Anlehnung an das sowjetische Modell war der epigonale Stalinismus (erst recht der epigonale Poststalinismus) osteuropäischen Typs somit sowohl seiner Qualität als auch seinen Folgen nach ein wesentlich anders geartetes Phänomen als die diktatorische Herrschaft Stalins in den endzwanziger, dreißiger und vierziger Jahren. Unter ihm erreichten Initiativlähmung und Flexibilitätsverlust längst nicht die totale Dimension wie im Mutterland des ›real existierenden Sozialismus‹.«<sup>37</sup> Zugleich wäre es sicher falsch, Stalinismus auf seine terroristische Extremform und Extremphasen einzugrenzen. Die Formel »Stalinismus als System« zielt auf ein erweitertes Verständnis von Stalinismus.

Begriff und Erscheinungsbild des Stalinismus sind viele Jahre über den Personkult und die politischen Repressionen definiert worden. Wie die Erfahrungen seit dem XX. Parteitag der KPdSU zeigen, werden damit zwar wichtige Seiten des Stalinismus erfasst, aber zugleich viele strukturbildende Aspekte ausgeklammert, die für das Verständnis der Langzeitwirkung des Stalinismus von Bedeutung sind. Um der Komplexität eines erweiterten Stalinismusbegriffs gerecht zu werden, müssen in der Diskussion mehrere Aspekte und typische Erscheinungen dieses Phänomens herangezogen werden, von denen im Folgenden die m. E. wichtigsten benannt werden sollen.

Dazu gehört die innenpolitische Dimension von Stalinismus, die durch bürokratisch-diktatorische Herrschaftsformen und Strukturen sowie durch repressive Gewalt in unterschiedlichen Nuancierungen gekennzeichnet ist. Diese bürokratisch-diktatorischen Herrschaftsformen wurden verfassungsrechtlich und strukturell fixiert bzw. in Abweichung von deklariertem Recht praktiziert. Sie sind mit den ursprünglichen Intensionen von Sowjetmacht bzw. Macht der Arbeiterklasse nicht mehr vereinbar, auch wenn sie als deren Verkörperung deklariert werden. Parlamentarische Mitsprache, Gewaltenteilung und allgemeines und geheimes Wahlrecht, die von der Arbeiterbewegung im historischen Prozess mit erkämpft wurden, gerieten zur Karikatur bzw. zur Farce. Die Verfassungsänderung vom Oktober 1974 und die Kommunalwahlen vom Mai 1989 in der DDR sind dafür zwei beredete Beispiele von vielen.

37 Wolfgang Ruge: Stalinismus, S. 134.

Der Monopolanspruch der führenden Partei auf allen Ebenen und in allen Bereichen schuf Doppelstrukturen und degradierte Volksvertretungen und staatliche Einrichtungen zu bloßen Werkzeugen. Schon 1949 hatte die SED in einer Richtlinie festgelegt, dass alle wichtigen Gesetze und Verordnungen vor ihrer Verabschiedung durch die Volkskammer oder die Regierung dem Politbüro bzw. seinem Sekretariat zur Beschlussfassung vorab zu übermitteln waren. Ab 1960 hatte der Ministerrat der DDR Politbüro-Beschlüsse unverändert zu übernehmen. Diese Praxis wurde 1972 zur gesetzlichen Verpflichtung. Obwohl in der DDR abweichend vom sowjetischen Modell ein Mehrparteiensystem installiert worden war und bis zum Schluss existierte, waren der offiziell deklarierten Bündnispolitik durch den absoluten Führungsanspruch der SED enge Grenzen gesetzt.<sup>38</sup>

Ökonomisch stützt sich das stalinistische Gesellschaftsmodell faktisch auf Staatseigentum, das als sozialistisch bzw. volkseigen deklariert wird. Die ökonomische Entwicklung wird durch eine voluntaristische zentrale Steuerung behindert und letztlich gelähmt. Dabei kann es nicht darum gehen, die Planwirtschaft generell als das eigentliche Problem auszumachen. Entgegen mancher Behauptung ist Planwirtschaft keineswegs ein Alleinstellungsmerkmal sozialistischer Wirtschaft. Sie ist auch unter anderen Produktionsverhältnissen zeitweise in mehr oder weniger großem Umfang praktiziert worden. Das Problem beginnt dort, wo Wirtschaftspläne die Analyse der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage ignorieren und keine Spielräume zulassen. Die Vorstellung, man könne neben der Entwicklung der Produktion auch noch die Bedürfnisse planen, wie das zeitweise in der sowjetischen Gesellschaftswissenschaft diskutiert wurde, zeigt das Dilemma selbstverursachter Wachstumshemmnisse. Typisch für die Volkswirtschaften realsozialistischen Typs wurde auch die permanente Missachtung des Wertgesetzes. In der DDR erreichten Realitätsverlust und Wunschdenken in der Wirtschaftspolitik Ende der 1980er Jahre einen Höhepunkt. Die inflationäre Präsentation von Wirtschaftserfolgen, die durch Erfahrungen im Alltag in keiner Weise gedeckt waren, untergrub das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Partei- und Staatsführung nachhaltig.

Zwischen dem zentralistisch gesteuerten Wirtschaftsmodell und dem Gesellschaftsmodell sowjetischer Prägung besteht ein Zusammenhang. In einer Gesellschaft, in der sich ein kleiner Führungszirkel alle wesentlichen Entscheidungen vorbehalten, würden größere Entscheidungsspielräume in der Ökonomie die bürokratisch-zentralistische Herrschaftsform generell in Frage stellen. Ein neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft mit größeren Freiräumen hätte zwangsläufig auch Konsequenzen für das politische System ge-

38 Siehe u. a. Jürgen Winkler: Zum Verhältnis von Partei und Staat in der DDR. In: Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler (Hrsg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik, S. 159-176; Norbert Podewin: Blockpolitik. In: ebenda, S. 332-344; Jürgen Hofmann: Bündnispolitik im Schatten des Führungsanspruchs der SED. In: »... undemokratisch wird sich rächen!« Studien zur Demokratie in der DDR. Zweiter Teil. Berlin 1995, S. 102-134.

habt. Daran sind letztlich auch die Reformansätze der 1960er Jahre in der DDR gescheitert.

In die Betrachtung einbezogen werden muss die ideologische Dimension des Stalinismus, für die eine einengende und dogmatisierende Interpretation des Marxismus kennzeichnend ist. Das Besondere bestand darin, dass der Stalinismus sein antimarxistisches Wesen hinter formaler marxistischer Bekenntnistreue verbarg. Schon frühzeitig hatte Stalin mit einer Vorlesungsreihe zu den »Grundlagen des Leninismus« 1924 und einem Aufsatz »Zu Fragen des Leninismus« von 1926 den Anspruch auf Deutungshoheit seiner Vorgänger erhoben. Aus diesem Titel erwuchs dann eine Sammlung von Aufsätzen und Reden, die in vielen Auflagen zur Pflichtlektüre der Parteimitglieder und der Hochschulausbildung avancierte. Ab 1947 wurde diese Sammlung auch in deutscher Sprache verbreitet und in der DDR noch bis Anfang der 1960er Jahre als Studien- und Bildungsmaterial genutzt. Die auf Rechtfertigung und Beschönigung Stalinscher Politik ausgerichtete »Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Kurzer Lehrgang« versorgte die SED-Mitglieder mit der Musterezählung eines »erfolgreichen Weges«. <sup>39</sup> In Stalins Interpretation wurde der Leninismus zum Marxismus der Epoche und trat damit faktisch an die Stelle des Marxismus. Diese Deutung hielt sich bis in die jüngste Zeit. Georg Lukács merkte dazu kritisch an: »Aus dem unvollkommen verstandenen Leninismus ist Stalinismus geworden ...« <sup>40</sup> Zur Arbeitsweise von Karl Marx und zur marxistischen Methode gehört jedoch die Fähigkeit, neue Erkenntnisse und Entwicklungen zu verarbeiten. Eine auf unverrückbare pseudoreligiöse Lehr- und Glaubenssätze reduzierte Gesellschaftswissenschaft kann diesen Anspruch nicht erfüllen und ist letztlich zur Stagnation verurteilt.

Imperiale Politik als ein weiteres Kennzeichen für Stalinismus kann nur für die sowjetische Führungsmacht geltend gemacht werden. Den Bruderländern im stalinistisch geprägten sozialistischen Weltsystem blieben die außenpolitischen Spielräume beschnitten. Die Unterordnung unter eine weltpolitische Führungsmacht ist allerdings ebenfalls kein Alleinstellungsmerkmal stalinistischer Systeme und durchaus auch für andere Gesellschaftssysteme und Zeiträume typisch. Für die Länder des Realsozialismus ergaben sich daraus letztlich fatale politische und ökonomische Abhängigkeiten. Abweichende Entwicklungen und Reformvorstöße wurden unterbunden, wie die Ereignisse in Polen, Ungarn und der ČSSR belegen. <sup>41</sup> Die internationale Arbeitsteilung im RGW blieb an den Interessen der UdSSR ausgerichtet. Die Möglichkeit, die Potenzen der industriell entwickelten Länder im sowjetischen Einflussbereich und ihr spezifisches Produktionsprofil in

39 Siehe J[ossif] Stalin: Fragen des Leninismus. Moskau 1947; Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang. Berlin 1951.

40 Georg Lukács: Demokratisierung heute und morgen, S. 93.

41 Siehe u. a. Lutz Prieß, Václav Kural, Manfred Wilke: Die SED und der »Prager Frühling« 1968. Politik gegen einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«. Berlin 1996.

Richtung eigener Modernisierung zu nutzen, wurde vertan und wohl gar nicht in Erwägung gezogen. Stattdessen wurde auch fortgeschrittenen Ländern – wie der DDR und der ČSSR – der Aufbau der Schwerindustrie nach sowjetischem Vorbild und damit faktisch der Fahrplan der grundlegenden Industrialisierung aufgenötigt. Bestimmend blieb die Volkswirtschaft eines Landes, das trotz einzelner Spitzenleistungen insgesamt nicht den höchsten Stand der Produktivkraftentwicklung verkörperte. Selbst die verschiedenen Führungswechsel in den Bruderländern mussten in der Regel zuvor mit Moskau abgesprochen sein.

Nicht unerwähnt bleiben dürfen die parteipolitischen Implikationen des Stalinismus, die einen, die innerparteiliche Demokratie aufhebenden Parteityp hervorbringen und zugleich bedingen. Stalin konnte dabei an die Leninsche Parteitheorie anknüpfen. Der demokratische Zentralismus reduzierte sich weitgehend auf Zentralismus und dieser engte sich wiederum auf die Weisungs- und Entscheidungsmacht eines kleinen Führungszirkels ein. Hierarchisch aufgebaute Parteiapparate steuerten die Masse der Mitglieder und die Gesellschaft. Die formal in den Statuten und in der Theorie vorgesehene politische Willensbildung von unten fand faktisch nicht mehr statt. Hauptaufgabe der Mitglieder war, Beschlüsse der übergeordneten Leitung und der Zentrale auszuführen. Funktionäre gerieten in Abhängigkeit zu den Apparaten, zu denen sie gehörten und entfernten sich zwangsläufig von denen, deren Interessen sie vertreten sollten. Berichte hatten sich an den Erwartungen der übergeordneten Ebene auszurichten. Vor allem Funktionäre der unteren Ebene gerieten dadurch nicht selten in Konfliktsituationen. Fraktionsbildungen galten a priori als parteifeindliche Gruppierungen. Der von oben vorgegebene einheitliche Wille ließ bestenfalls gelenkte Diskussionen und Zustimmungadressen zu. Der stalinistische Parteityp kultivierte Gepflogenheiten und Rituale, die vor allem der Unterordnung und Selbstdisziplinierung der Funktionäre und der Mitglieder Masse dienten. Zugleich entwickelten sich selbst unter widrigen Umständen Verantwortungsbewusstsein, Idealismus, Selbstlosigkeit und Leistungsbereitschaft. Dieses Paradox ist mitzudenken, wenn Vorgänge und persönliche Leistungen gerecht beurteilt werden sollen. Der antifaschistische Widerstand ist voll solcher Beispiele. Peter Weiss hat den Konflikt treffend beschrieben.<sup>42</sup>

Die PDS nahm in ihrem Minderheitenvotum zum Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« von 1994 u. a. auf dieses Paradox Bezug. Das Minderheitenvotum verwies auf den »Doppelcharakter« der SED, die einerseits Massenpartei und andererseits Kaderpartei war. Dadurch existierte sie oberhalb und innerhalb der Gesellschaft, war Instrument der Disziplinierung der Gesellschaft und zugleich in der Gesellschaft wirkende Kraft.<sup>43</sup>

42 Siehe Peter Weiss: Die Ästhetik des Widerstands. 3 Bde. Frankfurt/M. 1975–1981.

43 Siehe Sondervotum des Mitglieds Gruppe PDS/LL Abg. Dr. Dietmar Keller zu dem vorliegenden Bericht. In: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Bd. 1, Baden-Baden 1995, S. 680-737 (hier vor allem 698-702).

Der stalinistische Parteityp blieb nicht auf die Sowjetunion beschränkt. Er fand Verbreitung in der kommunistischen Weltbewegung. Das Parteimodell der KPdSU galt als verbindlich. Deren Strukturen und Praktiken waren mit geringen Modifikationen zu übernehmen. Seit den 1920er Jahren wurden die Parteien der Kommunistischen Internationale und nach 1947/48 die »Bruderparteien« darauf ausgerichtet.<sup>44</sup> Abweichungen wurden entschieden bekämpft. Das änderte sich nach dem XX. Parteitag der KPdSU und seiner Abrechnung mit Stalin im Jahre 1956 nur in der Form. Das Prinzip wurde verfeinert beibehalten. Der gleichberechtigte und eigentlich dringend notwendige Austausch von Erfahrungen stieß so immer wieder an enge Grenzen. So galt das Protokoll der internationalen Karl-Marx-Konferenz der SED vom April 1983 in Moskau als Verschlussliteratur, weil allen Teilnehmern der Inhalt ihrer Beiträge freigestellt worden war, der ungekürzt und unverändert veröffentlicht wurde.<sup>45</sup>

Der Nachhall des stalinistischen Parteikonstrukts war auch nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur ein Problem der sozialistischen Länder. Es betraf ebenso Arbeiterparteien Westeuropas. Wie viele andere stimmte auch die KPD 1948 dem Kominform-Beschluss über Jugoslawien zu und leitete ein Jahr später eine Kampagne gegen »titoistische Abweichungen« ein. Verdiente Funktionäre wurden öffentlich angeprangert. Zwischen Dezember 1949 und März 1951 wurden im Zuge von Parteiüberprüfungen neben vielen erfahrenen Funktionären fast alle Landesvorsitzenden abgelöst. Diese Säuberungen, die Verhärtung innerparteilicher Diskussions- und Umgangsformen sowie die Einengung ideologischer Positionen, spielten letztlich dem sich wieder ausbreitenden Antikommunismus in die Hände. Mitgliederschwund und rückläufige Akzeptanz in der Bevölkerung ließen den in den Nachkriegsjahren erarbeiteten Einfluss der KPD rasch schwinden. Die SED hatte mit ihren Vorgaben einen nicht geringen Anteil daran.<sup>46</sup> Die Möglichkeiten der KPD, sich nach dem XX. Parteitag der KPdSU mit dem Stalinismus und seinen Folgen auseinanderzusetzen, wurde durch das kurz darauf folgende Parteiverbot stark eingeschränkt. Doch schon die Stellungnahme des Parteivorstandes vom Juli 1956 zeigte Grenzen auf. Auf die Frage, warum führende deutsche Kommunisten die schweren Fehler unter Stalin nicht früher erkannten, ließ der Vorstand

44 Siehe u. a. Michael Buckmiller, Klaus Meschkat (Hrsg.): Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt. Berlin 2007 (hier vor allem S. 329-436); Alexander Vatlin: Die Komintern 1919-1929. Historische Studien. Mainz 1993; ders.: Die Komintern. Gründung, Programmatik, Akteure. Berlin 2009 (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. Bd. X); Elke Reuter, Wladislaw Hedler, Horst Helas, Klaus Kinner (Hrsg.): Luxemburg oder Stalin. Das Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg. Berlin 2003 (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. Bd. IV); Andreas Malycha: Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950. Berlin 1996.

45 Siehe Karl Marx und unsere Zeit – der Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt. Internationale Wissenschaftliche Konferenz des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin, 11. bis 16. April 1983. Reden und Beiträge. Berlin 1983.

46 Siehe KPD 1945 – 1968. Dokumente. Hrsg. und eingeleitet von Günter Judick, Josef Schleifstein und Kurt Steinhans. Bd. 1: 1945–1952. Neuss 1989 (hier insbesondere S. 34-53).

wissen: »Wir hatten keinen Grund, an der Notwendigkeit schärfster Maßnahmen gegen die imperialistischen Agenturen zu zweifeln.«<sup>47</sup> Kein Wort davon, dass oft eigene Funktionäre als »imperialistische Agenturen« denunziert worden waren. Tradierte Feind-Freund-Bilder verstellten zunächst den Blick für tiefer greifende Analysen. Ob der »Kampf gegen die bürgerliche Demokratie und ihre Einflüsse« die Beseitigung der Schäden des Personenkults befördern konnten, wie Max Reimann meinte, durfte mit Recht bezweifelt werden.<sup>48</sup>

Die Krise und das Scheitern des Realsozialismus am Ausgang des 20. Jahrhunderts macht für linke Bewegungen und Parteien die Diskussion um die Ursachen unumgänglich. In diesen Kontext gehört auch die Stalinismuskonzeption, die keineswegs als abgeschlossen gelten kann.<sup>49</sup> »Ohne schonungslose radikale Kritik am Stalinismus ist es unmöglich, neue, richtige und anziehende Sozialismuskonzeptionen zu entwickeln«<sup>50</sup>, heißt es in einem Papier der KPÖ Steiermark aus dem Jahre 2005. Die Absage an jegliche Erscheinungsform von Stalinismus gehört zweifelsohne zu den Grundvoraussetzungen, um über Wege zum demokratischen Sozialismus und dessen Gestalt nachzudenken und zu diskutieren. Dieser Diskussion muss sich auch die neue Partei DIE LINKE stellen, die aus dem Zusammenschluss der Linkspartei und der WASG hervorgegangen ist. Ihre programmatischen Eckpunkte vom März 2007 »verurteilen den Stalinismus als verbrecherischen Missbrauch des Sozialismus«.<sup>51</sup> Auch der Entwurf für ein neues Parteiprogramm vom Jahresanfang 2010 erinnert an die Bedeutung, die »der unwiderrufliche Bruch mit dem Stalinismus« für ein erneuertes Verständnis von demokratischem Sozialismus hat.<sup>52</sup>

47 Ebenda, Bd. 2: 1953–1968, S. 129.

48 Siehe ebenda, S. 144.

49 Unter den neueren Wortmeldungen Thomas Marxhausen: Stalin, Stalinismus, Stalinismen. Ein Beitrag zur Sozialismusdebatte. Hrsg. von »Helle Panke« Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, Berlin 2009 (Philosophische Gespräche, H. 13).

50 Franz Stephan Partheder: Über den Stalinismus (zitiert nach [www.kpoe-steiermark.at/ueber-den-stalinismus](http://www.kpoe-steiermark.at/ueber-den-stalinismus). Ausdruck vom 13.6.2008).

51 <http://die-linke.de/partei/dokumente>

52 Siehe Woher wir kommen, wer wir sind. In: Programm der Partei DIE LINKE (Entwurf) vom 20. März 2010 (zitiert nach <http://die-linke.de/programm/programmentwurf>. Ausdruck vom 30.12.2010).

## Der linke Flügel der DDR-Bürgerbewegung

Ausgehend von der Notwendigkeit, das vorgegebene Thema zu begrenzen, sollen im Folgenden in einem ersten Teil ein summarischer Überblick gegeben und in einem zweiten Teil zwei inhaltliche Schwerpunkte erörtert werden, die mich selber damals schon beschäftigt haben und die Linke heute noch umtreiben.

Erstens soll die Periode seit Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre erörtert werden, denn erst seit dem gab es eine breitere und halböffentliche Bürgerbewegung in Gestalt der Friedens- und Umweltgruppen. Den Hintergrund bildete die letzte Phase des Kalten Krieges und die beginnende Offensive des Neoliberalismus, deren Tragweite wir damals allerdings noch nicht erkannt haben. Zweitens erfolgt eine Beschränkung auf Personen oder Gruppierungen, die einen gewissen theoretisch-programmatischen Anspruch erhoben haben. Drittens soll eine Konzentration auf Inhalte erfolgen, die heute noch (oder heute sogar erst wirklich) bedeutsam sind. Nur das dürfte »Tradition« im strengen Sinne genannt werden.

### 1. Teil

Wenn nun vom linken Flügel der Bürgerbewegung die Rede ist, so fallen einem zunächst diejenigen ein, die sich selber als dezidiert Linke verstanden haben. Aber dabei stößt man sofort auf die Tatsache, dass die große Zeit der linken Opponenten vor derjenigen lag, die hier zu behandeln ist. Der persönliche Einsatz z. B. der Gruppe um Wolfgang *Harich* war viel höher und opferreicher, aber solch linkes Engagement war jetzt kaum noch gefragt. Hier machte sich der Epochenumbbruch Ende der 1970er Jahre bemerkbar. Auch auf Robert *Havemann* trifft im Grunde zu, dass die entscheidenden Jahre seines Wirkens *vor* der hier thematisierten Periode liegen, in den 1960er Jahren. Immerhin hat er vor seinem Tod 1982 der Friedensbewegung noch wichtige Anstöße gegeben.<sup>1</sup> Ich meine die Briefe von 1981 an Honecker und Breshnew und den Berliner Appell von 1982. Darin wurde nicht nur eine kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa gefordert, sondern auch die schrittweise Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas. Sein letztes Buch »Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg« (1980), in dem er die ökologische Problematik aufgriff, wirkte dagegen blass, zumal nach Bahros großartigem Buch.<sup>2</sup>

1 Siehe dazu die nachfolgenden Beiträge von Andreas Heyer.

2 Robert Havemann: Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg. München-Zürich 1980.

Die breiteste Wirkung weit über oppositionelle Gruppen hinaus hat Rudolf Bahros »Die Alternative« (1977) erzielt.<sup>3</sup> Ich kenne überhaupt kein anderes Buch eines Intellektuellen aus der DDR, das international solchen Widerhall gefunden hat: Es wurde in 15 Sprachen übersetzt! Ich stellte damals schon erstaunt fest, dass es auch unter Naturwissenschaftlern diskutiert wurde. Ich selber wurde in seiner Folge erstmals mit Zirkeln von kritischen SED-Genossen in Berlin bekannt. Wir trafen uns regelmäßig in wechselnden Wohnungen, um im Anschluss an Bahros Kritik zu klären, was das denn für eine Gesellschaft sei, in der wir lebten. Wir gingen die verschiedenen Theorien durch, die diesbezüglich damals vertreten wurden, und es waren lehrreiche Diskussionen für mich. Dennoch: Wenn ich heute die Aufzeichnungen von damals anschau, so haben sie in ihrer peniblen Art der Vertiefung in den Stoff etwas Rührendes an sich. Denn mit der bald darauf einsetzenden Verschärfung der internationalen Lage trat die Frage nach einer sozialistischen, gar kommunistischen Alternative völlig in den Hintergrund. Hatte die außenpolitische Realität wieder einmal über die innenpolitisch-sozialen Träume der Linken gesiegt? War Bahro nur der krönende Abschluss der linken Hegemonie der 1960er/1970er Jahre?

Diese Hypothese wird bestätigt durch den geringen Erfolg von Thomas Klein und der Gruppe »Gegenstimmen«, die in den 1980er Jahren versuchten, in den christlichen Friedenskreisen spezifisch sozialistische Ideen wachzuhalten – gegen den Trend, sich davon zu verabschieden und nur noch Demokratie und Menschenrechte einzufordern. Dieser Trend kam zumal von den Dissidenten aus den osteuropäischen Nachbarländern, für die seit 1968 der Sozialismus endgültig diskreditiert war. Es ist interessant, dass die Böhlemer Plattform und ihr Appell »Für eine vereinigte Linke«, in dem viele vernünftige, konkrete Forderungen stehen, die *erste* öffentliche Erklärung einer Oppositionsgruppe (Anfang September 1989) vor dem recht vagen Aufruf des Neuen Forums war, aber heute so gut wie vergessen ist. Damit bin ich schon bei den oppositionellen Gruppierungen der Wendezeit. Trotz des Trends, von dem eben die Rede war, bestand das Besondere der DDR-Opposition darin, dass jedenfalls niemand zum Kapitalismus überlaufen wollte, sondern alle einen Dritten Weg jenseits von realem Sozialismus und Kapitalismus suchten. Fast alle standen daher einer möglichen Wiedervereinigung distanziert gegenüber. Insofern könnten sie heute eigentlich der Tradition der Linken zugerechnet werden!

Sebastian Pflugbeil vom Neuen Forum in einem Interview (26.10.89): »Wir sind uns im Neuen Forum eigentlich einig, dass wir die Bundesrepublik nicht kopieren wollen. Wir sind uns auch einig, dass wir *an die sozialistischen Traditionen anknüpfen* wollen. Wir haben aber dieses Wort nicht benutzt, nachdem wir lange darüber nachgedacht haben, was *Sozialismus eigentlich heute bedeutet*. Sozialis-

3 Rudolf Bahro: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Köln-Frankfurt/M. 1977.

4 Zit. in Gerhard Rein (Hrsg.): Die Opposition in der DDR. Berlin 1989, S. 26.

mus ist verbunden mit Stalinismus, mit China, mit Kambodscha...«<sup>4</sup> In der vorläufigen Grundsatzserklärung des Demokratischen Aufbruchs (29.10.89) heißt es: »Die kritische Haltung des DA zum real-existierenden Sozialismus bedeutet keine Absage an die Vision einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Wir beteiligen uns an dem Streit um die Konzeption des Sozialismus.«<sup>5</sup> Der Gründungsaufwurf von Demokratie Jetzt (12.9.89) formuliert sehr bündig: »Der Sozialismus muss nun seine eigentliche, demokratische Gestalt finden, wenn er nicht geschichtlich verloren gehen soll. Er darf nicht verloren gehen, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muss.«<sup>6</sup> Markus Meckel vor der Gründung der Sozialdemokratischen Deutschen Partei (SDP) (7.10.89): »Wir wollen uns nicht einfach in den anderen deutschen Staat eingliedern, sondern wir wollen durchaus so etwas wie Sozialismus, wenn auch schwer angebbbar ist, welche Strukturen ökonomisch und politisch dieser Vision entsprechen, aber in Richtung einer solchen Vision wollen wir arbeiten... Ein zweiter, auch nur kapitalistisch funktionierender deutscher Staat neben der Bundesrepublik ist wirklich sinnlos... Wenn ich an die Bundesrepublik denke, wäre meine Perspektive, wäre ich ihr Bürger, so etwas wie linke Sozialdemokratie.«<sup>7</sup>

Sind das nicht recht eindeutige Äußerungen? Die Frage ist allerdings, ob es den Oppositionellen von einst denn heute gefallen würde, zur Tradition der Linken gezählt zu werden! Denn inzwischen ist ja einiges geschehen, das kaum jemand so vorausgesehen hat. Man musste sich daher umorientieren, und die Linke steht gerade als diejenige da, die sich *nicht* umorientieren kann oder will. War das, was man damals gedacht und gesagt hat, nicht auch den damaligen Umständen geschuldet? Muss es daher heute nicht seltsam überholt, naiv, hausbacken erscheinen? Man hat einfach geschichtlich hinzugelernt, und das muss ja wohl erlaubt sein. Es gab und gibt aber noch andere Möglichkeiten, mit der neuen geschichtlichen Situation umzugehen. Manche Bürgerbewegte sind sich insofern treu geblieben, als sie sich angewidert von der Politik wieder abgewandt und zurückgezogen haben. Den Gegenpol bilden diejenigen, die sich den neuen Machtverhältnissen angepasst haben und sich sogar haben vereinnahmen lassen. Sie erklären dann ihre früheren Bekenntnisse zum Sozialismus als kluge und notwendige Taktik: Im Grunde hätten sie schon damals das gewollt, was heute ist, nur mussten sie, wenn sie überleben wollten, natürlich der herrschenden Sprachregelung folgen. Auch sie sind sich treu geblieben: in ihrem Opportunismus. Alle Genannten würden wohl keinen Wert darauf legen, heute der Tradition der Linken zugerechnet zu werden.

5 Ebenda, S. 43.

6 Ebenda, S. 59 f.

7 Ebenda, S. 95.

## 2. Teil

Es gab aber noch eine weitere Position, und das ist die, die ich selber vertreten habe. Sie unterschied sich in zwei wesentlichen Punkten von der der meisten anderen Bürgerrechtler: *Erstens* ging sie von vornherein davon aus, dass es sich beim sogenannten *realen Sozialismus* gerade *nicht* um Sozialismus handelte, sondern umgekehrt um einen Weg nachholender Modernisierung, der durch eine sozialistische *Ideologie* stimuliert und verklärt wurde. Damit war das Ende des sogenannten realen Sozialismus im Grunde theoretisch vorweggenommen, wie-wohl es mich natürlich so, wie es konkret erfolgt ist, auch überrascht hat. Die wirkliche Erfahrung geht eben meistens über das hinaus, was man sich gedacht hat. Aber es ist leichter, sie zu verarbeiten und sich wieder zurechtzufinden, wenn wenigstens das Kategoriengerüst nicht über den Haufen geworfen ist. Demgemäß war die Umwälzung von 1989 also nicht der Zusammenbruch des Sozialismus, denn was nicht real war, konnte auch nicht zusammenbrechen. Entsprechend war der Sieg des Westens kein so schöner großer Sieg, wie die meisten gedacht haben, sondern fiel eher bescheiden aus. Denn der Westen hatte eben nicht die große Alternative zu ihm überwunden, sondern nur ein System, das ihm immer schon unterlegen war und ihm bloß ebenbürtig werden wollte. Wenn der Osten aber gar nicht den Sozialismus verkörperte, sondern in dieser – freilich antithetischen – Weise am Westen orientiert war, dann musste *zweitens* auch die Stellung zur deutschen *Wiedervereinigung* eine andere sein: Man musste sich auf sie einlassen und sich mit den Kräften in Westdeutschland zusammentun, die ihr eine soziale und ökologische Richtung geben konnten! Zuerst waren es allerdings außenpolitische Gründe, die zur Wiederkehr der deutschen Frage führten. Ich will zu den beiden Punkten noch Erläuterungen geben, weil es für die Linke auch heute noch »neutralische« sind.

### 2.1.

Klar ist zunächst, dass das, was bei uns real existierte, geradezu als Verkehrung der normativen Gehalte der Marxschen Theorie erscheinen musste. Marx hatte unter der »Diktatur des Proletariats« den Beginn radikaler Demokratisierung (des »Absterbens« des »Schmarotzerauswuchses« Staat) verstanden. Wir haben die Diktatur einer Partei und eine ungeheure Entfaltung der Staatsmacht erlebt. Marx hatte darauf gerechnet, dass die vereinigen Proletarier aller Länder die Gegensätze zwischen den Ländern unterlaufen und schließlich überwinden würden. Wir haben eine ungeahnte Zuspitzung der internationalen Gegensätze erlebt. Marx hatte ein gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln, das zugleich die »Wiederherstellung des individuellen Eigentums« bedeuten sollte, ins Auge gefasst. Wir dagegen haben unter einem der Gesellschaft und den Einzelnen entfremdeten Partei- und Staatseigentum gestanden. Die Humanisierung der Ar-

beit und eine Neugestaltung des Verhältnisses zur Natur war der Kern der Zielvorstellungen von Marx. Wir haben die Entfremdung der Arbeit und die Verwüstung der Natur noch weitergetrieben.

Freilich droht der Marxismus, wenn man derart vom Normativen her denkt, zur reinen Lehre zu werden, auf die das Kriterium der Praxis wohl nie recht anwendbar ist – im Widerspruch zu seiner eigenen Intention! Wie andere Marxisten hat darum auch Lenin versucht, die Theorie der geschichtlichen Erfahrung neu anzupassen, und zwar hauptsächlich durch seine Auffassung von der Partei, vom Imperialismus und von der Rolle der Produktivkräfte. Er hat einerseits an den direkt demokratischen Vorstellungen von Marx festgehalten, andererseits aber der Partei eine Bedeutung beigemessen, die Marx völlig fremd gewesen wäre, die auf die Bedingungen der russischen Despotie zugeschnitten war und schon den Keim zur neuen Despotie enthielt. Rosa Luxemburg hat das schon 1904 bemerkt und sich gegen den »rücksichtslosen Zentralismus« Lenins gewandt, wobei sie um die Besonderheiten der russischen Situation durchaus wusste.<sup>8</sup> Der bewusste politische Wille der Partei war gleichsam der Ersatz für die mangelnde Stärke der Arbeiterschaft in Russland. Zwar hat Lenin noch auf die westliche Arbeiterklasse als Revolutionssubjekt gehofft, schließlich jedoch den »nationalistischen Osten« als neuen Träger der Weltrevolution gegen den »imperialistischen Westen« angesehen.<sup>9</sup> Damit waren aber an die Stelle von Klassen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft unvermerkt Staaten im weltpolitischen Zusammenhang getreten und war der Internationalismus in gefährlicher Weise mit Nationalismus vermengt. Der Nationalismus war wieder gleichsam der Ersatz für die fehlenden positiven ökonomischen Bedingungen der Revolution. Zwar hat Lenin noch in Übereinstimmung mit Marx eine beträchtliche Unabhängigkeit der Produktionsverhältnisse vom Stand der Produktivkräfte behauptet. Zugleich jedoch hat er Marx' kritische Analyse der Struktur der Produktivkräfte geradezu ignoriert und die schleunigste Übernahme der kapitalistischen *Technologie und Arbeitsorganisation* proklamiert! Damit war aber der weiteren Verwüstung der menschlichen Leiblichkeit und der Natur Tür und Tor geöffnet.

Die Leninsche Neuorientierung an der geschichtlichen Erfahrung lief also auf die Schlussfolgerung hinaus, dass eine Despotie nur durch eine andere Despotie, Imperialismus nur durch einen stärkeren Antiimperialismus und Ausbeutung der Natur nur durch die noch massivere Ausbeutung der Natur überwunden werden kann; mit anderen Worten, dass der Teufel nur mit dem Beelzebub ausgetrieben werden kann und es nichts Neues unter der Sonne gibt. Dabei verzichtete sie aber keineswegs auf normative Gehalte, sondern borgte sich von Marx immer noch die Hoffnung auf ein Neues und Besseres! So lehrte der Leninismus das bevorstehende Absterben des Staates; die Sowjetunion war aber praktisch umgekehrt ge-

8 Vgl. Rosa Luxemburg: Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie. In: GW, Bd. 1/2, S. 425.

9 W. I. Lenin: Lieber weniger, aber besser. In: Lenin Werke, Bd. 33, S. 488.

zwungen, erst einmal ein moderner Staat zu werden! Er proklamierte den proletarischen Internationalismus; aber die internationalen Gegensätze konnten gar nicht mehr aus dem Inneren der Nationen heraus entschärft werden, sondern mussten durch Weckung eines neuen Nationalismus gerade verschärft werden! Mit dem Sozialismus sollte begonnen werden, auch ohne dass ein bestimmter Stand der Produktivkräfte schon erreicht war; dies führte jedoch nur dazu, dass die Produktivkraftentwicklung zur alles beherrschenden Forderung wurde und umso brutaler durchgeführt werden musste, und zwar nun von den Sozialisten selber! Paradoerweise mussten die »Sozialisten« das Gleiche tun wie die Bourgeoisie, und da die Dynamik des Kapitalismus ungebrochen blieb, mussten sie es weiter tun. Die Widersprüche, die sie zu überwinden angetreten waren, mussten sie umgekehrt selber erst herstellen. Da somit der Sozialismus durchaus nicht real werden konnte, wurde die Idee des Sozialismus als solche zu einer Realität hypostasiert. Da die praktische Welt eine »verkehrte« war, produzierte sie den Sozialismus nun als »verkehrtes Weltbewusstsein«, als eine Art Religion. Er wurde »die allgemeine Theorie dieser Welt, ihr enzyklopädisches Kompendium, ihre Logik in populärer Form, ihr spiritualistischer Point d'honneur, ihr Enthusiasmus, ihre moralische Sanktion, ihre feierliche Ergänzung, ihr allgemeiner Trost- und Rechtfertigungsgrund«. <sup>10</sup> Was man »realen Sozialismus« nannte, war eine Gesellschaft nachholender Industrialisierung mit despotischem Erbe und einer sozialistischen *Ideologie*.

## 2.2.

Die Konzeption des Dritten Weges, die ich vertreten habe, zielte außenpolitisch auf eine Herauslösung Europas, aus der Ost-West-Konfrontation auf eine Mittlerrolle, die Deutschland dabei spielen sollte, und so auf eine Wiedervereinigung Deutschlands. <sup>11</sup> Man kann das wohl heute nur nachvollziehen, wenn man sich an die gefährliche Zuspitzung des Kalten Krieges Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre erinnert: die Modernisierung der auf Europa gerichteten sowjetischen Mittelstreckenraketen und den Übergang der Amerikaner zur Strategie eines begrenzten, daher auch führungsfähigen Atomkriegs. Entscheidend war dabei, dass die Gefahr nun zuerst und zumal Mitteleuropa bzw. Deutschland betraf! Das ergab sich im Grunde schon aus den Gesprächen über die Begrenzung strategischer Waffen (SALT-Verhandlungen). Denn wenn die Supermächte ihre Parität im Bereich der strategischen Kernwaffen festschrieben, so folgte doch, dass nicht mehr ihre Territorien, sondern das wichtigste und mit taktischen Atomwaffen gleichsam vollgepackte Gebiet zwi-

10 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. In: MEW, Bd. 1, S. 378.

11 Ich befand mich damit in der guten Gesellschaft, z. B. von Wolfgang Abendroth, Rudolf Bahro oder Peter Brandt. Dass gerade Linke lange Zeit für die deutsche und europäische Einheit eingetreten sind, scheint heute vergessen zu sein. Siehe dazu auch: Edelbert Richter: Zweierlei Land – eine Lektion. Berlin 1989; ders.: Christentum und Demokratie in Deutschland. Beiträge zur geistigen Vorbereitung der Wende in der DDR. Leipzig. Weimar 1991; ders.: Erlangte Einheit – Verfehlt Identität. Berlin 1991.

schen ihnen, eben Mitteleuropa, am stärksten bedroht sein würde. Ohnehin hatte nur die Bundesrepublik unter den 16 Mitgliedsstaaten der NATO den Status der »Kampfzone« und Analoges galt für die DDR. So ging in der Friedensbewegung das Wort von der möglichen »Wiedervereinigung im Massengrab« um. Noch 1988 hat Margaret Thatcher offen davon gesprochen, dass Deutschland das erste Opfer eines Atomkrieges wäre: »Wenn man an vorderster Front steht, dann wird man selbstverständlich das erste Opfer.« Diese existenzielle Bedrohung habe ich als Herausforderung für die Deutschen verstanden, ihre Nibelungentreue gegenüber dem jeweiligen großen Bruder (behutsam) aufzukündigen und einen eigenen Weg der Versöhnung zwischen Ost und West einzuschlagen – natürlich nicht selbstlos, sondern im eigenen Interesse! Konnte man sich denn eine stärkere Herausforderung dazu denken als das Ansinnen der Supermächte an die Deutschen, im Ernstfall gleichsam stellvertretend für sie Selbstmord zu begehen? Klar war allerdings, dass ein solcher Dritter Weg Veränderungen im Innern nicht nur nach sich ziehen, sondern auch voraussetzen würde. Ohne innere Reformen, und zwar auf beiden Seiten, schien mir Entspannung und Abrüstung unmöglich. An die Stelle der verrückten »Auseinandersetzung zwischen den ›Systemen«« musste die Auseinandersetzung des jeweiligen Systems mit sich selbst treten. Es musste zum Primat der Innenpolitik zurückgefunden werden, also zu der alten Regel, dass jeder zunächst vor der eigenen Tür zu kehren hat. Weil wir die Großmächte jedoch nicht in diesem Sinne beeinflussen konnten, war es das Naheliegendste, damit in Deutschland anzufangen. Und weil das sozialistische und das liberale Anliegen, mit dem sich die Mächte legitierten, in einen unlösbaren Gegensatz zueinander gebracht und mit einer Vernichtungsdrohung verbunden waren, sah ich diese großen Traditionen ideologisch missbraucht und ins Gegenteil verkehrt. Die Veränderung konnte daher nur in einer Überwindung dieses ideologisch aufgeblähten Gegensatzes liegen, also in einer Erneuerung der sozialen Demokratie bzw. des demokratischen Sozialismus. Ich wollte, dass die Deutschen den Versuch machen, den scheinbar so unlösbaren bzw. nur durch einen Atomkrieg, sozusagen im *Jenseits* lösbaren Gegensatz von Liberalismus und Sozialismus doch einer pragmatischen Lösung zuzuführen. Denn ich war der naiven Überzeugung, dass das in *diesem* Leben möglich sein müsste und dass diese einfachere Lösung dann ein Beispiel geben und ausstrahlen würde. Für uns im Osten bedeutete das Einsatz für die Menschenrechte und die Aneignung der liberalen politischen Kultur, verbunden mit der Hoffnung, dass dann im Westen mehr soziale Gerechtigkeit und ökologische Vernunft Platz greifen würden. Und diese Hoffnung war ja nicht unbegründet, denn bevor Kohl das Angebot der Währungsunion machte, waren die Wahlchancen der SPD im Osten wie im Westen recht groß.

## Robert Havemanns »Morgen« und der postmaterielle Utopiediskurs

### Zum Ausgleich von Ökologie, Marxismus und genossenschaftlichen Strukturen

#### 1. Werk und Biographie

Der Naturwissenschaftler und Marxist Robert Havemann gehörte neben Rudolf Bahro und Wolfgang Harich zu den bekanntesten Kritikern der DDR. Dabei spiegelt gerade seine Biographie die ganze Zerrissenheit des 20. Jahrhunderts wider und wird so zum exemplarischen Beispiel der Irrwege und Verfehlungen der Moderne.<sup>1</sup> Am 11. März 1910 geboren, trat Havemann nach dem Abschluss seines Chemiestudiums 1932 in die KPD ein und erledigte verschiedene Aufträge für die Komintern. 1942 begründete er die Widerstandsgruppe »Europäische Union« mit, wurde kurze Zeit später von der Gestapo verhaftet und zum Tode verurteilt. Zur Vollstreckung des Urteils kam es jedoch nicht, da Havemann für die sogenannte kriegswichtige Forschung arbeitete. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde er Leiter der Kaiser-Wilhelm-Institute in Berlin-Dahlem und erhielt eine Professur für physikalische Chemie an der Humboldt-Universität. Als Pendler zwischen den beiden Welten von Ost und West engagierte sich Havemann allerdings eindeutig stärker in der SBZ bzw. dann der DDR. So war er zum Beispiel einer der Gründer des Kulturbundes<sup>2</sup> und für diese Organisation bis 1963 Abgeordneter der Volkskammer. Zahlreiche weitere Ämter und Funktionen in der DDR traten spätestens seit seiner fristlosen Entlassung in den inzwischen West-Berliner Kaiser-Wilhelm-Instituten hinzu. Der Grund dafür war ein Artikel über die amerikanische Wasserstoff-Bombe im »Neuen Deutschland«. Havemann schrieb über den Vorfall: »Und heute, bereits fünf Jahre nach dem Ende der Hitlerherrschaft, fällt

- 1 Biographie und Werk Havemanns harren noch immer der wissenschaftlichen Aufarbeitung. Zwar hat sich in den letzten Jahren einiges getan, gerade durch das Engagement der Robert-Havemann-Gesellschaft. Gleichzeitig ist aber auch darauf hinzuweisen, dass die Forschungsliteratur teilweise parteilich bzw. apologetisch ist und nur selten die notwendige wissenschaftliche Neutralität erreicht. Das größte Manko ist allerdings, dass die meisten seiner Bücher nicht im Buchhandel erhältlich sind. Wir greifen daher vor allem auf Werke zurück, die zumindest antiquarisch greifbar sind. Für eine Rekonstruktion der Entwicklung des Denkens Havemanns vor dem Hintergrund der Geschichte des 20. Jahrhunderts ist die Lektüre mehrerer seiner Schriften unerlässlich: Fragen, Antworten, Fragen. Aus der Biographie eines deutschen Marxisten. Stuttgart u. a. 1972; Andreas W. Mytze (Hrsg.): Berliner Schriften. 3. Aufl. München 1977; Ein deutscher Kommunist. Rückblicke und Perspektiven aus der Isolation. Reinbek 1978; Rüdiger Rosenthal (Hrsg.): Die Stimme des Gewissens. Texte eines deutschen Antistalinisten. Hamburg 1990; Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg. München-Zürich 1980. Zu Morgen später mehr.
- 2 Zur Gründung und Frühphase des Kulturbundes siehe neuerdings: Siegfried Prokop: Intellektuelle in den Wirren der Nachkriegszeit. 1. Bd. Berlin 2010, S. 81-85.

es einem angeblichen Sozialdemokraten (gemeint ist der Westberliner Stadtrat für Volksbildung, A. H.) ein, wieder in die Fußstapfen der Nazis zu treten, um mich wegen der Äußerung meiner politischen Meinung aus dem Hause zu jagen.«<sup>3</sup> Auch wenn er diesen Vergleich ein Stück weit revidierte, so können wir doch bereits jetzt erkennen, dass Havemann in der Tat den Sozialismus als bessere Art der gesellschaftlichen Organisation betrachtete. Nicht zuletzt, da für ihn der Faschismus – auch in seiner extremsten Gestalt als deutscher Nationalsozialismus – eine Krisenerscheinung kapitalistischer Staaten war, mit diesen strukturell zusammengehöre. 1951 trat Havemann dann der SED bei, zehn Jahre später wurde er korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften. Mitte der 1950er Jahre wurde sein Verhältnis zum SED-Regime brüchiger, der im »Neuen Deutschland« publizierte Artikel *Meinungsstreit fördert die Wissenschaften* geriet in die Kritik der parteinahen Philosophie-Theorie – unter anderem auch von Wolfgang Harich vorgetragen.<sup>4</sup> Im selben Jahr (1956) begann Havemann allerdings auch, als inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit zu arbeiten, eine Tätigkeit, die er den Akten zufolge bis 1963 wahrnahm.<sup>5</sup> Zuvor hatte er bereits für den sowjetischen Geheimdienst mehrere Aufträge etc. ausgeführt. Die fatale Dimension der Zusammenarbeit ist darin zu sehen, dass Havemann auch vor Denunziationen nicht zurückschreckte und verschiedene Personen mit privaten Äußerungen oder etwa durch den Verrat von Affären diskreditierte.<sup>6</sup> Auch über Harich machte er nach dessen Verhaftung Angaben gegenüber der Staatssicherheit, was angesichts des vorangegangenen Streits um seinen ND-Artikel zumindest anrüchig wirkt.<sup>7</sup> Harich wurde zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.<sup>8</sup> Obwohl Havemann mehrere autobiographische Schriften verfasste, hat er diese Vorgänge und seine Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit doch nie reflektiert.

- 3 Robert Havemann: H-Bombe, Stadtrat May und Demokratie. Eine notwendige Erklärung, nur zum Teil in eigener Sache. Zuerst in: Neues Deutschland vom 12. April 1950. Neu in: Havemann: Ein deutscher Kommunist. S. 131. Dort sind auch die weiteren Dokumente der Affäre abgedruckt sowie Anmerkungen Havemanns zu dieser Zeit.
- 4 Havemann selbst hat sich mehrfach kritisch zu Harich geäußert. Eine relativ solitäre Stellung nimmt der durchaus positive Rekurs auf dessen »Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der Club of Rome«. Sechs Interviews mit Freimut Duve und Briefe an ihn. Hamburg 1975 ein, in dem er Harich als einen der ersten Marxisten die Ökologieproblematik aufwertete. Daneben steht aber der Fakt, dass Havemann nach der Inhaftierung Harichs im November 1956 der Staatssicherheit Begebenheiten zu Harichs West-Kontakten mitteilte. Siehe die weiteren Ausführungen.
- 5 Zur Verstrickung Havemanns in die Staatssicherheit der DDR liegen noch immer kontroverse Aussagen vor. Neueste Erkenntnisse liefert die Arbeit von Arno Polzin: Der Wandel Robert Havemanns vom Inoffiziellen Mitarbeiter zum Dissidenten im Spiegel der MfS-Akten. 2. Aufl. Berlin 2006. Dort auch Verweise auf weitere Literatur und tagesaktuelle Zeitungsberichte.
- 6 Polzin: Der Wandel Robert Havemanns, S. 27-38.
- 7 Ebenda, S. 30 f. Dort auch Polzins Hinweis: »Gerade die Bemerkungen Havemanns zu Harich ließen das MfS interpretieren, dass Havemann an einer ehrlichen Zusammenarbeit mit dem MfS interessiert sei«, S. 30.
- 8 Zu diesem Themenkomplex und zu Harichs Rolle sowie theoretischen Konstrukten gibt es einige Ansätze in der Forschungsliteratur. Hinweise bieten die folgenden Publikationen: Werner Mittenzwei: Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945 bis 2000. Berlin 2003; Werner Mittenzwei: Im Aufbau-Verlag oder Harich dürstet nach großen Taten. In: Stefan Dornuf, Reinhard Pitsch (Hrsg.): Wolfgang Harich zum Gedächtnis. Eine Gedenkschrift in zwei Bänden. München 2000. Bd. 1, S. 208-243; Jochen Czerny: Einführung zu Wolfgang Harichs Programm für einen besonderen Weg zum Sozialismus. 1956. In: UTOPIE kreativ. April 1997, S. 50-52

In den 1960er Jahren wurde Havemann dann zum Kritiker der DDR, wobei sein Denken an die von Nikita Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU gehaltene Rede über Stalin und die postulierte Entstalinisierung anknüpfte.<sup>9</sup> Die Stationen der von der DDR verhängten Maßnahmen gegen ihn sind bekannt: Im März 1964 wurde er aus der Partei ausgeschlossen und an der Humboldt-Universität entlassen, weitere Repressalien traten hinzu, so zum Beispiel 1975 die Aberkennung seines Status und damit der Rente als antifaschistischer Widerstandskämpfer. Im Dezember 1965 kam es zum Ausschluss aus der Akademie der Wissenschaften. Havemann setzte seine Umdenkprozesse jedoch fort. So folgte ein Jahr nach der Publikation der Vorlesungsskripte *Dialektik ohne Dogma* (1964) der Artikel *Ja ich hatte Unrecht. Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde*, dem paradigmatische Bedeutung für die Aufarbeitung von Biographien aus der DDR zukommt. Zahlreiche weitere Bücher, Schriften und Artikel zeugen von seiner sich permanent ausdehnenden publizistischen Tätigkeit, die vor allem über die Massenmedien der Bundesrepublik erfolgte. In den 1970er Jahren kam es dann zum Engagement Havemanns für Wolf Biermann, das gerade in den westdeutschen Medien hohe Präsenz erzielte.<sup>10</sup> Im November 1976 erhielt Havemann im Gefolge dieser Ereignisse Hausarrest, der erst zwei Jahre später aufgehoben wurde. Hatte er sich bereits 1968 für den Prager Frühling eingesetzt und diesen rückblickend als Schlüsseldatum der Geschichte des Sozialismus interpretiert, engagierte er sich nun – bis zu seinem Tod am 9. April 1982 – für die Friedens- und Ökologiebewegung sowie die polnische Solidarność.<sup>11</sup>

Havemann hat in mehreren autobiographischen Schriften sein Leben durchleuchtet und der kritischen Rechtfertigung unterstellt. Dabei drehte sich sein Denken vor allem um die Frage, warum die DDR jene Entwicklung nahm, die in die »zentralistische Katastrophe« führte. Wann und wo wären Kurskorrekturen möglich gewesen? Hätten die einzelnen Intellektuellen mehr tun müssen? Welche Rolle kann der Prager Frühling von 1968 für die Entwicklung demokratisch-sozialistischer Strukturen spielen? Diese und weitere Fragen standen im Fokus seiner Betrachtungen. Parallel hierzu ist aber immer auch zu vergegenwärtigen, dass er im ersten Jahrzehnt der DDR deren Unterstützer war (teilweise in höch-

(Harichs Text ist im Anschluss abgedruckt); Andreas Heyer: Wolfgang Harichs Demokratiekonzeption aus dem Jahr 1956. Demokratische Grundrechte, bürgerliche Werte und sozialistische Orientierung. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Juni 2000, S. 529-550; von Harich siehe: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Zur nationalkommunistischen Opposition 1956 in der DDR. Berlin 1993, darin: Die Ereignisse aus meiner Sicht, S. 7 bis 110, Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus, S. 111-160; daneben existiert zur Thematik eine breite Zeitzeugenliteratur, von der sicherlich Walter Jankas »Schwierigkeiten mit der Wahrheit« die bekannteste Publikation ist.

9 Nikita Chruschtschow: Über den Personenkult und seine Folgen. Berlin 1990; siehe Siegfried Prokop: 1956. DDR am Scheideweg. Opposition und neue Konzepte der Intelligenz. Berlin 2006; den Kontext erläutern: Melvin Croan, Carl J. Friedrich: The East German Regime an Soviet Policy in Germany. In: The Journal of Politics. 1958. Heft 1 Februar, S. 44-63.

10 Wichtige Quellen sind in den »Berliner Schriften« Havemanns abgedruckt.

11 Grundlegend aufgearbeitet durch die Publikation: Clemens Vollnhals: Der Fall Havemann. Ein Lehrstück politischer Justiz. 2. Aufl. Berlin 2000.

sten politischen Ämtern) und zum Beispiel den Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 als »konterrevolutionäres Ereignis« stigmatisierte.<sup>12</sup> Hier sah er nicht, dass sich in jenen Tagen bereits das ereignet hatte, was er später am tschechischen Fall explizit positiv bewertete. Diese Fakten sind zu konstatieren, ihre Wertung fällt freilich schwerer. Gleichzeitig ist aber bei der Beschäftigung mit ihm immer die Dimension seiner Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit zu bedenken – schreckte er doch selbst vor persönlichen Denunziationen nicht zurück. Aber auch dieser Punkt darf nicht dogmatisiert oder überbewertet werden. Eine konsequente Linie des Denkens Havemanns lässt sich jedoch erkennen: Die Kritik an der DDR ebenso wie das Engagement für diese, seine Positivierung des Sozialismus mit menschlichem Antlitz in Prag, der Widerstand gegen den Nationalsozialismus und der Einsatz für die Friedens- und Ökologiebewegung – sie alle basieren auf dem analogen Argument: Dass erst der Sozialismus jene freien und emanzipierten Menschen hervorbringe, mit deren Existenz sich das Projekt Aufklärung vollenden lasse. Es ging Havemann um die wichtige und kaum zu überschätzende Balance von Rationalität und Chaos, Leidenschaften und Vernunft – Überlegungen, die bereits verschiedene Theoretiker der Französische Aufklärung (z. B. Denis Diderot, Etienne Bonnot de Condillac, Jean-Jacques Rousseau) als anthropologischen Schlüsselkonflikt von Natur und Kultur thematisiert hatten.

## 2. Die Grundzüge von Havemanns »Morgen«

Die Bilanz seiner Überlegungen, gerade mit Blick auf die Verarbeitung der tschechischen Ereignisse und der Friedens- sowie Ökologieproblematik, hat Havemann in dem Buch *Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg. Kritik und reale Utopie* gezogen, an dem er seit Mitte der 1970er Jahre arbeitete.<sup>13</sup> Das Werk ist, wie bereits der Titel zeigt, nicht nur vor dem Hintergrund des realpolitischen und historischen Geschehens der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu lesen, sondern auch als Teil des sich in den 1970er Jahren herausbildenden postmodernen bzw. postmateriellen Utopiediskurses.<sup>14</sup> Wir werden seine Beziehungen zu beiden Ebenen in unseren Ausführungen daher zu beachten haben. Havemann legte mit *Morgen* einen Entwurf vor, der in paradigmatischer Absicht mehrere Stränge miteinander verbindet. Erstens entwickelte Havemann eine explizite Kri-

12 Havemann: Fragen, Antworten, Fragen. Exemplarisch zum Beispiel S. 142.

13 Robert Havemann: *Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg. Kritik und reale Utopie*, Frankfurt/M. 1982. Das Buch erschien zuerst 1980 im Münchener Piper-Verlag. Im Folgenden zitieren wir aus dieser Ausgabe im laufenden Text unter dem Kürzel »H«. 2010 hat Marko Ferst eine Neuauflage initiiert (Edition Zeitsprung, Berlin), die auch ein gutes Nachwort sowie weiterführende Literaturangaben enthält.

14 Der Begriff der Postmoderne ist stark mit den Theorien der französischen Soziologie verbunden. Von daher bietet es sich an, eher von postmateriellen Utopien zu sprechen. Vgl. Werner Christie Mathisen: *The Underestimation of Politics in Green Utopias. The Description of Politics in Huxley's Island, Le Guin's The Dispossessed, and Callenbach's Ecotopia*. In: *Utopian Studies*. 12. Jahrgang Heft 1 2001, S. 56-78.

tik an seiner Gegenwart, die verschiedene Punkte fokussiert: das Verhältnis von Sozialismus und Kapitalismus, die Rolle der Frau, Formen alternativer sozialistischer Demokratisierung, Verfehlungen des Staatssozialismus, potentielle und tatsächliche Krisen des Kapitalismus sowie dessen behauptete Affinität zum Faschismus. Darüber hinaus thematisierte er auch globale Dimensionen, so etwa die Gefahren der Blockkonfrontation im Atomzeitalter. Zweitens blieb er nicht bei der reinen Kritik stehen, sondern setzte den georteten Konfliktpotentialen vielmehr einen Ansatz gegenüber, der als utopischer Entwurf eine (dem Anspruch nach) in sich logische Alternative darstellt. Dabei begab sich Havemann in die Tradition des genossenschaftlichen Sozialismus, betonte die Chancen der Emanzipation und freien Entfaltung aller, suchte den Rekurs auf das Kommunedenken. Diese unterschiedlichen Elemente werden von ihm gebündelt und – im Rahmen einer modifizierenden marxistischen Brechung – in ein utopisches Szenario überführt. So gesehen kann kein Zweifel bestehen, dass Havemanns Text dem utopischen Diskurs zuzuschreiben ist, der in der europäischen Neuzeit mit Thomas Morus' *Utopia* fulminant einsetzte. Denn in ihrer politischen Form lebt die Utopie von genau dieser Doppelstruktur, die gleichsam dialektisch miteinander verknüpft ist: Einerseits die Kritik an der Gegenwart, aus deren Verarbeitung sich dann andererseits die Alternative ergibt.<sup>15</sup> Entscheidend ist nun, dass Havemann drittens über dieses Bedingungsgefüge hinausging. Denn er imaginierte mit dem utopischen Raum nicht nur eine Zielperspektive, sondern zeigte auch diejenigen Mittel und Wege auf, die genutzt werden könnten, um die vorgegebene Alternative in mittelfristiger Perspektive zu verwirklichen bzw. sich ihr zumindest anzunähern.<sup>16</sup> Damit holte er die normative Wirkungsabsicht der Utopie in den eigentlichen Text und, über diesen vermittelt, in die Realität hinein. Utopia steht unter Druck von zwei Seiten. So muss es sich nicht nur an der Kritik der Gegenwart messen lassen, sondern auch mit Blick darauf, ob und inwieweit es Reformen anzuleiten vermag. In diesem Sinne wären dann auch jene Passagen der Werke Havemanns zu bewerten, in denen er sich für sofortige Reformmaßnahmen in der DDR aussprach.<sup>17</sup>

Der Ansatz Havemanns ist interpretatorisch auch an den innerhalb der DDR-Opposition herrschenden Zeitgeist zurückzubinden.<sup>18</sup> Bestand doch eines der cha-

15 Grundlegend neuerdings Andreas Heyer: Entwicklung und Stand der deutschsprachigen Utopieforschung unter Berücksichtigung ihrer theoretischen Selbstreflexion. In: ders.: Sozialutopien der Neuzeit. Bibliographisches Handbuch. 3 Bde. Bd. 1: Bibliographie der Forschungsliteratur. Berlin 2008, S. 13-83.

16 Damit steht er in der Tradition des Utopischen Frühsozialismus, der den utopischen Diskurs des 19. Jahrhunderts prägte. Hinzu tritt die offensichtliche Nähe zu den frühen utopisch-marxistischen Schriften, die ebenfalls »Reformprogramme« enthalten. Vgl. hierzu Birgit Affeldt-Schmidt: Fortschrittsutopien. Vom Wandel der utopischen Literatur im 19. Jahrhundert. Stuttgart 1991; Lucian Hölscher: Artikel Utopie. In: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Hrsg. von Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck. Bd. VI. Stuttgart 1992, S. 733-788.

17 In: Morgen siehe z. B. S. 181 ff., 218 ff.; daneben exemplarisch: Havemann: Für eine friedliche Revolution. In: ders.: Die Stimme des Gewissens, S. 172-192.

18 Die ausführlichste Darstellung der DDR-Opposition bietet Ehrhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR, 1949–1989. 2. durchges., erw. und korr. Aufl. Bonn 1997. Die notwendige Kritik an dieser Studie wurde bereits mehrfach geleistet.

rakteristischen Merkmale des oppositionellen Denkens im staatssozialistischen Teil Deutschlands in der Aufwertung des utopischen Diskurses: seiner Elemente, der Methode und der Potentiale mit Blick auf die individuellen Grund- und Menschenrechte.<sup>19</sup> So können wir zum Beispiel auf Rudolf Bahros *Die Alternative* verweisen, in der sich entsprechende Passagen finden lassen.<sup>20</sup> Die Utopie ist Bahro zu Folge das Medium, in dem Orientierungswissen zur möglichen Gestaltung der Zukunft gewonnen werden kann. Die Aktivität des Menschen wird damit von ihm der Geschichtsphilosophie vorangestellt: »Anstatt pseudomarxistisch festzustellen, welches Bewusstsein sich zwangsläufig aus den bestehenden Bedingungen ergeben wird, um dann die entsprechenden entfremdeten Bedürfnisse zu befriedigen, gilt es zu fragen, welche Realitäten erzeugt werden müssen, um den Teufelskreis der Verdinglichung zu durchbrechen, die Bedürfnisinhalte zu verändern.«<sup>21</sup> Die Ausführungen Bahros sind keine solitäre Meinung, sondern finden sich – das ist zentral für uns – auch bei Havemann. Letzterer und Wolf Biermann führten 1975 ein Gespräch mit dem »Stern«, in dem diese Fragen zur Sprache kamen. Analog zu Bahro sah Havemann die Idee eines erneuerten und damit demokratischen Sozialismus mit dem Versuch verbunden, Normen und Handlungsmaßstäbe für die Durchdringung der Zukunft zu gewinnen: »Das ist schon so, dass im Sozialismus die menschliche Gesellschaft zum ersten Mal mit Hilfe von Erkenntnissen Geschichte betreibt. Das heißt, dass es tatsächlich notwendig ist, die Zukunft zu planen, Visionen zu entwickeln für das, was man erreichen will. Es gehört dazu eine phantastische Einstellung zur Wirklichkeit.«<sup>22</sup> Dies vorausgesetzt, ist auch der zu erkennende Unterschied zwischen Bahro und Havemann bereits umrissen. So argumentierte Bahro auf dem Themenfeld Utopie dezidiert anti-marxistisch, während Havemann eher in der Tradition von August Bebel's *Die Frau und der Sozialismus* zu verankern ist, gleich diesem die Imaginierungsleistung der Utopie mit der marxistischen Theorie verband.<sup>23</sup> Auf die Frage, ob er Utopist sei, antwortete Havemann: »Ja, Utopist in dem Sinne, dass ich meine, es ist notwendig für ein Vorankommen in der geschichtlichen Entwicklung, sich die Aufhebung der eigenen Verhältnisse vorstellen zu können. Sich vorstellen zu können, wie anders die Welt sein könnte als diese Welt, in der wir leben.«<sup>24</sup> Auch in *Morgen* hat Havemann die Utopie – die Fähigkeit zur Utopie als Bereitschaft zur emanzipatorischen Erweiterung der Grenzen des herrschenden Status quo – eindeutig positiviert: »Wir müssen versuchen, uns die Welt auszudenken, in der wir leben möchten, jene

19 Hierzu Andreas Heyer: *Ökologie und Opposition. Die politischen Utopien von Wolfgang Harich und Robert Havemann*. Berlin 2009.

20 Siehe Rudolf Bahro: *Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus*. Köln-Frankfurt/M. 1978, S. 323. 21 Ebenda, S. 302.

22 Havemann: Viertes Gespräch mit Wolfgang Biermann. In: ders.: *Berliner Schriften*, S. 94.

23 August Bebel: *Die Frau und der Sozialismus*. 62. Aufl. Berlin 1973; vgl. Lucian Hölscher: *Weltgericht oder Revolution. Protestantische und sozialistische Zukunftsvorstellungen im deutschen Kaiserreich*. Stuttgart 1989; Andreas Heyer: *August Bebel und die Utopie des Marxismus*. In: ders.: *Studien zur politischen Utopie. Theoretische Reflexionen und ideengeschichtliche Annäherungen*. Hamburg 2005, S. 149-171.

24 Havemann: Viertes Gespräch mit Wolfgang Biermann, S. 94.

Welt, in der der Mensch den Menschen nicht mehr bedroht, sondern alle Menschen einander hilfreiche Brüder und Schwestern sind. Diese ausgedachte Welt wird phantastisch sein, schon deshalb, weil sie der Phantasie entsprang. Aber sie soll doch ganz real und realisierbar sein, ohne Wunder und Zauberei, eine Welt, von der wir überzeugt sein können, dass wir sie machen können, zuerst in Gedanken und dann mit unseren Händen – jene nahe und doch ferne Welt, die unsere einzige Rettung ist.« (H 67) Ein weiteres Moment des Utopieverständnisses von Havemann wird deutlich. Er betont, dass der aktive und im Hier und Jetzt handelnde Mensch die Grundlage utopischen Denkens ist (ein Element, welches in der Tat die neuzeitliche Utopietradition zentral prägt).<sup>25</sup> Nur auf diese Weise wäre es denkbar, dass die Konstruktion einer anderen Welt in Angriff genommen werden könne. Ob das im Rahmen täglicher Reformen des Status quo geschieht oder als revolutionärer Sprung vom »Reich der Notwendigkeiten ins Reich der Freiheit«, wie Friedrich Engels<sup>26</sup> formulierte, ist dann jedoch eine Frage sekundären Ranges. Hierin wusste sich Havemann mit den Austromarxisten, vor allem mit Max Adler, einig.<sup>27</sup>

Die Grundlage der Überlegungen Havemanns bildet eine Zeitdiagnose, die sich bei zahlreichen Vertretern der postmateriellen Utopieproduktion und darüber hinaus auch in verschiedenen Diskursen der Gegenwart nachweisen lässt – zielt sie doch in vollem Umfang auf die Ambivalenz unserer Moderne. Auf der einen Seite könne ein Fortschritt auf zahlreichen Gebieten gemessen werden, der vor allem durch seine wissenschaftlich-technische und daraus folgend industrielle Dimension gewaltige Reichtümer (materieller Art) produziere. Dem stehe jedoch gleichberechtigt die moralische Degeneration der gesamten Zivilisation gegenüber, die sich in den faschistischen Regimen ebenso deutlich zeige wie bei der Nichtbeachtung des Nord-Süd-Konflikts oder dem gleichsam verharmlosenden Experimentieren mit der Atomenergie. Es sind zentrale Versatzstücke der kulturpessimistischen Theorie Jean-Jacques Rousseaus (vor allem im *Discours sur l'inégalité*),

25 Havemann schrieb: »Nichts bleibt, alles fließt. Die Welt hat sich in unserem Jahrhundert mehr und schneller verändert als je zuvor in vielen Jahrhunderten. Und weil die Welt im Fluss ist, kann man sie ändern. Einen Fluss können wir umlenken, aufstauen und kanalisieren, ein stehendes Gewässer nicht. Jeder Fatalismus in den sozialistischen Staaten ist daher gefährlich wie eine schlimme Krankheit. Wir dürfen nicht tatenlos zuschauen, wie sich die Sozialisten und Kommunisten Westeuropas abmühen, jenes Vertrauen der Massen zu gewinnen, das durch unsere Politik erschüttert und gefährdet ist. Wir müssen vielmehr alles tun, den Sozialismus so attraktiv zu machen, dass wir nicht nur keine Mauer mehr brauchen, um die Arbeiter und Bauern daran zu hindern, aus dem Arbeiter- und Bauernstaat fortzulaufen. Sondern wir müssen dafür arbeiten, dass unser Staat in jeder Hinsicht für das ganze deutsche Volk zum Beispiel dafür wird, dass es ohne Sozialismus keine Demokratie und ohne Demokratie keinen Sozialismus geben kann.« Havemann: Volksfront im Westen. Sozialismus im Osten. In: ders.: Berliner Schriften, S. 161.

26 Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. In: MEW, Bd. 19, S. 181-210.

27 Max Adler war einer der bekanntesten österreichischen Marxisten, dessen Werk sich vor allem dadurch charakterisieren lässt, dass er einerseits den Anspruch der Sozialdemokratie Österreichs, im Parlament zu handeln und zu agieren, aufrechterhielt. Andererseits aber sah er die entscheidende Bedingung für dieses Unterfangen im Festhalten an einer revolutionären Strategie mit Blick auf die mögliche Umwälzung der Gesellschaft. In unserem Zusammenhang sind zwei Bücher von ihm relevant, die gleichsam die Quintessenz seines Denkens enthalten: Max Adler: Neue Menschen. Gedanken über sozialistische Erziehung, Berlin 1924 und Politische oder soziale Demokratie. Ein Beitrag zur sozialistischen Erziehung. Berlin 1926.

die uns in diesen Bemerkungen entgegenreten: Der Mensch ist nicht reif für das, was er zu begründen trachtet. Darüber hinaus gerieten weitere Entwicklungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in den Fokus der Betrachtungen Havemanns: Der Vietnam-Konflikt genauso wie die Blockkonfrontation und das Wettrüsten, die sich permanent weiter öffnende Schere zwischen arm und reich, nicht zuletzt seine Beobachtung, dass auch in der parlamentarischen Demokratie kleine Gruppen Entscheidungen treffen, die ihren eigenen Horizont übersteigen<sup>28</sup>: »Dieses letzte Jahrhundert der Weltgeschichte war einzigartig und unübertrefflich in jeder Dimension, phantastisch und atemberaubend der Fortschritt von Wissenschaft und Technik, grässlich, grauenhaft und unmenschlich das Hinschlachten von Abermillionen Menschen, die nicht Opfer von Naturkatastrophen wurden, sondern von Gesellschaftskatastrophen, Opfer von Verbrechen und Verbrechern, wie es sie noch nie zuvor gab. Jahrhundert der Atomenergie und des Mondfluges, aber auch der Konzentrationslager und der Menschenvergasung, der Bomben auf Hiroshima und Nagasaki und des Völkermordes, Jahrhundert des wachsenden Wohlstands für jene Minderheit der Menschheit, die in den Industriestaaten lebt, aber Jahrhundert der Armut, des Elends, des Hungers und des Massensterbens für die übergroße Mehrheit der Menschen in den armen Ländern, die man teils geringschätzig, teils mit schlechtem Gewissen die dritte Welt nennt.« (H 7)

Havemann stellte sich mit *Morgen* in die knapp zehn Jahre alte Tradition der Thematisierung der ökologischen Frage. Einer größeren Öffentlichkeit war sie mit Rachel Carsons *The silent spring* und dem Bericht des Club of Rome über *Die Grenzen des Wachstums* zu Bewusstsein gekommen. In der DDR und den anderen Ostblockstaaten wurde sie freilich gar nicht erst aufgeworfen und als Problem des Westens abklassifiziert.<sup>29</sup> Daher resultiert ja der kaum zu überschätzende oppositionelle Status der Umweltbewegung in der DDR, der sich Havemann in seinen letzten Lebensjahren anschloss. Die zwei bekanntesten Werke sind neben *Morgen* Wolfgang Harichs *Kommunismus ohne Wachstum* und Rudolf Bahros *Die Alternative*. Havemann sprach in seiner einleitenden Zeitdiagnose vor allem das Energie- und Rohstoffproblem sowie die Ernährungsthematik und die irreparable Zerstörung der Natur an. Letztere wird damit als Wert an sich und als kultureller Raum begriffen. Diese negativen Folgen der bisherigen Geschichte vor Augen sei es evident, dass es zu Änderungen kommen müsse, die den Rahmen der parlamentarischen westeuropäischen Systeme ebenso sprengen würden wie die staatssozialistischen Orientierungen im Ostblock. Da mit Hilfe der vorhandenen politischen Eliten und ihrer Denkart die anstehenden Aufgaben nicht bewältigt werden könnten, müssten sich die menschlichen Gemeinschaften mit Blick auf ihre politische,

28 Diese Passagen sind als Auseinandersetzungen Havemanns mit dem technokratischen Paradigma, das sich in der frühen Bundesrepublik aktualisierte, zu interpretieren. Grundlegend aufgearbeitet ist das Verhältnis von politischer Dimension der Demokratie, Ökologie und Technokratie bei Michael Großheim: *Ökologie oder Technokratie? Der Konservatismus in der Moderne*. Berlin 1995.

29 Siehe Anne Harich: *Wenn ich das gewusst hätte. Erinnerungen an Wolfgang Harich*, Berlin 2007, S. 173.

ökonomische und moralische Ausrichtung wandeln, oder treffender: revolutionieren. Wir finden an dieser Stelle bei Havemann wichtige Elemente der zivilisationskritischen Theorie Herbert Marcuses und Erich Fromms wieder. Beide hatten ja die These aufgestellt, dass der Kapitalismus Wünsche hervorbringe, die er selbst nicht mehr befriedigen könne. Es entstehe ein moderner Mensch, der mit seinen postmateriellen Bedürfnissen – zum Beispiel nach Frieden, Literatur, Freizeit – zwar im Kapitalismus agiere, gleichzeitig jedoch dessen Grenzen negiere. Havemann hat diese Überlegungen auf die staatssozialistischen Strukturen der Länder des Ostblocks übertragen und sie so ebenfalls in die Pflicht genommen, endlich die emanzipatorischen Potenzen der einzelnen Individuen zur Entfaltung zu bringen: »Seit rund hundert Jahren ist die Menschheit in eine neue Epoche eingetreten, die sich mit keiner vergangenen auch nur entfernt vergleichen lassen kann. In den jetzt vergangenen hundert Jahren hat sich das Leben der Menschen von Grund auf verändert. Durch wissenschaftliche Erkenntnis und daraus hervorgehenden technischen Fortschritt sind wir heute im Besitz aller notwendigen Mittel und zumindest aller notwendigen Kenntnisse, um das Leben vieler Milliarden Menschen auf unserer Erde glücklich, sorgenfrei und reich und darüber hinaus zu einem Leben auf einer hohen Kulturstufe zu machen.« (H 69) Die Grundlage der notwendigen Wandlungen ist bei Marcuse, Fromm und Havemann der Mensch als handelndes Wesen – mit seinen Potenzialen zu denken, zu gestalten, Vernunft und Leidenschaften als Kultur und Natur auszugleichen, vor allem aber: Verantwortung zu übernehmen. »Ich sehe in der Fähigkeit des Menschen, die Folgen seiner Handlungen – wenn auch nur in Grenzen – voraussehen, einen der ganz wesentlichen Unterschiede zwischen Mensch und Tier. Wenn man von geistigen Fähigkeiten des Menschen sprechen will, die ihm von Natur angeboren sind, so ist gerade diese eine der hervorragendsten.« (H 25)

Der Kapitalismus wird von Havemann in vollem Umfang auf der Basis des historischen Materialismus<sup>30</sup> verstanden und erscheint daher als Erbe des Feudalismus. Dieser sei ökonomisch erstarrt gewesen und wurde von der modernen wirtschaftlich-politischen Dynamik gleichsam ausgehebelt. Die kapitalistische Wirtschaftsweise sowie ihr politischer Überbau könnten zwar teilweise die vorhandenen (und selbst produzierten) Unterschiede auflösen/beheben, niemals aber einen Zustand der endgültigen Stabilität erreichen.<sup>31</sup> Vielmehr wäre der andauernde und sich ständig potenzierende »Fortschritt« – auch der Konflikte und Krisen – die Grundlage seiner Existenz. Damit ist deutlich, dass Havemann eine ähnliche Konzeption wie der auf Peter Kropotkin zurückgehende genossenschaftliche Sozialismus anar-

30 Das Verhältnis von Utopie und historischem Materialismus thematisierte zuerst Karl Kautsky in seiner Arbeit Thomas More und seine Utopie. 3. Aufl. Berlin 1947, z. B. S. 7.

31 Vgl. die von Gustav Landauer in Die Revolution entwickelten Thesen, 1974 neu herausgegeben in Berlin. Landauers Beziehung zum utopischen Diskurs hat Bernhard Braun in seiner Monographie Die Utopie des Geistes. Zur Funktion der Utopie in der politischen Theorie Gustav Landauers (Idstein 1991) herausgestellt.

chistischer Prägung vertrat.<sup>32</sup> Kropotkins utopischer Entwurf wurde mehrfach von Harich positiv rezipiert. Nicht zuletzt bedingt diese Annäherung an die Tradition des genossenschaftlichen Sozialismus eine wichtige Modifikation, die Havemann am »klassischen« Marxismus vornahm: Denn, so seine These, durch die geschichtliche Dynamik könne es nicht zu einer »Selbsterstickung des Kapitalismus« kommen.<sup>33</sup> Die bisherigen Ausführungen zeigen, dass bei Havemann der Umgang des Marxismus mit der Geschichte – wie er sich etwa bei Karl Kautsky, Max Adler oder Wilhelm Liebknecht findet – präsent ist.<sup>34</sup> So thematisierte er die geschichtliche Wirkmächtigkeit der Ausbildung des Kapitalismus als Teil der Aufwärtsbewegung menschlicher Historie: »Dass der Kapitalismus für die Überwindung der feudalen Stagnation unentbehrlich war, dass er die vehementeste Entfesselung der Produktivkräfte gerade dadurch bewerkstelligt hat, dass er das primitive Geltungs- und Besitzstreben der Menschen mobilisierte und dadurch zu einer positiven Kraft werden ließ, dass in dieser relativ kurzen und historisch einmaligen Epoche alle wesentlichen wissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse gewonnen wurden, mit deren Hilfe es möglich ist, für viele Milliarden Menschen, für die gesamte Bevölkerung der Erde ein Leben ohne Not und Elend und auf einer hohen Kulturstufe zu ermöglichen, dies alles ist unbestreitbar.« (H 34 f.) Doch mit diesem – wie gesagt direkt aus dem kausal interpretierten Verlauf der Geschichte rekonstruierten – Blick korrespondiere die Negativbilanz, welche eindeutig evidiere, dass die anstehenden Aufgaben durch den Kapitalismus im Verbund mit der bürgerlichen Demokratie (sowohl in ihrer parlamentarischen wie auch präsidentiellen Form) nicht zu lösen wären: »Der Kapitalismus ist seiner inneren Struktur und seinem ganzen Wesen nach vollständig unfähig, die uns jetzt bevorstehende große Krise zu meistern, weil er dazu sich selbst aufgeben müsste, was er nicht kann. Er ist am Ende. Seine Zeit ist abgelaufen.« (H 35) Wie aber ist es um die neue historische Alternative, den bürokratischen Staatssozialismus der Länder des Ostblocks, bestellt?

32 Grundlegend behandelt durch Martin Buber: *Der utopische Sozialismus*. Köln 1967, der auch die Traditionslinie dieses Ansatzes rekonstruiert und vor dem Hintergrund der historischen Situation in der Mitte des 20. Jahrhunderts aktualisiert. Vgl. zum Kontext Wolfgang Harich: *Zur Kritik der revolutionären Ungeduld. Eine Abrechnung mit dem alten und dem neuen Anarchismus*. Basel 1971. Von Peter Kropotkin ist in diesem Zusammenhang das Werk: *Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt* (Leipzig 1904) von Interesse, das Landauer ins Deutsche übertrug und welches Buber explizit aufwertete.

33 Die Unkenntnis dieses Punktes könne Marx aber nicht zum Vorwurf gemacht werden: »Als Karl Marx vor hundert Jahren den Mechanismus der kapitalistischen Ökonomie analysierte, schien das Ende des Kapitalismus nicht mehr allzu fern, einfach deshalb, weil niemand damals ahnen konnte, welche enormen technischen Möglichkeiten die Natur dem Menschen bietet und wie schnell er es lernen würde, von ihnen Gebrauch zu machen. Auch heute wäre noch kein Ende des möglichen technischen Fortschritts zu erkennen, wenn es nur um die weitere Ausnutzung der Gesetzmäßigkeiten der Natur ginge. Eher könnte man sagen, es ist umgekehrt.« (H 33) An diesem Punkt berührt sich Havemanns Denken erneut mit Herbert Marcuses Triebstruktur und Gesellschaft und Wolfgang Harichs Kommunismus ohne Wachstum.

34 Aufgearbeitet in den Beiträgen Helmut Seidels: *Utopischer und/oder wissenschaftlicher Sozialismus?* S. 15-22, Ernst Wurl: *Zur Beziehung zwischen Politik und Utopie im Lichte historischer Erfahrung*, S. 25-42 und Andreas Heyers: *Die Erneuerung des utopischen Diskurses im Spannungsfeld von Marxismus-Kritik und dem Durchbruch der postmodernen Problemlagen*, S. 87-111, die der von Ernst Wurl und Klaus Kinner herausgegebene Band *Linke Utopien. Die Zukunft denken*. Leipzig 2006 ediert.

Die sozialistische Idee band Havemann nicht an die Französische Revolution, sondern an die Pariser Kommune (»die erste proletarische Revolution«).<sup>35</sup> (H 36) Mit Bezug auf diesen historischen Fixpunkt verortete er die real existierenden sozialistischen Staaten des Ostblocks, die ihm zu Folge kein verwirklichter Sozialismus im Marx'schen Sinne waren, sondern »Staatsmonopolismus in Reinkultur«. Die freie Entfaltung der Individuen, gerade im Rahmen der Produktion, sei nicht gewährleistet. Daraus resultiere, dass sich der Arbeiter nicht als Besitzer der Maschinen fühle: Der Sozialismus erscheine als Kapitalismus unter Ausschaltung der freien Konkurrenz, was wiederum fatale Auswirkungen auf die Quantität und Qualität der produzierten Güter habe: »Es liegt nicht an irgendeiner Reife oder Unreife der Arbeiterklasse, sondern einfach daran, dass der reale Sozialismus kein Sozialismus und seine Planwirtschaft keine Planwirtschaft ist, sondern manchmal nicht weniger chaotisch als die kapitalistische Wirtschaft. Der Arbeiter kann nicht davon überzeugt werden, dass er für sich arbeitet, wenn er es nicht tut. Und davon könnte nur dann die Rede sein, wenn er in entscheidendem Maße im Betrieb über Produktion und Preise, über Löhne und Gehälter, über Leitung und Verantwortung mitzubestimmen hätte. Aber er hat nicht einmal das Recht, seiner Kritik an der Planung und Leitung des Betriebs durch Streik den gehörigen Nachdruck zu verleihen.« (H 53) Die Folgen dieser Entwicklungen seien evident und erstrecken sich von der Hierarchisierung der Gesellschaft – inklusive einer neuen politischen und wirtschaftlichen Kastenbildung – bis hin zur Mangelwirtschaft und der damit einhergehenden Unterdrückung sowie Entmündigung der Bevölkerung.<sup>36</sup> »Solange aber in den sozialistischen Staaten der reale Sozialismus mit seiner pyramidenförmigen Hierarchie fortbesteht, solange er das ja auch pyramidenförmige Preissystem mit der billigen Massenarmut und der einsamen Spitze der Warenpreise für die Luxusklasse aufrechterhält, wird er im Wettbewerb mit dem Kapitalismus nur dessen sämtliche ökonomische Widersinnigkeiten zu reproduzieren suchen, ohne auch nur einen einzigen Vorteil dieses Konkurrenzsystems nutzen zu können. Seinen historischen Auftrag, nämlich aller Welt zu demonstrieren, dass der Sozialismus sich nicht nur in seinen politischen, sondern auch in seinen ökonomischen Zielen grundlegend vom Kapitalismus unterscheidet, wird er hoffnungslos verfehlen. Und gegenüber der herannahenden ökonomischen und ökologischen Krise wird der reale Sozialismus womöglich noch blinder sein als sein angebetetes ökonomisches Vorbild.« (H 57 f.) Auch der Sozialismus in seiner hierarchisierten staatsorientierten Gestalt der Länder des Ostblocks müsse mit Blick auf die kommenden Probleme versagen. Er könne die zu erwartenden Krisen nicht meistern, da er – hier noch über den Kapitalismus hinausgehend – auf

35 Die Aufwertung der Pariser Kommune steht im Bannkreis Karl Marx' (Der Bürgerkrieg in Frankreich) und Rudolf Bahros. Bahro spielte in seiner Alternative die Demokratisierungsschübe der Pariser Kommune gegen den dogmatischen Marxismus der zentralistischen Ostblockstaaten aus.

36 Das sind fast schon »klassische« Argumente der DDR-Opposition, vgl. vor allem die bereits erwähnte Monographie Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR.

unbedingtes und permanentes Wachstum setze. Allerdings sei mit der Aufhebung des Privateigentums an Boden und Produktionsmitteln ein erster und wichtiger Schritt getan, dem nun – im Sinne der Entstalinisierung des XX. Parteitages der KPdSU<sup>37</sup> und des Sozialismus mit menschlichem Antlitz des Prager Frühlings – weitere folgen müssten<sup>38</sup>: die Reform des Staatssozialismus. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass Havemann die alternative und eutopisch<sup>39</sup> interpretierte Zukunft als sozialistisches System des Dritten Weges dachte. Eine Gesellschaft, die gleichsam zwischen den beiden Extremen des Kapitalismus und des staatlichen Sozialismus anzusiedeln sei.<sup>40</sup>

### 3. Der utopische Entwurf

Mit den bisherigen Ausführungen haben wir die Aspekte des Denkens Havemanns rekonstruiert, die den Hintergrund seines utopischen Entwurfs bilden, den er in *Morgen* eingeschoben hat.<sup>41</sup> (H 77-179) Die Handlung ist eigentlich relativ schnell erzählt: Havemann reist mit seiner Frau und seinen Kindern nach Utopia, wobei bereits bei der Beschreibung der Anfahrt deutlich wird, dass es den Besuch so nicht gegeben haben kann. In Utopia besichtigen sie dann verschiedene Einrichtungen und führen zahlreiche private Gespräche. Havemann beschreibt ein dezentralisiertes Gemeinwesen, das auf mehreren Säulen steht, die sein charakteristisches Gepräge ausmachen: Die Emanzipation ist durchgesetzt, der wissenschaftlich-technische Fortschritt in ökologische Bahnen überführt, das bonum commune ebenso verwirklicht wie die Gleichheit aller, das Individuum steht im Vordergrund und kann alle seine Fähigkeiten voll entfalten, es existieren Freiräume, die zur kulturellen und zivilisatorischen Hebung genutzt werden. Neben

37 Der Bezug auf den XX. Parteitag sowie auf die von Chruschtschow eingeleitete Entstalinisierung lässt sich in zahlreichen Texten der DDR-Opposition nachweisen.

38 »Ich will nur eine große und entscheidende Tatsache anführen, auf die sich alle Hoffnungen gründen, dass es doch noch gelingen wird, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu überwinden: Die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln und damit die Beseitigung der Herrschaft einer Klasse über eine andere.« (H 366)

39 Während Utopie den Nicht-Ort oder Nirgend-Ort (ou und topos) bezeichnet, umschreibt die Eutopie den besten denkbaren Ort. Schon Thomas Morus spielte 1516 in der Utopia mit beiden Begriffsbedeutungen, die auch Ernst Bloch (Prinzip Hoffnung, 3 Bde. Frankfurt/M. 1985) bekannt waren. Er konnte nur deshalb von der Utopie als Wolkenkuckucksheim sprechen (in Anlehnung an Aristophanes, den er als Quelle aber nicht nennt), da er den Begriff der Eutopie in Hinterhand hatte. Aufgearbeitet bei Andreas Heyer: Der Zerfall der alten Welt. Morus oder Machiavelli. Norderstedt 2011.

40 Analoges findet sich bei Martin Buber: »Solange Russland nicht selber eine wesenhafte innere Umgestaltung erfahren hat – und wir können heute noch nicht ahnen, wann und wie das geschehen wird –, haben wir den einen der beiden Pole des Sozialismus, zwischen denen die Wahl zu treffen ist, mit dem gewaltigen Namen Moskau zu bezeichnen. Den anderen Pol wage ich trotz allem ›Jerusalem‹ zu nennen.« Martin Buber: Der utopische Sozialismus. Köln 1967, S 233.

41 Siehe neuerdings die Ausführungen von Marko Ferst: Nachwort. In: Havemann: Morgen. Berlin, S. 184-186. Ferst betont die seines Erachtens herausgehobene Stellung von Morgen gegenüber Harichs Kommunismus ohne Wachstum und der Alternative Bahros.

diesen Punkten finden sich zahlreiche weitere Elemente, deren Wahrnehmung dazu führen muss, Havemanns Konzeption in die Tradition der politischen Utopien einzuordnen. Nicht zuletzt, da sich Utopia ein eigenes System geschaffen hat, um jene Menschen hervorzubringen, welche es zu seiner Funktionsfähigkeit benötigt und die – in seinem Rahmen agierend – dort glücklich werden können. Das Individuum veredelt sich, es wird zum Neuen Menschen.<sup>42</sup> In Havemanns Zukunftsentwurf ist jeder ein Künstler und wird doppelt so alt wie heute. Leo Trotzki's emphatische Verheißungen des kommunistischen Menschen der Zukunft bilden, das kann behauptet werden, den mitzudenkenden Hintergrund der anthropologischen Dimension von *Morgen*.<sup>43</sup>

Die von Havemann imaginierte Alternative ist eindeutig dem postmateriellen Utopiediskurs zuzuschreiben, wie auf den folgenden Seiten an mehreren Merkmalen zu verdeutlichen ist. Das betrifft zuerst den Umgang mit der Technik. Trotz ihres (von Havemann immer wieder betonten) gefährlichen Potentials ist sie nicht völlig abgeschafft, sondern vielmehr so weit wie möglich reduziert. Autos, Energieverschwendung, Konsum etc. sind zwar stigmatisiert und durch ökologische Arten der Bedürfnisbefriedigung ersetzt, die weiterhin benötigten Produkte sind haltbar und minimalistisch konstruiert. Dennoch kennt Utopia modernste Techniken und Fertigungsprozesse, der wissenschaftlich-technische Fortschritt ist weiterhin in Kraft. Allerdings eben ökologisch gewendet. Die Fabriken, wie Havemann sie beschreibt, wurden in gigantischen Umbauaktionen unter die Erde verlagert und arbeiten dort vollautomatisch. Dazu waren riesige Verschiebungen in der Natur erforderlich, die deutlich aufzeigen, dass diese (auch im heutigen utopischen Diskurs) kein Selbstzweck ist, wie oft behauptet, sondern künstlich geschaffen und damit gleichsam instrumentalisiert wird. Hinzu tritt zum Beispiel die Züchtung spezieller Pflanzenarten, die reiche Ernteerträge versprechen. Bereits mit diesen kurzen Anmerkungen ist eines der Problemfelder der postmate-

42 Die Idee des Neuen Menschen ist ein zentrales Paradigma des utopischen Diskurses. In den Literaturwissenschaften wurde diese Überlegung seit den 70er Jahren entwickelt, in den sozialwissenschaftlichen Forschungsdiskurs fanden sie in den letzten Jahren Eingang. Hans Ulrich Seeber: Die Selbstkritik der Utopie in der anglo-amerikanischen Literatur. Münster u. a. 2003; Martin d'Idler: Die Modernisierung der Utopie. Vom Wandel des Neuen Menschen in der politischen Utopie der Neuzeit. Berlin 2007. Aufgearbeitet sind die Thematik und die unterschiedlichen Ansätze der Forschung bei Andreas Heyer:

43 Trotzki schrieb 1923: »In jener Hülle, die den Prozess des kulturellen Aufbaus und der Selbsterziehung des kommunistischen Menschen umgeben wird, werden sich alle vitalen Elemente der heutigen Künste zu einem extremen Massiv verflechten. Der Mensch wird ungleich stärker, klüger und sensibler sein; sein Körper harmonischer, seine Bewegungen rhythmischer, seine Stimme musikalischer. Die Formen des Alltagslebens werden zu dynamischer Theatralik finden. Der durchschnittliche Menschentyp wird sich zum Niveau eines Aristoteles, Goethe und Marx emporschwingen. Und über dieser Gebirgskette werden sich neue Gipfel erheben.« (S. 421) Diese Sätze finden sich in Trotzki's Aufsatz »Die Kunst der Revolution und die sozialistische Kunst«, ein Text, den Boris Groys und Michael Hagemeyer 2005 in Frankfurt neu editiert haben (S. 416-421). Daneben bietet der Band: Die Neue Menschheit. Biopolitische Utopien in Russland zu Beginn des 20. Jahrhunderts zahlreiche weitere Quellen und gute begleitende Texte. Havemann formulierte, fast gleichlautend zu Trotzki: »In Utopia gibt es nicht einen Caruso, einen Paganini, einen Oistrach, sondern deren Hunderte, ja Tausende überall. In eurer Zeit waren alle schöpferischen Kräfte ständig tödlichen Gefahren ausgesetzt und erlitten tausende Tode und Verstümmelungen. Wie reich die Menschheit wirklich ist, das sehen wir erst jetzt.« (H 174)

riellen Utopien umrissen. Sie gehen, hierfür steht auch Havemann, davon aus, dass die bisherige Technik falsch ist und negative Auswirkungen hat, bringen aber zugleich selbst neue Technologien hervor. Dass diese ungefährlich sind, nur weil sie in Utopia erfunden und angewendet werden, leuchtet nicht ein. Warum soll nicht auch Utopia durch einen Virus verseucht werden, ein genialer Erfinder mit den zufälligen Nebenprodukten seines Schaffens die Möglichkeiten zum Untergang der Menschheit produzieren? Kurzum: Der große Komplex der Technik – von der Energieerzeugung über das Recycling und den industriellen Fortschritt bis hin zur Biotechnologie, Krankheitsvorsorge oder Genmanipulation – ist einer der schwächsten Punkte der neuen Utopien. Weitaus konsequenter war zum Beispiel Ernest Callenbach in seiner *Ökoptopia*, der, anders als Havemann, nur noch Bedürfnisse zuließ, die im Rahmen der gegebenen und nicht umgestalteten Natur zu befriedigen sind.<sup>44</sup> Der Einklang mit der Natur kann nicht – das ist dem postmateriellen Utopiediskurs zu entgegnen – künstlich hergestellt werden. Havemanns *Morgen* ist (zumindest partiell) in letzter Konsequenz eben doch der marxistischen Fortschrittsgläubigkeit verpflichtet – ein Prozess, der sich bei Edward Bellamy (*Rückblick aus dem Jahr 2000 auf 1887*) oder bei Ernst Bloch (*Prinzip Hoffnung*) beobachten lässt. Es waren Denker wie William Morris (*Kunde von Nirgendwo*) oder Ebenezer Howard (*Garden Cities of Tomorrow*), die konsequent mit diesem Aspekt des Marxismus brachen, alle Bezugspunkte ausschalteten.

Die Autoren der neuen Utopien sehen sich allerdings zumeist gezwungen, die Technik nicht komplett zu stigmatisieren, da ihre Entwürfe, entgegen allen anders lautenden Bekundungen, auf sie angewiesen sind. So ersetzen zum Beispiel erst die modernsten Kommunikationsmittel den Staat und ermöglichen dezentrale Strukturen bei gleichzeitiger gesamtutopischer Perspektivplanung und Abstimmung in den Genossenschaften/Kooperativen selbst sowie zwischen ihnen. Dies trifft explizit auf Havemanns *Morgen* zu, das sich hier etwa mit den Romanen Henri Mendras' (*Eine Reise in das Reich der ländlichen Utopie*)<sup>45</sup> oder Marge Piercys (*Frau am Abgrund der Zeit*) vergleichen lässt. Möglich ist der Verzicht auf diesen Teil des wissenschaftlichen Fortschritts nur dann, wenn er durch über-sinnliche oder paranormale Fähigkeiten ersetzt wird: Paradigmatisch entwickelt von Marion Zimmer Bradley in ihrem *Darkover-Zyklus*. Nicht zuletzt aber schafft erst die weitgehend ohne menschliche Arbeit funktionierende wirtschaftliche Reproduktion – die ebenfalls auf Innovationskraft und Erfindungen angewiesen ist – jene Freiräume, die für Muße (im Sinne Thomas Morus' und auch Ernst Blochs)

44 Allerdings konnte auch Callenbach diese Idee nicht konsequent anwenden. So gibt es in seiner *Ökoptopia*. Notizen und Reportagen von William Weston aus dem Jahre 1999 (Berlin 1990) z. B. industriell vorgefertigte Wohnelemente, die den Spagat zwischen Gleichheit und Individualität erbringen sollen. Einerseits haben alle die gleichen Wohnelemente (Zimmer), können diese aber nach ihrem Geschmack miteinander kombinieren und verbinden.

45 Mendras hat z. B. ausgeführt, dass die Voraussetzung für sein Utopia die Tiefkühltruhe ist, durch die die Lagerung der landwirtschaftlichen und ökologischen Produkte erst möglich wird. Henri Mendras: *Eine Reise in das Reich der ländlichen Utopie*. Freiburg im Breisgau 1980.

genutzt werden können. Die ungehinderte Entfaltung der Menschen steht und fällt mit der Herauslösung aus dem Bereich der lohnabhängigen Arbeit, d. h. der nicht alle Interessen und Potenzen berücksichtigenden verpflichtenden Tätigkeit – geschuldet dem grundlegenden kapitalistischen Prinzip des Gelderwerbs. Havemann schrieb: »Es gab in Utopia keinerlei Zwang zur Arbeit. Wer sollte einen solchen Zwang auch ausüben? Es gab ja den Staat nicht mehr, die unbarmherzige Unterdrückungsmaschinerie, deren Hauptaufgabe darin besteht, die Menschen zu menschenunwürdiger Arbeit zu zwingen.« (H 105) Gleichwohl aber gibt es »notwendige Arbeiten«, die gerecht aufgeteilt werden. Entfallen sind nur die durch »falsche Bedürfnisse« hervorgerufenen überflüssigen Arbeiten, die hierarchische Gliederung des Gesellschaftssystems und eine elitäre Bevölkerungsschicht. Die für die Reproduktion und Entwicklung Utopias notwendige Arbeit wird von allen geleistet und zwar, wie eine der Prämissen der modernen Utopien lautet, freiwillig. Nicht zuletzt, da sie produktiv ist und so entscheidende Momente der Selbstverwirklichung stimuliert: Das gemeinschaftliche Zusammenleben, die gegenseitige Hilfe im Sinne Peter Kropotkins. Die Entfremdungsproblematik ist solchermaßen aufgehoben. Für Herbert Marcuse stellt die Schaffung von Mußezeiten den Dreh- und Angelpunkt zur Verwirklichung der postmateriellen Bedürfnisse dar – jener Teil der kapitalistischen Gesellschaft, den diese zwar hervorbringt, aber nicht mehr konstruktiv nutzen kann und der daher ihre Grenzen zu sprengen vermag. Es überrascht nicht, dass Havemann mit seinen Überlegungen voll in dieser Tradition steht. Denn bei ihm wird die Muße-Zeit durch die Erziehung und Kultur gebunden. Die permanente kulturell-wissenschaftliche Hebung aller ist, das haben wir gesehen, spätestens seit Leo Trotzki und August Bebel, ein wesentlicher Bestandteil der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft, mutiert sie doch zu einem grundlegenden Element der Generierung des Neuen Menschen. Diesem Prozess tritt dann, was bei Havemann besonders ausgeprägt ist, die Erziehung zur Seite.<sup>46</sup> »Die Tätigkeit der Lehrer und Erzieher schafft überhaupt erst die Grundlagen der utopischen Kultur.« (H 109) Es entstehe eine Gesellschaft, in der jeder alles kann: Natürlich nicht im tatsächlichen Sinn, sondern vielmehr mit Blick auf seine Potentiale und die Anerkennung durch die anderen. Das Individuum wird zum ganzen Menschen: »Wir haben in Utopia keine ›Berufe‹, wir sitzen nicht auf ›Planstellen‹. Für einen Utopier wäre es beschämend, wenn er sein ganzes Leben lang nur zu einer Art von Tätigkeit befähigt wäre. Wir sagten euch schon früher einmal, in dieser neuen besseren Welt sind die Menschen nicht zu Berufskruppeln verstümmelt, die womöglich wie die Arbeiter in euren Fabriken schließlich nur noch einen stereotypischen Handgriff tun können. Bei uns gibt es, wie schon Vater Marx prophezeit hat, keine Maler, keine Dichter – auch keine technischen Physiker, aber es gibt Menschen, die malen, die dichten und die als technische

46 Verwiesen sei noch einmal auf die Werke des Austromarxisten Max Adler, der wie kaum ein Theoretiker vor ihm Sozialismus, Erziehung und Kultur miteinander verband.

Physiker tätig sind und dabei nicht nur eine dieser Tätigkeiten ausüben, sondern womöglich die allerverschiedensten zugleich. Mit einem Wort, bei uns gibt es Menschen!« (H 133)

Auf einer anderen Ebene korrespondiert dieses Szenario der Entfaltung des Menschen mit der radikalen Verneinung der überlieferten westlich-zivilisatorischen Moralgesetze und normativen Regelungen. Das betrifft in erster Linie das Gebiet der Sexualität. In den klassischen Utopien der Antike und der Neuzeit war es schon immer so, dass das Gebiet der zwischenmenschlichen Beziehung breiten Raum einnahm.<sup>47</sup> Dabei reicht die Spannweite der vertretenen Positionen von der monogamen Ehe (z. B. Morus) über die Frauen- und Kindergemeinschaft (z. B. Platon) bis hin zur Aufhebung der Geschlechtlichkeit (z. B. Foigny, Holberg). Die postmateriellen Utopien stehen in dieser Tradition und rütteln seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts in aller Deutlichkeit an den »Vorurteilen« ihrer Gegenwart. Für sie bedeutet die utopische Alternative die Aufhebung von Tabus, von Grenzen und Schranken, vor allem aber die Emanzipation aller. Kurz: Sie sind Utopien, die das Individuum nicht mehr reglementieren, wofür die Gleichberechtigung der Frau als zentrale Grundlage angesehen wird. Die auf der Geschlechtlichkeit basierende Ausbeutung im Rahmen patriarchalischer Herrschaft ist für Havemann eine der Verfehlungen der Zivilisation, die sich auf zahlreiche Gebiete erstreckte. »Alle Regeln und alle moralischen Wertungen, alle Tabus und Gebote, sogar fast alle Formen des sexuellen Lebens ... haben ihren Inhalt aus der sozialen Sphäre erhalten, waren also zu eurer Zeit grundlegend geprägt durch die mit dem Beginn der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen errichteten Herrschaft des Mannes über die Frau.« (H 128) Daher gibt es in *Morgen* keine vom Staat geschützte monogame Ehe mehr. Wo sie noch vorkommt, beruht sie auf gegenseitiger Anziehung und ist ein rein freiwilliger Akt. Aber auch andere Formen des Zusammenlebens sind erlaubt: In großen Kinderdörfern – den eigentlichen Zentren Utopias – werden die Neuen Menschen gebildet, oftmals von ihren Eltern getrennt. Inzest und gleichgeschlechtliche Liebe sind ebenso gesellschaftlich anerkannt wie Dreier-Beziehungen oder Einsiedlertum. Die Leidenschaften werden damit von Havemann einerseits in das Individuum verlagert und dort auch begründet, andererseits stellt ihre Befriedigung im Kollektiv bzw. zumindest in Übereinstimmung mit den auf freiwilliger Basis gebildeten neuen Normen und Werten den Kitt der Gemeinschaft dar.

Es ist eindeutig, dass Utopia nicht nur mit den überlieferten Standards der herkömmlichen gesellschaftlichen Organisation brechen, sondern vollständig neue Bedingungen des eigenen Seins schaffen musste. Die Grundlagen dieser Umorganisation haben wir mit der freien Entfaltung, der Aneignung der Kultur durch alle und der Freiheit von überflüssiger Arbeit bereits benannt. Ein weiterer wichtiger

47 Gute Darstellungen dieses Themas liefern Marvin Chlada: *Der Wille zur Utopie*. Aschaffenburg 2004; Dagmar Barnouw: *Die versuchte Realität oder Von der Möglichkeit, glücklichere Welten zu denken*. Meitingen 1985.

Punkt tritt hinzu: Havemann stellte sein Utopia in die von Friedrich Engels in *Über den Ursprung der Familie und des Privateigentums* beschriebene Linie. Dem Übergang vom prähistorischen Matriarchat zum Patriarchat der Klassengesellschaft sei in Utopia der erneute Sprung ins Matriarchat gefolgt. Dabei analogisierte Havemann die Verwirklichung des Kommunismus mit der Herausprägung matriarchalischer Strukturen. Das wiederum hat die Kritik der zeitgenössischen Emanzipationsbewegung zur Voraussetzung, womit Havemanns Annäherung an August Bebel (*Die Frau und der Sozialismus*) noch einmal deutlich wird. In diesem Sinne wertete Havemann auch die sogenannte Sexuelle Revolution der 60er und 70er Jahre des 20. Jahrhunderts ab. Denn sie habe gerade nicht die Befreiung der Frau erbracht, sondern vielmehr der Atomisierung (als negativer Individualisierung) Vorschub geleistet.<sup>48</sup> Der moderne Feminismus beruhe auf einer falschen Prämisse: »Der politische Irrtum, der diesen Bestrebungen zu Grunde liegt, besteht nach unserer Meinung darin, dass die Ungerechtigkeiten und Unmenschlichkeiten der Männergesellschaft aus angeblich natürlichen Charaktereigenschaften der Männer hergeleitet werden.« (H 140) Wenn die Utopier behaupten, dass sich ihre Gesellschaft auf dem Prinzip des Matriarchats gründet, so bedeutet dies nicht eine neue Hierarchisierung der Geschlechter. Alle haben die gleichen Rechte und Pflichten, ein programmatischer Grundsatz, der jedwede Ausdifferenzierungen verhindern soll. Der Begriff des Matriarchats bezieht sich nur auf einen einzigen Punkt: »Aber die Mutter gibt mehr als die Eizelle, sie gibt uns das Leben. Sie gebärt.« (H 149) Havemann war an dieser Stelle in Differenz zum postmateriellen Utopiediskurs. Denn dieser geht zumeist davon aus, dass die Frau mittels modernster Technologien vom Gebärvorgang befreit wird. Wenn die sogenannten Frauenutopien dann ein Matriarchat verkünden, so sind in der Tat im Keim neue Unterdrückungsmechanismen zumindest latent vorhanden.<sup>49</sup> Gleichwohl blieb jene Tendenz nicht unkritisiert: Ursula Kroeber Le Guin hat in ihrem Roman *Planet der Habenichtse* mit genau diesen Fehlentwicklungen des Feminismus satirisch-ironisch gespielt, ebenso die norwegische Autorin Gerd Brantenberg in *Die Töch-*

48 »Dann kam die Pille und damit die Straffreiheit. Viele Frauen warfen sich ungehemmt jedem Mann in die Arme und fühlten sich zum ersten Mal frei (...) Man nannte das die ›Sex-Revolution‹ und manche glaubten, sie wäre sogar der Motor der wirklichen großen Umwälzung der Gesellschaft. Heute wissen wir, dass diese Emanzipation der Frau in Wirklichkeit weder eine Umwälzung der Gesellschaft noch eine wirkliche Befreiung der Frau aus ihrer sozialen Abhängigkeit vom Mann gebracht hat und es auch gar nicht konnte. Das eigentliche Grundübel bestand vor der Pille und ebenso danach, nur dann tatsächlich noch in verschärfter Form, darin, dass die Menschen in den Jahrtausenden der Männerherrschaft eine der wunderbarsten Möglichkeiten und Fähigkeiten, das Menschsein als Einheit von Natur- und Gesellschaftswesen zu erleben, verloren und verschüttet hatten: die Fähigkeit zur Liebe.« (H 129)

49 Teilweise finden sich in den neueren Utopien von Frauen (die seit 1969 mit dem Erscheinen von »The Left Hand of Darkness« von Ursula K. Le Guin eine eigenständige Untergattung des utopischen Diskurses bilden) extreme Unterdrückungs- und Vernichtungsphantasien. Am deutlichsten ist dieser Trend sicherlich bei Valerie Solanas zu studieren. Der Titel ihres Buches: SCUM Manifesto. Society for Cutting up Men (Augsburg 1996), gibt dabei den Inhalt relativ prägnant wieder. Vgl. Mario Klarer: Frau und Utopie, Feministische Literaturtheorie und utopischer Diskurs im anglo-amerikanischen Roman, Darmstadt 1993; Gert Fehler: Literarische Utopien als Reflexion und Kritik amerikanischer Wirklichkeit. Ausgewählte Beispiele seit den 60er Jahren. Meitingen 1989.

*ter Egalitas*. Dem so skizzierten Problembereich ist Havemann durch seine Lösung freilich aus dem Weg gegangen.

Die utopische Kultur, für deren Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung immense Energien aufgebracht werden, bedingt in letzter Instanz den Zusammenhalt der Gesellschaft, oder genauer: der einzelnen kleinen Gesellschaften/Gemeinschaften. Daher könne auf den Staat als Instrument von Herrschaftsausübung verzichtet werden, ebenso auf durch diesen sanktionierte positive Gesetze. Die Herrschaft von Menschen über Menschen hat aufgehört zu existieren. Und die Verwaltung der Sachen werde nicht durch den Staat erledigt, sondern durch die als kleinste politisch-wirtschaftliche Einheiten fungierenden Produktionsgenossenschaften oder Kooperativen (z. B. Forschungszentren oder Kinderdörfer). Gleichzeitig seien damit die normativen Regelungen der alten Gesellschaften überflüssig geworden, die Religionen zum Beispiel schlichtweg ausgestorben. Ein Prozess, der insofern der innertextuellen Logik folgt, als Havemann – hier ganz im Rahmen des Marxismus argumentierend – Religionen als Herrschaftsinstrumente der herrschenden Klassen betrachtete. (z. B. H 176) In dem Moment, wo die Menschen gleichsam habitualisiert »richtig« (im Sinne des Gemeinwohls) handeln, weil ihre Lebensumstände kaum andere Verhaltensweisen produzieren, verliere das Aufstellen von Traktaten oder ethischen Konzepten seinen tieferen Sinn. Denn nur wenn der Mensch auf anthropologischer Ebene als schlecht, falsch, ruhmstüchtig, ehrgeizig oder egoistisch geschildert werde, machen Maßnahmen einen Sinn, diesen – in Utopia nicht mehr vorhandenen – Leidenschaften entweder einen Rahmen zur Entfaltung oder zur Eindämmung zu geben: »Die moralische Gesellschaft bedarf keiner moralischen Gesetze mehr. Das ist der tiefere Grund für das Absterben der Religionen.« (H 176) Wir sehen, dass Havemann den Antagonismus von *Morgen* mit der Gegenwart auf zahlreichen Ebenen durchgeführt und zu Ende gedacht hat (Ausnahme: Technikproblem). Utopia ist für ihn die eindeutig bessere Alternative zu den gegenwärtigen Verhältnissen, nimmt eigentlich eutopische Dimensionen an. Das ist ein Bruch Havemanns mit dem postmateriellen Utopiediskurs und es ist gleichzeitig ein radikaler Bruch mit der Skepsis gegenüber der geschilderten Alternative, die seit Thomas Morus, dem Autor der 1516 erschienenen *Utopia*, zum Bestand der Utopie gehört. Diskussionen über Utopia gibt es bei Havemann nicht mehr. Ja, das erschaute Utopia ist noch gar nicht fertig, unterliegt vielmehr selbst einer Höherentwicklung: »Und wenn ihr bedenkt, dass die utopische Zeit erst am Anfang steht und ungezählte Jahrtausende, was sage ich: Jahrhunderttausende! vor uns liegen.« (H 171)

Am Ende ihres Aufenthaltes in Utopia fahren die Besucher noch zum Berg Ararat und treffen dort mit drei Weisen zusammen, mit denen sie die Grundlagen des neuen Gemeinwesens diskutieren. Dabei rückte Havemann vor allem einen Punkt in den Fokus der Erzählung: »Denn das ganz Hervorragende und uns hauptsächlich Beeindruckende ist die fast widerspruchslöse Harmonie in den Beziehungen zwischen den Menschen.« (H 166) Welche Rolle spielt die Kollektivität in Uto-

pia? Ist sie nur ein Schein? Um welchen Preis wird sie generiert? Mit diesen Fragen zielte Havemann auf den vielleicht wichtigsten Einwand, der immer wieder gegen das utopischen Denken vorgebracht wurde: Die Aufhebung der Individualität. Es sei eindeutig, dass »diese unglaubliche Harmonie« (H 166) in Utopia verwirklicht werden konnte, da man mit den Konfliktstrukturen der gegenwärtigen Zivilisation gebrochen habe: Kapitalismus und bürgerliche Demokratie beruhen Havemann zu Folge beide auf dem Prinzip des egoistischen Menschen, erst die permanente Konfrontation der Sonder- und Einzelinteressen erbringe der Theorie nach etwas, das als »Fortschritt« die Geschichte der Menschheit anzutreiben vermag. Eine Entwicklung, die den Faschismus ebenso nach sich ziehen könne wie die Ausgrenzung ganzer Klassen, Rassen und Geschlechter. Mit diesen Bemerkungen steht Havemann in der Tradition der politischen Utopie. Machte doch bereits Thomas Morus die Idee des Gemeinwohls auf kommunistischer Grundlage zur Basis seines Entwurfs.

Und dennoch, so fragt Havemann weiter: Ist die Harmonie Utopias tatsächlich Realität? Die Besucher erhalten eine Antwort, die uns ein Stück weit bei der Beurteilung helfen kann: »Der Mensch kann immer nur verwirklichen, was er sich zuvor schon in Gedanken geschaffen hat. Aber wenn er dann ans Werk geht, so ist das entstehende Neue doch auch zugleich anders, nicht einfach ein Abbild seiner Gedanken. Unvermeidlich zeigen sich im Neuen unerwartete Erscheinungen, vom Standpunkt der Planer und Schöpfer oft schwer verständlich, oft bleiben sie lange versteckt. So kommt es, dass ihr nur die Harmonie in unseren Verhältnissen wahrnehmt, nicht aber die neuen Disharmonien.« (H 166) Utopia ist für Havemann kein statisches oder dem Anspruch nach auf ewig vollkommenes Gebilde. Vielmehr entwickle es sich weiter und verändere sich.<sup>50</sup> Der alternative Raum wird zum Rahmen, in dem sich die Einzelnen frei entfalten können und hört damit auf, Selbstzweck zu sein. Daher könne die utopische Gesellschaft gar nicht konflikt- oder krisenfrei sein. Nein, sie existieren noch, die Disharmonien, was insofern nur konsequent ist, als ja voll auf das Individuum gesetzt wird. Der Charakter der auszutragenden Konflikte habe sich jedoch geändert. Die alten überlieferten Probleme wurden abgestellt, eliminiert. So kommen die Besucher zu dem Bild der völlig geeinten utopischen Gesellschaft. Mit dem Privateigentum, das ist ein einschlägiges Argument des utopischen Diskurses, fallen die meisten der europäisch-zivilisatorischen Probleme weg. Nicht zuletzt, da sich das Besitzdenken ja noch auf die Beziehungswelt oder den Umgang mit der Natur ausdehne. »Aber ich kann euch sagen, unsere utopischen Disharmonien erzeugen keine Aggressivität, keinen Hass, keine Rachsucht, weil es in Utopia eins nicht mehr gibt, was bei euch Grund und Quelle aller Disharmonie war: das Haben.« (H 166 f.) Die Konflikte der utopischen Gesellschaft sind dem Anspruch nach positive, produktive

50 Der Anglist Hans Ulrich Seeber hat diesen Punkt seit den 1970er Jahren mehrfach betont, vgl. Seeber: Die Selbstkritik der Utopie in der angloamerikanischen Literatur.

Kontroversen. Vom Individuum herkommend, sind sie nicht mehr Elemente des Kampfes, der Auseinandersetzung oder der gegenseitigen Übervorteilung. Vielmehr stimulieren sie jene Potenzen der Menschen, die als Leidenschaften in ihrer befreiten Form der Rationalität ergänzend zur Seite gestellt werden können.

#### 4. Abschließende Anmerkungen zur Wertung von Havemanns Konzeption

Der utopische Entwurf Havemanns speist sich direkt aus der Zeitdiagnose und gewinnt sein eigentlich charakteristisches Profil durch die geleistete Kritik. Nicht zuletzt, da erst die kritische Auseinandersetzung mit der Gegenwart den Blick in die Zukunft legitimiert. Dabei ist nun allerdings festzustellen, dass Havemann eine monokausale Geschichtsinterpretation vertrat und in weiten Teilen seiner Argumentation den Spuren des dogmatischen Marxismus folgte. Er hat die nicht-reflexive Dimension der marxistischen Geschichtsphilosophie in vollem Umfang übernommen und weiter finalistisch zugespitzt: Am Ende stehen nur zwei Möglichkeiten. Entweder der apokalyptische Untergang oder die Rettung nach Utopia. Einen Zwischenweg schloss Havemann in *Morgen* kategorisch aus. Damit fiel er an dieser Stelle hinter die Standards der postmateriellen Utopieproduktion zurück, die den dystopischen Umschlag der eigenen Szenarien immer mitdachte. Weitaus stärker als Havemann betonte zum Beispiel Ursula K. Le Guin die Ambivalenzen Utopias, die auftauchenden Probleme, die Gefahren sich erneuernder Entfremdung oder gar totalitärer Herrschaft. Ihr Credo lautete, dass sich Utopia eben nicht komplett von den Disharmonien der Gegenwart befreien könnte, exemplarisch nachzulesen in ihrem besten Roman *Planet der Habenichtse*.<sup>51</sup> Mit dem korrespondiert, dass Havemann seinen Entwurf zwar innerutopisch diskutierte, jedoch alle Einwände gegen ihn entkräftete. Auch hier ging Le Guin über ihn hinaus, lässt sie den Leser doch in der Ungewissheit zurück, keine endgültige Lösung zu haben. Damit ist bei ihr das Individuum auch in unserer Gegenwart weitaus stärker in der Pflicht, selbst zu denken und verantwortlich zu handeln. Eine Position, die Robert Jungk (z. B. in *Die Zukunft hat schon begonnen*) ebenso bezog wie Hans Jonas (*Prinzip Verantwortung*). Havemann imaginierte dagegen eine nicht mehr zu hinterfragende Konzeption, die zwar wie gesehen entwicklungsfähig ist und durchaus Problemkonstellationen kennt, deren Paradigmen von ihm jedoch bewusst dogmatisiert wurden. Eben hierzu diene ja der Rekurs auf die marxistische Geschichtsphilosophie. Damit wird nun auch deutlich, dass Havemann eher an August Bebel's *Die Frau und der Sozialismus* anknüpfte, denn an die Ausführungen Ernst Blochs (*Prinzip Hoffnung*). Von jenem eignete er sich die Idee an, von diesem die Methode. Einen Punkt der Blochschen Philosophie übernahm er

51 Vgl. die bereits erwähnten Werke von Andreas Heyer, Dagmar Barnouw, Werner Christie Mathisen, Martin d'Idler und Marvin Chlada, die zu diesen Punkten Stellung nehmen.

jedoch in sein Konstrukt – die vielbeschworene Kategorie der Hoffnung. So führte er in seinem *Brief an Ernst Bloch* von 1975 aus, dass das Prinzip Hoffnung für ihn gerade keine »rosa Brille« sei, sondern vielmehr konkrete Handlungsmaxime der Individuen gegenüber dem Staat.<sup>52</sup> Aber er ergänzte es um die Doppelstruktur utopischen Denkens: »Daher ist der Inhalt aller großen und kleinen Hoffnungen immer eine Utopie... In der Utopie schaffen wir uns in Gedanken eine Welt, in der die Unmenschlichkeiten unserer Welt aufgehoben sind. Die Utopie ist also eine Form der kritischen Auseinandersetzung mit der Welt, in der wir leben. Darum ist an der Utopie nicht nur das von Bedeutung, was wir uns Neues, bisher nicht Dagewesenes in sie hineingedacht haben, sondern gerade auch das, was es in ihr nicht mehr gibt. In der Utopie ist unsere Welt aufgehoben, in einem dreifachen Sinne: außer Kraft gesetzt und überwunden, aufbewahrt und nicht verloren, und: in die Höhe, auf eine höhere Stufe gehoben. Diese unauflösbaren Beziehungen zwischen der Utopie und unserer gegenwärtigen Wirklichkeit machen die Utopie, die doch in der Zukunft liegt, zu einem Bestandteil unserer Gegenwart.« (H 72 f.)

Diesen ersten Elementen einer notwendigen Kritik am Denken Havemanns ist eine nächste bedeutende Komponente hinzuzufügen. Sie betrifft die Abwertung der Demokratie. Zwar hat Havemann in seinem utopischen Entwurf die direktdemokratischen Strukturen des alternativen Gemeinwesens betont. Die parlamentarischen Systeme des Westens waren für ihn jedoch kaum mehr als Herrschaftsinstitutionen der Bourgeoisie und des Kapitals. Wenn die Demokratie nicht mehr zur Wahrung der Klassenherrschaft ausreiche, so Havemann programmatisch, dann werde immer der Faschismus als Alternative im Hintergrund bereitstehen. Diese Anmerkungen verkennen freilich die Chancen und Möglichkeiten der parlamentarischen Demokratie. Und diese bestehen gerade darin, dass zwar strukturell-formale Wandlungsprozesse ausgeschlossen, inhaltliche Setzungen aber legitim sind. Es ist eben doch ein Unterschied, ob Bush oder Obama Amerika regiert, Berlusconi oder Prodi Italien. Havemann schrieb: »Der demokratische bürgerliche Rechtsstaat ist in Wirklichkeit also eine Diktatur, weil in ihm eine Minderheit über die Mehrheit herrscht. Die Diktatur des Proletariats ist in Wirklichkeit eine reine Demokratie, weil in ihr die Mehrheit eine kleine Minderheit unterdrückt, und zwar eine Minderheit, die alle Rechte hat, die alle haben, aber nur nicht mehr das Recht, die Mehrheit zu unterdrücken.«<sup>53</sup> (H 201) An dieser Stelle unterschlägt Havemann, dass der von ihm kritisierte deutsche Staat gerade das Ergebnis von Emanzipationsprozessen und Kämpfen, von Konflikten und Auseinandersetzungen ist – ausgetragen nicht zuletzt durch die deutsche Arbeiterbewegung. Die Demokratie ist in unterschiedlichsten Formen ausgestaltbar, sicherlich auch ganz anders als in ihrer jetzigen Version. Dass aber freilich die real existierenden sozia-

52 Havemann: Brief an Ernst Bloch. In: ders.: Stimme des Gewissens, S. 161 f.

53 Die Nähe dieser Argumentation zu Lenins Staat und Revolution ist offensichtlich.

listischen Staaten, wenn man nur ihre elitäre Kaste auswechsele oder abschaffe, geschichtsphilosophisch weiter seien (bzw. 1980 weiter gewesen wären) als die bürgerlichen Rechtsstaaten, ist äußerst fraglich. Und zwar nicht wegen der historischen Ereignisse, die knapp zehn Jahre nach dem Erscheinen von Havemanns Buch stattfanden, sondern rein innertheoretisch. In *Morgen* heißt es: »Der wesentliche Unterschied im Entwicklungszustand der beiden liegt darin, dass die bürgerliche Gesellschaft am Ende ihrer Entwicklung angelangt ist und sich vor einer großen Umwälzung befindet, während der reale Sozialismus eine Gesellschaft im Verlauf einer noch im Gange befindlichen, allerdings gegenwärtig gefährlich stagnierenden Umwälzung ist. Die bürgerliche Gesellschaft ist noch kapitalistisch und kaum noch demokratisch. Der reale Sozialismus ist nicht mehr kapitalistisch, aber auch noch nicht sozialistisch und noch nicht demokratisch. Aber er ist auf dem Weg zu Sozialismus und Demokratie weiter – noch – als die bürgerliche Demokratie.« (H 218) Gegen diese Annahme stehen aber die Überlegungen Herbert Marcuses ebenso wie die Erich Fromms, die beide die Idee vertraten (die sich – wie gezeigt – in Ansätzen auch bei Havemann finden lässt), dass diejenigen sozialen Gruppen, welche als Transmissionsriemen sozialistischer Ideen fungieren können, gerade in den spätkapitalistischen Gesellschaften des Westens zu finden sind. So gesehen, wäre der Staatssozialismus nicht einen Schritt voraus gewesen, sondern würde sich als Irrweg entpuppen, als (marxistisch formuliert) geschichtsphilosophisch zu deutende Abweichung vom Hauptpfad der Menschheitsgeschichte.

Trotz dieser Kritik sollte Havemanns Werk aber nicht unterschätzt werden, handelt es sich doch um einen der ersten deutschsprachigen Entwürfe der postmateriellen Utopie. Zugleich ist es ein wichtiges Zeugnis der Oppositionsliteratur der DDR – gerade wegen der Ambivalenzen und der teilweise problematischen Thesen. Nicht zuletzt ist zu erwähnen, dass Havemann an einer Stelle seiner Betrachtungen in der gewichtigen Tradition so unterschiedlicher Denker wie Alexander Bogdanow, William Morris, Alexander Tschajanow oder Ernst Bloch steht.<sup>54</sup> Analog diesen durchbrach er das »Bilderverbot« Utopias. Karl Marx und Friedrich Engels hatten sich immer dagegen ausgesprochen, die zukünftige kommunistische Gesellschaft zu imaginieren oder gar in bunten Farben zu schildern. Mit August Bebel und Karl Kautsky wendeten sich bereits frühzeitig marxistische Denker gegen diese Formel, die gleichwohl zum Besitz des dogmatischen Marxismus wurde. Die Bejahung der Utopie wird so zum eigentlichen Charakteristikum des Ansatzes Havemanns. Eine Strategie, die ihn (abseits aller Differenzen) in seiner Zeit mit Theoretikern wie Wolfgang Harich, Rudolf Bahro und Fritz Behrens verband. Und ein abschließender Punkt ist anzumerken. Havemanns Demokratiekritik war durchaus Teil des oppositionellen Zeitgeistes der DDR-Oppositionellen.

54 Vgl. zu diesen und weiteren Autoren die entsprechenden Ausführungen in: Andreas Heyer: Sozialutopien der Neuzeit. Band 2: Bibliographie der Quellen des utopischen Diskurses von der Antike bis zur Gegenwart. Münster 2009.

Nicht zuletzt bedingte eben diese Skepsis gegenüber der bürgerlichen Demokratie der westlichen Staaten, dass sich die Verantwortlichen in der Wendezeit von 1989 auf Instrumente wie die Runden Tische, Diskussionsforen etc. bezogen und sich der Bildung von Institutionen verweigerten. Von hier erklärt sich ein Stück weit auch, dass die Oppositionellen der DDR dem Wirken Havemanns ein Denkmal setzten: Sein Haus in Grünheide wurde am 10. September 1989 zum Gründungs-ort des Neuen Forums.

## Rudolf Bahros »Alternative«

### Ökologie, Demokratie und ein neuer Marxismus im Gewand der Utopie

#### 1. Wie eine Alternative entsteht und welche Folgen sie hat

Am 22. August 1977, einem Montag, ging Rudolf Bahro wie immer zur Arbeit in das Gummikombinat Berlin.<sup>1</sup> Am Nachmittag fand eine Parteiversammlung statt, auf der sich Bahro zu Wort meldete: »Acht Minuten lang referierte Bahro ... Ungeheuerliches. Seit fünf Jahren – so trug der 41-jährige Abteilungsleiter für wissenschaftliche Arbeitsorganisation den Kollegen vor – habe er insgeheim an einer programmatischen Abrechnung mit dem DDR-Sozialismus gearbeitet.«<sup>2</sup> Was war geschehen? Was machte diese Erklärung Bahros notwendig? Im »Spiegel« waren an diesem Tag zwei Artikel erschienen<sup>3</sup>: Der eine brachte Nachrichten über den zu diesen Zeitpunkt völlig unbekanntenen Bahro und der andere druckte Auszüge aus dessen Buch *Die Alternative*.

Bahros intellektuelle Biographie war zu ihrem Beginn eng mit der SED und der offiziellen Parteidoktrin verbunden. Nach seinem Philosophiestudium nahm er verschiedene Arbeitsstellen an, unter anderem als Journalist. Doch Mitte der 1960er Jahre wurde sein Verhältnis zum Staat brüchig – am Ende dieses Denkprozesses stand seine Generalabrechnung mit der DDR: *Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus*.<sup>4</sup> Entscheidende Stationen dieser Umorientierung waren die Probleme der Diskussion um Stalin, die Differenz von Theorie und Praxis im real existierenden Sozialismus sowie die Ereignisse in der ČSSR. Gerade dem Prager Frühling und seiner militärischen Zerschlagung kam Bahro zu Folge besondere Bedeutung zu. Er markiert den endgültigen Bruch mit dem SED-Regime. Er beschäftigte sich nach den tschechischen Ereignissen erneut intensiv mit der marxistischen Literatur, las aber auch die Oppositionsliteratur der Sowjetunion, Schriften westeuropäischer Linker oder kritische Romane. 1972 hatte Bahro sein »Literaturstudium« abgeschlossen und begann mit den Arbeiten an der *Alternative*. Eine erste Fassung diskutierte er mit Wolfgang Heise, Volker Braun,

1 Die Angaben zur Biographie folgen Guntolf Herzberg, Kurt Seifert: Rudolf Bahro. Glaube an das Veränderbare. Eine Biographie. Berlin 2002. Weitere Dokumente wurden ergänzend hinzugezogen.

2 Geistige Leere. In: Der Spiegel vom 29. August 1977, S. 34.

3 Das trifft den Parteiparagrafen ins Herz. Ein SED-Funktionär kritisiert den DDR-Sozialismus. In: Der Spiegel vom 22. August 1977, S. 30-32. Gegen sich selbst und gegen das Volk. Rudolf Bahro über die kommunistische Bürokratie. In: Der Spiegel vom 22. August 1977, S. 33-40.

4 Verwendet wird die Ausgabe: Rudolf Bahro: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Köln und Frankfurt/M. 1978.

Stefan Heym und anderen. Es folgte eine radikale Umarbeitung des Manuskripts in den nächsten Jahren. Parallel stellte Bahro seine Dissertation fertig. Der Adressat der Ausführungen war für ihn die kritische Intelligenz der DDR. Allerdings scheiterten seine Überlegungen, Abzüge in der DDR herzustellen (eine kleinere Privatauflage konnte allerdings produziert und verteilt werden), so dass es im Herbst 1976 zur Kontaktaufnahme mit der westdeutschen Europäischen Verlagsanstalt kam, die das Buch dann auch ins Programm übernahm. Bahro führte die Korrekturen an seinem Manuskript weiter, das anschließend in mehreren Lieferungen in die Bundesrepublik gebracht und dort publiziert wurde.

Kommen wir noch einmal zurück zu jenem bereits erwähnten 22. August. Schon einige Tage zuvor hatte Bahro dem ARD und ZDF Interviews gegeben und sich mit mehreren westdeutschen Journalisten getroffen. Der »Spiegel« war schließlich erschienen. Abends wartete er dann auf seine Verhaftung. Doch nichts passierte. Auf den Wohnzimmertisch hatte er Ernst Blochs *Prinzip Hoffnung* gelegt. Am nächsten Tag fuhr er erneut zur Arbeit und wurde dann nach seiner Rückkehr gegen 17 Uhr in seiner Wohnung festgenommen. Die Staatssicherheit, die ihn über Jahre hinweg beobachtete, hatte schlichtweg vergessen, rascher zuzuschlagen. Und ein weiterer Punkt ist signifikant. Obwohl man in der Wohnung Bahros alle Interviews und Treffen abgehört hatte, gab es bis zum Schluss keine festgelegte Strategie. Die Entscheidung zur Verhaftung muss erst am Dienstag (23. August) gefallen sein.

Einen Tag später wurde Bahro dem Haftrichter vorgeführt, es folgten ca. 90 Vernehmungen. Ein wichtiges Thema der Staatssicherheit war, über welchen Strafrechtsparagrafen man Bahro belangen könnte. Nachdem die politischen Paragraphen nicht zur Anwendung kommen sollten, entschied man sich für Geheimnisverrat und Nachrichtenübermittlung. Bahro wurde also vorgeworfen, den Gegner geheime und vertrauliche Informationen über die DDR zugespielt zu haben. Und das mit einem Buch, welches in der DDR nicht gedruckt werden konnte. Letztlich fragt man sich natürlich auch, was die geheimen Informationen waren: Etwa, dass die SED-Führung unfähig sei?<sup>5</sup> Die nichtöffentliche Verhandlung gegen Bahro begann am 26. Juni 1978, vier Tage später wurde er zu acht Jahren Haft verurteilt. Es begann dann eine Groteske, die absurder kaum sein könnte: Da der »Spiegel« und andere westliche Zeitungen über Bahros Haftbedingungen, seinen Alltag etc. in Bautzen berichteten, begann die Staatssicherheit mit dem Bau einer Spezialabteilung für fünf Gefangene. Am 26. Juli 1979 stellte Bahro dann einen Ausreiseantrag, um auf diese Weise frühzeitig aus der Haft entlassen zu werden. Der 17. Oktober war der Tag, an dem er die DDR verließ.

5 Bereits im Zuge seiner (abgelehnten) Dissertation hatte Bahro verschiedene wirtschaftliche Erhebungen und empirische Untersuchungen durchgeführt. Diese Materialsammlung, die den Betreuern seiner Arbeit und auch den Gutachtern zur Verfügung stand, wurde einer der Hauptanklagepunkte.

Da der Fall Bahro von Anfang inmitten einer gewaltigen medialen Präsenz stand, überrascht es nicht, dass er ein fulminantes Echo erzeugte. Die Ereignisse in der DDR um die Verhaftung Bahros wurden intensiv beobachtet – es erschienen zahlreiche Artikel, eigenständige Bücher, Protestnoten wurden verfasst. Es kam zu Kolloquium, Komitees zur Freilassung Bahros gründeten sich, die Eurokommunisten bezogen teilweise deutlich Bahro-freundliche Positionen und kritisierten die DDR. Exemplarisch erwähnt sei an dieser Stelle nur der Band *Solidarität mit Bahro*, an dem sich Lucio Lombardo Radice, Mihály Vajda, Carl Amery, Wolf-Dieter Narr, Rudi Dutschke, Freimut Duve und andere beteiligten. Es war eben jenes Echo, das Bahro gewollt und auch provoziert hatte. Im Herbst 1979, als er die DDR verließ, waren über 120 000 Exemplare der *Alternative* verkauft, mehrere Übersetzungen in andere Sprachen geplant oder schon vollzogen.

## 2. Das Programm der *Alternative*

»Mit seinem Buch *Die Alternative* veröffentlichte Bahro 1977 die wohl wichtigste und umfassendste interne Kritik des ›real existierenden Sozialismus‹ und entwarf zugleich Grundzüge einer sozialistischen Alternative, in der Marx und Lenin nochmals auf Hegel und Hölderlin trafen. Ausgehend vom Oberflächenphänomen der Dysfunktionalität des Staatssozialismus, wie zum Beispiel dem offensichtlichen Widerspruch zwischen individuellem Verhalten und offizieller Weltanschauung, analysierte er soziologisch, sozioökonomisch und kulturgeschichtlich die Strukturen des Realsozialismus, beschrieb das inhärente Phänomen des gegenseitigen Sich-in-die-Tasche-Lügens und erkannte die organisierte Verantwortungslosigkeit angesichts politischer Entmündigung als herrschendes Prinzip gesellschaftlichen Stillstands.«<sup>6</sup> Thomas Schubert hat mit diesen Sätzen eine wichtige Grundlage der Theorie Bahros benannt – er betrieb und forderte die Entbürokratisierung, letztlich die Vermenschlichung der Gesellschaft. Bahro holte das *bonum commune* fest, sondern dieses ergibt sich erst als Ergebnis von freien Diskussionsprozessen. Diese Forderung stand der DDR-Realität diametral gegenüber. Bahro schrieb: »Dabei muss durchaus nicht jeder verbal vor der ganzen Gesellschaft seine Meinung kundtun, was ja auch nicht möglich wäre. Die Interessengruppen, die es objektiv in einer differenzierten Gesellschaft gibt, werden ihre formell gewählten und nicht zuletzt auch ihre informell berufenen Sprecher haben. Der Mechanismus der Abstimmung zwischen den verschiedenen Interessen, der nur in Ausnahmefällen plebiszitär sein wird, ist in dem Erbe der politischen Demokratie, das aus den großen bürgerlichen Revolutionen stammt, vorge-

6 Thomas Schubert: Rudolf Bahro. Ein deutsch-deutscher Denker zwischen vorgestern und übermorgen. In: *Utopie kreativ*. Heft 140. Juni 2000, S. 502.

bildet. (...) Entscheidend ist, dass die Demokratie jenseits des Kapitalismus ihres formellen und abstrakten Charakters, ihres bürgerlichen Klasseninhalts entkleidet ist und dass die individuelle Teilnahme an der allgemeinen Willensbildung durch eine geeignete Organisation der Massenkommunikation etwas von der Direktheit wiedergewinnen kann, die sie in einfachen, überschaubaren Gemeinschaften hatte.«<sup>7</sup>

Mit diesen Sätzen und der dahinter stehenden Politikkonzeption anerkannte Bahro die Prinzipien von Repräsentation und Delegation. Es könne keine »face-to-face-Demokratie« wie in Athen mehr errichtet werden. Von daher sei es notwendig, Interessengruppen zu bilden, die gebündelte Stimmen repräsentieren und verhandeln. Erst das Ergebnis dieser Auseinandersetzungen sei dann in der politischen Arena zu verhandeln und umzusetzen. Bahro zu Folge müsse die Diskussion auf allen Ebenen der Gesellschaft stattfinden. Ein Ansatz, der die DDR von Grund auf revolutioniert hätte. Denn Bahro begriff die Gesellschaft nicht als homogene und gleichsam geschlossene Einheit. Vielmehr sah er Widersprüche, Divergenzen, Konflikte. Und erst diese sowie ihre Artikulation verbürgten den weiteren Fortschritt des Sozialismus – jenseits von Bürokratie, Partei und Dogmen. Dies vorausgesetzt, könne dann auch weiterhin auf direktdemokratische Elemente verzichtet werden, da die permanente Partizipation aller durch ständige Wahlen und die Teilnahme an verschiedenen Interessengruppen gesichert sei. Die Nähe dieser Ausführungen zu den Überlegungen, die Wolfgang Harich 1956 anstellte, ist evident.<sup>8</sup> Auch Harich bekannte sich damals in aller Deutlichkeit zu den Interessenkonflikten sozialistischer Gesellschaften, die nicht verschwiegen werden dürften. Weitere Gemeinsamkeiten sind das Setzen auf die Demokratisierung, der Abbau der Bürokratie sowie die Kritik an einem von »oben« festgesetzten Gemeinwohl als Kitt einer geschlossenen Gesellschaft.

Der Prager Frühling markiert nicht nur in Bahros Biographie eine Zäsur.<sup>9</sup> Auch in der *Alternative* bildet er mit seinen Potentialen, Chancen und dem Ideenarsenal den Hintergrund ebenso wie den Zielpunkt. Zeitgleich zeige die Niederschlagung des Prager Frühlings und auch die ablehnende Haltung der DDR zum tschechischen Reformismus jedoch die Unwilligkeit der DDR zu sogar partiellen Änderungen. »Für Bahro markierte also die Niederlage der Reformbewegung von 1968 in der ČSSR nicht die Unreformierbarkeit des Gesamtversuchs, sondern zeigte die Möglichkeit der Befreiung der staatssozialistischen Gesellschaft von Formen orientalistisch-despotischer Herrschaft.«<sup>10</sup> Die beginnenden Veränderungen in der

7 Bahro: *Die Alternative*, S. 359 f.

8 Zu diesem Themenkomplex und zu Harichs Rolle sowie theoretischen Konstrukten gibt es einige Ansätze in der Forschungsliteratur, siehe hierzu Fußnote 8 im vorherigen Beitrag. Den Kontext erläutern: Melvin Croan und Carl J. Friedrich: *The East German Regime and Soviet Policy in Germany*. In: *The Journal of Politics*. Heft 1. Februar 1958, S. 44-63.

9 Die gegenteilige These bei Stefania Maffei: *Zwischen Wissenschaft und Politik. Transformationen der DDR-Philosophie, 1945–1993*, Frankfurt/M. 2007, S. 121-123.

10 Schubert: *Rudolf Bahro*, S. 502.

Tschechoslowakei sah Bahro als Indikatoren für eine mögliche Entwicklung einer alternativen Gesellschaft, die sich vom Kapitalismus ebenso unterscheidet wie vom bürokratischen Staatssozialismus. »Spätestens damals wurde offenbar, dass es im real existierenden Sozialismus generell einen latenten, nach der Richtung seiner wesentlichen Kraftlinien progressiven Interessenblock gegen die bestehende politische Verfassung, d. h. gegen die Diktatur der Politbürokratie gibt. Mehr noch, es wurde klar, dass die Mehrheit der aktiven Parteimitglieder auf einen Aufbruch zu neuen Ufern wartet. Letztlich wurde in Prag und Bratislava nichts Geringeres nachgewiesen als die Lebensfähigkeit unserer Gesellschaftsordnung ohne politbürokratische Diktatur.«<sup>11</sup> Diese Sätze lesen sich wie ein Leitfaden des Denkens der DDR-Opposition in den 1980er Jahren. Nicht zuletzt, da Robert Havemann eine analoge Konzeption vertrat. Beide, Bahro und Havemann, werten den Prager Frühling radikal auf, indem sie ihn der DDR im Speziellen und dem Staatssozialismus im Allgemeinen als tragfähige Alternative gegenüberstellen. Darüber hinaus leitete Bahro aus den tschechischen Erfahrungen ab, dass der Anstoß zum Wandel auch in der DDR von »oben« kommen könne.<sup>12</sup>

Es ist hier kaum möglich, den Facettenreichtum der *Alternative* umfassend zu rekonstruieren. Feststellbar ist, dass sie der DDR-Opposition zahlreiche Stichworte lieferte, die hier kurz aufgezählt werden:

- Die Betonung der ökologischen Frage.
- Die Bejahung der Utopie.
- Entbürokratisierung, Demokratisierung, Mitentscheidung, Aufhebung der Überwachung.
- Aufwertung des »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« bzw. des Prager Frühlings.
- Ein sozialistischer Neuanfang ist möglich und nötig.

Die *Alternative* steht fast schon wie ein großer und schwerer Betonstein in der Oppositionsliteratur der DDR, an dem es kaum eine Möglichkeit des Vorbeikomens gab. Ehrhart Neubert schrieb: »Wenn Bahro mit seinem Buch auch keine Handlungsanleitung liefern konnte, hat er damit ideengeschichtlich doch eine nachhaltige Wirkung erzielt. (...) Dazu hatte er die gesellschaftliche Veränderung an eine qualitativ-moralische Evolution der Gesellschaft in dem Sprung von der politischen Ökonomie zur politischen Ökologie gebunden. Beide Elemente tauch-

11 Bahro: *Die Alternative*, S. 362.

12 »Es lässt sich nach der tschechoslowakischen Erfahrung (übrigens lehrte schon Ungarn 1956 dasselbe) mit großer Sicherheit sagen: Je näher irgendeine soziale Sphäre dem Politbüro ist, d. h. je näher sie entweder intellektuell oder funktionell der Verfügungsgewalt über die informationellen Regulierungsmechanismen steht, ohne wirklich zu ihr zugelassen zu sein, desto mehr und desto gefährlichere Feinde hat dort die Apparatherrschaft. Im entscheidenden Augenblick wird sich auch immer ein Kopf im Politbüro selbst finden, der sich aus welchen Motiven auch immer in den Dienst einer einleitenden personellen Machtverschiebung stellt. Es ist dies nur eine Frage der historischen Gelegenheit; die Ablösung der politbürokratischen Diktatur ist sozialökonomisch überfällig. Die Gesellschaft wird sich von diesem Residuum einer früheren Epoche befreien, auch die sowjetische.« Bahro: *Die Alternative*, S. 386.

ten in vielfältiger Variation in den theoretischen Gerüsten Oppositioneller in der DDR auf und stellten in ihrer Verbindung geradezu ein idealtypisches Modell sozialer Veränderung dar.«<sup>13</sup> Diesem Befund Neuberts ist zuzustimmen. Auch wenn sich nicht in allen Fällen die Lektüre Bahros nachweisen lässt, so stehen doch viele der späteren Oppositionellen in dem von ihm aufgeworfenen Themenspektrum. Seine Art der Kritik und ihre Zielperspektive wurden Gemeingut der DDR-Opposition, mutierten gleichsam zu Schlüsselbegriffen des Umgangs mit dem bürokratischen Regime.

### 3. Einordnung der »Alternative«

Wir haben bereits Thomas Schuberts These zitiert, dass die *Alternative* die »wohl wichtigste und umfassendste interne Kritik«<sup>14</sup> der DDR sei. Auch wenn Superlative dieser Art ein Stück weit zu hinterfragen sind, so kann zumindest festgestellt werden, dass sie ein gewaltiges Echo hervorrief. Auf ihre Spuren innerhalb der DDR haben wir bereits hingewiesen. Zu ergänzen ist hier die breite Rezeption, die die *Alternative* über die deutschen Grenzen hinaus erhielt. Ein Punkt, der sie deutlich vor die anderen Arbeiten der Oppositionsliteratur der DDR setzt. Als exemplarisches Beispiel für diese Rezeptionslage sei hier das Buch *Utopianism and Marxism* von Vincent Geoghegan genannt, das Bahros Werk innerhalb des Verhältnisses bzw. Spannungsverhältnisses von Marxismus und Utopie als Teil beider Diskurse begreift und analysiert.<sup>15</sup> Geoghegans These verweist bereits auf eine zentrale Interpretationsrichtung der *Alternative*. Als Teil des utopischen Diskurses der Neuzeit verbindet sie die Kritik an der Gegenwart mit der Imaginierung einer besseren Zukunft, in der die georteten Mängel abgestellt sind. Das ist die Definition der politischen Utopie<sup>16</sup> und sie trifft auch auf die *Alternative* zu. Bahros Werk als Utopie zu interpretieren, bedeutet keine abwertende Charakterisierung. Vielmehr ist der utopische Diskurs seit Jahrhunderten ein Medium der Selbstvergewisserung, des intellektuellen Austauschs über mögliche zukünftige Gesellschaften. Gleichzeitig ist ein Interpretationsrahmen vorgegeben, in dem das Werk mit anderen Büchern, Denkmodellen oder theoretischen Konstrukten gewinnbringend verglichen sowie unter Berücksichtigung der jeweiligen historischen Kontexte analysiert werden kann.

Diese Zuordnung ist nicht beliebig, sondern kann sich auf Bahros Denken stützen. In der *Alternative* hat er sich zur Utopie in ihrer politischen Form bekannt: »Die erkennbaren Schranken sind es, von denen sich die Menschen jeweils eman-

13 Ehrhart Neubert: *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*. 2. durchges. und erw. Aufl. Bonn 2000, S. 234.

14 Schubert: Rudolf Bahro, S. 502.

15 Vincent Geoghegan: *Utopianism and Marxism*. 2. Aufl. Bern 2008, zu Bahro S. 143–158. Das Verhältnis von Utopie und Marxismus untersuchte zuletzt Wolfgang Both: *Rote Blaupausen. Eine kurze Geschichte der sozialistischen Utopien*. Berlin 2008.

16 Zur politischen Utopie siehe Andreas Heyer: *Der Stand der aktuellen deutschen Utopieforschung*.

zipieren wollen, um den Zugang zu etwas, die Aneignung von etwas zu erlangen, das sie immer wieder unter den durch keine zynische Spötterei auszutreibenden Ideen der Freiheit, der Freude, des Glücks sich vorstellen. Die unausgeschöpften Möglichkeiten der menschlichen Natur, die ihrerseits mit dem Kulturfortschritt wachsen, sind der innerste Stoff aller Utopie, ein sehr realer, durchaus nicht immaterieller Stoff übrigens. Sie zwingen zu dem Wunsch, das Leben umzugestalten.«<sup>17</sup> Es ist unstrittig, dass Bahro Utopie und Emanzipation analogisierte und damit den Anschluss an die Theorien Herbert Marcuses und anderer suchte. Die Utopie ist für ihn im oben beschriebenen Sinn eine Denkform, in der über die Probleme der Gegenwart nachgedacht werden kann und die gleichfalls ein Instrumentarium bereitstellt, sie mit einer in sich geschlossenen und tragfähigen Alternative zu konfrontieren. Daneben steht die These Bahros, dass ein modernisierter Marxismus, der versucht, die Herausforderungen unserer Zeit zu verarbeiten, auf die Utopie als Denkform nicht zu verzichten in der Lage sei: »Die Marxisten haben eine Abwehrhaltung gegen Utopie. Es war so mühsam, sich davon loszumachen, seinerzeit. Aber Utopie gewinnt jetzt eine neue Notwendigkeit. Denn jene historische Spontaneität, die Marx auf den Begriff des naturgeschichtlichen Prozesses brachte und die unsere Marxisten-Leninisten unter dem Namen der objektiven ökonomischen Gesetze feiern, muss heute überwunden werden.«<sup>18</sup> Die Auseinandersetzung, die Marx und Engels und mit ihnen der frühe Marxismus gegen die Utopie geführt haben, ziehe seine Legitimität aus der historischen Situation. In dem Moment jedoch, wo sich diese ändert, könne die »Rückkehr« zur Utopie gewagt werden. Und ein weiterer Punkt trete hinzu, der die Besinnung auf die Utopie rechtfertige. Die von den Dystopien gezeichneten Systeme, die realhistorische Entsprechungen haben, seien noch längst nicht aus dem Gefahrenarsenal der menschlichen Gesellschaften verbannt. Noch immer drohe der Individualismus dem Kollektivismus geopfert zu werden: »Die Nichtigkeit der Person vor der objektiven Spontaneität eines am Ende bis zur Weltregierung zentralisierten Informationsprozesses würde jede Harmonie von Individuum und Gesellschaft ausschließen. Die negativen Utopien von Orwell und Huxley sind essentiell noch nicht von unserem Horizont gewichen.«<sup>19</sup> Bahros Kritik an den bestehenden staatssozialistischen Systemen – und darüber hinaus an der marxistischen Zielperspektive des Kommunismus – ist eindeutig. Nicht zuletzt suchte er dabei aber auch die Auseinandersetzung mit intellektuellen Systemen, die elitär und archaisch (d. h. herrschaftsbezogen), gleichsam von »oben« kommend, organisiert sind.<sup>20</sup>

17 Bahro: Die Alternative, S. 323.

18 Ebenda, S. 299.

19 Ebenda, S. 308.

20 Dieser Absatz folgt meinen Ausführungen in: Ökologie und Opposition. Die politischen Utopien von Wolfgang Harich und Robert Havemann. In: Andreas Heyer: Studien zu Wolfgang Harich, Norderstedt 2010, S. 102. Dort wird auch der Kontext weiter beleuchtet, daneben findet sich die Einordnung in die Oppositionsliteratur der DDR.

Mit der Reaktualisierung der Utopie stand Bahro in der DDR nicht allein. Werner Mittenzwei hat die DDR-Oppositionellen in zwei Gruppen unterteilt – auf der einen Seite jene Personen, die das System grundsätzlich ablehnten, auf der anderen die intellektuellen Eliten, die am Marxismus prinzipiell festhielten. »Unter den zwei oppositionellen Richtungen dominierte die marxistische, obwohl sie zahlenmäßig gering war und keine größeren Massen an sich binden konnte. Historisch war sie schon deshalb bedeutsam, weil von ihr politische Programme, umfassende Konzeptionen und Theorien entwickelt wurden. Ihre wichtigsten Vertreter waren Wolfgang Harich, Robert Havemann und Rudolf Bahro. Nicht nur durch ihre Aktionen eroberten sie sich einen Platz in der Geschichte, sondern auch durch ihre theoretischen Auffassungen. So sehr sich ihre Anschauungen im Laufe der Zeit auch wandelten, es dominierte die marxistische Sicht.«<sup>21</sup> Mittenzweis Beobachtung ist zuzustimmen, setzt er doch Bahros politische Philosophie in Beziehung zu den Ausführungen zweier anderer Vertreter des utopischen Denkens in der DDR: Wolfgang Harich und Robert Havemann.<sup>22</sup> Sie betonten die aktuellen ökologischen Herausforderungen und entwickelten die These, dass die staatssozialistischen Systeme diese in ihrer aktuellen Ausrichtung und Struktur nicht bewältigen könnten. Anders als Harich setzten Bahro und Havemann aber nicht auf die archaische Überbietung der bisherigen Herrschaftsformen, sondern gingen davon aus, dass die ökologische Frage nur durch genossenschaftliche, naturnahe Strukturen gelöst werden könne, durch die Wiederherstellung der Einheit von Mensch und Natur.

Nicht zu vernachlässigen ist auch Mittenzweis Hinweis, dass die hier genannten DDR-Oppositionellen den Boden des Marxismus nie verließen. Sie revidierten und aktualisierten ihn, versuchten, eine neue ideengeschichtliche Tradition zu begründen. Aber ihre Kritik am bürokratischen Staatssozialismus zielte darauf, tragbare Alternativen sozialistischer Entwicklung und Existenz zu entwerfen. So unterschiedlich die Konzeptionen auch sind – die Bandbreite reicht von Harichs kommunistischem Superstaat bis zu Havemanns genossenschaftlicher und kleinbürgerlicher Fluchtidylle –, die marxistische Basis ist die große verbindende Klammer.<sup>23</sup> Eckhard Jesse hat das als die »Sozialismusfalle« bezeichnet, d. h. er sah in der marxistischen Orientierung der oppositionellen Eliten den Grund für

21 Mittenzwei: Die Intellektuellen, S. 309 f.

22 Herzberg und Seifert ergänzen diese Aufzählung: »Trotzdem steht die Alternative in einem geistigen Zusammenhang mit Havemanns Kritik am Sozialismus, am Wachstumsdenken und an den Fortschrittsvorstellungen in seinen Büchern, Interviews und anderen Veröffentlichungen, mit Harichs Kommunismus ohne Wachstum? (1975), Kuczynskis Dialog mit meinem Urenkel (1977 geschrieben, 1983 erschienen) und dem sogenannten Spiegel-Manifest von 1978 (Autor Hermann von Berg).« Herzberg, Seifert: Rudolf Bahro, S. 224; Wolfgang Harich: Kommunismus ohne Wachstum. Babeuf und der Club of Rome. Sechs Interviews mit Freimut Duve und Briefe an ihn. Reinbek bei Hamburg 1975; Robert Havemann: Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg. Kritik und reale Utopie, München u. a. 1980. Zum utopischen Diskurs in der DDR siehe die Ausführungen über Havemann in diesem Band.

23 Hierzu Andreas Heyer: Opposition, Utopie und die Schlüsseldaten der DDR-Geschichte. In: ders.: Studien zu Wolfgang Harich, S. 15-34.

den Verlust der Bindung an die Massen.<sup>24</sup> In diesem Sinn kristallisiert sich ein erstaunlicher Befund heraus: Da Bahro und andere marxistisch dachten und auch ihre Gesellschaftsentwürfe der Zukunft mit dem Marxismus harmonisierten, wurden sie zu Kritikern der bürgerlichen Demokratie. Am weitesten ging bei dieser Ablehnung sicherlich Havemann, aber auch für Bahro lassen sich entsprechende Passagen aufzeigen. Genannt sei nur sein erstes Interview mit dem »Spiegel« nach der Übersiedlung in die BRD.<sup>25</sup> Es lässt sich sogar vermuten, dass diese Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft auch die Endphase der DDR prägte. Die Runden Tische sind ebenso Indikatoren der tief verwurzelten Skepsis gegenüber der Bundesrepublik wie die Versuche, die Eigenständigkeit der DDR zu erhalten.<sup>26</sup> Ergänzt wird diese Verbindung von Marxismus, Ablehnung der parlamentarischen Demokratie westeuropäischer Prägung und Utopie durch die ökologische Idee. In der *Alternative* ist die Idee einer radikalen utopischen Umorientierung bereits angedacht, auch Harich und Havemann betonten in ihren Werken die Notwendigkeit der Thematisierung der ökologischen Frage, entwarfen freilich äußerst konträre Lösungsansätze.<sup>27</sup>

#### 4. Der Weg ins Abseits

Nach seiner Entlassung aus der Haft und der Übersiedlung in die Bundesrepublik schloss sich Bahro den Grünen an, die er aber schnell wegen der beginnenden Institutionalisierung kritisierte und wieder verließ. Ergebnis dieses Denkprozesses ist sein Werk *Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten?*<sup>28</sup> Daneben liegen zahlreiche Aufsätze, Reden, Artikel etc. vor, die seine politische (nicht philosophische) Neubestimmung dokumentieren – ein Weg, der ihn ins politische Abseits führte.

Die *Logik der Rettung* ist ein abstruses Buch. Getragen von einer religiösen Sprache propagiert es einen Sinnes- und Bewusstseinswandel. Der Mensch steht im Mittelpunkt. Er soll sich ändern, um auf diese Weise fit zu werden für die Herausforderungen unserer Moderne – in erster Linie für die Lösung der ökologi-

24 Eckhard Jesse: DDR. Die intellektuelle Formierung der Opposition seit den 70er Jahren. In: ders.: Demokratie in Deutschland. Diagnosen und Analyse. Hrsg. von Uwe Backes und Alexander Gallus. Köln u. a. 2008, S. 163.

25 Ich weiß, ich kann völlig abrutschen. Der SED-Dissident Rudolf Bahro über seinen Prozess, seine Haft und seine Zukunft in der Bundesrepublik. Interview mit Romain Leick und Ulrich Schwarz. In: Der Spiegel Nr. 43, S. 20 bis 33.

26 Wolfgang Harich schrieb über die Oppositionellen der Jahre 1989/1990: »Sie träumten von einem Perestroika-Idyll, das sie errichten wollten im Schutz der Mauer.« Harich: Lebenselexier Solidarität. Kritische Anmerkungen zur Rolle der PDS. Ein Redetext aus dem Jahr 1993. In: Junge Welt vom 10. März 2010, S. 3.

27 Marko Ferst: Nachwort. In: Robert Havemann: Morgen. S. 184-187. Siehe außerdem Neubert, der Bahros Ökologiekonzept fälschlicherweise als typisches Beispiel »marxistischer Kapitalismuskritik« interpretiert. Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR, S. 232.

28 Rudolf Bahro: *Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten?* Ein Versuch über die Grundlagen ökologischer Politik. Berlin 1990.

schen Frage. Über Yoga, Meditationsübungen, innere Ruhe, Selbsterkundungen, das Entdecken der Gottheit und dergleichen mehr soll das Individuum seine Individualität überdenken und mit dem »großen Ganzen«, dem neuen Bewusstsein in Einklang bringen. Bahro hat Marx von den Füßen auf den Kopf gestellt. Nicht mehr das Sein bestimmt das Bewusstsein, Bahro zu Folge ist es genau umgekehrt. In diesem Sinne geraten die Emanzipation aller, die soziale Frage, die Problematik gerechter Herrschaft etc. in den Hintergrund. In einer feindlichen Umwelt, so Bahros Kernthese, kann sich das Individuum verändern, kleine Gruppen Gleichgesinnter bilden und auf diese Weise Orte der zukünftigen Idylle vorwegnehmen. Bahro hat nicht gesehen, dass diese Denkweise zutiefst *apolitisch* ist und keinerlei Veränderung herbeiführen kann. Sie vermag kaum mehr, als Fluchtphantasien anzuleiten.<sup>29</sup> Im Gegensatz zu dieser Beobachtung ging Bahro aber davon aus, dass die Änderung der Individuen unabdingbar sei, um die ökologische Frage zu lösen. Sei diese doch derart bedrohend, dass es sich nicht mehr um eine »Frage demokratischer Entscheidungen«<sup>30</sup> handle, sondern ausschließlich um die Exekutierung zuvor entdeckter Wahrheiten mit allen Mitteln und abseits der gewohnten demokratischen Spielregeln. Auch die völlig überzogene und das ganze Konstrukt ins Nebulöse eintauchende permanente Spiritualisierung, die Bahro seinem Werk zu Grunde legte, stellt es ins politische Aus.<sup>31</sup>

Arnold Schölzel konnte aufzeigen, dass Bahros späte Esoterik kein Bruch mit der *Alternative* ist, sondern sich konsequent aus dieser entwickelte. Schon die *Alternative* entwerfe »eine allgemeine Zivilisationskritik vom Standpunkt eines utopischen Kommunismusbegriffs aus. Dem Textmaterial nach wendet sich Bahro gegen eine triviale Konfrontation von sozialistischem Ideal und sozialistischer Realität, dem Inhalt nach offeriert er einen hier und jetzt zu realisierenden Gefühlskommunismus, demgegenüber keine Realität gut abschneidet.«<sup>32</sup> Aus diesem Denkschema habe sich Bahro nie befreit, er folge »dem einmal eingeschlagenen Weg mit Konsequenz. Die Elemente allgemeiner Zivilisationskritik, die in seiner Beschreibung des realen Sozialismus enthalten waren, stellen sich als das Übergreifende seiner Auffassungen heraus. Er hat die Problematik einer befreiten Gesellschaft in einen Bereich von Esoterik und Glauben verschoben, der argumentationsfrei ist und daher auch keine Alternative zu irgendeiner Realität.«<sup>33</sup>

Doch das Problem sitzt noch tiefer. Bahro argumentiert in der *Logik der Rettung* rein anthropologisch. Bereits die *Alternative* setzte in vollem Umfang auf das Individuum, den von »unten« kommenden Protest, der in neue Strukturen überführt werden sollte. Zehn Jahre später blieb dann nur das Individuum übrig.

29 Marvin Chlada konnte eine ähnliche Problemkonstellation bereits für Foucaults Heterotopiekonzept aufzeigen. Chlada: Heterotopie und Erfahrung. Abriss der Heterotopologie nach Michel Foucault. Aschaffenburg 2005.

30 Bahro: *Logik der Rettung*, S. 31.

31 Neubert ortete schon für die *Alternative* »schwärmerische Metaphern« und mystische Definitionen. Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR, S. 231.

32 Arnold Schölzel: Von der Kritik zur Esoterik. Rudolf Bahro. In: *Utopie kreativ*. Nr. 88, Februar 1998, S. 72.

33 Schölzel: Von der Kritik zur Esoterik, S. 76.

Dieses verstand Bahro nicht als per se politisch oder auf Gesellschaft hin angelegt. Vielmehr müsse zuerst der innere Einklang gefunden werden – mit Hilfe der bereits angesprochenen Dienste der modernen Yoga-Studios. Der Bezugspunkt dieser in das Individuum verlagerten Umkehr ist eine quasi religiös überhöhte nebulöse Idee eines allgemeinen Besten, deren Entdeckung Bahro für sich reklamierte. Ihre Begründung ist die von Schölzel angesprochene Zivilisationskritik. Und damit entsteht in der Tat eine »Theorie«, die sich gleich anderen religiösen Lehren – die Bandbreite reicht von den christlichen Heilslehren über politische Religionen bis hin zu Erscheinungen wie Veganertum oder dem radikal-naiven Feminismus – jeglicher Diskussion entzieht. Wer diskutieren will, Fragen stellt, argumentiert, ist ein Gegner oder Ungläubiger, der maximal überzeugt werden kann. Bahros Spiritualismus macht keine Denkangebote oder entwickelt eine unter mehreren Möglichkeiten. Er ist ein Glaubenssatz, der nur Bekehrte oder Feinde kennt. Das ist übrigens ein durchaus charakteristischer Zug der DDR-Opposition. Ob in Havemanns *Morgen* oder Harichs *Kommunismus ohne Wachstum*. Immer begegnet man eben dieser These, dass es nur eine Wahl gebe: Zwischen Krieg und Frieden, Ökofaschismus und Ökokommunismus, Untergang und Überleben. Vorgetragen, mal mehr, mal weniger deutlich, mit dem Impetus der Erleuchteten. Am deutlichsten aber sicherlich bei Bahro. Nun ist freilich die Frage, ob ein Leben im Ökokommunismus mit diktatorischen Vollmachten, als reines Überleben aller, überhaupt Leben genannt zu werden verdient. Die Selbstentfaltung des Individuums war und ist immer die zentrale Instanz allen emanzipativen Denkens, bei Bahro ist sie der große Gegner seines geschlossenen Systems.

Was geschieht, wenn die freiwillige Änderung der Individuen oder ihre Bekehrung nicht funktioniert. An dieser Stelle kommt Gracchus Babeuf ins Spiel – jene tragische Figur der Französischen Revolution, die, als es längst zu spät war, noch einmal mit Hilfe der Gewalt die Gewalt besiegen wollte. Babeuf ging davon aus, dass eine kleine Minderheit quasi im vorausseilenden Gehorsam die Stimme der Natur exekutierte und die Mehrheit vor vollendete Tatsachen stelle. Der Terrorismus wurde mit Babeuf ein politisches Prinzip, und Bahro hat sich diese Konstruktion zu Eigen gemacht. »Es wird kein Morgen geben, wenn wir bei regulären Institutionen bleiben, die nichts tun, als den Bevölkerungsstimmungen widerwillig nachzugeben... Dennoch, ob die Menschen es von sich aus schon so bestimmt wissen bzw. wissen wollen, fordern wollen oder nicht – »die Politik« ist nur noch legitim, wenn sie das Nötige unternimmt, um die Logik der Selbstaussrottung en bloc auszusetzen, d. h. die Megamaschine anzuhalten und Ersatz für ihre Vorsorgefunktionen zu schaffen.«<sup>34</sup> Die vorhandenen Institutionen sind Bahro zu Folge nicht geeignet, den Umschwung zu bewirken, die einzelnen Menschen auch nicht. Die Konsequenz liege auf der Hand, und es ist das Fazit Babeufs: »Aus der ökolo-

34 Bahro: Logik der Rettung, S. 475.

gischen Krise kann die Gesellschaft nur herausgeführt werden.«<sup>35</sup> Dabei spielt es dann keine Rolle, ob die Gesellschaft überhaupt gerettet werden will – wenn sie die angeblichen Notwendigkeiten nicht sieht, dann ist dies dem Sein geschuldet, dass den Blick versperre. Die Änderungen müssten auch auf Kosten der Individualisierung und der Emanzipation stattfinden. Für Bahro ein Indiz, dass eine andere politische Kultur von Nöten ist.<sup>36</sup> Die Nähe zwischen Babeuf und Bahro verdeutlicht ein anderes Zitat. Erkennbar wird außerdem noch einmal die besondere Rolle einer vorauseilenden Minderheit: »Diese grundsätzliche Veränderung wird erst einmal von organisierten Minoritäten ins Auge gefasst, die praktisch eine andere Politik entwerfen. Wie die Dinge liegen, kann das nicht weniger als eine Rettungspolitik sein, die zunächst einmal als alternativer Entwurf auftritt. Es muss ein neuer sozialer Anfang gesetzt werden, der zeigt, dass der Mensch für seinen Lebensunterhalt keinen großindustriellen oder bürokratischen Job braucht. Vor allem aber geht es um Orte, an denen sich eine Rekonstruktion Gottes ereignen kann. Dass wir uns von den Mustern der alten Politik befreien und den Anruf an die Gottheit wieder wagen, darin liegt die letzte Chance nicht nur unserer Existenz, sondern auch der Emanzipation.«<sup>37</sup> Diese quasi religiöse Überhöhung des Umbruchs und der zukünftigen Gesellschaft ist die zentrale Differenz zwischen Babeuf und Bahro, sah doch der französische Revolutionär die politischen Dimensionen seines Vorgehens, die Bahro bewusst verleugnete und ausblendete.

Die totalitären Tendenzen des von Bahro beschriebenen Alternativsystems liegen auf der Hand. Das Individuum müsse sich ändern. Wenn es dies nicht tue, dann drohe als letzte »Rettung« die Ökodiktatur. Das neue System »wird genau so weit totalitär, ökodiktatorisch oder wie immer wir das nennen wollen, wie der/die Einzelne nicht wenigstens den Versuch macht, sich aus eigener Einsicht auf die Höhe der geschichtlichen Herausforderung zu bringen.«<sup>38</sup> Das ist eigentlich schon eine perfide Argumentation. Babeuf im Hintergrund wird das Individuum vor eine katastrophale Wahl gestellt: Entweder es ändert sich (was heißt, dass es sich freiwillig den neuen Regeln unterwirft), oder es wird mit Gewalt geändert. Die Macht, der es sich dann ausgesetzt sieht, wird von Bahro als anonym und unsichtbar bezeichnet, eine gigantische Zentrale, die ihre Legitimation daraus zieht, dass sie das »allgemeine Beste« kennt. In völliger esoterischer und metaphysischer Verklärung hat Bahro seinem System viele Namen gegeben. Von einem »Fürsten der ökologischen Wende« (z. B. 475) ist die Rede, einer »unsichtbaren Kirche« (494), einem »neuen Bund der Kommunisten«, von religiöser Erweckung, der »Anrufung der Gottheit« und etliches mehr. Immer wieder spricht Bahro auch von der »Ordine nuovo« (428 ff.), einer neuen und zukünftigen Gesellschaft. Alle diese Titulationen haben einen fragwürdigen Kern, erinnern an eine längst verges-

35 Ebenda, S. 475.

36 Vgl. ebenda, S. 476.

37 Ebenda, S. 439.

38 Ebenda, S. 479.

sene Sprache und Rhetorik. Egal worauf sie eigentlich zielen, sie schleppen einen ideologischen Ballast mit sich herum, der Jutta Ditfurth veranlasste, vom »grünen Adolf« zu sprechen.<sup>39</sup> Nun schießt auch diese Formulierung (die Bahro sogar selbst verwendet) übers Ziel hinaus, zeigt aber einen wahren Kern – und der bezeichnet Bahros Ruf nach einem »charismatischen Führer«. <sup>40</sup> Die Differenzen zwischen dem metaphysischen Entwurf Bahros und dem ideologischen Überbau des Nationalsozialismus sind an einzelnen Stellen allenfalls gradueller Natur.

Die Analyse der intellektuellen Entwicklung Bahros zeigt, dass der Marxismus kein rein rationales oder in sich logisches philosophisches Konstrukt ist. Vielmehr enthält er Tendenzen, Versatzstücke und Kategorien, aus denen Bahro seine spiritualistische und damit apolitische Konzeption extrahieren konnte. Diese These wird durch die hier getätigten Seitenblicke auf andere Werke der Oppositionsliteratur bestätigt. Auch totalitäre und diktatorische Tendenzen sind ihm inhärent, wie Harichs Idee eines Weltkommunismus der radikalen Bedürfnisbeschränkung oder Bahros »grüner Adolf« zeigen. Eine naive Machiavelli-Interpretation (die Interpretation von Recht als dem Recht des Stärkeren) mit dem Marxismus zu verbinden, öffnet der Beliebigkeit Tür und Tor. Vor allem aber führt dieses seltsame Gemisch in die Nähe eines wie auch immer gearteten Totalitarismus. Und dieser entfaltet sein eigentliches Potential in dem Moment, wo er mit der Theorie Baubeufs verbunden wird. Dass Bahro diese Gefahr nicht gesehen hat, ist überaus erstaunlich. Es wurde im Zuge der Publikation der *Logik der Rettung* viel Kritik an Bahro geübt. Die hier entwickelte Auseinandersetzung mit ihm benennt die wichtigsten Punkte und insistiert darauf, dass diese im Marxismus bereits angelegt sind.

39 Jutta Ditfurth: Feuer in die Herzen. Plädoyer für eine linke ökologische Opposition. Erw. und aktual. Neuauflage. Düsseldorf 1994.

40 Herzberg, Seifert: Rudolf Bahro, S. 432.

## Linkssozialisten – Entscheidung für die Sozialdemokratie

### Was ist Linkssozialismus?

Eine definitiv ernst zu nehmende Kennzeichnung oder doch vielleicht nur eine Verlegenheitsmetapher? Jedenfalls besteht kein Konsens über die Kriterien für das, was Linkssozialismus ist, auch nicht darüber, wer Linkssozialist sich nennen darf oder so genannt wird. Methodologisch simpel, aber faktisch nützlich scheint es zu sein, einfach alles, was sich links von der SPD bzw. der Sozialdemokratie und rechts vom Kommunismus stalinistischer Observanz finden lässt, als linkssozialistisch zu kennzeichnen – gegebenenfalls mit Grenzüberschneidungen bzw. Grenzgängern in die Sozialdemokratie hinein und /oder wieder hinaus; und wohl kaum in den bereits gekennzeichneten Kommunismus hinein.

Andere Definitionsversuche verweisen auf einen dogmatischen Hintergrund: Ein Linkssozialist muss Marxist sein, sonst ist er keiner. Das klingt so wie einst in der päpstlichen Enzyklika *Quadragesimo anno* von 1931: Ein Katholik kann kein Sozialist sein. Eine sozialistische Partei muss deshalb, so wird weiter behauptet, vom Marxismus geprägt und geleitet sein, um ihre Identität zu erhalten und zu behalten. Was dieser Marxismus unter den vielen Marxismen, die es inzwischen gibt, ist, was also »marxistisch« zu sein bedeutet, wird nicht gefragt und nicht gesagt. Diese Position zugespitzt, ist dann ein Linkssozialist jemand, der seine Identifizierbarkeit dem »Kampf gegen den Sozialdemokratismus« verdankt. Dabei reicht es dann auch aus, für »Sozialdemokratismus« verdeckte Varianten anzubieten. Auf diese Weise versetzt man sich in die Lage, historisch als linkssozialistisch solche Positionen zu kennzeichnen, die nicht anti-kommunistisch gewesen sind. Oder umgekehrt: Ein Antikommunist kann kein Linkssozialist sein. So wären denn Willy Brandt und Peter von Oertzen nie Linkssozialisten gewesen, denn zu ihrer Grundeinstellung gehörte eine militant-kritische Haltung gegenüber dem Stalinismus als letztes sich gegen sich selbst kehrendes Produkt eines ursprünglich emanzipatorisch gedachten Kommunismus. Diese Abart von Dogmatiker-Schulung führt zur Selbstblockade. Deshalb sind Versuche anregender, die inhaltlichen Vorgaben einer von Marx ableitbaren Methodik mit Persönlichkeiten repräsentativer Bedeutung zu verbinden, um Linkssozialismus transparent zu machen.<sup>1</sup>

1 Vgl. Gregor Kritisches: Zu den Charakteristika des »Linkssozialismus« in der Ära Adenauer; Andreas Diers: Linkssozialismus – eine Übersicht; Wladislaw Hedeler: Linkssozialismus als Tradition und Herausforderung. In: Klaus Kinner (Hrsg.): *DIE LINKE – Erbe und Tradition*, Teil 2: Wurzeln des Linkssozialismus. Berlin 2010; siehe auch Heinz Niemann: Kontinuitäten und Brüche sozialdemokratischer Programmgeschichte – Traditionslinien linker Parteiprogramme für den Sozialismus. In: Klaus Kinner (Hrsg.): *DIE LINKE – Erbe und Tradition*,

Das ist schon nahe bei dem, was ich definitiv versuche: nämlich emanzipatorische Werthaltungen und Grundüberzeugungen, die ihren Ursprung bei Marx haben können, aber nicht haben müssen, mit Zielvorstellungen zu verknüpfen, die den jeweiligen Status quo überschreitend auf eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse gerichtet sind. Konkretisiert man diesen Findungsprozess, so wird man für die Zwischenkriegszeit statt der Aufzählung von Selbst- und Fremduordnungen oder einzelnen Protagonisten, die pars pro toto gelten sollen, einige grundsätzliche Kriterien nennen können: 1. »dritter Weg« – Konzeption, 2. produktive Kritik und Weiterführung der Marxschen Theorien, also wenn man will: »Revisionismus«, 3. Bereitschaft zur Überprüfung alternativer Theorie-Entwürfe, 4. ein enger Bezug von Theorie und Praxis.

### **1945 – »ein Ruck nach links«**

1944/45 wurde in Europa ein »Ruck nach links« erwartet; es schien eine vorrevolutionäre Situation im Entstehen, aus der sich eine Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und ihrer gesellschaftlichen Hegemonie hätte ergeben sollen. Der Sieg der Labour Party im Juli 1945 wurde als ein Startschuss für eine gegenüber der Sowjetunion alternative demokratische Form der Transformation in den Sozialismus betrachtet. In Schweden, wo die Sozialdemokratie seit 1932 (dann für 40 Jahre) regierte, galt das »Volksheim« als ein sozialstaatliches Erfolgsmodell. Gunnar Myrdal und Ernst Wigfors suchten die theoretischen Vorgaben für die Praxis einer »provisorischen Utopie« zu formulieren, was heißen sollte, den Mittelweg zu gehen zwischen expansivem Kapitalismus und dogmatischem Sozialismus durch die Verbindung von Wohlfahrtsstaat und den zentralen Prinzipien einer sozial gerechten Lohn- und Arbeitsmarktpolitik. Sie wollten damit beweisen, dass es für die grundlegenden Veränderungen der Gesellschaft keiner Revolution, schon gar nicht nach stalinistischem Muster bedurfte.

In eben jenem Schweden lebten Willy Brandt und seine Freunde aus der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) seit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Norwegen im Exil. Als sie am 30. September 1944 ihre Aufnahme in die Stockholmer Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) beantragten, begründeten sie dies mit ihrer Erkenntnis, dass der Neuaufbau der Arbeiterbewegung in Deutschland verlangen würde, »die frühere Zersplitterung zu verhindern und neben einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung eine sozialistisch-demokratische Einheitspartei zu schaffen«. Zu dieser Einheitspartei sollten alle früheren Parteien und Gruppierungen der deutschen Arbeiterbewe-

Teil 1: Kommunistische und sozialdemokratischer Wurzeln, Berlin 2010; ders.: Linksozialismus in der Weimarer Republik. Anmerkungen zu Konzept und Politik eines »dritten Weges«. In: UTOPIE kreativ. H. 107. 1999, S. 11-22.

gung gehören, also auch die Kommunisten, wenn sie sich zu einem demokratisch-sozialistischen Aufbau bereitfinden würden, sowie »neue Kräfte«, »auch in den Mittelschichten und unter den Intellektuellen«.<sup>2</sup>

Diese Auffassung war weitgehend kompatibel mit anderen demokratisch-sozialistischen Konzepten des Widerstandes und des Exils: z. B. mit dem vor allem von Hermann Brill entworfenen »Buchenwalder Manifest« von April 1945, Eugen Kogons und Walter Dirks Entwurf eines »Sozialismus der Freiheit« vom Mai 1945, Kurt Schumachers »Politische Richtlinien« vom August 1945, den Programmatischen Richtlinien der »Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien« vom November 1945 (die allerdings Kommunisten prinzipiell nicht aufnehmen wollte); Alexander Mitscherlichs und Alfred Webers »Freien Sozialismus« vom April 1946, um nur die bekanntesten Dokumente zu nennen.<sup>3</sup>

Für den Neuaufbau der Arbeiterbewegung mit demokratisch-sozialistischer Zielsetzung gab es im Exil nur eine begrenzte strategische Vorbereitung, zumal man sich erst in der letzten Phase des Exils auf die »Einheit aller deutscher Sozialisten in der Sozialdemokratie« geeinigt hatte. Der Vorsprung, den die Kommunisten in der Planung ihres Neuanfangs hatten, war kaum mehr aufzuholen. Hinzu kam, dass ziemlich rasch Analyse­mängel in den eigenen politisch-strategischen Reflexionen wahrgenommen wurden: Die Ablehnung des Nationalsozialismus durch die deutsche Bevölkerung wurde zu positiv bewertet, die Regenerierungskräfte des Kapitalismus unterschätzt, die Offensivkraft der deutschen Arbeiterklasse überschätzt, und man setzte falsche Hoffnungen auf die Schubkraft der erstrebten Einheit der Arbeiterbewegung.

Die Stockholmer SAPler hatten versucht, sich keine Illusionen über ihre Tätigkeit in der SPD zu machen – die Realität übertraf ihre Befürchtungen: Trotz der Neuaufbau-Intentionen von Kurt Schumacher landeten die aus dem Exil Zurückgekehrten, wie sie bald bemerkten, vielfach im Mief und Muff des stagnierenden Weimarer Reformismus, fanden sie lauter »Wahlvereinsfetischisten« vor, sahen sie sich mit den »alten Parteionkels« (so Willy Brandt), der wenig attraktiven Funktionärsmediokratie aus den Weimarer Zeiten, konfrontiert. Bald hatten sie ihre besonderen Erlebnisse mit den bürokratischen Aufpassern aus der Zeit vor 1933, die hinter jeder eigenständigen Initiative Fraktionierung entdecken wollten. Und nicht nur Willy Brandt hatte bald bei allem Respekt vor Kurt Schumacher die ersten persönlich gefärbten Auseinandersetzungen mit diesem; wie auch August und Irmgard Enderle. Zudem gab es denn auch bald Differenzen bei der Bewertung des notwendigen politischen Handelns.

2 Text in: Willy Brandt, Berliner Ausgabe, Bd. 2: »Zwei Vaterländer. Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland 1940–1947«. Bonn 2000, S. 213 f.; vgl. auch »Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten«, Juli 1944. In: ebenda. S. 154–205 (gekürzt); ferner Helga Grebing (Hrsg.): Entscheidung für die SPD. Briefe und Aufzeichnungen linker Sozialisten 1944–1948. München 1984.

3 Vgl. Helga Grebing (Hrsg.): Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland. Teil II. In: dies.: Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. 2. Aufl. Wiesbaden 2005, S. 361–405.

Was nun tun? Die Informationen über die Nachkriegskarrieren von 46 ehemaligen SAPlern in der SPD hat ergeben,<sup>4</sup> dass nur drei von ihnen einen glanzvollen politischen Aufstieg aufweisen konnten: Willy Brandt, der SPD-Parteivorsitzende und Bundeskanzler, der »rote Otto« Brenner, IG-Metall-Vorsitzender und heimlicher DGB-Vorsitzender, Heinz Kühn, der erste »Landesvater« von Nordrhein-Westfalen. Einige landeten im »gehobenen Mittelfeld«: Peter Blachstein, Willi Birkelbach, Arno Behrisch, Kurt Oppler. Die meisten findet man in mittleren Partei- und Verwaltungsfunktionen meist auf kommunaler Ebene, manchmal kamen ein paar Jahre Mitgliedschaft im Bundestag hinzu. Einige verlagerten bewusst das Schwergewicht ihrer politischen Arbeit aus der Partei in die Gewerkschaften: August und Irmgard Enderle, Siggie Neumann und Otto Brenner sind hier vornehmlich zu nennen. Oder sie wandten sich gleich der Gewerkschaftsarbeit zu wie Joseph Lang, genannt »Jola«, aber der gerade mit engen, für die südhessische Sozialdemokratie fast legendären Parteikontakten.

Nicht wenige kehrten nicht aus dem Exil zurück, darunter Stefan Szende und Fritz Sternberg, der allerdings nach 1945 abwechselnd in den USA und in Europa, und hier vor allem in der Bundesrepublik, lebte und als gefragter Publizist wirkte. Oder sie kamen verspätet bzw. aus ihrer Sicht »zu spät« in die Bundesrepublik: Boris Goldenberg, Walter Fabian und der nur bedingt der Gruppe zuzurechnende Richard Löwenthal.<sup>5</sup> Aus der SBZ/DDR gibt es bisher nur unzureichende Informationen über Karriereverläufe; es sei deshalb nur auf Jacob Walcher und Klaus Zweiling hingewiesen – beide sind in und an der SED gescheitert.

Fraglos gibt es für Auf- und Abstiege immer auch subjektive Gründe, die sich gar nicht exakt gewichten lassen. Es bestehen aber auch objektive, sich wiederholende gruppenspezifische Gründe mit einem hohen Erklärungswert. Bereits angedeutet ist das Problem der verzögerten oder verspäteten Rückkehr aus dem Exil, was oft an dem Mangel an Existenzgrundlagen und adäquaten beruflichen Möglichkeiten lag. Hinzu traten Restriktionen durch die Besatzungsmächte und deutsche Behörden bei Rückkehrversuchen. Die Möglichkeiten der politischen Einflussnahme auf den Bau eines neuen Deutschlands von »draußen« waren gering, wenn nicht gleich Null. Das lag auch daran, dass die SAP-Exilanten, anders als der Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK), nicht mit einer Stimme sprachen, sondern teilweise sogar diametral entgegengesetzte Auffassungen vertraten. Nicht unerwähnt bleiben darf die Zurückhaltung der SPD-Führung, SAP-Exilanten ein Betätigungsfeld zu eröffnen, galten sie doch als nicht leicht integrierbar,

4 Vgl. Helga Grebing (Hrsg.): *Lehrstücke in Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945–1949*. Stuttgart 1983.

5 Über Sternberg vgl. Helga Grebing (Hrsg.): *Fritz Sternberg (1895–1963). Für die Zukunft des Sozialismus*. Köln 1981. Auch Sternberg arbeitete publizistisch und beratend vorwiegend für die Gewerkschaften, vor allem für die IG Metall sowie mehr für die SPÖ als für die SPD. Über Fabian vgl. Jörg Wollenberg: *Walter Fabian – Brückenbauer der Linken*. In: Arno Klönne u. a. (Hrsg.): *Fluchtpunkte. Das soziale Gedächtnis der Arbeiterbewegung*. Hamburg 2003.

als unbequeme Widerspruchsgeister, die das ordentliche Aufstellen der Parteisoldaten unnötig erschwerten.<sup>6</sup>

Die SAPler, die in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur Widerstand geleistet hatten, gelangten nach KZ, Zuchthaus, Strafbataillon 999 und anderen Unterdrückungs- und Verfolgungsmaßnahmen krank, gehetzt, körperlich gebrochen, in schwierigen Lebensumständen und oft beruflich ganz ungesichert nur sehr schwer zurück auf das Niveau ihrer einstigen politischen Kampfkraft. Auch in Deutschland hielten die redundanten Diskussionen darüber unendlich lange an, ob man sich nun auch der »Noske-Partei« anschließen sollte oder ob die »Stalin-Partei« vielleicht doch sinnvoller war oder ob nicht doch wieder die SAP oder eine mit ihrer Funktion vor 1933 zu vergleichende Organisation gegründet werden sollte. In den Westzonen dauerte der Abschied von dem Traum einer demokratisch-sozialistischen Einheitspartei sogar noch länger als unter denen, die nicht aus dem Exil zurückkehrten. Noch nach Jahren treuer SPD-Mitgliedschaft beschlich ehemalige SAP-Mitglieder, die einst aus der KPD/KPO zur SAP gelangt waren, in schwachen Stunden das flau Gefühl, die Seite gewechselt zu haben, und sie litten wohl gelegentlich auch unter dem Überläufersyndrom.

## **Erschwerter Wiederbeginn**

Für den Wiederanfang »nach Hitler« war es nicht unwichtig, dass die Exilanten in London, die sich der Union anschlossen, durch den Rest des Sozialdemokratischen Parteivorstandes (SOPADE) einen höheren Grad an Legitimation geltend machen konnten, und sei es auch nur einen vermeintlichen. Die Zusammenarbeit mit britischen Geheimdienststellen erleichterte die Rückkehr nach Deutschland, für einige bereits im Sommer 1945, und sei es – wie im Falle des ISK-Führers Willi Eichler – in englischer Uniform und den dazu gehörenden Papieren. Erich Ollenhauer kam erst im Dezember 1945 zurück, weil er die zeitweilige Verkleidung für sich nicht akzeptieren wollte.

Die ISK-Gruppe konnte sich gewisse Abweichungen von der Political Correctness leisten, weil der Ingroup-Zusammenhang durch das gemeinsame starke welt- und lebensanschauliche Credo gut abgesichert war und ungefährdet blieb. Hinzu kam, dass Willi Eichler in Deutschland in der SPD nicht mit einem Funktionärsposten startete, sondern als Chefredakteur der Rheinischen Zeitung, und sich zugleich seit 1946 als Mitglied des Parteivorstandes einbringen konnte. Das gab ihm, der maßgeblich die Reorganisation der rheinischen SPD betrieb, eine Eigenständigkeit auch gegenüber Kurt Schumacher. Der benötigte Zuschläger und Was-

6 Auch Willy Brandt erhielt von Fritz Heine, einem der engsten Mitarbeiter von Kurt Schumacher, 1946 den Rat, noch eine Weile »draußen« zu bleiben, wo er sich zunächst doch noch »nützlich machen« könnte. Vgl. Helga Grebing: Willy Brandt. Der andere Deutsche. München 2008, S. 49.

serträger (Erich Ollenhauer, Fritz Heine, Alfred Nau, Herbert Kriedemann) und nicht sperrige Eigensinnige, wie es Willy Brandt auch einer war, oder – ganz anders gestrickt – Wilhelm Hoegner und Wilhelm Kaisen. Recht waren Schumacher auch »Paradiesvögel« bürgerlichen Zuschnitts wie Carlo Schmid und Karl Schiller; Herbert Wehner gegenüber blieb er indessen lange misstrauisch.

Fast lähmend erwies sich für nahezu alle ehemaligen SAPler die sich zunehmend unter ihnen verbreitende Einsicht, dass der Zug der Zeit nicht – wie im Exil beinahe inbrünstig erhofft – »zum Sozialismus führte«. Seit den dreißiger Jahren wussten sie, dass die Entwicklung der Sowjetunion zum totalitären Stalinismus eine enorme Belastung für die eigenen Vorstellungen von einem demokratischen Sozialismus in Theorie und Praxis bedeutete. Folglich verwendeten sie viel intellektuelle Kraft auf die Legitimierung ihres Projektes. Das Ergebnis brachte keine ungebrochenen Überzeugungen mehr von der Durchsetzungskraft des Sozialismus, den sie meinten. Paul Frölich verzweifelte darüber beinahe<sup>7</sup>, und Fritz Sternberg stellte erst einmal den Anspruch auf einen umfassenden theoretischen Entwurf zurück und konzentrierte sich auf die Analyse der ökonomisch-politischen Konstellationen im neuen Welt-Kräfteparallelogramm bzw. auf die Antizipation der Folgen der »zweiten industriellen Revolution« in den USA für Europa.<sup>8</sup>

Für Menschen, die Zeit ihres meist früh beginnenden politischen Lebens nichts Besseres hatten tun können, als Entscheidungen aufgrund von analytisch gestalteten Denkprozessen zu treffen, war es schwierig und oft auch langwierig, sich in einer zunehmend schnelllebig werdenden Zeit ohne den gewohnten Richtig- oder Falsch-Kompass zurechtzufinden. Das gab den ethischen und den religiösen Sozialisten in der und um die SPD herum den nicht mehr aufzuholenden Vorsprung. Deren Werte beruhten auf Axiomen und mussten nicht aus einer historisch-transitorischen Gesellschaftsanalyse abgeleitet werden. Mit einer Mischung aus ehrlicher Bewunderung und kaum verhohlener Wut beobachteten die Enderles, die alsbald wie Willi Eichler in Köln wirkten, wie dieser zielgerichtet eine Art historischen Kompromiss vorbereitete: Das ethische Fundament des Sozialismus wurde in den Vordergrund gerückt, jedoch unter Anerkennung bestimmter, kritisch akzentuiert herausgefilterter Elemente des Marxschen Theorie-Gebäudes.

Standen die SAPler also auf verlorenem Posten als letztes Aufgebot der alten Arbeiterbewegung? Eher waren sie – wie ich es schon einmal formuliert habe – »das Salz in der Suppe der SPD als einer Partei mit eingeschlafenen Füßen«. Jedenfalls unterschieden sie sich von jenem Pragmatismus und jener Profi-Attitüde, die alsbald zum anscheinend nicht vermeidbaren Beiwerk des »Neuen Denkens« in der SPD gehörten.

7 Paul Frölich: Zur Krise des Marxismus. Hamburg 1949.

8 Sternbergs wichtigste Werke der ersten Nachkriegsjahre waren: Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht. Hamburg 1951 (erschien auf engl., serbokroatisch, französisch, spanisch); Marx und die Gegenwart. Entwicklungstendenzen in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts. Köln 1955.

Willy Brandt (Jg. 1913) stolperte nicht in diese Fallen des »Neuen Denkens«, obwohl gerade er dieses – wie kaum ein anderer sonst – personifizierte. Er musste sich nicht zur Legitimierung seines neuen Denkens wie Fritz Erler (jahrgangsgleich mit Willy Brandt) auf seine protestantischen Wurzeln besinnen oder sich wie Herbert Wehner (Jg. 1906) auf das Vaterland (und später auf den lieben Gott noch dazu) berufen oder wie Helmut Schmidt (Jg. 1918) den »Frontsoldaten-Sozialismus« bemühen.<sup>9</sup> Willy Brandt war mit einer Ausnahme (Peter Blachstein, Jg. 1914) der Jüngste in der hier vorgestellten Gruppe linker Sozialisten; ihn begleitete also bei seinem keineswegs geradlinigen Aufstieg die »Gnade der späten Geburt«. Aber er hatte noch die Lektionen der alten Arbeiterbewegung gelernt; er wurde zwar ein ganz anderer und blieb dennoch für die meisten SAPler immer »einer von uns«, weil er die Spur dessen, woher er kam, nicht verlor.<sup>10</sup>

## Wer, was war Willy Brandt?

Ein nach rechts abgedrifteter Linker, ein Linker zwar der Herkunft nach, aber ein Rechter in der Berliner SPD, einer, der sich nach seiner Rückkehr nach Deutschland rasch dem Schumacher-Kurs angepasst hat, gar ein sogenannter kategorischer Antikommunist wurde und damit eben einer von denen, die durch ihren »antikommunistischen Ausgrenzungsdruck« der linkssozialistischen Opposition in der Adenauer-Ära keine Chance gelassen haben zu »einer autonomen Neuorientierung und damit zum Zerfall der Arbeiterbewegung als eine sozialistische systemüberwindende Kraft« beigetragen haben. Die Arbeiterbewegung konnte deshalb, so folgern manche, »politisch und sozial repressiv in den westdeutschen Staat integriert« werden.<sup>11</sup>

Einer solchen Deutung liegt eine enorme Überschätzung der Rolle und Kraft dieser linkssozialistischen Opposition durch ihre heutigen Apologeten zugrunde, die nur zu verstehen ist, wenn man sie als Kompensation für die mangelnde aktuelle politische Gestaltungskraft begreift. Die historische Diskussion wird damit wieder in die Nähe der Hauptfeind-These und der mit ihr verbundenen impertinenten Frage »Wer hat uns verraten...?« umgeleitet. Willy Brandt war ein demokratischer Sozialist – sein ganzes Leben lang und sein sogenannter sozialdemokratischer Antikommunismus hatte nichts gemein mit dem der konservativen

9 Dass Schmidts Horizonte bereits unmittelbar nach 1945 wesentlich erweitert waren, zeigen die Gespräche mit Fritz Stern. In: Helmut Schmidt, Fritz Stern: Unser Jahrhundert. München 2010.

10 Vgl. Kapitel 2: In: Helga Grebing: Willy Brandt.

11 So die Argumentation von Gregor Kritides: Linksozialistische Opposition n der Ära Adenauer, Hannover 2008. S. 216, 236 f. sowie der Abschnitt »Der widersprüchliche Charakter der Sozialdemokratie nach 1945, S. 447 bis 455. Auch Jörg Wollenberg unterstellt Willy Brandt mit der Eskalation des Kalten Krieges Verdrängungsabsichten im Hinblick auf seine Haltung im schwedischen Exil. Vgl. Jörg Wollenberg: Wie Emigranten in Schweden über die Zukunft Deutschlands dachten. In: Reinhard Kühnel, Eckart Spoo (Hrsg.): Was aus Deutschland werden sollte. Konzepte des Widerstands, des Exils und der Alliierten. Heilbronn 1995.

Reaktion in der Bundesrepublik und denen, die ihren Antikommunismus als Staatsideologie zu verordnen versuchten. Brandt blieb mit dem jeweiligen zeitimmanenten Augenmaß ein Vertreter der grundsätzlichen Auffassung, dass, sollte der demokratische Sozialismus je eine Chance zur Verwirklichung haben, die Bedeutung der Sowjetunion und ihre Sicherheitsinteressen anerkannt werden müssten. Er hat dabei nie die historische Möglichkeit der Transformation der Sowjetunion in eine demokratische Fassung ganz aufgegeben.

Und was verstand Willy Brandt unter demokratischen Sozialismus? Die Grundmelodie blieb immer die gleiche:

- 1932: »Politische Demokratie allein gibt es aber nicht. Soziale und kulturelle Demokratie gehören zur wirklichen Demokratie hinzu.«
- 1940: »Sozialismus ist ohne Freiheit und Demokratie nicht möglich.«
- 1944: Demokratische Sozialisten wollen »eine Planwirtschaft mit der Aufrechterhaltung der Freiheit des Individuums« verbinden.
- 1949: »Der demokratische Sozialismus ist ein in sich nicht abgeschlossenes System von Vorstellungen über die Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Sein formuliertes Programm wird immer nur die Summe gemeinsamer grundsätzlicher Überzeugungen in einer bestimmten Periode entsprechend dem jeweiligen Grad wissenschaftlicher Erkenntnis sein können. Aber diesen Überzeugungen liegt eine gemeinsame Lebensanschauung zugrunde. Sie fußt auf dem Bekenntnis zur Freiheit und zum Humanismus, zum Rechtsstaat und zur sozialen Gerechtigkeit.«
- 1973: »Demokratischer Sozialismus ist die Garantie der Freiheit als Ausdruck ständigen Strebens nach Eigenständigkeit des Individuums.«
- 1989: »Es war ein schweres Versäumnis, nicht energischer dagegen angegangen zu sein, dass der Begriff Sozialismus für diktatorische Herrschaftsformen und Kommandowirtschaft in Anspruch genommen wurde... Die geistige Fundierung der freiheitlichen Sozialdemokratie ist etwas prinzipiell anderes als die eines autoritären Kollektivismus. Einen Sozialismus der keiner war, konnte man auch nicht reformieren.«
- 1991: »Demokratischer Sozialismus will soziale Gerechtigkeit und eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft, auch die Demokratisierung der effektiven Wirtschaftsordnung, auf der Basis der unbedingten Achtung der Menschenrechte und auf dem Boden unantastbarer Rechtsstaatlichkeit. Er erstrebt eine Gesellschaft der Freien und und Gleichen.«<sup>12</sup>

Demokratischer Sozialismus war also für Brandt die Bedingung von Freiheit – zur Befreiung von Zwängen, die die individuelle Selbstbestimmung und die Anerkennung der Menschenrechte verhinderten und zerstörten.

12 Alle Texte finden sich in den Bänden 4 und 5 der Berliner Ausgabe.

## Linkssozialisten – ihre Bedeutung für die SPD

Andere Linkssozialisten, die nun zu nennen wären und denen ich übrigens persönlich viel zu verdanken habe, will ich nur kurz erwähnen: Fritz Sternberg, der sich ebenfalls als demokratischer Sozialist verstanden hat, aber nie, wie immer wieder behauptet wird, SPD-Mitglied gewesen ist; Joseph Lang, genannt Jola, der im linken SPD-Bezirk Hessen-Süd Partei und Gewerkschaften zusammenhielt, Rolf Reventlow, der im linken SPD-Bezirk Südbayern die politischen Fäden in den Händen hielt und wie Peter von Oertzen gegen das Godesberger Programm stimmte, Peter von Oertzen, der mich an die Göttinger Universität berief und mit dem ich eine Zeitlang in der Grundwertekommission der SPD gearbeitet habe. Auch Frauen wären zu nennen, die ja in der ganzen Linkssozialisten-Diskussion außer der Einzigsten Rosa Luxemburg allerhöchstens im Vorbeigehen erwähnt werden wie Erna Lang-Halbe, Rose Wolfstein-Frölich, Irmgard Enderle.

Etwas ausführlicher möchte ich angesichts der inzwischen überlieferten Rezeption nur auf Peter von Oertzen und danach auf Wolfgang Abendroth eingehen. Wer war Peter von Oertzen? 59 Jahre war er, beinahe so lange wie Willy Brandt, Mitglied der SPD, 20 Jahre Mitglied des Parteivorstandes. Seine aktuellen Interpreten sehen ihn als »marxistischen Wissenschaftler« (eine merkwürdige Kennzeichnung mit dogmatischem Einschlag, weil ja dann auch bestimmt werden müsste, was nicht- oder un-marxistische Wissenschaftler sind) und »politischen Gestalter«; jedenfalls war er als Junger zunächst »kein Radikaler« und im Alter erst recht kein »allesfressender Sozialdemokrat«, so Michael Buckmiller, der uns allerdings nicht verrät, was Allesfresser sind und wen er dazu zählt. Oertzen war vielmehr ebenfalls einer, der seine linkssozialistischen Grundüberzeugungen lebenslang durchhielt.<sup>13</sup>

Ja, aber er tat dies in, mit, für und durch seine Partei und nicht neben ihr oder gegen sie. Er »enterte« die SPD nicht und instrumentalisierte sie auch nicht, und er wurde und blieb ein Anti-Stalinist und trennte sich nach dem kurzen Gastspiel in der WASG von dieser wieder, als sich die Fusion mit der Linkspartei abzeichnete. Er war Vorsitzender der Kommission des Parteivorstandes, die den »Ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen für die Jahre 1975 bis 1985« erarbeitete – ein programmatisches Dokument, von dem Oertzen nicht ohne Stolz feststellen konnte, es sei »den Problemen der realen gegenwärtigen Situation und der zukünftigen politischen Praxis näher als irgendein anderes ... in der langjährigen Programmgeschichte der deutschen Sozialdemokratie«. Er war es, der bei unseren Beratungen über das Berliner Programm in der Grundwertekommission vorschlug, den wirtschaftspolitischen Schlüsselsatz des Godesberger Programms »Wettbewerb so weit wie möglich – Planung so weit wie nötig« aufzunehmen

13 Vgl. Michael Buckmiller: Peter von Oertzen – Marxist und demokratischer Räte-sozialist. In: Klaus Kinner (Hrsg.): DIE LINKE. Teil 2. Berlin 2010.

(der Satz steht im Abschnitt »Markt und Lenkung«). Er war eben ein politischer Gestalter und kein verdeckter Dogmatiker.

Im Übrigen verfährt man unsolide gegenüber dem Wissenschaftler Peter von Oertzen, wenn man ihn nicht mit den unterstützenden oder kontroversen Interpretationen der historischen Räteforschung konfrontiert und ihn vielmehr beinahe exegetisch abhandelt als Grundlage für einen neuen Rätemythos. Zudem werden der Wissenschaftler, über den man viel, und der Politiker, über den man fast gar nichts sagt, voneinander fast schizopren getrennt.

Nun die Bemerkungen über Wolfgang Abendroth, den ich auch persönlich, wenn auch nicht sehr intensiv, gekannt habe, als Kollegen auf Tagungen und Kongressen allemal. Abendroth war immerhin 15 Jahre Mitglied der SPD und folglich stellt sich die Frage, ob und in welcher Hinsicht er dieser doch auch zuzurechnen sei. Folgt man seinem autobiographischen Bericht aus dem Jahre 1976, dann ist er im Dezember 1946 in London (motiviert durch Richard Löwenthal und Waldemar von Knoeringen !?) unter falschen Voraussetzungen in die SPD eingetreten: »Ich hatte die Hoffnung, die SPD könnte wieder zu einer sozialistisch-marxistischen Partei werden.« Das war schon seinerzeit für Kundige eine falsche Hoffnung. Allerdings suchte er ja auch nur eine »Operationsgrundlage«, weil es eine andere, bessere nicht gab; als eine »wirkliche politische Heimat« empfand er die SPD »niemals«. So sah er bereits 1947, dass die SPD nicht immer die Politik betrieb, die er für richtig hielt. Nicht nur das, er schwor sich, dass er »stets den Grundsätzen der Oktoberrevolution treu bleiben« würde, »so sehr ich mir natürlich Kritik an der undemokratischen Form dieses Aufbaus vorbehalten« müsste. Das bestimmte seine Haltung in der SBZ, wo er ja als SPD-Mitglied quasi illegal arbeitete: »Gott, ich stand kritisch zu manchen Schritten in der sowjetischen Besatzungszone, aber nicht in der Gesamtlinie.«<sup>14</sup> Die meisten Sozialdemokraten dachten damals allerdings genau umgekehrt.

Als Abendroth im Dezember 1948 aus der SBZ gen Westen flüchten musste, wusste er immer noch nicht, wohin er ging. Die Nachrichtensperre zwischen den Besatzungszonen hatte seiner Meinung nach zur Folge gehabt, dass er »das Erlahmen des Klassenbewusstseins in der westdeutschen Arbeiterbewegung, das damals einsetzte, nicht richtig einschätzen« konnte. Hätte er es können, wäre er vielleicht doch lieber geblieben? Und hätte er dann mit Ernst Bloch, Hans Mayer und anderen, die erst 1948/49 in die SBZ kamen, den besonderen deutschen Weg zum Sozialismus beschreiten und vielleicht eine andere DDR mit gestalten können? Dies sind kontrafaktische Fragen, die man zwar stellen, aber nicht beantworten kann. Oder vielleicht doch: Die »Spätheimkehrer« in die SBZ täuschten sich, Wolfgang Abendroth dagegen nicht. Es bestanden keinerlei Voraussetzungen für das Gelingen eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus.

14 Wolfgang Abendroth: Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche aufgezeichnet und eingeleitet von Barbara Dietrich und Joachim Perels. Frankfurt/M. 1976.

In der Bundesrepublik hatte Wolfgang Abendroth dann wie beinahe alle linken Kreise und Gruppen inner- und außerhalb der SPD keinen nennenswerten Einfluss mehr auf die Gestaltung der Politik der SPD. Die Genossen und Genossinnen vor Ort wollten lieber die konkreten Interessen der kleinen Leute vertreten und nicht dogmatische Debatten um weltanschauliche Grundsatzfragen führen. Den Reformern in der SPD, die sich ziemlich mühsam an die Spitze kämpften – Willy Brandt brauchte dazu mehr als ein Jahrzehnt –, war das nur recht.

Genau hier findet man den Punkt, der mehr noch als der Konflikt mit der SPD-Führung wegen des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) Abendroths grundsätzliche Differenzen mit der SPD bezeichnet. Abendroth hatte von Anfang an eine andere Vorstellung von der programmatischen Neuorientierung als die große Mehrheit der Partei, wie sie sich dann im Godesberger Grundsatzzprogramm ausdrückte. Abendroths eigener Entwurf beruhte jedoch nicht auf einer Realanalyse (die dem Godesberger Grundsatzzprogramm ebenfalls fehlte), offerierte vielmehr das ganze Repertoire des klassischen Marxismus und wirkte dogmatischer als wohl beabsichtigt. Jedenfalls fand Peter von Oertzen den Abendrothschen Entwurf nicht als »gemeinsame Grundlage« geeignet und stellte fest, »was wir auch immer an der Partei zu kritisieren haben ..., sie ist – neben den Gewerkschaften – die einzige Organisation, in der ein Sozialist wirken kann«.<sup>15</sup>

Uli Schöler hat darauf aufmerksam gemacht, dass Abendroth die Aussagen zu seiner Biographie sehr eindimensional quasi »kommunistisch« stilisiert hat und vielmehr nach dem Ausschluss aus der SPD das gemacht hat, was ihn schon immer gekennzeichnet hat: zwischen den bürokratisch-oligarchisierten linken Parteien Potentiale für die Erneuerung des Sozialismus festzumachen.<sup>16</sup> Dies ist eine legitime Position, über die man allerdings so manches nicht vergessen sollte, was bei Abendroth nach 1961 auch zu finden ist: seine Stalinismus-Apologik, seine dauerhafte gnadenlose Abrechnung mit der Sozialdemokratie, seine temporäre Beflissenheit gegenüber der DKP. Darüber darf wiederum nicht vergessen werden, was seine bis heute unübertroffene Leistung gewesen ist: die demokratisch-sozialistische Interpretation des Grundgesetzes mitten in der Offensive der ehemals nationalsozialistischen Staatsrechtler, die die Möglichkeiten, die in der Verfassung steckten, konservativ zähmen und lähmen wollten.

Zum Schluss noch einige, wenn auch unerbetene Ratschläge an die Identitätssucher der Partei DIE LINKE. Weder methodisch noch inhaltlich werden sie weiterkommen, wenn sie sich auf die immanente Exegese beschränken und die komplexen allgemeinen gesellschaftlichen und politischen zeitgeschichtlichen

15 Peter von Oertzen: Wegmarke Godesberg. In: SoPo. Jg. 6 1959. H. 11/12; vgl. auch Helga Grebing: Ideengeschichte, S. 446-451.

16 Vgl. Uli Schöler: Auf dem Weg zum Sozialismus – Wolfgang Abendroth. In: Pankower Vorträge, H. 92, Berlin 2007; ders.: Die DDR und Wolfgang Abendroth – Wolfgang Abendroth und die DDR, Hannover 2008; ders.: Erweiterung der politischen zur sozialen Demokratie. Wolfgang Abendroths programmatische Neuorientierung der frühen fünfziger Jahre. In: Klaus Kinner (Hrsg.): DIE LINKE. Teil 2. Berlin 2010.

Vorgänge ausblenden oder in einem vereinfachten Verfahren durch die Schuldzuweisungen an die SPD zu ersetzen trachten. Das wäre analytisch unsolide und ideologisch beschränkt. Auch müsste die nationalstaatliche Begrenzung der Argumentationslinien überwunden werden. »Sozialismus in einem Land« hat es nie gegeben und wird es zukünftig erst recht nicht geben. Auch wird es Zeit, sich endlich dem Problem zu stellen, ob der Sozialismus der marxistischen, ja jedweder Richtung, also ein auf seine Ursprünge zurückgeführter Kommunismus tatsächlich der Ausstattung des menschlichen Gattungswesens entspricht. Sozialdemokraten haben darauf schon lange eine Antwort gefunden, indem sie den demokratischen Sozialismus nicht als potenzielles Fertigprodukt verstehen, sondern als »ständige Aufgabe« definierten.

## **Vom Parteienwachstums der SPD zum Protagonisten der Neuen Linken**

### **Die Geschichte des Sozialistischen Deutschen Studentebundes (1946–1968)**

Unter den sozialistischen Hochschulgruppen in der Geschichte der Bundesrepublik fällt der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) prominent ins Auge. Dies hat natürlich seinen Grund in der exponierten und polarisierten Wahrnehmung der Ereignisse von 1968, als eine weltweite Welle von Protesten den Ausbau des Bildungssystems einforderte und gleichzeitig das Ende des Nachkriegsbooms ankündigte. Während die zahlreichen sozialistischen und kommunistischen Uni-Gruppen der 1970er Jahre wie der Sozialistische Hochschulbund (SHB) und die Jungsozialisten, der Marxistische Studentenbund Spartakus oder die diversen K-Gruppen-Ableger und Basiskomitees nur wenige Spuren im kollektiven Gedächtnis hinterlassen haben, ist der SDS zumindest dem Namen nach einer breiteren Öffentlichkeit bekannt.

Weniger deutlich erscheinen aber die Konturen, wenn man den SDS einmal nicht nur als zentralen Akteur der Revolte von 1968 in Deutschland sieht, sondern seine Ideen, Theorien und Aktionsfelder während der über 20-jährigen Existenz thematisiert. Seine breiteren politischen Traditionen, die er in einem gemeinsamen, oft widersprüchlichen Lernprozess in den 1950er Jahren und 1960er Jahren entwickelt hatte, erscheinen heute jedoch relevanter zu sein als beispielsweise die Revolutionsstrategie eines Rudi Dutschke, die mit zur Auflösung der Strukturen des SDS in der anwachsenden, aber kurzlebigen Bewegung beitrug.

Als im September 1946 in Hamburg der Sozialistische Deutsche Studentenbund gegründet wurde, stellte dies zunächst nicht viel mehr als den Versuch dar, die SPD-Mitglieder an den Universitäten in einer gemeinsamen Struktur zu sammeln. Von einem rebellischen Geist war dort wenig zu spüren, viele der überwiegend männlichen Gründungsmitglieder hatten noch das Ende des Zweiten Weltkriegs als Soldaten, Flakhelfer oder Hitlerjungen erlebt. Man beschränkte sich zu Beginn auf eine regional höchst unterschiedlich gewichtete Diskussion allgemeiner politischer Fragen, und viele sahen die Mitarbeit im SDS als ein Sprungbrett für die rasche Parteikarriere.<sup>1</sup> Frühe Vorsitzende wie Helmut Schmidt, John van Nes Ziegler und Ulrich Lohmar konnten so nach ihrem Studium rasch in die generationelle Lücke vordringen, die der Terror der Nazis in der Sozialdemokratie hin-

1 Vgl. Willy Albrecht: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken. Bonn 1994.

terlassen hatte.<sup>2</sup> Auch weitere später prominente SPD-Mitglieder wie Horst Ehmke, Hans Matthöfer oder Peter von Oertzen stammten aus dieser Alterskohorte und gingen im SDS ihre ersten politischen Schritte.

Aber bereits zu Beginn der 1950er Jahre wurde der SDS auch zu einer Anlaufstelle für kritische Sozialisten, die sich auf dem linken Flügel der SPD verorteten und über den SDS eine neue Generation mit den oft verschütteten Ideen des Weimarer Linkssozialismus vertraut machen wollten. Diese Persönlichkeiten der Exil- und Widerstandsgeneration prägten die theoretische Entwicklung des SDS als Mentoren und gaben den regionalen Gruppen häufig eine spezielle Ausrichtung, die charakteristisch für die gesamte Geschichte des SDS wurde. Ältere Sozialisten wie Wolfgang Abendroth, Leo Kofler oder Fritz Lamm, deren Biographien und Ideen erst in den letzten Jahren von der Forschung aufgearbeitet wurden,<sup>3</sup> gaben auf Bundesseminaren und bei regionalen Schulungen viele Anregungen für eine Auseinandersetzung mit marxistischen Themen. Als sogenannte Ortsgeister<sup>4</sup> waren sie wichtige Ansprechpartner für die lokalen Gruppen, ihre kleinen Zeitungen wie der *Funken* oder die *Sozialistische Politik* dienten als »Behelfsbrücken«<sup>5</sup>, um Debatten über die Relevanz an Marx orientierter Positionen in Zeiten von Wirtschaftsaufschwung, Westintegration und Antikommunismus zu behaupten.<sup>6</sup>

Der SDS war jedoch weit davon entfernt, eine Kadenschmiede des aufgefrischten Weimarer Linkssozialismus zu sein, bei der die älteren Intellektuellen den Jüngeren eine bestimmte Linie vorgaben. Schon im Verlauf der 1950er Jahre bildete sich im SDS eine neue selbstbewusste Generation um Jürgen und Monika Seifert, Peter von Oertzen, Hans Matthöfer und Oskar Negt heraus, die sich an eine kritische Auseinandersetzung und Aktualisierung eines pluralen Marxismus heranwagte. Diese Personen blieben auch nach ihrer Studienzeit dem SDS verbunden und organisierten als wissenschaftliche Mitarbeiter kritische Seminare und Lesekreise und nutzten ihre Positionen in Partei und Gewerkschaft, um den linken Flügel des Studentenbundes zu unterstützen.

- 2 Vgl. Uwe Rohwedder: Helmut Schmidt und der SDS. Die Anfänge des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes nach dem Zweiten Weltkrieg. Bremen 2007.
- 3 Vgl. Michael Benz: Der unbequeme Streiter Fritz Lamm. Jude Linkssozialist Emigrant 1911–1977. Eine politische Biographie. Essen 2007; Richard Heigl: Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Bildung der Neuen Linken. Berlin 2008; Christoph Jünke: Sozialistisches Strandgut. Leo Kofler – Leben und Werk (1907–1995). Hamburg 2007.
- 4 Tilman Fichter: Vom linken Offiziersbund zur Revolte. Vier SDS-Generationen. In: Jürgen Seifert, Heinz Thörmer, Klaus Wettig (Hrsg.): Soziale oder sozialistische Demokratie? Beiträge zur Geschichte der Linken in der Bundesrepublik. Freundesgabe für Peter von Oertzen zum 65. Geburtstag. Marburg 1989, S. 11–20
- 5 Peter von Oertzen: Behelfsbrücken. Linkssozialistische Zeitschriften in der Ära der »Restauration« 1950–1962. In: Michael Buckmiller, Joachim Perels (Hrsg.): Opposition als Triebkraft der Demokratie. Bilanz und Perspektiven der zweiten Republik. Jürgen Seifert zum 70. Geburtstag. Hannover 1998, S. 87–100.
- 6 Allgemein und grundlegend zu diesen Strömungen: Gregor Kritidis: Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Hannover 2008.

Ein wichtiges Medium zur Diskussion und Vernetzung waren Zeitschriftenprojekte. Innerhalb des SDS prägten in den 1950er Jahren zwei Magazine die Debatten. In Frankfurt gab Hans Matthöfer bis 1953 die Zeitschrift »links« heraus, die auf hohem theoretischen Niveau die Diskussionen zwischen den älteren und jüngeren Sozialisten förderte.<sup>7</sup> Matthöfer, der während eines Auslandsaufenthalts in den USA Kontakte zu dort lebenden Intellektuellen wie Fritz Sternberg geknüpft hatte, machte deren Ansätze über die Zeitschrift bekannt.<sup>8</sup> Das zentrale Organ des SDS in dieser Zeit war jedoch der »Standpunkt«, der in Berlin herausgegeben wurde. Anfangs als reines Mitteilungsorgan zur Entwicklung des Verbandes mit stark antikommunistischer Ausrichtung konzipiert, entwickelte sich die Zeitschrift ab 1957 zu einem Ort spannender Debatten. Redakteure wie Michael Mauke und Klaus Meschkat setzten sich hier kritisch mit den Programmdiskussionen innerhalb der SPD und dem Konzept des »ethischen Sozialismus«<sup>9</sup> auseinander.<sup>10</sup>

Als Organisation von Studierenden war der SDS gezwungen, Lernprozesse innerhalb der Organisation zu vermitteln, um dem stetigen Wechsel der Mitgliedschaft etwas entgegenzusetzen. Dabei spielten insbesondere die Kontakte zu ehemaligen Mitgliedern, die dem Studentenstatus entwachsen waren und weiter in der Wissenschaft tätig waren, eine wichtige Quelle. Aber auch ältere Unterstützer aus SPD und Gewerkschaften stärkten den Verband. Viele theoretische Impulse entstanden aus dieser produktiven Zusammenarbeit zwischen Studenten, Mitarbeitern und solidarischen Professoren. In Marburg prägte Abendroth das Institut für Politische Wissenschaft,<sup>11</sup> viele seiner Doktoranden arbeiteten über die Traditionen der zahlreichen sozialistischen Zwischengruppen.<sup>12</sup> In Frankfurt hatte das Institut für Sozialforschung um Theodor W. Adorno und Max Horkheimer große Ausstrahlungskraft auf den dortigen SDS. Weniger die beiden Professoren selbst als vielmehr Mitarbeiter wie Jürgen Habermas, Oskar Negt oder Manfred Teschner machten die kritischen Studenten mit einigen Traditionen des Marxismus,

7 Joachim Peter: Die Frankfurter Zeitschrift »links« – ein Forum für Praxis und Theorie des demokratischen Sozialismus. In: Helmut Schmidt, Walter Hesselbach (Hrsg.): Kämpfer ohne Pathos. Festschrift für Hans Matthöfer zum 60. Geburtstag am 25. September 1985. Bonn 1985, S.19-24.

8 Werner Abelshauser: Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer. Bonn 2009.

9 Unter diesem Begriff versammelten sich einige neukantianische Interpretationen des Sozialismus, die nach 1945 in der SPD die Revision des Parteiprogramms vorantrieben. Vgl. zu dieser ideengeschichtlichen Strömung: Helmut Holzhey (Hrsg.): Ethischer Sozialismus: Zur politischen Philosophie des Neukantianismus. Frankfurt/M. 1994.

10 Willy Albrecht, S. 281 ff.

11 Wolfgang Hecker, Joachim Klein, Hans Karl Rupp (Hrsg.): Politik und Wissenschaft. 50 Jahre Politikwissenschaft in Marburg. Bd. 1: Zur Geschichte des Instituts. Münster 2001; Friedrich-Martin Balzer, Hans Manfred Bock, Uli Schöler (Hrsg.): Wolfgang Abendroth. Wissenschaftlicher Politiker. Biobibliographische Beiträge. Opfaden 2001.

12 Vgl. u. a. Karl Hermann Tjaden: Struktur und Funktion der »KPD-Opposition« (KPO). Meisenheim am Glan 1964; Hanno Drechsler: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik. Meisenheim am Glan 1965.

der Kritischen Theorie und vor allem auch der Industriesoziologie vertraut.<sup>13</sup> In Niedersachsen entwickelten sich in Kooperation mit der gewerkschaftsnahen Bildungsvereinigung »Arbeit und Leben« am Lehrstuhl des Soziologen Helmut Plessner und bei seinem Nachfolger Hans Paul Bahrdt in Göttingen sowie bei Peter von Oertzen in Hannover fruchtbare Diskussionen zwischen Studierenden, Industriesoziologen und Gewerkschaftern.

Aber im SDS wurde auch in den 1950er Jahren nicht nur diskutiert. Seine Mitglieder organisierten Demonstrationen gegen die Aufführung von Veit Harlan Filmen und stellten sich innerhalb der konservativ dominierten Universitäten dem Einfluss der Burschenschaften entgegen. Darüber hinaus konzipierte Reinhard Strecker für den SDS die viel beachtete und kontrovers diskutierte Ausstellung »Ungesühnte Nazijustiz«, um über nationalsozialistische Kontinuitäten in die Bundesrepublik aufmerksam zu machen.<sup>14</sup> Auch in der Solidaritätsinitiative für die algerische Unabhängigkeitsbewegung waren Ortsgruppen des SDS involviert.<sup>15</sup> Ein zentrales Politikfeld des gesamten Verbandes war ab 1958 die Bewegung »Kampf dem Atomtod«. Obwohl von Kreisen in der SPD initiiert, führte diese Kampagne auch zu Konflikten zwischen SDS und Mutterpartei. Die kritische Auseinandersetzung mit dem Godesberger Programm sorgte schließlich für die Eskalation, die im Rauswurf des SDS aus der SPD im November 1961 mündete.

Im Grunde hatten sich SDS und SPD im Laufe von fünfzehn Jahren in völlig unterschiedliche Richtungen entwickelt. Während die Mutterpartei über ein Bekenntnis zur wirtschaftlichen Restrukturierung des Kapitalismus Anschluss an die CDU zu halten versuchte und Westorientierung und Wiederbewaffnung akzeptierte, hatte der Studentenverband sich nach und nach zu einem kritischen Netzwerk entwickelt, das ab 1957 von seinem linken Flügel dominiert wurde. Die SPD beschloss in Bad Godesberg 1959 ihre endgültige Abkehr vom Marxismus, der SDS eignete sich zur gleichen Zeit marxistische Traditionen wieder an. Dennoch war der Bruch keineswegs unvermeidlich, sondern wurde vielmehr von der Parteiführung bewusst vorangetrieben. Die wenigen Kommunisten, die mehr oder weniger verdeckt im SDS tätig waren, dienten als Aufhänger, um den gesamten Verband als kommunistische Tarnorganisation zu brandmarken. Die SPD-Führung konnte so die Kritiker ihres Anpassungskurses aus der Partei drängen, die restlichen Studenten bildeten mit dem Sozialdemokratischen Hochschulbund

13 Ingrid Gilcher-Holtey: Kritische Theorie und Neue Linke. In: dies. (Hrsg.): 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Geschichte und Gesellschaft: Sonderheft 17. Göttingen 1998, S. 168-187; Clemens Albrecht et al.: Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt/M.-New York 1999; vgl. auch Hans Manfred Bock: »Frankfurter Schule« und »Marburger Schule«. Intellektuellengeschichtliche Anmerkungen zum Verhältnis von zwei epistemic communities. In: Richard Faber, Eva-Maria Ziege (Hrsg.): Das Feld der Frankfurter Kultur- und Sozialwissenschaft vor 1945. Würzburg 2007, S. 211-253.

14 Vgl. auch Stephan Alexander Glienke: Die Ausstellung »Ungesühnte Nazijustiz« (1959–1962). Zur Geschichte der Aufarbeitung nationalsozialistischer Justizverbrechen. Baden-Baden 2008.

15 Vgl. Claus Leggewie: Kofferträger. Das Algerien-Projekt der Linken im Adenauer-Deutschland. Berlin 1984.

(SHB) eine Konkurrenzorganisation. Auch die den SDS unterstützenden Intellektuellen wurden ausgeschlossen.<sup>16</sup>

Die Verarbeitung dieser existenzbedrohenden Krise löste allerdings auch ungewohnt produktive Neuorientierungsprozesse aus. Selbstverständlichkeiten standen nun offen zur Disposition, der organisatorische Bruch mit der Sozialdemokratie forderte gleichzeitig zu einer grundsätzlichen Überprüfung der eigenen Ausrichtung heraus. Das bisher naturwüchsige Verhältnis zur »Arbeiterbewegung« als Teil der SPD wandelte sich für den Hochschulverband nun zu einer offenen politischen Frage. Weil die linkssozialistischen Deutungsmuster von der »Klassengesellschaft« und der »Arbeiterklasse als politisches Subjekt« für die Mehrheit im SDS zunächst zentraler Bezugsrahmen blieben, musste diese Perspektive durch politische Strategien neu entwickelt werden.

Hoffnung auf einen politischen Neuanfang lieferte die Entwicklung der internationalen Linken ab 1956. In vielen Ländern brach die starre Dichotomie zwischen Kommunismus und Sozialdemokratismus auf und neue politische Akteure mit neuen politischen Strategien traten auf den Plan.<sup>17</sup> Diese internationale »Neue Linke« lieferte dem SDS eine Orientierung, um die eigene Emanzipation von der SPD zu erreichen. Der Bundesvorstand nahm durch Michael Vester aktiv an den internationalen Vernetzungen der Neuen Linken teil.<sup>18</sup>

Ab 1960 entwickelte der SDS ein eigenständiges Profil als sozialistischer Hochschulverband. So gründeten Frankfurter Kreise um Jürgen Seifert die Zeitschrift »neue kritik«, die in den 1960er Jahren zu einem äußerst lebendigen Diskussionsorgan der sozialistischen Linken wurde. Aufbauend auf die umfangreiche Studie »Student und Politik« des Frankfurter Instituts für Sozialforschung<sup>19</sup> bildete der SDS eine bildungspolitische Arbeitsgruppe, die das politische Potential des SDS an den Universitäten durch wissenschaftliche Expertise benannte und an der mit Wolfgang Nitsch, Claus Offe, Klaus Meschkat und Uta Gerhardt später erfolgreiche Soziologen beteiligt waren. Als Ergebnis dieser Arbeit präsentierte der Verband in der Denkschrift »Hochschule in der Demokratie« wichtige theoretische Grundlagen für die Hochschulpolitik der nächsten Jahre.<sup>20</sup> Insgesamt zeigte sich der SDS den Herausforderungen durchaus gewachsen. Er bezog sich ohne

16 Vgl. Tilman Fichter: SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei. Opladen 1988.

17 Vgl. Ingrid Gilcher-Holtey: »Die Phantasie an die Macht«. Mai 68 in Frankreich. Frankfurt/M. 1995, S. 44 ff.; Michael Kenny: The first New Left. British intellectuals after Stalin. London 1995; Kevin Mattson: Intellectuals in Action. The Origins of the New Left and Radical Liberalism 1945–1970. Pennsylvania 2002; Marica Tolomelli: »Repressiv getrennt« oder »organisch verbündet«. Studenten und Arbeiter 1968 in der Bundesrepublik Deutschland und in Italien. Opladen 2001.

18 Vgl. Martin Klimke: The Other Alliance. Global Protest and Student Unrest in West Germany and the U.S. 1962 bis 72. Princeton 2010, S. 10 ff.

19 Jürgen Habermas, Ludwig von Friedeburg, Christoph Oehler, Friedrich Weltz: Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten, Neuwied 1961; dazu auch: Alex Demirovic: Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule. Frankfurt/M. 1999, S. 232 ff.

20 Sozialistischer Deutscher Studentenbund: Hochschule in der Demokratie. Denkschrift des SDS. Neuauflage. Frankfurt/M. 1965.

verklärende Romantik auf die Tradition der Arbeiterbewegung, betonte seine Daseinsberechtigung als »junge sozialistische Intelligenz« im Pluralismus ihrer Organisationen (Parteien, Gewerkschaften, Arbeiterjugenden, Arbeiterwohlfahrt) und setzte sich kritisch mit aktuellen soziologischen Zeitdiagnosen auseinander.

Gleichwohl war die Existenz des SDS nach dem Bruch mit der Sozialdemokratie stark gefährdet. Unterstützer aus der Partei und den Gewerkschaften wurden durch den Unvereinbarkeitsbeschluss vor die Wahl gestellt, entweder ihre auch finanziellen Zuwendungen einzustellen oder sich durch einen Austritt aus der SPD in die politische Isolation zu begeben. Doch auch hier fanden sich Lösungen. Gewerkschaftsfunktionäre und Professoren spendeten heimlich, die IG Metall versorgte SDS-Mitglieder mit Jobs in der Bildungsarbeit und der feste Kern um die Professoren Abendroth, Heinz-Joachim Heydorn und Ossip K. Flechtheim gründete eine Förderergesellschaft, die den SDS regelmäßig unterstützte.<sup>21</sup>

Dieser Rückhalt legte eine, wenn auch fragile, Basis für die Aktivitäten und Diskussionen der nächsten Jahre. Sie waren geprägt von einem Suchprozess um eine neue politische Strategie, die einerseits die Eigenlogik des universitären Feldes berücksichtigte und andererseits die gesamtgesellschaftliche Ausrichtung beibehielt. In der »neuen kritik« lieferten sich die verschiedenen Strömungen eine kontroverse Diskussion über die Stellung der Hochschulpolitik zur Arbeiterbewegung, über die Parteienfrage und über die notwendigen Vernetzungen.

Ein Teil der SDS-Gruppen nahm über die Bildungsarbeit von IG Metall und IG Chemie das ambitionierte Projekt in Angriff, das Protestpotential in den Wirtschaftsbetrieben auszuloten. In Kooperation mit linken IG-Metallern wie Hans Matthöfer und Heinz Dürrbeck beteiligten sich zahlreiche SDSler an der »Ford-Aktion« in Köln.<sup>22</sup> Um Peter von Oertzen bildete sich in Niedersachsen ein Arbeitszusammenhang, der die Zeitschrift »Arbeitshefte« herausgab und die Ausbildung von politischen Kadern in den Betrieben anstrebte.<sup>23</sup> Aus diesem Kreis heraus entstand auch die programmatische Schrift von Oskar Negt über »Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen«, die nach 1968 zu einem Standardwerk der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit wurde.<sup>24</sup>

21 Vgl. Philipp Kufferath: Der Sozialistische Bund und die linkssozialistischen Ursprünge der Neuen Linken in den 1960er Jahren. In: Christoph Jünke (Hrsg.): Linksozialismus in Deutschland. Jenseits von Sozialdemokratie und Kommunismus? Hamburg 2010, S. 186-205.

22 Vgl. Klaus Peter Wittmann: Ford-Aktion. Zum Verhältnis von Industriesoziologie und IG Metall in den sechziger Jahren. Marburg 1994; Stefan Müller: Gewerkschafter, Sozialist und Bildungsarbeiter. Heinz Dürrbeck (1912–2001). Essen 2010, S. 249 ff.

23 Vgl. Adolf Brock: Zu einem deutschen »Po Prostu« kam es nicht. Die »Arbeitshefte« der sozialwissenschaftlichen Vereinigung. In: Jürgen Seifert, Heinz Thörmer, Klaus Wettig (Hrsg.): Soziale oder sozialistische Demokratie? Beiträge zur Geschichte der Linken in der Bundesrepublik. Freundesgabe für Peter von Oertzen zum 65. Geburtstag. Marburg 1989, S. 62-75.

24 Oskar Negt: Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie und Praxis der Arbeiterbildung. Überarbeitete Neuauflage. Frankfurt/M. 1971; vgl. auch Adolf Brock: Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. In: Adolf Brock, Wolfgang Hindrichs, Hans Dieter Müller, Oskar Negt (Hrsg.): Lernen und Verändern. Zur soziologischen Phantasie und exemplarischem Lernen in der Arbeiterbildung. Marburg 1987, S. 16-36.

Während die Politik des SDS bis 1964 von einer Hinwendung zur Theorie und langwierigen Debatten um das eigene Selbstverständnis und die notwendige Aktualisierung marxistischer Annahmen gekennzeichnet war, brachten gesellschaftliche Bewegungen nun neue Themen auf die Agenda. Vor allem brachten diese Mobilisierungen Möglichkeiten, die bisweilen abstrakten Diskussionen mit Leben, mit konkreter Politik zu füllen.

Zu einem wichtigen Thema der gesamten 1960er Jahre entwickelte sich der Widerstand gegen die geplanten Notstandsgesetze. Deren Gegner waren in kirchlichen Kreisen, Gewerkschaften, Wissenschaft und Kulturbetrieb zu finden. Vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen zum Ende der Weimarer Republik interpretierten sie die Gesetzesvorlage als Tendenz zu einer autoritären Herrschaft. Der SDS konnte, auch dank der juristischen Fachkenntnis von Wolfgang Abendroth, Jürgen Seifert und Diether Sterzel, in der Vernetzung der Protestaktivitäten Wesentliches beitragen. 1965 wurde der SDS-Vorsitzende Helmut Schauer von der IG Metall eingestellt, um die Proteste zu koordinieren und einen großen Kongress vorzubereiten.<sup>25</sup>

Neben diesen Aktivitäten entwickelten sich regional neue Schwerpunkte. In einzelnen Universitätsstädten und insbesondere in Berlin kam es ab 1965 zu ersten Protesten gegen die Zustände an den Universitäten. Die rasch ansteigenden Studierendenzahlen konnten von den technokratischen Hochschulreformen nur unzureichend bewältigt werden. In diesen Protesten entwickelte der Berliner SDS, auch unter dem Eindruck der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, neue Protestformen, die sich in der Bewegung der nächsten Jahre etablierten. Über Teach-ins, Sit-ins, Go-ins usw. konnten neue Freiräume mit Themen gefüllt werden, die vor allem die Situation an den Hochschulen, aber auch die Fragen der internationalen Protestbewegungen betrafen.

Immer präsenter wurde im SDS ab 1965 auch der Krieg der USA in Vietnam. Zunächst vor allem theoretisch in Arbeitskreisen in Marburg und Berlin, später auch mit Kongressen, Teach-ins und Demonstrationen, setzte sich der Verband sowohl mit der imperialen Machtkonstellation als auch mit den nationalen Befreiungsbewegungen in der »Dritten Welt« auseinander.<sup>26</sup> Vor allem bei diesen Fragen taten sich die inneren Widersprüche in der Strategie des SDS auf. In München und Berlin bildeten sich ab 1964 vom französischen Situationismus inspirierte Strömungen heraus, die statt einer Bündnispolitik auf provokative Aktionen und Happenings setzten. Die »Subversive Aktion« um Rudi Dutschke, Bernd Rabehl und Dieter Kunzelmann beschloss die Unterwanderung des SDS, um so eine Radikalisierung der Proteste voranzutreiben.<sup>27</sup>

25 Vgl. Michael Schneider: Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958–1968). Bonn 1986.

26 Vgl. Siegwald Lönnendonker, Bernd Rabehl, Jochen Staadt: Die antiautoritäre Revolte. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund nach der Trennung von SPD. Bd. 1: 1960–1967. Berlin 2002, S. 195 ff.

27 Vgl. Frank Böckelmann, Herbert Nagel (Hrsg.): Subversive Aktion. Der Sinn der Organisation ist ihr Scheitern. Frankfurt/M. 2002.

Diese Strategien waren Ausdruck eines Dilemmas der sozialistischen Studenten. Seit 1966 war die Sozialdemokratie Teil der Großen Koalition. Die Gewerkschaften unterstützten daher die Notstandsbewegung nur noch vereinzelt, so dass bündnispolitische Strategien schnell an Grenzen stießen. Gleichzeitig wiesen die Bewegungen in Vietnam, Kuba und den USA scheinbar einen Weg aus der Apathie. Während die Arbeiterbewegung als Akteur tatsächlich kaum noch rebellisches Potential ausstrahlte, traten andere Proteste an den Rändern der Gesellschaft ins Blickfeld der Studentenbewegung. Dies gab allen Tendenzen Nahrung, die der studentischen Intelligenz eine Avantgardefunktion zuschrieben. Verstärkt rezipierte man nun die Texte von Herbert Marcuse, dessen skeptische Einwände, die eigene Stärke nicht zu überschätzen, man geflissentlich überhörte.<sup>28</sup> So schwand der lange aufrechterhaltene Fokus auf die Arbeiterbewegung als Subjekt für Veränderung langsam aus der Perspektive der sich radikalisierenden Teile der Bewegung.

In dieser Stimmung war das brutale Vorgehen der Polizei gegen die Demonstrationen beim Besuch des persischen Schahs am 2. Juni 1967 der Funken zur Revolte. Die darauf folgende Protestbewegung wurde häufig von Mitgliedern des SDS dominiert. In Berlin und Frankfurt am Main, den Hochburgen der 1968er-Bewegung, war der SDS seit jeher am stärksten gewesen. Hier konnten die SDSler dank ihrer langen Auseinandersetzungen mit linker Theorie und Praxis zu Initiatoren von Kundgebungen, Demonstrationen und kritischen Seminaren avancieren, die eine ganze Generation von Studierenden, Lehrlingen und Schülern nachhaltig politisierten. Aber auch in anderen Universitätsstädten, ob in Heidelberg, Göttingen, Freiburg oder Bonn, wurden die SDS-Mitglieder als Sprecher der Bewegung akzeptiert.<sup>29</sup> Zudem gehörten viele der intellektuellen Unterstützer des SDS, die sich im Republikanischen Club in Berlin und in den anderen lokalen Zusammenschlüssen versammelten oder über Zeitschriftenprojekte und Kampagnen zur Protestbewegung beitrugen, früher dem SDS an oder arbeiteten mit ihm zusammen.

Die Organisationsstrukturen des SDS überlebten die Dynamik der Bewegung jedoch nicht. Die rasche Politisierung einer Generation brachte so viel Neues auf die Tagesordnung, dass dies die Kapazitäten des SDS sprengte. Die latent vorhandenen Spannungen entwickelten sich zu klaren Gegensätzen, neue Aktivisten brachten andere Fragen ein oder warfen alte wieder auf. Am Ende der einjährigen Revolte löste sich SDS auf, aus seinem Kern ging eine Vielzahl unterschiedlicher Projekte hervor.

28 Vgl. Herbert Marcuse: *Nachgelassene Schriften*. Bd. 4: *Die Studentenbewegung und ihre Folgen*. Lüneburg 2004; Roland Roth: *Rebellische Subjektivität. Herbert Marcuse und die neuen Protestbewegungen*. Frankfurt/M.-New York 1985.

29 Vgl. zu 1968 aus der Vielzahl der Literatur: Peter Birke, Bernd Hüttner, Gottfried Oy: *Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion*. Berlin 2009; Jens Kastner, David Mayer (Hrsg.): *Weltwende 1968? Ein Jahr aus globalgeschichtlicher Perspektive*. Wien 2008.

Zahlreiche Akteure, die sich in der Abgrenzung zur alten Linken definiert hatten, wandten sich nach 1969 politischen Konzepten zu, die weit hinter die Positionen der Neuen Linken zurückfielen. Die vor dem Hintergrund des Mai 1968 in Frankreich und den Septemberstreiks 1969 eingeleitete »proletarische Wende« der Protestbewegung führte auch zur Bildung der sogenannten K-Gruppen. Diese griffen autoritäre Parteikonzepte der stalinistischen Phase der Kommunistischen Parteien auf und orientierten sich an der »Kulturrevolution« im maoistischen China.<sup>30</sup> Andere gaben trotz des Prager Frühlings der neugegründeten, an der DDR orientierten Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) ihre Unterstützung.

Eine große Zahl verfolgte aber auch den Regierungswechsel 1969 zu Willy Brandt mit mehr oder weniger großen Illusionen. Sie traten den Jusos bei und setzten auf eine »Doppelstrategie« aus Reform und Transformation.<sup>31</sup> Die neue Frauenbewegung thematisierte wichtige Fragen, die im SDS überhaupt keine Rolle gespielt hatten. Andere beteiligten sich auch an kleineren und häufig wechselnden Initiativen und wurden Teil der neu entstehenden alternativen Milieus. Und kleine Kreise verfolgten den Irrweg der Eskalation der gewaltsamen Konflikte weiter und bildeten am Ende terroristische Gruppen. Es folgte das »Rote Jahrzehnt«, das zwar eine unglaubliche Verbreiterung der linken Strömungen, aber kein gemeinsames Projekt mehr hervorbrachte.

Der SDS hatte die Spannung zwischen konkreten Reformperspektiven und einer gesellschaftlichen Transformation nicht halten können, aber lange Zeit einen produktiven Umgang mit den zum Teil widersprüchlichen Tendenzen geschafft. Auch wenn er seine Zielvorstellungen nicht umsetzen konnte und letztendlich von der von ihm intendierten Protestwelle überrollt wurde, so lieferte er doch über einen Zeitraum von über 20 Jahren wesentliche Impulse für die Linke an den Universitäten.

30 Vgl. Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977. Köln 2001.

31 Vgl. Dietmar Stüb: Die Enkel auf den Barrikaden. Jungsozialisten in der SPD in den Siebzigerjahren. In: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 67-104.

## Einblicke in den Rätediskurs

### Zu den programmatischen Ansätzen der 68er-Bewegung

*»Ihr müsst diese Typen sehen. Ihr müsst ihnen genau ins Gesicht sehen.  
Dann wisst ihr, denen geht es nur darum, unsere freiheitliche  
Grundordnung zu zerstören!«<sup>1</sup>*

(Klaus Schütz, Regierender Bürgermeister von Berlin [West] 1967–1977)

#### I. Rätediskurs innerhalb der 68er-Bewegung: ein Überblick

Am 1. Dezember 1966 konstituierte sich die Große Koalition unter Führung Kurt Georg Kiesingers. Die parlamentarische Opposition schien, bei einem Verhältnis von 447 (SPD- und CDU/CSU-Fraktion) zu 49 (FDP-Fraktion) stimmberechtigten Abgeordneten<sup>2</sup>, außer Kraft gesetzt bzw. nicht mehr im Stande, als regulierende Instanz eingreifen zu können. Die Bildung einer sogenannten Außerparlamentarischen Opposition (APO), deren Wortschöpfung fälschlicherweise Rudi Dutschke zugeschrieben wurde,<sup>3</sup> schien Gesellschaftsschichten, nicht nur aus dem studentischen Milieu, die einzige Möglichkeit politischer Einflussnahme zu sein. Theoretischer Ausdruck dieser zunehmenden Skepsis gegenüber den parlamentarischen Entscheidungsmechanismen war u. a. Johannes Agnoli 1967 veröffentlichte Abhandlung »Die Transformation der Demokratie«<sup>4</sup>, welche von Barbara Görres Agnoli, der Witwe des verstorbenen Politikwissenschaftlers, 2004 gar als »Bibel der Außerparlamentarischen Opposition«<sup>5</sup> bezeichnet wurde.

Für Agnoli wie für weite Teile der sogenannten 68er-Bewegung war der (bundesdeutsche) Parlamentarismus lediglich Mittel und Zweck, den Klassenkonflikt

1 Vgl. u. a. Jutta Ditfurth: Rudi und Ulrike. Geschichte einer Freundschaft. München 2008, S. 18 sowie Der Spiegel: Sei es mit Gewalt. In: Der Spiegel. Nr. 09/1968, S. 24. Anmerkung: Diese Äußerung von Klaus Schütz auf dem Landesparteitag der SPD im Februar 1968 kann als Reaktion auf die (studentische) Parole: »Brecht dem Schütz die Gräten, alle Macht den Räten« (vgl. u. a. Ingrid Gilcher-Holtey: Die 68er-Bewegung – Deutschland, Westeuropa und die USA. 3. Aufl. München 2005, S. 66; Radikale Studenten machen Front gegen Klaus Schütz. In: Hamburger Abendblatt vom 25/26. November 1967. S. 2; Der Spiegel: Der lange Marsch. In: Der Spiegel. Nr. 51/1967, S. 54) verstanden werden.

2 Hinzuzufügen sind die nicht stimmberechtigten Abgeordneten aus Westberlin (SPD: 13, FDP: 1 und CDU/CSU: 8).

3 Vgl. Meike Vogel: »Außerparlamentarisch oder antiparlamentarisch?«: Mediale Deutung und Benennungskämpfe um die APO. In: Ute Frevert, Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.): Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung. Frankfurt/M. 2005, S. 150 ff.

4 Johannes Agnoli: Die Transformation der Demokratie. 1967. In: Barbara Görres Agnoli (Hrsg.): Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften. Hamburg 2004, S. 13-94.

5 Barbara Görres Agnoli (Hrsg.): Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften, S. 7.

auf die Staatsebene<sup>6</sup> zu übertragen, um dadurch die gesellschaftspolitische Macht- bzw. Herrschaftsposition der Bourgeoisie nachhaltig sichern zu können.<sup>7</sup> In diesem System der »(schein)konkurrierenden Parteien«<sup>8</sup>, der beliebig auswechselbaren Führungspersönlichkeiten – Rudi Dutschke sprach in diesem Zusammenhang (in Anlehnung an Karl Marx) von austauschbaren »bürokratischen Charaktermasken«<sup>9</sup> –, der »staatlich betriebenen Befriedung«<sup>10</sup> und der gezielten Manipulation des demos, könne der Bundestag lediglich als Fiktion einer legislativen Volksvertretung bzw. lediglich als Instrument zur Ausübung der spätkapitalistischen Klassenherrschaft betrachtet werden.<sup>11</sup>

»Die Macht des Parlaments«, so Agnoli, »[sei daher] nicht die Macht des Volkes«<sup>12</sup>, sondern vielmehr Machtapparat der »wirtschaftlichen, kulturellen und sonstigen Oligarchien«<sup>13</sup>, d. h. der »Großbourgeoisie«<sup>14</sup>. Hier sei ergänzend auf die Erläuterungen Herbert Marcuses zurückgegriffen: »Denn ›totalitär‹ ist nicht nur eine terroristische politische Gleichschaltung der Gesellschaft, sondern auch eine nicht-terroristische ökonomisch-technische Gleichschaltung, die sich in der Manipulation von Bedürfnissen durch althergebrachte Interessen geltend macht (...). Nicht nur eine besondere Regierungsform oder Parteienherrschaft bewirkt Totalitarismus, sondern auch ein besonderes Produktions- und Verteilungssystem, das sich mit einem ›Pluralismus‹ von Parteien, Zeitungen, ›ausgleichenden Mächten‹ etc. durchaus verträgt. Politische Macht setzt sich heute durch vermittels ihrer Gewalt über den maschinellen Prozess und die technische Organisation des Apparats.«<sup>15</sup> Rudi Dutschke formulierte diesbezüglich bereits 1967 in einem Fernsehinterview mit Günter Gaus: »Ich halte das bestehende parlamentarische System für unbrauchbar. Das heißt, wir haben in unseren Parlamenten keine Repräsentanten, die die Interessen unserer Bevölkerung – die wirklichen Interessen unserer Bevölkerung – ausdrücken. Sie können jetzt fragen: Welche wirklichen Interessen? Aber da sind Ansprüche da. Wiedervereinigungsansprüche, Sicherung der Arbeitsplätze, Sicherung der Staatsfinanzen, in Ordnung zu bringende Ökonomie, all das sind Ansprüche, die muss aber das Parlament verwirklichen, wenn es einen

6 Der politische Staat ist hierbei, so Agnoli, »das (durchaus klassisch zu nennende) rechtliche Werkzeug, die Massen von politischen Entscheidungen fernzuhalten und politische Herrschaft zum Reservat mehr oder minder geschlossener Gruppen zu machen«. In: Johannes Agnoli: Die Transformation der Demokratie, S. 49.

7 Vgl. ebenda, S. 32.

8 Ebenda, S. 46.

9 Rudi Dutschke: »Wir fordern die Enteignung Axel Springers« (Spiegel-Gespräch vom 10. Juli 1967). In: Der Spiegel. Nr. 29/1967, S. 32.

10 Vgl. Johannes Agnoli: Die Transformation der Demokratie, S. 68.

11 Vgl. u. a. Urs Jaeggi: Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik. [Neuaufgabe von »Macht und Herrschaft in der BRD« (1969)]. Frankfurt/M. 1973, S. 160 ff.; Johannes Agnoli: Die Transformation der Demokratie, S. 61 ff.; Arnhelm Neusüß: Außerparlamentarische Opposition. 1968. In: Hans-Gerd Schumann (Hrsg.): Die Rolle der Opposition in der Bundesrepublik (Wege der Forschung, 422). Darmstadt 1976, S. 314 ff.; Kurt Lenk: Wie demokratisch ist der Parlamentarismus? Grundpositionen einer Kontroverse. Stuttgart 1972, S. 48 ff.

12 Vgl. Johannes Agnoli: Die Transformation der Demokratie, S. 73.

13 Ebenda, S. 52.

14 Ebenda, S. 62.

15 Herbert Marcuse: Der eindimensionale Mensch. Soziologische Texte. Bd. 40. 3. Aufl. Neuwied-Berlin 1968, S. 23.

kritischen Dialog herstellt mit der Bevölkerung. Nun gibt es aber eine totale Trennung zwischen Repräsentanten im Parlament und dem in Unmündigkeit gehaltenen Volk.«<sup>16</sup>

Setzt man voraus, dass »auf Basis der kapitalistischen Produktionsbedingungen keine wirkliche Demokratie möglich sei (...), dann könne«, so die Schlussfolgerung Wolfgang Kraushaars aus dem Jahre 2008, »nur ein politisches Modell in Frage kommen, das mit dem Problem der Machtausübung zugleich das der Entstehung von Macht zu lösen verspreche«<sup>17</sup>. In diesem Zusammenhang war die Räte-demokratie, wie Wolfgang Durner in seiner Dissertation über den (Anti-)Parlamentarismus in Deutschland hervorhebt, »in erster Linie ein polemisches, gegen den Parlamentarismus gerichtetes Konzept«<sup>18</sup>; gewissermaßen ein radikaldemokratisches Alternativmodell der 68er-Bewegung zum delegierten Repräsentativsystem bundesdeutscher Prägung.

Das außerparlamentarische Engagement der 68er war demnach nur minder eine »Ergänzung« zum existierenden Parlamentarismus. Vielmehr sollte die angestoßene Parlamentarismusdebatte gesellschaftliche Systemwidersprüche offenbaren und zur Bildung von Rätestrukturen sowie letztlich zum Aufbau einer Räterepublik führen.<sup>19</sup> Exemplarisch sei hier auf Dutschkes Erläuterungen vom 10. Juli 1967 verwiesen: »Die Parteien sind nur noch Plattformen für Karrieristen... Ich denke, dass wir uns nicht zu Unrecht als außerparlamentarische Opposition begreifen, im Gegensatz zum Beispiel zu Habermas ..., der von der präparlamentarischen Opposition spricht. Wenn wir sagen außerparlamentarisch, soll das heißen, dass wir ein System von direkter Demokratie anzielen – und zwar von Räte-demokratie, die es den Menschen erlaubt, ihre zeitweiligen Vertreter direkt zu wählen und abzuwählen, wie sie es auf der Grundlage eines gegen jedwede Form von Herrschaft kritischen Bewusstseins für erforderlich halten. Dann würde sich die Herrschaft von Menschen über Menschen auf das kleinstmögliche Maß reduzieren.«<sup>20</sup>

In vielerlei Hinsicht fand die theoretische Auseinandersetzung mit der Räte-thematik unter Berufung auf historische Beispiele statt. Auf diese Weise konnten zumeist fehlende Theoriekonzepte, besonders in der »Frühphase« der 68er-Bewegung, gerechtfertigt und mittels unterschiedlichster Quellenfunde verteidigt werden. Das Jahr 1968 wurde hierbei gewollt in eine historische Abhängigkeit gesetzt: Zum einen um die Jugend- und Studentenbewegung der 1960er Jahre als Teilschritt bzw. Etappe eines globalen proletarischen Emanzipationsprozesses zu

16 Rudi Dutschke: Fernsehinterview mit Günter Gaus am 3. Dezember 1967. In: Gretchen Dutschke-Klotz, Helmut Gollwitzer, Jürgen Miermeister (Hrsg.): Rudi Dutschke: Mein langer Marsch. Hamburg 1980, S. 43.

17 Wolfgang Kraushaar: Achtundsechzig. Eine Bilanz. Berlin 2008, S. 145.

18 Wolfgang Durner: Antiparlamentarismus in Deutschland. Würzburg 1997, S. 148.

19 Vgl. u. a. Wolfgang Kraushaar: Achtundsechzig. Eine Bilanz, S. 145; Meike Vogel: »Außerparlamentarisch oder antiparlamentarisch?« Mediale Deutung und Benennungskämpfe um die APO. In: Ute Frevert, Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.): Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung. Frankfurt/M. 2005, S. 148.

20 Rudi Dutschke: »Wir fordern die Enteignung Axel Springers« (Spiegel-Gespräch vom 10. Juli 1967). In: Der Spiegel. Nr. 29/1967, S. 29.

werten, zum anderen um fehlende Theoriebildungsprozesse der Gegenwart mit rätetheoretischen Bezügen der Vergangenheit zu kompensieren. Die Rätegebilde während des Prager Frühlings und der Pariser Maiunruhen 1968 wurden in eine historische Verlaufskette eingebunden und als vorläufige Höhepunkte eines rätetheoretischen Entwicklungsprozesses verstanden – beginnend im Jahre 1647 (Cromwellsche Armee).<sup>21</sup> In den Folgejahren konnte diese »Rätechronik« u. a. durch italienische<sup>22</sup> und polnische Rätmomente ergänzt werden:<sup>23</sup> »Aber die Mai-Revolte in Paris 1968, die Ereignisse in Italien und in Polen im Dezember 1970 zeigen auch in jüngster Zeit, dass der Kampf der unterdrückten Klassen weitergeht – vorbei an den Gewerkschaften und an den Parteien – und die Massen sich immer wieder selbstorganisieren in den Räten.«<sup>24</sup>

Jürgen Busche bezeichnete diese Bezugspunktsetzung der 68er später als »Renaissance der Rätebewegung«<sup>25</sup>, wengleich diese »Neubelebung der Tradition einer plebiszitären Demokratie«<sup>26</sup> sowie die von der APO ausgerufene Wahlverwandtschaft zu den historischen Arbeiterräten<sup>27</sup> die Jugend- und Studentenbewegung der 1960er und 1970er Jahre in eine ideologische Sackgasse trieb. Denn die zunehmende Generierung eines revolutionären Rätemythos vereitelte letztlich eine weiterführende kritische Auseinandersetzung mit theoretischen Problemfeldern des Rätgedankens.

Ulrich Kluge kritisierte hierbei vor allem, dass die Räteforschung der 1960er und 1970er Jahre, speziell im Bezug auf die politisch-soziale Dimension der Rätebewegung von 1918/19, an Sachlichkeit verlor – zugunsten einer »polemischen Paraphrasierung«<sup>28</sup> neuerschlossener, teils mehrdeutiger Quellen.<sup>29</sup>

21 Vgl. hierzu die »Chronologie der Räte« des PARTISAN Redaktionskollektivs 1968 (vgl. PARTISAN Redaktionskollektiv: Alle Macht den Räten. In: Zeitschrift PARTISAN. Nr. 2: Räte und Anarchismus. Hamburg 1968, S. 108).

22 Bezugspunkt waren hier die Streiks bei FIAT im sogenannten heißen Herbst von 1969 (vgl. auch Johannes Agnoli: Bemerkungen über Spontaneität und Organisation. In: Johannes Agnoli, Cajo Brendel, Ida Mett: Die revolutionären Aktionen der russischen Arbeiter und Bauern. Die Kommune von Kronstadt. Berlin 1974, S. X bis XV). In der Aufspaltungsphase der APO (1969–1970) wurden diese Rätebildungsprozesse unterschiedlich interpretiert. Die »Antiautoritären« betonten in ihren Erläuterungen die Spontaneität der italienischen Kämpfe und bewerteten die Organisationsversuche der FIAT-Arbeiter als Ausdruck eines praktischen Bedürfnisses sich spontan und »von unten« zu organisieren; unabhängig von konzeptionellen Vorgaben einer externen Avantgarde (vgl. u. a. Peter Schneider: Können wir aus den italienischen Klassenkämpfen lernen? In: KURSBUCH. Nr. 26/1971, S. 2 f.). Die »Traditionalisten« merkten hingegen an, dass gerade die fehlende organisatorische Basis die Durchsetzungskraft der Streikbewegung nachhaltig gefährden würde. Die Bildung einer »militanten Arbeiteravantgarde« sei daher unbedingt erforderlich, um den kollektiven Lernprozess voranzutreiben und die vorhandenen Organisationsstrukturen (Räte) stärken zu können (vgl. u. a. Wolfgang Rieland (Hrsg.): FIAT-Streiks: Massenkampf und Organisationsfrage. München 1970, S. 139 f.).

23 Weitere theoretische wie praktische Bezugspunkte sind der Aufsatzsammlung (1968–1972) der Zeitschrift POLITIKON zu entnehmen (vgl. POLITIKON Redaktionskollektiv (Hrsg.): POLITIKON. Band I: Klassenkämpfe, Selbstverwaltung und Räte in Europa. Hamburg 1974).

24 AGIT 883-Redaktion: Kronstadt: »Alle Macht den Räten und nicht den Parteien!«. In: AGIT 883. Nr. 77/1971, S. 3.

25 Jürgen Busche: Die 68er – Biographie einer Generation. Berlin 2003, S. 20.

26 Ernst Fraenkel: Rätemythos und soziale Selbstbestimmung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (im Folgenden: APuZ). B 14/197, S. 25.

27 Vgl. Ulrich Kluge: Die deutsche Revolution 1918/1919. Frankfurt/M. 1985, S. 19 f.

28 Ebenda, S. 19.

29 Vgl. ebenda.

Die kritische Urteilsfähigkeit schien einer »demokratischer Heilserwartung«<sup>30</sup> zu weichen, so dass die »Verteidigung des Rätegedankens mehr zu einer trotzigem Universal-Alternative, zu einem fast magischen Schlüsselwort der Kritik ... als zu einem ausgefeilten Programm«<sup>31</sup> avancierte. Zu einer ähnlichen Schlussfolgerung kam Daniel Cohn-Bendit in einem Spiegel-Interview 2007: »Wir Libertären flüchteten in die Geschichte – zu den Anarchisten des Spanischen Bürgerkriegs. Aber wir waren nicht in der Lage, aus unserer berechtigten Kritik eine zukunftsfähige und unseren Gesellschaften entsprechende Alternative zu entwickeln.«<sup>32</sup>

Die »konkrete Utopie«<sup>33</sup> in Form der »Wiederaneignung verdrängter Theorie-traditionen«<sup>34</sup> blieb letztendlich nur ein Schatten ihrer selbst. Speziell der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) als theoretisches Zentrum der APO mit »einer [vermeintlich] breiten Kontrollbasis und einer permanenten Rotation der Ämter«<sup>35</sup> reproduzierte in ähnlicher Weise wie seine rätetheoretischen Vorläufermodelle, bspw. die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung<sup>36</sup> oder die russischen Sowjets<sup>37</sup>, bürokratisch-politische Eliten<sup>38</sup>. Oskar Negt notierte hierzu einige Jahre später: »Die Organisationsform des SDS war zureichend, sozialistische Kader für eine hauptsächlich auf Gruppen der Intelligenz gestützte Bewegung zu produzieren, ihr auch eine bestimmte politische Richtung zu geben, nicht aber, um den politisch-organisatorischen Zusammenhalt dieser Bewegung zu gewährleisten. Neben dem SDS, dessen Mitgliederversammlungen und Delegiertenkonferenzen schließlich jede Funktion verloren, bildeten sich deshalb informelle Kader ..., in denen die wichtigsten Entscheidungen für Aktionen getroffen wurden.«<sup>39</sup>

30 Wolfgang Durner: Antiparlamentarismus in Deutschland, S. 148.

31 Detlef Albers: Ansätze unmittelbarer Demokratie in der Studentenbewegung – ein Beitrag zur Rezeption des Rätegedankens. In: Zeitschrift PARTISAN. Nr. 2: Räte und Anarchismus, Hamburg 1968, S. 43-44.

32 Daniel Cohn-Bendit: »Immer radikaler« (Spiegel-Interview vom 24.9.2007). In: Der Spiegel. Nr. 39/2007, S. 102.

33 Ernst Bloch: Freiheit und Ordnung. Abriß der Sozialutopien. Frankfurt/M. 1985, S. 189.

34 Oskar Negt: Achtundsechzig – politische Intellektuelle und die Macht. Göttingen 2001, S. 146.

35 Jens Litten: Die verpasste Revolution? Hamburg 1969, S. 23.

36 Siehe hierzu die weiterführende Erläuterungen zu den Problemfeldern der jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung; vgl. u. a. Heribert Kohl: Jugoslawiens System der Selbstverwaltung – ein Weg zu einem sozialistischen Pluralismus? In: APuZ. B 12/1972, S. 13 ff.; Paul Kevenhörster: Zwischen Etatismus und Selbstverwaltung – Management und Arbeiterschaft in jugoslawischen Unternehmen. In: APuZ. B 45/1971, S. 33 ff.; Gabriele Herbert: Das Einfache, das schwer zu machen ist – Selbstverwaltung in Jugoslawien. Ein Beispiel für die Probleme von Übergangsgesellschaften. Frankfurt/M. 1982, S. 56 ff.; Felix Niemann: Im Spannungsfeld von Zentralismus und Selbstverwaltung. Politische und ökonomische Determinanten des »eigenen Weges« zum Sozialismus und deren Auswirkungen auf die Nationalitäten- und Außenpolitik in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien 1945–1975. Bochum 1979, S. 118 ff. oder Hans-Erich Gramatzki: Theorie und Praxis der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung. Hessische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.). Wiesbaden 1972, S. 81 ff.

37 Vgl. u. a. die Ausführungen Oskar Anweilers: Die Rätebewegung in Russland 1905–1921. Leiden 1958, S. 260 ff.; Karl-Heinz Ruffmanns: Sowjetrußland 1917–1977. Struktur und Entfaltung einer Weltmacht. 8. Aufl. München 1979, S. 32 ff. oder Manfred Hildermeiers: Die Russische Revolution 1905–1921. Frankfurt/M. 1989, S. 229 ff.

38 Jens Litten bezeichnete diesen Entwicklungsverlauf bereits 1969 als »natürliche Oligarchisierung« (Jens Litten: Die verpasste Revolution? Hamburg 1969, S. 24) der Verbandsstrukturen; entgegen der »trotzig« anmutenden Aussage Dutschkes: »Wir sind keine leninistische Kaderpartei, wir sind eine ganz dezentralisierte Organisation (...)« (Rudi Dutschke: Fernsehinterview mit Günter, S. 54-55).

39 Oskar Negt: »Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren! – Aktuelle Fragen der Organisation. In: Sozialistisches Büro (Hrsg.): Für eine neue sozialistische Linke – Analysen, Strategien, Modelle. Frankfurt/M. 1973, S. 220.

Wie Udo Bernbach 1973 in seinem Werk über »Theorie und Praxis der direkten Demokratie« ergänzend feststellte, waren die organisatorisch-strategischen Auseinandersetzungen innerhalb der APO bzw. 68er-Bewegungen »zwangsläufig an historische Erfahrungen bisheriger Rätebewegungen«<sup>40</sup> geknüpft; daher einem Bild des deutschen Arbeiters verhaftet, das »sich inzwischen zumindest differenziert, als problematisch, als mehrdeutig, eher als Wunsch denn als Realität erwiesen hat«<sup>41</sup>. Die Aktivierung des »potentiell revolutionären Subjekts«<sup>42</sup> blieb daher, trotz der späteren Versuche durch sogenannte Betriebsbasisgruppen politischen Einfluss auf die Arbeitnehmerschaft auszuüben,<sup>43</sup> eher marginal und auf einzelne innerbetriebliche Konflikte beschränkt.

Ungeachtet der zumeist »kritiklosen Übernahme ›historisch überholter Organisationsmodelle«<sup>44</sup> formierten sich bereits ab 1964 zahlreiche rätetheoretische Schaltstellen<sup>45</sup>, deren Versuche einer konzeptionellen Erweiterung der Räteidee hier nicht unerwähnt bleiben sollen. Im Folgenden werde ich daher versuchen, einen Einblick in die radikaldemokratischen Gegenentwürfe der sogenannten 68er-Bewegung zu ermöglichen. Vorab sei jedoch angemerkt, dass sich die skizzierten Räteutopien »nicht in der positiven Bestimmung dessen, was sie [...] [wollen]«<sup>46</sup>, sondern in der Negation dessen, was sie nicht [...] [wollen]« konkretisieren.<sup>47</sup> Die überwiegend unklaren politischen Ziel- und Organisationsvorstellungen sind demzufolge als charakteristisch zu werten.<sup>48</sup>

- 40 Udo Bernbach: Rätegedanke versus Parlamentarismus? In: ders. (Hrsg.): Theorie und Praxis der direkten Demokratie. Stuttgart 1973, S. 167.
- 41 Roland Günter: Arbeitersiedlungen als Dokument spezifischen Nachbarschafts- und Gemeinschaftsverhaltens. In: Johannes Biecker, Walter Buschmann (Hrsg.): Arbeitersiedlungen im 19. Jahrhundert. Historische Entwicklung, Bedeutung und aktuelles Erhaltungsinteresse. Bochum 1985, S. 92.
- 42 Irmgard Weyrather: Die Frau am Fließband. Das Bild der Fabrikarbeiterin in der Sozialforschung 1870–1985. Frankfurt/M. 2003, S. 385.
- 43 Vgl. u. a. Karl-Heinz Schubert (Hrsg.): Aufbruch zum Proletariat. Dokumente der Basisgruppen. Berlin 1988; Karl-Heinz Lehnard, Ludger Volmer: Politik zwischen Kopf und Bauch. Zur Relevanz der Persönlichkeitsbildung in den politischen Konzepten der Studentenbewegung in der BRD. Bochum 1979, S. 240 ff.
- 44 Hans Manfred Bock: Geschichte des ›linken Radikalismus‹ in Deutschland. Frankfurt/M. 1976, S. 219.
- 45 Zu erwähnen seien die Münchner »Aktion der Räte-sozialisten«, der »Arbeitskreis Bürokratie und Räte-system im Republikanischen Club«, die Berliner »Projektgruppe Räte«, die »Aktionsgruppe der Rätekommunisten« sowie das ebenfalls in Berlin operierende »Institut für Praxis und Theorie des Rätekommunismus«.
- 46 Arnhelm Neusüß: Schwierigkeiten einer Soziologie des utopischen Denkens. In: ders. (Hrsg.): Utopie, Begriff und Phänomen des Utopischen. Soziologische Texte. Bd. 44. Darmstadt 1968, S. 33.
- 47 Arnhelm Neusüß spricht hierbei von der Utopie als »Negation der Negation« (vgl. ebenda).
- 48 Klaus Meschkat verwies diesbezüglich auf den strategischen Vorteil einer Ablehnung traditioneller (bspw. Parteiprogramm) organisatorischer Entwürfe: »Die gegenwärtige Stärke der außerparlamentarischen Opposition besteht wohl darin, dass sie sich nicht als Vorform einer neuen Partei versteht, sondern als Gegner dadurch irritiert, dass sie alle verfestigten und bürokratischen Organisationsformen ablehnt« (Klaus Meschkat 1968, zit. n. Meike Vogel: »Außerparlamentarisch oder antiparlamentarisch?« Mediale Deutung und Benennungskämpfe um die APO. In: Ute Frevert, Heinz-Gerhard Haupt [Hrsg.]: Neue Politikgeschichte, S. 148). In ähnlicher Weise äußerte sich das PARTISAN-Autorenkollektiv; wenigleich versucht wurde den Vorwurf fehlender Organisationskonzepte mittels historischer Quellenfunde (hier: Ernst Däumig) zu entkräften: »Ein prominenter Parteigenosse (...) hat mir persönlich den Vorwurf gemacht, dass ich in meinem Eintreten für das Räte-system vermissen lasse, einen klaren, wohl entworfenen Plan des ganzen Räte-systems, dass ich kein Organisationsgebäude aufrichte (...) das Räte-system kann sich in seinem Aufbau, in seiner Organisationsform niemals als ein fix und fertiges Gebäude darstellen« (Ernst Däumig, zit. n. PARTISAN Redaktionskollektiv: Alle Macht den Räten. In: Zeitschrift PARTISAN. Nr. 2: Räte und Anarchismus. Hamburg 1968, S. 107).

Beginnen werde ich meine Ausführungen mit dem »Modell der drei Ebenen und zwei Räte« des Hamburger SDS-Delegiertenkollektivs. Daran anknüpfend, betrachte ich die Idee einer »generalisierten Selbstverwaltung« der Situationistischen Internationale (SI). Abschließend widme ich mich dem »Modell einer Räterepublik in Westberlin«, mit besonderem Schwerpunkt auf die rätetheoretischen Ausführungen Rudi Dutschkes.

## II. Modell der drei Ebenen und zwei Räte [SDS Hamburg // 1968]

### Vorbemerkung [historische Einordnung]

Das »Modell der drei Ebenen und zwei Räte« des Hamburger SDS-Delegiertenkollektivs entstand 1968 im Rahmen der SDS-Organisationsdebatte. Es kann als Versuch der Hamburger Delegierten gewertet werden, die vorhandenen Verbandsstrukturen des SDS (Bundesverband) nach rätedemokratischen antiautoritären Kriterien umzugestalten und damit bürokratisch-zentralistischen Tendenzen innerhalb der Verbandsstrukturen entgegenzuwirken.<sup>49</sup> Das Hamburger Rätmodell zur bundesweiten Organisation des Verbands wurde auf der 23. Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt (September 1968) »vorgestellt«.<sup>50</sup> Aufgrund der sich »abzeichnenden Stagnation der Außerparlamentarischen Opposition und der fortschreitenden Auflösung der einzelnen SDS-Hochschulgruppen in divergierende Basis-, Projekt- und sonstige Gruppen«<sup>51</sup> war jedoch eine organisationspolitische Neubestimmung des SDS im Herbst 1968 nicht mehr möglich. Zentrale Fragen der künftigen Verbandsstrategie blieben unbeantwortet: »Ist die Massenbasis nur mit einer Verbands- oder Parteiorganisation zu erlangen, wie die ›Traditionalisten‹ meinten, oder müsse man nicht im Gegenteil jegliche organisatorischen Formen als bürgerliche Herrschaftsmittel zerschlagen, wie die strikt ›Antiautoritären‹ glaubten?«<sup>52</sup>

Kern der von Rolf Rietzler angedeuteten Auseinandersetzung zwischen »traditionalistischen« und »antiautoritären« SDS-Delegierten bildete die »Parlamentarismusfrage«<sup>53</sup>, d. h. die Frage nach einer Beteiligung des SDS an Bundestags- oder Landtagswahlen<sup>54</sup> bzw. nach einem politischen Engagement (in Form einer

49 Vgl. u. a. Jens Litten: Die verpasste Revolution? S. 24 ff.; Tilman Fichter, Siegwald Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS. Berlin 1977, S. 114 f.

50 Neben dem Hamburger Beitrag zur SDS-Strukturdebatte lassen sich (nach Hans Manfred Bock) noch weitere organisationstheoretische Vorschläge anführen: Joscha Schmierer: Bemerkungen zur Organisationsfrage. Frank Wolff: Organisation: Emanzipation und Widerstand sowie die Plattform eines Berliner SDS-Kollektivs: Strategie und Organisation des SDS (vgl. Hans Manfred Bock: Geschichte des ›linken Radikalismus‹ in Deutschland. Frankfurt/M. 1976, S. 342).

51 Ebenda, S. 244.

52 Rolf Rietzler: »Muff unter den Talaren«. In: Der Spiegel (Hrsg.): Spiegel [Spezial] – Die wilden 68er. Hamburg 1988, S. 49.

53 Tilman Fichter, Siegwald Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS, S. 141.

54 Vgl. ebenda.

neuzugründenden Partei) innerhalb des parlamentarischen Regierungssystems.<sup>55</sup> Während sich die »Antiautoritären« auf ein außerparlamentarisches Aktionsfeld fokussierten und »eine Veränderung der Gesellschaft auf parlamentarischem Wege«<sup>56</sup> ablehnten, orientierte sich der sogenannte traditionalistische Flügel an innerparlamentarischen Transformationsstrategien, d. h. an Möglichkeiten einer »linken Wahlalternative«.<sup>57</sup>

Am 16. September 1968 endete die 23. Delegiertenkonferenz des SDS, ohne organisationspolitische Verbindlichkeiten für den Gesamtverband festzulegen. Auch bei der nachfolgenden Konferenz in Hannover (November 1968) konnte die Organisationsfrage als »Hauptstreitpunkt«<sup>58</sup> zwischen den »traditionalistischen« und »antiautoritären« SDS-Delegierten nicht geklärt werden. Die 24. Delegiertenkonferenz nahm die Form eines »politischen Happenings«<sup>59</sup> an und endete schließlich mit der Abreise Bernd Rabehls und anderer SDS-Führungspersonlichkeiten – ein zentraler Bundesvorstand konnte nicht mehr gewählt werden.

Mit der (offiziellen) Selbstauflösung des Bundesverbands am 21. März 1970 endete das letzte Kapitel des SDS.<sup>60</sup> Das Hamburger »Modell der drei Ebenen und zwei Räte« stand daher nicht weiter zur Disposition.

### **Konzept: Modell der drei Ebenen und zwei Räte**

Im Vorfeld der 23. Delegiertenkonferenz des SDS konstatierte die Hamburger Delegation eine Zunahme zentralistisch-autoritärer Bestrebungen, insbesondere in der Führungsebene des Studentenbundes. »Informellen Machteliten«<sup>61</sup> sowie »zentralistische[n] Kader[n]«<sup>62</sup> müsse daher eine radikale Kritik der Macht- bzw. Herrschaftsstrukturen entgegengebracht werden. So hieß es seitens des SDS Delegiertenkollektivs Hamburg: »Der SDS wird sich aufgrund seines Selbstverständnisses derart organisieren, dass nicht weiterhin durch die Perpetuierung autoritärer Strukturen die Selbstinitiative an der Basis, die Selbstorganisation der Gruppen, mithin die Revolutionierung der Revolutionäre verhindert wird.«<sup>63</sup>

Daraus ergab sich das Selbstverständnis, die eigenen organisationspolitischen Ansprüche nur »mittels rätendemokratischer Kriterien, d. h. permanenter Kontrolle durch die Basis, direkte Abwählbarkeit, imperative[s] Mandat und Delegation«

55 Meike Vogel: »Außerparlamentarisch oder antiparlamentarisch, S. 146 f.

56 Michaela Karl: Rudi Dutschke. Revolutionär ohne Revolution. Frankfurt/M. 2003, S. 123.

57 Ebenda.

58 Wolfgang Kraushaar: 1968 – Das Jahr, das alles verändert hatte. München 1998, S. 290.

59 Ingrid Gilcher-Holtey: Die 68er-Bewegung – Deutschland, Westeuropa und die USA. 3. Aufl. München 2005, S. 105.

60 Eine sehr gelungene Skizzierung der SDS-Auflösungsphase und der anschließenden Organisationsbewegung (vorwiegend »traditionalistischer« SDS-Mitglieder) legte Gerd Koenen vor (vgl. Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977. 2. Aufl. Köln 2001, S. 183 ff. sowie S. 257 ff.).

61 Tilman Fichter, Siegwald Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS, S. 142.

62 SDS Delegiertenkollektiv Hamburg: Modell der drei Ebenen und zwei Räte. In: Zeitschrift PARTISAN, Nr. 2: Räte und Anarchismus. Hamburg 1968, S. 64.

63 Ebenda, S. 65.

verwirklichen zu können. In diesem Zusammenhang sollten die vorhandenen Projekt- und Basisgruppen innerhalb der SDS-Strukturen »konsequent auf die Ebene des Verbandes übertragen«<sup>64</sup> werden. Als vermittelnde Instanz zwischen den jeweiligen Projekt- und Basisgruppen wurden diesem Organisationsmodell regionale Räteassoziationen hinzugefügt.

Zur Projektebene:

Die »Projekte revolutionärer Arbeit«, bspw. Basisarbeit in Universitäten, Schulen, Wohngebieten oder Betrieben, sind dezentral zu strukturieren und im Rahmen einer »Kollektivierung der Lern- und Entscheidungsprozesse«<sup>65</sup> zu verstehen. Die Vollversammlung der kooperierenden Projekte übernimmt nur eine vermittelnde Rolle und bildet aus sich heraus den sogenannten Projektrat, dessen Aufgabenbereiche wie folgt beschrieben werden können: »Die Organisation und Kontinuität der täglichen politischen Arbeit und die imperative Vertretung der Gesamtbasis auf den nächst höheren organisatorischen Ebenen übernimmt ein von der Gesamtheit der Projekte delegierter, durch sie kontrollierter und permanent abwählbarer Rat.«<sup>66</sup>

Zur Regionalebene:

Die Regionalebene ist entsprechend der rätedemokratischen Maxime der Projektebene zu organisieren. Für eine regionale Zielsetzung und Kampagnenplanung werden die jeweiligen Projekträte in einer regionalen Aktionseinheit (Regionalkonferenz) zusammengeschlossen. Diese »basisöffentliche[n] Regionalkonferenzen der Projekträte« können als »souveränes Organ aller auf Regionalebene arbeitenden Projekte«<sup>67</sup> betrachtet werden. Um eventuellen Führungsansprüchen einzelner Verbandsregionen entgegenzuwirken, wird der Sitzungsort der Regionalkonferenz per Rotationsverfahren bestimmt. Des Weiteren wählt jede Regionalkonferenz einen Regionalsprecher, welcher als Vertreter in den Zentralrat gesandt wird.

Zur Verbandsebene:

Zentrales Organ der Verbandsebene ist der Zentralrat als Zusammenschluss (Kollektiv) aller Regionalsprecher. Er »besitzt keine Exekutivfunktion oder -gewalt«<sup>68</sup> und dient lediglich als Raum des Informationstransfers zwischen den jeweiligen Arbeitsbereichen. Ergänzt wird der Zentralrat durch die Zentralversammlung der Projekte, dem »höchste[n] plebiszitären Gremium«<sup>69</sup> der Verbandsstruktur. Die

64 Ebenda.

65 Ebenda, S. 67 f.

66 Ebenda.

67 Ebenda.

68 Ebenda, S. 68. Anmerkung: Ausnahmen bilden diesbezüglich kurzfristige (dringliche) Stellungnahmen zu »kommentierungswürdigen« gesellschaftlichen Ereignissen.

69 Ebenda.

Zentralversammlung bündelt die Arbeitsergebnisse der Regionalebene<sup>70</sup> und versucht darüber hinaus, »Globalstrategie[n] für den Gesamtverband zu entwickeln« – einschließlich einer »Berücksichtigung der Rückwirkung der revolutionären Prozesse der Dritten Welt auf die westeuropäische[n] Metropole[n]« – sowie »den Aufbau und die Aufrechterhaltung internationaler Verbandskontakte«<sup>71</sup> zu fördern.

### **III. Die generalisierte Selbstverwaltung [Situationistische Internationale // 1969]**

#### **Vorbemerkung**

Am 28. Juli 1957 gründete sich die SI als eine Verbindung vorwiegend »links-intellektueller« europäischer Künstler in Cosio d'Arroscia (Norditalien). Zielvorstellung der avantgardistischen Künstlergruppe war die Aufhebung der Grenze zwischen Leben und Kunst: »Wir erwägen eine Situation, in der das Leben ständig durch die Kunst erneuert wird, konstruiert durch Phantasie und Leidenschaft, so dass jeder dazu angeregt wird, kreativ auf sie zu reagieren.«<sup>72</sup>

Damit einhergehend sollten die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse in den westeuropäischen Industriegesellschaften<sup>73</sup> – abseits der sozialistischen Experimente der sogenannten Ostblockstaaten – durch ein System der Arbeiterautonomie, der rätedemokratischen Selbstverwaltung ersetzt werden. Als Bezugspunkte dienten den »antiautoritären« SI-Theoretikern u. a. die Räte Modelle<sup>74</sup> in Spanien (Barcelona/Spanische Revolution, 1937) und Frankreich (Pariser Kommune, 1871).<sup>75</sup>

Während der sogenannten Pariser Maiunruhen 1968<sup>76</sup> beteiligten sich zahlreiche Mitglieder und Sympathisanten der SI an der »Bewegung der Besetzungen«.<sup>77</sup> In diesem Kontext entstand, nach kritischer Reflexion der studentischen wie betrieblichen Selbstverwaltungsversuche, das Konzept der »generalisierten Selbstverwaltung«; gedacht als weiterführende Analyse der französischen Räte-

70 Strategische Neubestimmungen durch die Zentralversammlung (analog zu den Verfahrensweisen auf der Regionalebene) sind nicht ausgeschlossen.

71 Ebenda.

72 Alexander Trocchie: Technik des Weltcoups [Einführungstext für die Zeitschrift »Situationist Revolution«. 1972]. In: Situationistische Internationale 1958–1969. Gesammelte Ausgabe des Organs der Situationistischen Internationale. Bd. 2, Hamburg 1977, S. 62.

73 Vom Situationisten Guy Debord 1967 als »Gesellschaft[en] des Spektakels« bezeichnet. (vgl. Guy Debord: Die Gesellschaft des Spektakels. 1967. Hamburg 1994).

74 Als weitere Bezugspunkte können die Räte-Bewegungen in Italien (1919/20), Deutschland (1918/19) sowie Russland (1905) genannt werden (vgl. René Riesel: Vorbemerkungen über die Räte und die Räteorganisation. [Original in: Internationale situationiste. Nr. 12/1969]. In: Situationistische Internationale 1958–1969, S. 397–407).

75 Vgl. Situationistische Internationale (Raoul Vaneigem): Vorschläge an alle Zivilisierten zur generalisierten Selbstverwaltung. 1969. In: Projektgruppe-Gegengesellschaft (Hrsg.): Das Elend der Studenten und der Beginn einer Epoche. Düsseldorf 1970, S. 16.

76 Rene Vignet: Paris Mai '68. Wütende und Situationisten in den Bewegungen und Besetzungen. Hamburg 1977, S. 52 ff.

77 Hier sei auf das autonome Komitee »Wütende-Situationisten« verwiesen, vgl. ebenda.

erfahrungen (1968/69), »Die Bewegung der Besetzungen hat dadurch, dass sie unvollendet blieb, konfuse Licht auf die Notwendigkeit einer Überwindung geworfen. Die Nähe einer totalen Umwälzung, die alle gespürt haben, muss jetzt zur Entdeckung einer entsprechenden Praxis führen: zum Übergang zur generalisierten Selbstverwaltung durch die Errichtung von Arbeiterräten. Die Ziellinie, an der der revolutionäre Elan das Bewusstsein getragen hat, muss von jetzt an zur Startlinie werden.«<sup>78</sup>

### **Konzept: Die generalisierte Selbstverwaltung**

Die von der SI entwickelte Konzeption<sup>79</sup> der »generalisierten Selbstverwaltung« erschien zum ersten Mal im September 1969 unter dem Titel »Ratschläge für die Zivilisierten, die generalisierte Selbstverwaltung betreffend«<sup>80</sup>. Die Düsseldorfer »Projektgruppe Gegenöffentlichkeit« verbreitete ab September 1970 eine Übersetzung dieses Beitrags unter dem leicht veränderten Titel »Vorschläge an alle Zivilisierten zur generalisierten Selbstverwaltung«<sup>81</sup>; nachfolgende Bezüge sind dieser Publikation entnommen.

Das »Projekt der generalisierten Selbstverwaltung« verlangt »einen Typus gesellschaftlicher Organisation«, d. h. der spontan gebildeten Arbeiterräte.<sup>82</sup> In diesem Zusammenhang ist die generalisierte Selbstverwaltung »nichts anderes als die Totalität, in der die Räte einen Lebensstil einführen, der sich ganzheitlich auf die permanente individuelle und kollektive Emanzipation gründet«. Durch die Praxis der Befreiung (bspw. Streiks, direkte Aktionen etc.) soll die »Regierung des Geldes durch die Herrschaft der Kostenlosigkeit« abgelöst werden, so dass die »Welt der Ware« unter die alleinige Kontrolle der Arbeiterschaft falle.

Die Rätebeauftragten werden »von allen für alle eingesetzt« und sind abhängig von den Entscheidungen der Rätegemeinschaft. Dies bedeutet, dass die Vollversammlung der Arbeiterräte über die alleinige Entscheidungsgewalt (Souveränität) verfügt,<sup>83</sup> bei »laufende[r] Kontrolle der Beauftragten durch die Basis«. Die jeweiligen Rätebeauftragten sollen über Orts-, Stadt- und Gebietsräte in die (nationale) Vollversammlung gelangen, aus welcher Vertreter für die internationalen Arbeiterräte bestimmt werden. Die Vollversammlung wählt und kontrolliert spezielle

78 Situationistische Internationale (Raoul Vaneigem): Vorschläge an alle Zivilisierten zur generalisierten Selbstverwaltung. 1969, S. 29.

79 Als Autor des Artikels fungierte Raoul Vaneigem; wenngleich die Entwicklung des Konzepts nicht alleine ihm zuzuschreiben ist.

80 Vgl. Raoul Vaneigem: Ratschläge für die Zivilisierten, die generalisierte Selbstverwaltung betreffend. [Original in: Internationale situationiste. Nr. 12/1969]. In: Situationistische Internationale 1958–1969, S. 408–414.

81 Situationistische Internationale (Raoul Vaneigem): Vorschläge an alle Zivilisierten zur generalisierten Selbstverwaltung. 1969, S. 29–36.

82 Hierzu eine weiterführende Anmerkung: »Generalisierte Selbstverwaltung ist nichts anderes als die Fähigkeit der Räte, ihre Vorstellungen geschichtlich in die Wirklichkeit zu übertragen« (ebenda, S. 31).

83 Die Prinzipien des recall (Abrufbarkeit) und der ständigen Delegiertenkontrolle sollten u. a. jede Form der Bürokratie von vornherein unmöglich machen.

(Wirtschafts-)Sektionen,<sup>84</sup> deren Deputierte sich »turnusmäßig horizontal und vertikal«<sup>85</sup> abwechseln müssen sowie jederzeit abrufbarer und ständiger Berichterstattung verpflichtet sind. Die einzelnen Sektoren werden in prioritäre, umstrukturierbare und parasitäre Bereiche unterteilt. Dies führt in der Folge zur Abschaffung der Verwaltung/Bürokratie (parasitärer Bereich) und zur Stärkung des Arbeitsbereiches (prioritärer Bereich). Die Produktion und Distribution obliegt in den Händen der Vollversammlung – als Ausdruck einer »kollektive[n] Politik der Wünsche und Bedürfnisse«.<sup>86</sup>

Die Gesamtheit der spontanen Aktionseinheiten auf lokaler Ebene, 8 000 bis 10 000 Personen umfassend, bildet den Ausgangspunkt einer sich konstituierenden Rätegesellschaft, welche sich dadurch auszeichnet »kein Gesetz des Tausches« bzw. keine Prinzipien der Arbeitnehmerschaft mehr zu kennen.<sup>87</sup>

#### **IV. Modell einer Räterepublik in Westberlin [Rudi Dutschke // 1966–1968]**

##### **Vorbemerkung [Rudi Dutschke und die Rezeption des Rätegedankens]**

Eine gesellschaftliche Transformation konnte für Rudi Dutschke nur durch einen »langen Prozess der Bewusstwerdung« gelingen. Kurzlebige Mobilisierungen wie Demonstrationen, Solidaritätsbekundungen (bspw. mit streikenden Arbeitern) oder direkte Aktionen (bspw. Go-ins oder Sit-ins) wurden in dieser Konzeption lediglich als »Vorstufen der Bewusstwerdung von Menschen«<sup>88</sup> betrachtet, sich dem »gigantischen System der Manipulation«<sup>89</sup> entziehen zu können: »Wenn wir es schaffen, den Transformationsprozess – einen langwierigen Prozess – als Prozess der Bewusstwerdung der an der Bewegung Beteiligten zu strukturieren, werden die bewusstseinsmäßigen Voraussetzungen geschaffen, die es verunmöglichen, dass die Eliten uns manipulieren.«<sup>90</sup>

Der von institutioneller Manipulation befreite Mensch, »bewusst seiner selbst und seiner Möglichkeiten«,<sup>91</sup> wäre der »Ausgangspunkt der Politisierung und damit der Veränderung der Gesellschaft«. Doch wie sollte diese »schöne neue Welt des Übermorgen«, diese »Utopie der Jugend«<sup>92</sup> letztlich aussehen?

84 Zu vergleichen mit Richard Müllers Konzeption der »Reichs-Gruppen-Räte« (vgl. Richard Müller: Räte in Deutschland 1918. Osnabrück 2002, S. 12-13).

85 Situationistische Internationale (Raoul Vaneigem): Vorschläge an alle Zivilisierten zur generalisierten Selbstverwaltung. 1969, S. 35.

86 Ebenda, S. 36.

87 Ebenda, S. 32 und 36.

88 Rudi Dutschke: »Wir fordern die Enteignung Axel Springers«, S. 30.

89 Rudi Dutschke, Hans-Jürgen Krahl: Das Sich-Verweigern erfordert Guerilla-Mentalität (Gemeinsamer Vortrag von Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl am 5. September 1967 auf der 22. Delegiertenkonferenz des SDS in der Frankfurter Mensa; Tonbandmitschrift). In: GLASNOST-ARCHIV (Hrsg.), online unter: <http://www.glasnost.de/hist/apo/67dutschke.html> [Stand: 03.08.2010].

90 Rudi Dutschke: Fernsehinterview mit Günter Gaus am 3. Dezember 1967, S. 44.

91 Der Spiegel: Der lange Marsch. In: Der Spiegel. Nr. 51/1967, S. 53.

92 Der Spiegel: Verlorenes Wochenende. In: Der Spiegel. Nr. 17/1968, S. 25.

Rudi Dutschke war davon überzeugt, dass die »gesellschaftliche Utopie«<sup>93</sup> eine Frage der »spontane[n] Massenaktion«<sup>94</sup> sei und somit eine »Sache, die nicht von außen [bspw. durch eine Partei, B. A.] hineingetragen werden«<sup>95</sup> könne. Ergo dürfe die Partei im Prozess der revolutionären Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse keine selbständige Initiative, unabhängig der revolutionären Massen, ergreifen.<sup>96</sup> Eine theoretische Ausarbeitung künftiger Organisationsmodelle sei, so Dutschke, eher als ein »langfristiges Prozessresultat«<sup>97</sup> zu denken: »Der geschichtliche Unterschied zu den vergangenen Revolutionen besteht unter anderem darin, dass unser Prozess der Revolution sehr lang sein wird, ein sehr langer Marsch sein wird. Und innerhalb dieses sehr langen Marsches wird sich das Problem der Bewusstwerdung stellen und gelöst werden, oder wir werden scheitern.«<sup>98</sup>

In ähnlicher Weise äußerte sich Rudi Dutschke bei einer Podiumsdiskussion in Hamburg (1967): »Revolution ist nicht ein kurzer Akt, wo mal irgendwas geschieht und dann ist alles anders. Revolution ist ein langer, komplizierter Prozess, wo der Mensch anders werden muss (...) denken sie an Russland. Das war auch ein langer Prozess.«<sup>99</sup>

Eine »leninistische« Kaderpartei würde zur revolutionären Erhebung nicht gebraucht werden. Vielmehr sollte eine »dezentralisierte Organisation«<sup>100</sup> die proletarische Entscheidungsfindung unterstützen und die Einflussnahme externer Machtstrukturen verhindern. Dass hieß für Dutschke: »Selbsttätigkeit, Selbstorganisation, Entfaltung der Initiative und der Bewusstheit des Menschen und kein Führerprinzip«<sup>101</sup>. So würde der Prozess »antiautoritärer Selbstbestimmung«<sup>102</sup> stets ein Prozess der »Selbsttätigkeit der Massen«<sup>103</sup> sein, ihre Repräsentanten »durch imperative Mandate der ständigen Kontrolle von unten«<sup>104</sup> zu unterwerfen. In Dutschkes Vorstellungen einer »Produzenten-Demokratie«, einer »Demokratie von unten«<sup>105</sup>, sollte es daher nicht um den Austausch bestimmter Autoritäten, sondern um die Abschaffung der Herrschaft selbst gehen.

93 Rudi Dutschke: Fernsehinterview mit Günter Gaus am 3. Dezember 1967, S. 53.

94 Rudi Dutschke: Spätkapitalismus – Die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhältnis zur Dritten Welt. In: Uwe Berkamann, Rudi Dutschke, Wolfgang Lefèvre, Bernd Rabehl: Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition. Hamburg 1968, S. 43.

95 Rudi Dutschke: »Wir fordern die Enteignung Axel Springers«, S. 31.

96 Vgl. Rudi Dutschke: Spätkapitalismus – Die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhältnis zur Dritten Welt, S. 43.

97 Rudi Dutschke: Fernsehinterview mit Günter Gaus am 3. Dezember 1967, S. 43.

98 Ebenda, S. 48.

99 Rudi Dutschke: Podiumsdiskussion in Hamburg am 24. November 1967 [in Auszügen], S. 15.

100 Rudi Dutschke: Fernsehinterview mit Günter Gaus am 3. Dezember 1967, S. 54-55.

101 Ebenda, S. 54.

102 Gretchen Dutschke-Klotz: Nachwort. In: dies. (Hrsg.): Rudi Dutschke – Jeder hat sein Leben ganz zu leben. Tagebücher 1963-1979. Köln 2003, S. 378.

103 Ebenda, S. 381.

104 Rudi Dutschke: Liberalisierung oder Demokratisierung? (KONKRET-Interview vom Mai 1968). In: KONKRET. Nr. 5/1968, S. 21.

105 Ebenda.

Die (Arbeiter-)Räte »als Klassenorganisation und nicht Parteienorganisation«<sup>106</sup> wären, so Dutschke, Resultat eines selbstbestimmten Lernprozesses, einer praktischen Auseinandersetzung mit Fragen der Organisationsstruktur. Demnach wäre die konzeptionelle Bestimmung künftiger Modelle der proletarischen Interessensartikulation eine »fremde« Einflussnahme auf den natürlichen Emanzipationsprozess der revolutionären Bewegung: »Diese Revolution kann in Einzelheiten nicht vorweggenommen werden. Sie ist konkretes Beispiel der praktisch-kritischen Tätigkeit der Menschen in dieser Gesellschaft gegen die bestehende Form der Gesellschaft. Eine Utopie auszumalen, ist darum falsch.«<sup>107</sup>

Und daran anknüpfend: »Ein Dutschke will keine Antwort geben, das wäre genau die manipulative Antwort, die ich nicht zu geben bereit bin, denn was soll es bedeuten, als einzelner Antwort zu geben, wenn die gesamtgesellschaftliche Bewusstlosigkeit bestehen bleibt. Die muss durchbrochen werden.«<sup>108</sup>

Es sei jedoch betont, dass Dutschke sich in einem theoretischen Zwiespalt befand: Zwischen dem antiautoritären Prinzip der Selbstorganisation und Selbstbestimmung und der vermeintlich historischen Aufgabe<sup>109</sup> einer »außerparlamentarischen« Opposition konkrete Alternativkonzepte zu formulieren. So äußerte sich Dutschke in einem Spiegel-Interview 1967: »Die ganze Emanzipationsbewegung krankt zur Zeit daran, dass sie eine konkrete Utopie noch nicht ausgemalt hat. Das zu tun, ist die wichtigste Aufgabe der kritischen Theorie – gerade jetzt in der Zeit der sehr, sehr langen und komplizierten Übergangsperiode, die bestimmt wird durch den Kampf gegen die bestehende Ordnung.«<sup>110</sup>

Ansätze einer Konkretisierung dieser rätendemokratischen Utopie sind dem »Gespräch über die Zukunft«<sup>111</sup> zwischen Hans Magnus Enzensberger, Bernd Rabehl, Christian Semler und Rudi Dutschke zu entnehmen. Es kann als einer der wenigen Anhaltspunkte für politische Ziel- und Zukunftsvorstellungen der 68er-Bewegung gewertet werden, auch hinsichtlich der theoretischen Bezugspunktsetzung Rudi Dutschkes.

106 Rudi Dutschke: Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen. Berlin 1974, S. 165.

107 Rudi Dutschke 1967/68, zit. nach: Michaela Karl: Rudi Dutschke. Revolutionär ohne Revolution. Frankfurt/M. 2003, S. 109-110.

108 Rudi Dutschke 1967, zit. nach: ebenda, S. 111.

109 Dutschke konstatierte ein historisches Versagen der Arbeiterbewegung, speziell hinsichtlich der »Spontaneität der Massen«. So habe u. a. die Entwicklung der russischen Sowjets gezeigt, dass die »Diktatur der Partei« ( Rudi Dutschke: Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen, S. 166) bzw. die »Diktatur der Bolschewiki« (ebenda) die direkten, spontanen Organisationsmechanismen der Arbeiterschaft »nachhaltig« zerstörte und ein hierarchisches System der Parteieliten etablierte. Es sei daher, so Dutschke, von historischer Wichtigkeit, dieser traditionellen Organisationsform der Arbeiterbewegung ein dezentralistisches, antiautoritäres Modell gegenüberzustellen.

110 Rudi Dutschke: »Wir fordern die Enteignung Axel Springers«, S. 30.

111 Rudi Dutschke, Bernd Rabehl, Christian Semler: Ein Gespräch über die Zukunft. [Interviewführung: Hans Magnus Enzensberger, Oktober 1967]. In: KURSBUCH. Nr. 14/1968.

## **Konzept: Räterepublik in Westberlin [Rabehl, Semler und Dutschke // 1967]<sup>112</sup>**

Ausgangspunkt der gesellschaftlichen Transformation bildet die Schicht der »sozial ausgegrenzten oder vom spätkapitalistischen System noch nicht integrierten gesellschaftlichen Gruppen [...] vor allem [...] [aus dem] akademische[n] Nachwuchs«<sup>113</sup>. Diese neue revolutionäre Randschicht, eine Verbindung von »deklasierte[r] Intelligenz« und »Lumpenproletariat«<sup>114</sup>, »injiziert« ein kritisches Bewusstsein in die vom kapitalistischen System vereinnahmte Arbeiterklasse. Die Aufgabe der Intelligenz obliegt daher nicht in der Einleitung der Revolution,<sup>115</sup> sondern in der Schaffung eines bewussten und mündigen Arbeitermilieus als strategische Basis gesellschaftlicher Veränderung. Diese kritisch-revolutionäre Bewegung aus »Gegnern, Halbgegnern [...] [und] nicht ganz angepassten des Systems«<sup>116</sup> organisiert die Selbstverwaltung der Produktionssphäre und beendet letztlich das Ausbeutungsverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Westberlin ist gemäß dem historischem Beispiel der Pariser Kommune (1871) nach erfolgreicher Aneignung der Produktionsmittel in dezentralisierte »Kommunen-Kollektive«<sup>117</sup> aufzuteilen. Für Dutschke beinhaltet diese »Assoziation freier Individuen«<sup>118</sup> die »Herrschaft der Produzenten über ihre Produktionsmittel, ihre Produkte, [sic] und ihre ganzen Lebensbedingungen«.<sup>119</sup> Die einzelnen Kollektive der Räterepublik umfassen drei-, vier- oder fünftausend Menschen und konzentrieren sich (wenn möglich) auf das Einzugsgebiet einer Fabrik, welche sowohl als Arbeits- als auch als Lebenszentrum betrachtet werden sollte – dadurch wird der Betrieb »zum Zentrum der politischen Selbstbestimmung, der Selbstbestimmung über das eigene Leben.«<sup>120</sup> Jedes Mitglied des Kollektivs ist sowohl Lehrer als auch Lernender, und zwar in der Form, dass in sogenannten Räteschulen, deren Lehrpläne von der Vollversammlung des Betriebs bestimmt werden, jeder »die Fähigkeit [...] [erwirbt], andere Funktionen zu übernehmen und den Betrieb zu leiten«.<sup>121</sup> Im Rahmen dieses permanenten<sup>122</sup> Lernprozesses wäre Westberlin als Universität, jedes einzelne Fabrikkollektiv als Schule zu verstehen: »Die radikale

112 Soweit nicht anders gekennzeichnet, werden nachfolgende Auszüge aus dem »Gespräch über die Zukunft« lediglich durch den Namen des Gesprächsteilnehmers kenntlich gemacht. Dies dient vornehmlich der Übersichtlichkeit der konzeptionellen Skizzierung.

113 Axel Schildt: Vor der Revolte: Die sechziger Jahre. In: APuZ. Nr. 23/2003, S. 12.

114 Rabehl, S. 151 f.

115 Hierzu sei auf eine Anmerkung Rudi Dutschkes hingewiesen: »Die Intelligenz als klassisch spezifische Schicht ist unfähig zur Revolution. Einzelne können natürlich zu führenden Trägern der Revolution werden, aber die Produktionsintelligenz als Klasse oder als spezifische Schicht hat kein Primat der Revolution, sondern muss sich ganz im Gegenteil, als Klasse aufgeben, um die Revolution zu machen« (Dutschke, S. 154).

116 Ebenda, S. 154.

117 Ebenda, S. 167.

118 Ebenda, S. 159.

119 Ebenda, S. 167.

120 Rabehl, S. 165.

121 Ebenda, S. 169.

122 Ständige Rotation und Austausch der ausgebildeten Fachleute inbegriffen.

Intelligenz muss die Universität auflösen, die Universität muss in die Gesellschaft übergehen«,<sup>123</sup> so dass der »Unterschied zwischen Theorie und Intelligenz tendenziell verschwindet«<sup>124</sup> und eine Einheit der Kopf- und Handarbeiter<sup>125</sup> entsteht. Die Herausbildung von wirtschaftspolitischen Eliten und Spezialisten innerhalb der Kollektive wird durch den dezentralen Charakter der Kommuneprojekte vereitelt.

Die Arbeitszeit ist, nach Abschaffung der Bürokratie<sup>126</sup> und Einführung neuer Produktionsanlagen, auf fünf Stunden zu reduzieren. Der Justiz- sowie der Polizeiapparat sind abzuschaffen und durch ein System der Selbstbestimmung zu ersetzen, d. h. einem System der kollektiven Entscheidungsprozesse. So betont Dutschke: »Die dezentralisierten Kommune-Einheiten werden ›kriminell‹ abweichendes Verhalten viel leichter integrieren, den ›Täter‹ viel eher in das Kollektiv zurückbringen können als jede traditionelle Juristerei.«<sup>127</sup>

Oberstes Organ der Westberliner Räterepublik bildet der Städterat. Seine Mitglieder, jederzeit abwählbar und ständiger Kontrolle unterworfen, setzen sich aus den Vertretern der jeweiligen Kommune-Einheiten (Fabrikräte, Stadtteilräte etc.) zusammen. Der Aufgabenbereich des Städterats umfasst die Koordination von städtebaulichen Projekten sowie die Kontrolle der städtischen Wirtschaftsabläufe; wengleich etwaige Wirtschaftspläne des Städterats lediglich als Empfehlung zu betrachten sind und das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Kollektive hiervon unberührt bleibt.<sup>128</sup>

Westberlin als »ein prosperierendes Gemeinwesen von Menschen [...], die selbständig von unten in der Form der Räte die Geschicke ihrer Stadt bestimmen, sich nicht mehr in der falschen ›Ost-West-Perspektive‹ manipulieren lassen«,<sup>129</sup> wäre nicht nur ein »strategischer Transmissionsriemen für eine zukünftige Wiedervereinigung Deutschlands«, sondern vor allem ein »beispielhaftes Modell«<sup>130</sup> für weite Teile der globalen Emanzipationsbewegung.

Endpunkt dieses antiautoritären Denkmodells ist »eine sozialistische Welt ohne profitmaximierende Monopol, ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und ohne Krieg«<sup>131</sup> oder wie es Gretchen Dutschke-Klotz in einem Nachruf

123 Ebenda, S. 163.

124 Ebenda, S. 169.

125 Vgl. ebenda. S. 153. Anmerkung: Bereits Ernst Däumig beschrieb das revolutionäre Subjekt der Räte 1920 als Gemeinschaft der »Hand- und Kopfarbeiter« (vgl. Ernst Däumig: Der Rätegedanke und seine Verwirklichung, 1920. In: Udo Bernbach (Hrsg.): Theorie und Praxis der direkten Demokratie. Stuttgart 1973, S. 80).

126 Über den Verbleib der »Bürokraten« war man sich uneins. Bernd Rabehl forderte ihre Ausweisung (vgl. Rabehl, S. 166) bzw. eine generelle Überführung der Besitzbürger in kapitalistische Reservate (vgl. Bernd Rabehl, zit. nach Der Spiegel: Zur Sonne. In: Der Spiegel. Nr. 26/1968. S. 42). Rudi Dutschke sah hingegen die Möglichkeit den Sektor der Bürokratie in den Produktionsprozess zu integrieren (vgl. Dutschke, S. 166), obgleich auch er einen »Abtransport der funktionslosen [Hervorhebung, B. A.] Politiker und Bürokraten« (Rudi Dutschke: Zum Verhältnis von Organisation und Emanzipationsbewegung [Zum Besuch Herbert Marcuses]. In: OBERBAUMLATT. Nr. 5/1967 (12.7.1967), S. 6) nicht ausschloss.

127 Dutschke, S. 179.

128 Rabehl, S. 165 f.

129 Rudi Dutschke: Zum Verhältnis von Organisation und Emanzipationsbewegung, S. 5.

130 Ebenda.

auf Rudi Dutschke formulierte: »ein antiautoritäres, demokratisches, vereintes Deutschland in einer antiautoritären, demokratischen und sozialistischen Welt«<sup>132</sup>.

## V. Schlussbemerkung

Abschließend kann festgehalten werden, dass gesellschaftliche Alternativkonzepte zum parlamentarischen Regierungssystem innerhalb der 68er-Bewegung eine Seltenheit blieben und die »Darstellung noch nicht entwickelter Gesellschaftsformen wie das Räteprinzip allenfalls historisch anhand der jeweils realisierten oder gescheiterten Ansätze«<sup>133</sup> skizziert wurde. Die intensive Bezugnahme auf (historische) Organisationsmodelle der Arbeiterbewegung verhinderte letztlich eine konzeptionelle Weiterentwicklung des Rätegedankens. Die wenigen Versuche einer theoretischen Neubestimmung blieben, wie die oben skizzierten Beispiele aufzeigen, zumeist fragmentarische Entwürfe. Nach Auflösung des SDS und Zersplitterung der APO verlor die rätetheoretische Diskussion in den 1970er Jahren an Intensität und Wirkungsstärke; obgleich sich basisdemokratische Organisationsformen, vor allem in der Friedensbewegung der 1980er Jahre, zunehmender Beliebtheit erfreuten.

An Stelle eines umfangreichen Fazits sei auf die Worte Hans Magnus Enzensbergers im »Gespräch über die Zukunft« zurückgegriffen: »Die Zukunftsvorstellungen, die unterwegs zum Vorschein gekommen sind, scheinen mir lückenhaft. Das ist kein Wunder. Ein lückenloses Denken über die Zukunft ist nicht möglich. Das gehört zu den Risiken eines solchen Gesprächs. Sein Nutzen könnte darin bestehen, dass die Lücken erkannt werden.«<sup>134</sup>

131 Rudi Dutschke: Spätkapitalismus – Die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhältnis zur Dritten Welt, S. 42.

132 Gretchen Dutschke-Klotz: Nachwort, S. 400.

133 Detlef Albers: Ansätze unmittelbarer Demokratie in der Studentenbewegung – ein Beitrag zur Rezeption des Rätegedankens. In: Zeitschrift PARTISAN, Nr. 2: Räte und Anarchismus, Hamburg 1968, S. 45.

134 Enzensberger, S. 174.

## **Selbstverwaltung und Alternativbewegung der 1960er und 1970er Jahre**

### **Das richtige Leben im falschen?**

In engem Zusammenhang mit der StudentInnen-, Ökologie- und Frauenbewegung entstanden in den 1970er Jahren viele Gemeinschaftsprojekte, die den politischem Anspruch verfolgten, demokratische, möglichst selbstbestimmte Betriebsorganisationen zu schaffen sowie humane Arbeitsprozesse und eine ökologisch verträgliche und gesellschaftlich nützliche Produktion zu ermöglichen. »Alternative« Lebens- und Arbeitszusammenhänge, selbstverwaltete Betriebe und Projekte der alternativen Ökonomie, »neue« Genossenschaften und Kommunen gehörten dazu. Im Hier und Jetzt (Kropotkin) sollten innerhalb des bestehenden Systems selbstverwaltete Gegenmodelle entstehen. Die Ursache für die Gründung von Alternativprojekten ist sowohl in der Frustration über die fremdbestimmte, partialisierte, hierarchisch organisierte Arbeit in Industrie und Verwaltung zu finden als auch in der Erkenntnis über die Konflikte, die sich aus der psychischen, physischen, sozialen und ökologischen Zerstörung der Lebensgrundlage der Menschen, durch die große Kapitalkonzentrationen ergeben. Hinzu kamen fehlende Berufsperspektiven für AkademikerInnen, insbesondere durch politische Berufsverbote. Die AkteurInnen hofften auf ein Leben jenseits des Kapitalismus, oder doch wenigstens darauf, sich eine autonome Insel in der kapitalistischen Welt zu schaffen. Mit dem Selbstverständnis von Kollektiven gleichberechtigter Mitglieder, die die Isolation der Einzelnen und die Fixierung auf Geschlechterrollen in neuen Formen des Zusammenlebens und -arbeitens auflösen wollten, wirken sie bis heute. Zum Teil bestehen sie noch heute.<sup>1</sup>

### **Was ist alternative Wirtschaft?**

Alternative Wirtschaft kann vieles sein. Bis heute gibt es kein einheitliches Theoriegebäude im bisher üblichen Verständnis eines geschlossenen Denkmodells zu einer alternativen Ökonomie. Es gibt viele verschiedene historische und aktuelle Theorieansätze, und auch die AkteurInnen selbst haben aus ihren Erfahrungen Ansätze entwickelt, die lohnende Anknüpfungspunkte sind.<sup>2</sup> Carola Möller ver-

1 Zur Theorie und Geschichte alternativer Ökonomie. Siehe Gisela Notz: Theorien alternativen Wirtschaftens, Fenster in eine andere Welt. Stuttgart 2010.

2 Siehe z. B. Kollektiv Kommunebuch (Hrsg.): Das KommuneBuch. Alltag zwischen Widerstand, Anpassung und gelebter Utopie. Göttingen 1996.

weist darauf, dass es zu bedenken sei, ob ein einheitlicher Theorieansatz überhaupt erstrebenswert sei, oder ob es nicht vielmehr darum gehen sollte, »prozessorientierte Handlungsweisen aufzuzeigen, um wechselnde Handlungssituationen und die Interpretation von Handeln bzw. situationsbedingte Zusammenhänge zwischen Handlungsbedingungen und Handeln auszumachen«<sup>3</sup>. Sie plädiert für theoretische Erkenntnisse, die den Charakter eines Patchworks von flexibel sich ergänzenden Theorieteilen haben. Um eine theoretische Beliebigkeit zu vermeiden, müsste nach ihrer Meinung allerdings eine Anbindung an »marktkritisch formulierte Wirtschaftsziele« geschehen. Durch »Teil-Erkenntnisse« würde es möglich, »auf die erstrebenswerte Vielfalt solidarischen Wirtschaftens, auf Veränderungen und qualitative Weiterentwicklungen zu reagieren«. Das klingt plausibel, erweist sich aber deshalb als schwierig, weil die »Teil-Erkenntnisse« oft gar nicht miteinander kompatibel sind und weil VertreterInnen einzelner »Richtungen« immer wieder behaupten, ihr Zugang sei der einzig richtige und alle anderen würden doch nur mit einem roten oder grünen Mäntelchen überdecken, was eigentlich der neoliberalen Politik ganz gut ins Konzept passt. So behaupten TheoretikerInnen mit verschiedenen, zum Teil konträren Ansätzen gleichermaßen, den einzigen richtigen ganzheitlichen Gesellschaftsentwurf für ein Leben in einer Welt ohne Ausbeutung und Zerstörung und zudem eine sanfte Umleitung auf Wege hin zur Verwirklichung gefunden zu haben. Kein Wunder, dass sich manche »sanfte Umleitung« als eine Einbahnstraße, die als Sackgasse endet, erweist. Auch die Gefahr, dass sich die Bemühungen um eine bessere Zukunft in romantischen Träumen und Abkehr von der Realität verlieren, ist unter diesen Bedingungen groß. Die Alternativbewegung hat sich seit den 1960er Jahren immer weiter ausdifferenziert. Daraus den Schluss zu ziehen, dass alles gleich gültig ist, wäre fatal, denn es hieße auch, dass es gleichgültig ist, welche der vielfältigen neuen Lebensstile, Bedürfnisse und Interessen oder Lebens- und Arbeitsperspektiven in unserer Multi-Options-Gesellschaft als alternativ gelten. Notwendige Reflexion über die Inhalte und Ziele der politischen Arbeit und deren Wirksamkeit würden unterbleiben.

### **Versuch einer Begriffserklärung**

Fehlt schon das geschlossene Theoriemodell, so kann eine alles umfassende Definition von »alternativer Wirtschaft« ebenso wenig geleistet werden. Man kann Alternative Wirtschaft als Alternativökonomie, Solidarische Ökonomie, Lokale Ökonomie, Moralische Ökonomie, Gemeinwesenökonomie oder auch als Gegenökonomie oder Gegenkultur bezeichnen. Die Vorstellungen, die sich hinter

3 Carola Möller: Theoretische Zugänge zu solidarischer Ökonomie aus feministischer Sicht. <http://www.coforum.de/?197>. Zugriff: 23.8.2009.

den Begriffen verbergen, sind so unterschiedlich wie die Begriffe selbst und zum Teil auch ebenso gegensätzlich. Die OrganisatorInnen des Kongresses »Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus«, der vom 24. bis 26. November 2006 stattfand, waren daran interessiert, die Pluralität der Ansätze sichtbar zu machen und zu diskutieren. Und sie waren stolz darauf, dass es durch den Kongress gelungen ist, den Begriff »Solidarische Ökonomie« in Deutschland einzuführen und zu besetzen.<sup>4</sup>

Auf jeden Fall markiert Alternative Wirtschaft einen Übergangsbereich zwischen der marktzentrierten kapitalistischen Wirtschaft, dem öffentlichen Produktions- und Dienstleistungssektor und der sogenannten informellen Ökonomie. In diesem Grenzbereich haben wir es mit höchst unterschiedlichen ökonomischen Strukturen zu tun. Alternativökonomie umfasst sowohl genossenschaftliche und selbstverwaltete Betriebe wie auch vielfältige gemeinwesenorientierte Projekte und Non-Profit-Organisationen. In der BRD fällt mit zunehmender Prekarisierung der Arbeitsbedingungen die Abgrenzung gegenüber dem Non-Profit-Bereich, der Schwarzarbeit, der Scheinselbständigkeit und den Sozialbetrieben oft schwer. Nicht alles, was im »alternativen« Gewand daherkommt, verdient, unter »alternative Wirtschaft« subsumiert zu werden. Das gilt für theoretische Konzepte ebenso wie für deren Umsetzung in praktisches alternativ-ökonomisches Handeln.

Um eine Verständigungsbasis herzustellen, soll hier eine kurze Erklärung der wichtigsten Begriffe vorgenommen werden.<sup>5</sup> Es werden Betriebe und Betriebsformen erklärt, die Ansätze eines alternativen Wirtschaftens verfolgen.

*Alternativbetriebe* sind danach Betriebe, in denen die Mitglieder selbstverwaltet und in kollektiven, nicht hierarchischen Strukturen unter selbstbestimmten Normen Tätigkeiten verrichten, die der Erstellung von Produkten oder Dienstleistungen dienen. Idealtypisch gibt es kein privates Eigentum, Betriebsvermögen und Betriebsertrag sind neutralisiert, d. h. der persönlichen Verfügbarkeit entzogen. Viele Alternativbetriebe und Projekte sind aus den Studenten- und Lehrlingsbewegungen, aus der Ökologiebewegung und aus den »Neuen Frauenbewegungen« entstanden. Neben den Produktivbetrieben sind es Sozial-, Gesundheits- und Dienstleistungsprojekte. Einige bestehen heute noch. Andere sind in der Zwischenzeit zu Betrieben von EinzelunternehmerInnen geworden.<sup>6</sup> Hoffnungsvolle Neugründungen sorgen dafür, dass die Konzepte fortgesetzt werden und der Gedanke nicht verloren geht.

*Selbstverwaltung* heißt, dass die Menschen die Lösung der Probleme, die in ihrem Projekt oder Betrieb entstehen, selbst in die Hand nehmen. Das heißt nicht je individuell, sondern als kollektiver, politischer und sozialökonomischer (Lern-)

4 Dagmar Embshoff, Sven Giegold: Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus. In: Sven Giegold, Dagmar Embshoff (Hrsg.): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus. Hamburg 2008, S. 11-24.

5 Vgl. auch Gisela Notz, Klaus Dieter Heß, Ulrich Buchholz, Theo Bühler (Hrsg.): Selbstverwaltung in der Wirtschaft. Alte Illusion oder neue Hoffnung? Köln 1991, S. 21 f.

6 Sibylle Plogstedt: Frauenbetriebe. Vom Kollektiv zur Einzelunternehmerin, Königstein/Taunus 2006, S. 215 f.

Prozess einer überschaubaren Menge von Menschen. Selbstverwaltet können neben Projekten und Betrieben auch Wohn-, Lebens-, Bildungs-, Konsum-, Erwerbslosen oder (Aus)Bildungsprojekte sein.

*Genossenschaften* sind Betriebe, Dienstleistungsunternehmungen, Lebensmittel- und andere Läden und Wohnprojekte, in denen die GenossInnen als EigentümerInnen gemeinsam die wichtigsten betriebsinternen sowie produktorientierten Entscheidungen treffen. Während bei Produktionsgenossenschaften im Wesentlichen die im Betrieb Beschäftigten mit den Genossen identisch sind, sind bei den absatzorientierten Konsumgenossenschaften die entscheidenden Mitglieder die Konsumenten oder Nutznießer der Produkte.

Bei *Betriebsübernahmen* versuchen von der Schließung der Betriebe bedrohte Belegschaften ihre Betriebe in Selbstverwaltung zu übernehmen. Mitunter gehen Betriebsübernahmen mit einer Konversion der Produkte einher. Das wichtigste Beispiel für *Produktkonversion* kann unter dem Stichwort »Produkte für das Leben, statt Waffen für den Tod« zusammengefasst werden.<sup>7</sup>

Unter *Kommunen* werden freiwillige Zusammenschlüsse von Menschen verstanden, die auf Grundlage gemeinsamer Überzeugungen ihr Zusammenleben radikaldemokratisch organisieren. D. h. alle Menschen haben die gleichen Rechte und Pflichten, das betrifft sowohl das gemeinsame selbstverwaltete Arbeiten wie auch die gemeinsame Alltagsgestaltung und politische Aktionen.<sup>8</sup> Damit entfällt die Trennung zwischen Produktionssphäre, Lebenswelt und kollektiver Aktion.

*Gemeinwesenorientierte Wirtschaft* kann vielerlei sein. Ullrich<sup>9</sup> bezeichnet mit »Gemeinwirtschaft« einen Zwischensektor zwischen dem schrumpfenden Sektor der Erwerbswirtschaft und dem wachsenden Sektor der Subsistenztätigkeit und der Hauswirtschaft. Zu diesem Zwischensektor zählt er genossenschaftliche, kommunale Tätigkeit, die nicht über Geld entlohnt, sondern über Zeit verrechnet wird und mit der steuerfrei Nachbarn geholfen wird. In den letzten Jahren wurde diese Arbeitsform meist im sogenannten Dritten Sektor oder Dritten System verortet.<sup>10</sup> Feministische Konzepte zum »Gemeinwesenorientierten Wirtschaften« begreifen es als eine alternative Wirtschaftsform, die nicht auf den »heutigen Markt und seine Gesetzmäßigkeiten« ausgerichtet ist. Die Arbeiten sollen nicht patriarchal organisiert sein. Neben Tauschringen gehören Fairer Handel, Direkter Handel, Regionalläden und -währungen, Umsonstökonomie und Geschenkökonomie, Kommunale Gemeinschaftsgärten und anderes zur Gemeinwesenorientierten Wirtschaft.

7 Mike Cooley: *Produkte für das Leben, statt Waffen für den Tod*. Reinbek 1988.

8 Kollektiv Kommunebuch.

9 Otto Ullrich: *Lebenserhaltende Tätigkeit jenseits der Lohnarbeit*. In Werner Fricke (Hrsg.): *Jahrbuch Arbeit und Technik*, Bonn 1993, S. 84-89.

10 Helmut K. Anheier, u. a. (Hrsg.): *Der Dritte Sektor in Deutschland*. Berlin 1997, S. 13.

Der Begriff *Solidarische Ökonomie* wird für vielfältige Formen der Alternativen Ökonomie gebraucht. Embshoff und Giegold<sup>11</sup> verstehen darunter Formen des Wirtschaftens, die menschliche Bedürfnisse auf der Basis freiwilliger Kooperation, Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe befriedigen. Das Prinzip Solidarität sehen sie im Gegensatz zur Orientierung an Konkurrenz, zynischer Eigenverantwortung und Gewinnmaximierung in kapitalistischen Marktwirtschaften.

Allen Ansätzen gemeinsam ist, dass es diesen Wirtschaftsbereichen vor allem um die Wirkung im lokalen und regionalen Umfeld geht und um den Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe. Insofern stellt die Alternative Wirtschaft eine Negation der vielzitierten und problematisierten Globalisierungsprozesse dar, und sie befindet sich zunächst auch in bestimmter Negation zur je herrschenden Ökonomie.<sup>13</sup> Sie kann die herrschende Ökonomie jedoch nicht gänzlich ignorieren. Die Miete von Räumen, der Kauf von Produktionsmitteln, die Kommunikationsmedien und die Versicherung ihrer Mitglieder kostet Geld, egal wie groß der Betrieb oder die Gruppierung ist. Das gilt für den kleinen Zimmereibetrieb ebenso wie für die großen Betriebe wie sie zum Beispiel in Mondragon im Baskenland zu finden sind.<sup>14</sup>

Die Finanzierungsquellen Alternativer Wirtschaft sind sowohl Markt und Staat als auch andere Einkünfte (Mitgliedsbeiträge, Spenden, Fund-Raising, Sponsoring, Stiftungen, Benefizveranstaltung, Erbschaften), die allesamt abhängig von Markt oder Staat sind. Auch die vielfach besonders in sozialen Projekten und in Projekten des Gesundheitsbereichs geleistete Gratisarbeit ist abhängig von anderen bezahlten Arbeitsverhältnissen. Im Zweifelsfall ist Alternative Wirtschaft immer in gewisser Weise marktorientiert, auch wenn sie weder konzern- noch profit- noch zinsorientiert, und nicht kosten-nutzen-orientiert im herkömmlichen Sinne ist.

## **Gründungsmotive der Projekte der 1960er und 1970er Jahre**

An vielen Orten gaben Projekte der alternativen Ökonomie den Impuls, aus der »Wohlstandsgesellschaft« auszusteigen und mit autarken Wohn- und Arbeitskollektiven alternative Lebenskonzepte zu realisieren, die die Isolation des Einzelnen in der Kleinfamilie und die Fixierung der Geschlechterrollen in neuen Formen des Zusammenlebens und -arbeitens auflösen wollten. Bewusst oder unbewusst setzten sie an anarchistischen und sozialistischen Theorien vergangener Zeiten an.<sup>15</sup> Die Fragen »Reform oder Revolution« und »gibt es ein richtiges Leben im

11 Z. B. Carola Möller u. a.: Wirtschaften für das »gemeine Eigene«. Handbuch zum gemeinwesenorientierten Wirtschaftens. Berlin 1997, S. 18.

12 Siehe Embshoff, Giegold.

13 Rolf Schwendter: Thesen zu Kapitalismus ohne Alternativen? In: DGB-Bundesjugendschule (Hrsg.): Kapitalismus ohne Alternativen? Neu Ulm 1999, S. 131-142, hier S. 55.

14 Peter Heisig: Das Genossenschaftsprinzip von Mondragón. In: Gisela Notz u. a.: Selbstverwaltung in der Wirtschaft, S. 303-320.

15 Zu den historischen theoretischen Konzepten siehe Gisela Notz: Theorien alternativen Wirtschaftens.

falschen« wurden neu gestellt. Trotz der immer wiederkehrenden Zweifel daran, ob es möglich war, autonome utopische Inseln innerhalb des Bestehenden oder am Rande des patriarchalen Kapitalismus aufzubauen, gründeten sich viele Gemeinschaften, um im Hier und Jetzt Experimente einer anderen Wirtschaft und eines anderen Arbeitens und Lebens zu entwickeln. Triebfeder für das Engagement war der Wunsch zur gemeinschaftlichen Arbeit, die möglichst von einer Gruppe im Konsens und bei gleichem finanziellen Risiko geleistet werden sollte.<sup>16</sup> Hierarchien und geschlechterhierarchische Arbeitsverteilungen wurden abgelehnt. In den Frauenprojekten waren sie als »männliche Strukturen« indiskutabel.<sup>17</sup>

Waldemar Schindowski unterscheidet fünf Hauptmotive, die in den 1970er Jahren zur Entstehung von selbstverwalteten Betrieben geführt haben:<sup>18</sup> der Wunsch nach Einheit von Privatleben und Arbeit; fehlende Berufsperspektiven vor allem bei AkademikerInnen; das Scheitern der Betriebsintervention linker Gruppen; die Diskussion um den ökologischen Umgang mit der Umwelt; das selbstbewusste Auftreten der Frauenbewegung. Da Schindowski davon ausgeht, dass die Verbreitung von linken Inhalten das Hauptanliegen der ersten Versuche mit Betriebsgründungen gewesen ist, soll das Motiv »Kritik an den kapitalistischen Produktionsverhältnissen« als sechstes Hauptmotiv vorangestellt werden.

## **Kritik an den kapitalistischen Produktionsverhältnissen**

Die theoretischen Konzepte der Alternativen Ökonomie und ihre praktische Umsetzung stützten sich auf den Wunsch nach einem Ausweg aus dem real existierenden kapitalistischen Raubbau an Mensch und Natur. Angeprangert wurden der »Konsumterror«, der immer neue Bedürfnisse erwecken soll, Ersatzbefriedigung, Warenberge und Besitzansprüche sowie die Ausbeutung von Mensch und Natur und eine Produktionsweise, die auf die Einsparung von Arbeits- und Personalkosten, nicht aber auf den sorgsam Umgang mit Ressourcen gerichtet ist. Viele der alternativen Projekte begriffen sich zu Beginn als eine notwendige Unterstützung der linken Bewegung im politischen Tageskampf. Die meisten Projekte arbeiteten im Medienbereich (linke Buchläden, Kneipen, Cafés, Druckereien usw.). Darüber hinaus waren die Projekte mit einer »sozialutopischen« Stoßrichtung verknüpft, indem sie eine Art praktisches Beispiel für eine Vorwegnahme sozialistischer Strukturen im Kapitalismus sein sollten. In der Praxis ging es darum, eine gelebte Alternative zu den herrschenden kapitalistischen Verkehrsformen im Hier und Jetzt darzustellen, was zugleich eine exemplarische Wirkung haben sollte: Es geht auch anders.

16 Frank Heider, Beate Hock, Hans-Werner Seitz: Kontinuität oder Transformation? Zur Entwicklung selbstverwalteter Betriebe. Eine empirische Studie. Gießen 1997.

17 Hierzu Plogstedt: Frauenbetriebe.

18 Waldemar Schindowski: Alternative Ökonomie. Eine Bibliographie. Amsterdam 1990, S. 6.

Häufig ist gleichberechtigter Besitz oder neutralisiertes Kapital in Form von Genossenschaften oder Vereinen. Bei manchen Unternehmen und Projekten ist es Voraussetzung, Geld mit einzubringen, bei anderen ist das nicht der Fall. Bei einigen überschreiben EinsteigerInnen ihren gesamten Besitz der Gemeinschaft, bei anderen nicht.<sup>19</sup>

## **Der Wunsch nach Einheit von Privatleben und Arbeit**

Projekte und Betriebe der alternativen Ökonomie sind in erster Linie soziale Kunstwerke und keine wissenschaftlichen Experimente. Sie sind aus der Erkenntnis heraus entstanden, dass die Auswirkungen unserer Gesellschaft sich in der lebensverachtenden Praxis sowohl am Arbeitsplatz als auch in den immer noch meist patriarchal strukturierten Kleinfamilien zeigt. Deshalb sind sie nicht nur daran interessiert, Einheit von Privatleben und Arbeit herzustellen, sondern beide Bereiche zu verändern. Die AktivistInnen der Kommune Niederkaufungen betonen ausdrücklich, dass sie nicht auf einer »heilen Insel« inmitten des kaputten kapitalistisch-patriarchalen BRD-Sumpfes leben wollen *und* dass es ihnen zuwider ist, sich in der Kleinfamilie einen Rückzugsraum zu schaffen, in dem sie ihre Kinder zu Untertanen, autoritären, gehorsamen und lustfeindlichen Menschen erziehen, die dieses System zum Funktionieren benötigt.<sup>20</sup> Sie haben sich den Slogan der neuen Frauenbewegungen »Das Private ist politisch« zu Eigen gemacht. Um einer Verinselung in beider Hinsicht entgegenzuwirken, wird ein reger – sich gegenseitig befruchtender – Austausch mit der unmittelbaren Nachbarschaft und mit der näheren und weiteren Umgebung angestrebt. So wie sie denken viele Gemeinschaftskonzepte, auch aus anderen, nicht kommunitären Projekten. Sie wollen die Bedingungen ihrer Arbeit selbst bestimmen und lehnen Hierarchien, Besitzansprüche, Ausbeutung und Unterdrückung ab.

## **Fehlende Berufsperspektiven insbesondere bei AkademikerInnen**

Viele der durch »Berufsverbote« Betroffene wollten nicht der Arbeit in einem System nachweinen, das sie ausgrenzte. Sie wollten andere, demokratischere Strukturen schaffen, gründeten Betriebskollektive, selbstverwaltete Kneipenkollektive, soziokulturelle Projekte und anderes als Teil ihrer revolutionären Theorie und Praxis. Was waren Berufsverbote? Am 28. Januar 1972 wurde von der Bundesregierung und den Ministerpräsidenten der alten Bundesländer der »Radika-

19 EUROTOPIA (2000/2001): Verzeichnis europäischer Gemeinschaften und Ökodörfer. Redaktion: Ökodorf Sieben Linden. Poppau. 2. neu recherchierte Auflage, S. 11.

20 Kommune Niederkaufungen: In Gefahr und größter Not bringt der Mittelweg den Tod! »Grundsatzpapier«. Hamburg 1983.

lenerlass« beschlossen. Danach wurden bestimmte StaatsbürgerInnen nicht mehr zum öffentlichen Dienst zugelassen oder aus demselben entfernt. Besonders betroffen waren Mitglieder der DKP, Linke anderer Parteien und Gruppen und der Friedensbewegung. Die Gründe, die Bewerber für den öffentlichen Dienst in den Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit brachten, waren vielfältig, oft war es ausreichend, in einer Organisation aktiv zu sein, in der KommunistInnen eine führende Rolle spielten. Der Radikalenerlass galt zwar auch für Rechtsextremisten, deren Zahl lag jedoch deutlich unter denen der LinksextremistInnen. Wer damals zwischen zwanzig und dreißig Jahre alt war und links-politisch aktiv war, sah sich einer ernststen existenziellen Gefährdung ausgesetzt. Es sei denn, es gelang ihm oder ihr in der Alternativen Ökonomie eine langfristige politische Lebensperspektive zu entwickeln und diese auch praktisch umzusetzen.

### **Scheitern der Betriebsintervention linker Gruppen in den Fabriken**

Auf die antiautoritäre Revolte von 1968 folgte Anfang der 1970er Jahre für viele Linke der Schritt in die Produktion; einige Tausend junge Linke tauschten die Bank im Hörsaal der Universität gegen die Werkbank ein, um sich mit den Arbeitern am Fließband zu vereinen. Ihr Ziel war es, die Arbeiterklasse und deren Lebensumstände kennenzulernen und ihre eigenen sozialen Erfahrungen zu erweitern. Sie wollten die Arbeitenden für Revolution und Kommunismus begeistern, indem sie eine neue politische Beziehung zur Arbeiterklasse herstellten. Auch wenn sich die westdeutschen ArbeiterInnen anders als in Frankreich oder Italien nicht vom revolutionären Fieber mitreißen ließen, das die Universitäten erfasst hatte, waren wilde Streiks zunächst möglich. Meist waren es linke StudentInnen kommunistischer Gruppen, die die These von der Autonomie der Arbeiterkämpfe in der Fabrik erproben wollten. Konflikte zwischen revolutionären Wünschen und den Mühen des Alltags blieben nicht aus.<sup>21</sup> Etliche Gruppen stellten Betriebszeitungen her und verbreiteten sie. Begeisterung und Ernüchterung über die Arbeiterklasse wechselten sich ab. Die meisten Linken zogen sich aus den Betrieben zurück oder es wurde ihnen gekündigt. Etliche gingen an die Universitäten zurück, andere fanden in der Gründung selbstverwalteter Betriebe neue aktionistische Konzepte und beispielhafte Aktionen.

### **Die neu entstehende Ökologie-Diskussion**

Mit dem Bericht des Club of Rome Anfang der 1970er Jahre wurden »Die Grenzen des Wachstums« und die Ökologiefrage breit diskutiert. Aus dem Bericht geht klar hervor: Wenn die gegenwärtige Zunahme der Weltbevölkerung, der Industria-

21 Siehe auch Jan Ole Arps: Frühschicht. Linke Fabrikintervention in den 70er Jahren. Berlin 2010.

lisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen unverändert anhält, werden die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht. Jede/r konnte wissen, dass ein grundlegender Wandel in der Umweltpolitik wie auch in der Wirtschaftspolitik notwendig wird. Dennoch geschah, außer einer gewissen Nachhaltigkeitsrhetorik, nichts. Die Notwendigkeit von nachhaltigem Wirtschaften, ökologischer Ökonomie, nachhaltiger Entwicklung, Sustainability, nachhaltigem Management, nachhaltigem Konsum, sozial-ökologischer Forschung etc. wurden aber immer breiter diskutiert.<sup>22</sup> Die Gewerkschaften standen den neuen Aufgaben, die sich durch ökologische Ansprüche und den daraus resultierenden Problemen ergaben, relativ defensiv gegenüber. Vereinzelt Ansätzen eines Konzeptes gewerkschaftlicher Arbeitspolitik zur offensiven und gestalterischen Einflussnahme auf die Forderung, die ökologische Umwelt nicht weiter zu zerstören, standen die Ansätze radikaler Kritik an der abhängigen Erwerbsarbeit, insbesondere in den großen Industrien gegenüber. Diese Kritik war *eine* der Gründungsmotivationen für alternativ-ökonomische Betriebsformen mit weitgehend selbstbestimmten Arbeitsformen.<sup>23</sup> Sie führte dazu, dass die AkteurInnen selbst darauf Einfluss nehmen wollten, was unter welchen Bedingungen und mit welchen Materialien hergestellt wird.

## Die Herausbildung der Neuen Frauenbewegungen

In der Literatur werden die Neuen Frauenbewegungen in der BRD mit einer gewissen Berechtigung als Folge der Studentenbewegung von 1967/68 behandelt, schließlich waren die beteiligten Frauen Teil der Studentenbewegung.<sup>24</sup> Ohne die Dynamik der »Neuen Linken«, insbesondere des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), wäre die Entwicklung des Feminismus der 1970er Jahre nicht denkbar gewesen. Eines der wichtigsten Ziele der Neuen Frauenbewegungen war es, Theorie und Praxis sinnvoll zu verbinden. Neu geschaffene autonome Frauenprojekte wie Therapie- und Gesundheitsläden, Buchhandlungen, Verlage, Vertriebe, Teestuben, Beratungs- und Bildungseinrichtungen, Frauenhäuser, Frauenferienhäuser, Frauencafés und -kneipen, Frauenbands, -chöre, -kabarets, -theater und Filmgruppen zeichneten sich ebenso durch Kreativität basisdemokratischer Kollektive aus wie Betriebe von Handwerkerinnen und Projekte mit sanfter Energie und für alternative Technik. Triebfeder für das Engagement war der

22 Vgl. die Beiträge in Gudrun Linne, Michael Schwarz (Hrsg.): Handbuch Nachhaltige Entwicklung. Wie ist nachhaltiges Wirtschaften machbar? Opladen 2003.

23 Vgl. Gisela Notz, Klaus Dieter Heß, Ulrich Buchholz, Theo Bühler (Hrsg.): Selbstverwaltung in der Wirtschaft. Alte Illusion oder neue Hoffnung? Köln 1991.

24 Vgl. Gisela Notz: Die Auswirkungen der Studentenbewegung auf die Frauenbewegung. In: »Metis«, H. 1/1999, S. 105-123.

Wunsch zur gemeinschaftlichen Arbeit, die möglichst von einer Gruppe im Konsens und bei gleichem finanziellem Risiko geleistet werden sollte. In diesen Gruppen sollten persönliche Beziehungen und Arbeitsablauf in Übereinstimmung gebracht werden.<sup>25</sup>

### **Utopische Flucht oder revolutionärer Kampf?**

MarxistInnen u. a. Linke sahen die Alternative Wirtschaft – und sehen sie oft immer noch – als politische Flucht vor der gesellschaftlichen Verantwortung zur Einläutung einer radikalen Veränderung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Die gegenseitigen Vorbehalte sind alt. MarxistInnen betrachteten die AktivistInnen skeptisch und bezeichneten die Alternativen lange Zeit als Utopisten oder als Idealisten und Individualisten, die sich auf den Spielwiesen der »Risikogesellschaft«<sup>26</sup> tummeln und ihre Hoffnung in der Dissidenz sehen, anstatt revolutionären Kampf zu organisieren. Sie unterstellten den AktivistInnen zudem Realitätsferne. Dabei liegt die Perspektive der meisten VertreterInnen der alternativen Ökonomie – ähnlich wie bei den Frühsozialisten und Anarchisten – in der Entwicklung einer eigenverantwortlichen Arbeits- und Lebenskultur *neben* der vorherrschenden kapitalistisch-patriarchalen Wirtschaft, *bevor* durch eine revolutionäre Umgestaltung die allgemeinen Bedingungen dazu geschaffen sind.<sup>27</sup>

### **Der Wunsch nach gemeinschaftlicher Arbeit im Hier und Jetzt**

Die ersten selbstverwalteten Betriebe waren Druckereien, Verlage und Buchläden und Zeitschriften. Es folgten Beratungs- und Bildungseinrichtungen, freie Schulen, Zeitungen und Zeitschriften, Frauenferienhäuser, Teestuben, Cafés und Kneipen, Theater und Filmgruppen, Entrümpelungs- und Umzugskollektive, Autowerkstätten, andere Betriebe aus dem handwerklichen Bereich, ökologische und energiepolitische Aktivitäten, selbstverwaltete Produktions- und Handelsbetriebe z. B. für Naturkost und Naturtextilien. Viele nahmen sich umweltschonender und energiesparender Techniken an. Auch soziale und kulturelle Projekte wählten selbstverwaltete Betriebsformen. Die meisten waren »Betriebe ohne Chef«. Dazu gehörten die Arbeiterselbsthilfe in Oberursel, die Medienkooperative, die Tageszeitung (taz), Contraste als Zeitung in und für Selbstverwaltung, Radio Dreyeck-

25 Siehe zur Frauenprojektebewegung: Margit Brückner/Simone Holler: Frauenprojekte und soziale Arbeit. Frankfurt/M. 1990.

26 Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M. 1986.

27 Vgl. hierzu auch: Friederike Habermann: Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag. Königstein 2009 sowie Elisabeth Voß: Wegweiser Solidarische Ökonomie. Anders Wirtschaften ist möglich! Neu-Ulm 2010.

land, die Schäfereigenossenschaft Finkhof, die UFA-Fabrik in Berlin und viele andere. Zum Teil bestehen sie noch heute. Das gilt auch für eine andere Facetten der Gründungen der 1970er Jahre, das waren Projekte im Bildungsbereich wie Freie Schulen, Weiterbildungseinrichtungen und vor allem Kinderläden, die emanzipatorische Gegenmodelle zur Erziehung im traditionellen städtischen, kirchlichen oder von Wohlfahrtsorganisationen getragenen Kindergarten und in der Familie darstellten und die den Anspruch hatten, die gesellschaftliche Verantwortung für Kinder und Kindererziehung als gemeinsame Aufgabe von Frauen und Männern zu begreifen.

Die Idee vom autonomen Projekt als herrschaftsfreiem Raum, quasi im exterritorialen Verhältnis zum kapitalistischen Patriarchat stehend, erwies sich als überaus problematisch. Nicht selten sprengten subtile Machtkämpfe die Kollektive und innovative Potentiale und Kreativität wurden beschnitten. Hohe politische Ansprüche an Egalität und Verzicht auf materielle Güter führten oft dazu, dass viele Projekte entstanden und auch wieder verschwanden. Einige Initiativen verloren sich in ihrer Subkultur, andere haben sich im Laufe der Zeit aus dem subkulturellen Ghetto heraus getastet und den Marktmechanismen sowie dem Trend zum Einzelunternehmen angepasst. Andere bestehen seit vielen Jahren und breiten ihren Wirkungskreis immer weiter aus.

## **Die Kommune Niederkaufungen**

So zum Beispiel die Kommune Niederkaufungen, eine seit 1986 bestehende links-alternative Kommune in der Nähe von Kassel. 1983 setzten sich zwölf Menschen zusammen, heute besteht sie aus 70 Menschen aller Altersgruppen und ist eine der größten Kommunen in Deutschland. Die InitiatorInnen waren der Meinung, dass für die Stabilität in ökonomischer wie in menschlicher Hinsicht eine gewisse Gruppengröße notwendig ist. In der Kommune leben die Menschen in 13 völlig unterschiedlich zusammengesetzten Wohngruppen, die Kinderbetreuung ist auf mehrere Bezugspersonen verteilt. So sollen alle Menschen die gleiche Chance haben, ihren Berufs- und sonstigen Interessen nachzugehen. Alle Erwachsenen arbeiten in verschiedenen Arbeitsbereichen, dazu gehören kleinere Handwerksbetriebe, die Kindertagesstätte, der Haushaltsbereich, der auch Außenaufträge bearbeitet, ein Tagungshaus, ein Biolandbetrieb, der Gemüse-, Obst- und Samenbau betreibt und die Produkte verwertet und auch verkauft, die Verwaltung, die eine Beratungsgruppe für selbstverwaltete Betriebe und andere alternative Gruppen und die Tagespflege mit einem multiprofessionell ausgebildetem Team, das alte und kranke Menschen aus der Umgebung betreut. Kochen und Kinderbetreuung sind professionelle Arbeitsbereiche, Putz- und Spüldienste werden durch alle nach festgelegten Plänen übernommen. Reproduktionsarbeit hat so denselben Stellenwert wie Erwerbsarbeit. Es gibt keine herkömmliche Haus-, Erziehungs- oder gar »Familien«arbeit.

In der Zwischenzeit wird die Kommune als »Musterkommune« auf Tagungen und Kongressen und bei Fernseh- und Rundfunksendungen präsentiert. Hervorgehoben wird ihre hervorragende Integration in nachbarschaftliche Verhältnisse der Gemeinde Kaufungen mit 12 666 Einwohnern und ihre nachhaltige Wirtschaftsform. Die Popularität der »Niederkaufunger« und ihre Beteiligung an Publikationen und Filmprojekten hat den Bekanntheitsgrad von Kommunen generell erhöht, aber auch die Möglichkeit ihrer Vereinnahmung als Beispiel gegenseitiger Hilfe und Selbsthilfe, die darauf ausgerichtet ist, dem Sozialstaat Kosten zu sparen. Das ist nicht das Anliegen der Kommune. Sie will kein Musterbetrieb im kapitalistischen Staat sein. Sie will das Privateigentum aufheben, sinnvoll mit der Mit- und Umwelt umgehen und wie die Alt-AnarchistInnen im Hier und Jetzt mit der Verwirklichung einer besseren Gesellschaft, in der das »gute Leben« für alle gilt, beginnen.

Die Großkommune Niederkaufungen hat ihr Politikverständnis in einem »Grundsatzpapier« niedergeschrieben. Darin sind auch die sechs Grundsätze, die sich die Kommune selbst gegeben hat, und mit denen sich alle einverstanden erklärt haben, verankert. Sie sind: 1. gemeinsame Ökonomie, 2. Entscheidungsfindung im Konsens, 3. gemeinsam leben und kollektiv selbstbestimmt arbeiten, 4. Abbau klein-familiärer Strukturen, 5. Abbau geschlechtshierarchischer Strukturen und 6. linkes Politikverständnis.<sup>28</sup>

Als zusätzliche Kriterien werden heute das Nachhaltigkeitsprinzip und die soziale Absicherung genannt. Die KommunardInnen sind, unabhängig davon, was sie arbeiten, krankenversichert, haben eine – wenn auch geringe – Alterssicherung und sind über die gemeinsame Ökonomie faktisch, nicht juristisch, gegen Erwerbslosigkeit und Berufsunfähigkeit versichert.

Dass sie ihre Ziele nicht erreichen können, wenn sie sich auf eine Insel oder »mittelalterliche Dorfidylle«<sup>29</sup> zurückziehen, wissen die »Kaufunger.« Nicht nur durch ihre Betriebe und Einrichtungen, sondern auch durch ihre politischen Aktivitäten wirken sie nach außen.

Rund 40 Projekte mit etwa 600 Mitgliedern leben nach ähnlichen Prinzipien.<sup>30</sup> Etliche haben sich in der Plattform der politischen Kommunen Kommuja zusammengeschlossen.<sup>31</sup>

Die Anliegen der Kommunen, Hierarchien und Warenbeziehungen zwischen den Menschen abzubauen, Zentralisierung von Macht zu vermeiden und keine geschlechterhierarchischen Diskriminierungen zuzulassen, sind ebenso wie die Ver-

28 Uli Barth: Arbeit in Gesellschaft und Kommune. In: »Contraste«, Januar 2005, S. 5; Kommune Niederkaufungen: In Gefahr und größter Not bringt der Mittelweg den Tod! »Grundsatzpapier«, Hamburg 1983; Shlomo Shalmon: Die Kommune Niederkaufungen. Portrait einer heutigen Großkommune im Landkreis Kassel. Lage 1998.

29 Aus dem Grundsatzpapier von 1983.

30 Uli Barth: Was bewegt sich in den Gemeinschaftsszenen? In: AG Spak Bücher (Hrsg.): Jahrbuch Nachhaltiges Wirtschaften. Ausg. 1. Neu-Ulm 2001, S. 71-78.

31 <http://www.kommuja.de/wiki/index.php/Kommunen> (Zugriff: 11. Juli 2010).

suche der (Wieder)Herstellung von Lebens- und Erfahrungszusammenhängen, neuen Formen des Zusammenlebens und der Integration von Arbeit und Freizeit als Versuche zur Entwicklung einer Gegenkultur zum bestehenden kapitalistischem System zu werten.

Kommunen, die nach diesen Kriterien arbeiten, versuchen, die Arbeit als ein Instrument zurückzuerobern, durch das sie sich selbst verwirklichen können und mit dem sie auf die Gestaltung ihrer Mit- und Umwelt einwirken können. Die Beteiligung an politischen Kampagnen und Aktionen ist für etliche Kommunemitglieder selbstverständlich. Sie ist Teil ihrer politischen Arbeit und wird daher auch als Arbeit gewertet.

## **Perspektiven**

Die demokratischen Beteiligungsformen, die in Selbstverwalteten Betrieben oder Kommunebetrieben, aber auch in manchen neuen Genossenschaften praktiziert werden, sind mehr als Mitbestimmung und auch mehr als Demokratie am Arbeitsplatz. Die meisten praktizieren neue Möglichkeiten der Partizipation bis hin zu Experimenten mit weitgehend selbstbestimmten Arbeitsformen und Kapitalneutralisierung. Sie sind Ansätze radikaler Kritik an der abhängigen Erwerbsarbeit und – soweit es sich um kommunitäre Arbeits- und Lebensformen handelt – üben gleichzeitig Kritik an der Struktur der Kleinfamilie. Mitarbeitende und EigentümerInnen sind identisch und alle Kollektivmitglieder haben im Idealfall ein gleiches Entscheidungsrecht in betrieblichen Belangen. Dass die Alternativbewegung die neoliberale Wirtschaftsordnung nicht grundsätzlich in Frage stellen kann, war und ist den meisten AktivistInnen bewusst, viele hatten diesen Anspruch gar nicht.

Die hohe Identifikation der Beschäftigten ist es vor allem, die »normale« Unternehmer nach solchen Konzepten schielen lassen, die ihnen mehr Motivation und Arbeitszufriedenheit ihrer Mitarbeiter versprechen, auch wenn sie ihnen keinen höheren Lohn und Aufstiegspositionen bieten wollen. Auch in dieser Hinsicht ist die Alternativbewegung ein wichtiges Experimentierfeld, das auf die New Economy der späten 1990er Jahre ebenso ausstrahlte, wie auf Start-up-Unternehmen und sich als »neue Unternehmenskultur« bezeichnende Managementstrategien.<sup>32</sup> Diese Strategien zu beurteilen, ist nicht Aufgabe dieses Artikels.

Die AkteurInnen der Alternativökonomie und der Kommunebewegung setzen, wie andere Alternativen auch, auf die Kraft des Experiments und des Vorlebens. Sie sind der Überzeugung, dass es notwendig ist, Macht, Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt in unserer Gesellschaft grundsätzlich in Frage zu stellen, anstatt zu glauben, sie für die eigenen Zwecke gestaltbar und nutzbar machen zu

32 Arndt Neumann: Kleine geile Firmen. Hamburg 2008.

können. An ihrer Existenz kann beispielhaft aufgezeigt werden, dass Möglichkeiten einer anderen, demokratischeren und ebenbürtigen Lebens- und Arbeitswelt nicht nur in den Köpfen und Büchern von Menschen zu finden sind, die sich theoretisch damit auseinandersetzen, sondern dass sie in Ansätzen hier und heute lebbar sind. Vielleicht gelingt es solchen Zusammenschlüssen wirklich, »ihre Anschauungen in neue Kreise zu tragen«, wie es Anarchisten für die neu entstehenden Bewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg erhofft hatten.<sup>33</sup>

Mit zunehmender neoliberaler Globalisierung der warentauschenden Gesellschaft werden auch für die Gewerkschaften Konzepte für eine Neuordnung des globalen, politischen und ökonomischen Systems der Wirtschaft unumgänglich. Beispiele können Konzepte der Arbeiterräte, der Wirtschaftsdemokratie und der erweiterten Mitbestimmung im Rahmen des Programms zur Humanisierung des Arbeitslebens bieten, wie sie in der Bundesrepublik sowohl in der sozialrevolutionären Rätebewegung in der Novemberrevolution 1918/19 nach dem Ersten Weltkrieg, in der Spätphase der Weimarer Republik als auch nach dem Zweiten Weltkrieg und in den 1970er und 1980er Jahren diskutiert wurden. Die Erfahrungen einer demokratischen und ökologischen Betriebs- und Arbeitsorganisation könnten nicht nur für weitere alternativ-ökonomische Betriebe, sondern auch für die Weiterentwicklung gewerkschaftlicher Betriebs- und Tarifpolitik genutzt werden. Das war in den letzten Jahren nur wenig der Fall. »Weniger arbeiten, anders arbeiten, besser leben« – war ein Slogan zu Beginn der Alternativökonomie-Bewegung, der auch für gewerkschaftliche Aktivisten aktuell wurde und für die Zukunft aktuell bleibt.<sup>34</sup> Wenn eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Parteien, Gewerkschaften, globalisierungskritischer Bewegung und anderen sozialen Bewegungen insbesondere auch der Erwerbslosenbewegung gelänge, könnten die jeweiligen Erfahrungen für mehrere Seiten genutzt werden. Dadurch würde auch der Vorwurf, dass es sich bei den alternativen Unternehmungen oder gar der gesamten alternativen Ökonomie um nichts weiter als um ein Phänomen ökonomischer Selbstorganisation einer Minderheit von »Aussteigern« handelt, entkräftet werden. Alternative Ökonomie würde zum Instrument der Veränderung in einer unsicheren Wirtschafts-, Familien- und Arbeitswelt. Ein Instrument, das nicht (nur) dort angewendet wird, wo der Markt nicht effizient funktioniert, sondern vor allem dort, wo innovative Ideen auf fruchtbaren Boden fallen, weil sie MitstreiterInnen finden.

Was Karl-Heinz Roth 1980 geschrieben hat, gilt allerdings auch heute: »Die Selbstverwirklichung ist ein sozialer Prozess, sie verlangt die soziale Aneignung und Umverteilung des gesamten gesellschaftlichen Reichtums.«<sup>35</sup> Darauf wollen

33 Vgl. Rudolf Rocker: Zur Betrachtung der Lage in Deutschland. Die Möglichkeit einer freiheitlichen Bewegung. New York-London-Stockholm 1947.

34 Hinrich Oetjen: Auf der Suche nach Alternativen. In: DGB-Bundesjugendschule (Hrsg.): Kapitalismus ohne Alternativen? Neu-Ulm 1999, S. 143-146, hier S. 146.

35 Karlheinz Roth (1980): Die Geschäftsführer der Alternativbetriebe. In: »radikal«. Zeitung für unkontrollierte Bewegungen. Nr. 79, S. 10 ff.

die jetzt tätigen AkteurInnen freilich nicht warten. Sie haben ein Fenster in eine herrschaftsfreie Welt aufgetan. Sie setzen auf die Kraft des Vorlebens und des Experiments, stellen sich den Herausforderungen der GrenzgängerInnen und versuchen, aus Träumen Leben werden zu lassen. Und das, obwohl heute utopisches Denken nicht gerade hoch im Kurs steht.

## »Mein Bauch gehört mir«

### Der Kampf der Frauen um das Recht auf Selbstbestimmung (§ 218 StGB)

Eine Massenbewegung, die im Zusammenhang mit den Neuen Frauenbewegungen entstand, und weit über die studentischen Diskussionsgruppen hinausreichte, formierte sich in den 1970er Jahren in der BRD in den Kampagnen gegen den Abtreibungsparagrafen 218 des Strafgesetzbuches. Frauen gingen gemeinsam auf die Straße, verteilten Flugblätter, sammelten Unterschriften, organisierten Busfahrten zur Abtreibung in das liberalere Holland. Der Slogan: »Mein Bauch gehört mir!« wurde zum Markenzeichen des bundesdeutschen Feminismus. Er artikulierte die Forderung nach Selbstbestimmung über den eigenen Körper, nach der ersatzlosen Streichung des § 218 aus dem StGB, nach umfassender sexueller Aufklärung, selbstbestimmter Sexualität und freiem Zugang zu Verhütungsmitteln.

Die Forderungen nach Liberalisierung des Rechts wurden von scharfen Debatten und Protesten, besonders von fundamentalistischen Christen, aber auch von Vertretern der beiden Kirchen, begleitet.<sup>1</sup>

Zum besseren Verständnis der Aktualität des Kampfes um den § 218 soll im Folgenden zunächst ein Blick in die weit zurückgehende Geschichte des »Abtreibungsparagrafen« geworfen werden. Anschließend wird der Kampf der Frauen, die bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht mit der frauenfeindlichen doppelten Moral, die sich in dem Paragraphen manifestierte, einverstanden waren, dargestellt. Aus dem historischen Exkurs wird nicht nur die mehrfach gespaltene Moral deutlich, es zeigt sich auch, wie wenig es um »Lebensschutz« und Menschenwürde oder Demokratie und Humanität geht. Es wird deutlich: Es geht um die Kontrolle weiblicher Reproduktionsfähigkeit und um die Durchsetzung von Herrschaftsansprüchen und um bevölkerungspolitischen Interessen. Auch in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg mit der konservativen Familienideologie der Ära Adenauer waren die Reaktionäre, Moralapostel und selbsternannten »Lebensschützer« nicht bereit, den Forderungen nach Selbstbestimmung, das selbstverständlich zu einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft gehört, nachzukommen. Familienpolitikerinnen, die andere Vorstellungen hatten als die Machthabenden, hatten es schwer. Auf diese Situation antwortete die Neue Frauenbewegung mit ihren Protesten seit Beginn der 1970er Jahre. Am Ende des Arti-

1 Vgl. hierzu auch: Gisela Notz: Warum flog die Tomate? Die autonomen Frauenbewegungen der Siebzigerjahre. Neu-Ulm 2006.

kels wird die Situation nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten beschrieben und die aktuelle Situation aufgezeigt, die leider nicht von ähnlich lautstarken Protesten begleitet wird.

## **Abtreibung und der § 218**

Der Begriff »Abtreibung« taucht zum ersten Mal im Jahre 1532 in der »Peinlichen Gerichtsordnung« Kaiser Karl V. auf. Abtreibung wurde danach mit Folter durch den »glühenden Zangenriss« und Tod durch das Schwert bestraft. 1768 unterzeichnete Kaiserin Maria Theresia die »Constitutio criminalis«, nach der Abtreibung ebenfalls mit dem Tod durch das Schwert bestraft wurde. In der Folgezeit war das Auspeitschen von Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch hatten vornehmen lassen, an der Tagesordnung. Nach dem Strafgesetz wurde Selbstabtreibung erstmals 1813 geahndet, und zwar in Bayern. Die »Schuldige« sollte danach eine Strafe von vier bis acht Jahren Arbeitshaus erhalten, für Fremdadtreibungen waren 16- bis 20-jährige Zuchthausstrafen vorgesehen. 1870 wurde das preußische Strafgesetzbuch verabschiedet, nach dem Abtreibungen per Gesetz schlichtweg verboten waren.

Der § 218 des Strafgesetzbuches wurde nach der Gründung des Deutschen Reiches, am 15. Mai 1871 in Kraft gesetzt. Damals wurde eine Schwangere, »welche ihre Frucht abtreibt oder im Leib tötet«, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft. Bei »mildernden Umständen« konnte die Zuchthausstrafe in eine Gefängnisstrafe umgewandelt werden.

Den meisten Frauen der ersten sozialistischen Frauenbewegung war die himelschreiende Ungerechtigkeit des § 218 ebenso klar wie einigen Frauen aus bürgerlichen Frauenorganisationen und Frauen späterer Generationen. Sie wandten sich dagegen, dass das Strafrecht Frauen als Verantwortliche schwer bestraft, während die Ehegesetze sie zu rechtlosen Objekten machen, denn Ehemänner durften ihre Frauen bis 1997 straflos vergewaltigen. Und selbst bei der noch nicht so lange zurückliegenden Diskussion wollte die CDU/CSU eine Widerspruchsklausel für die anzeigende Frau einbauen, was weiterem Druck und weiterer Gewalt durch den Vergewaltiger Tür und Tor geöffnet hätte.

## **Die Theorie der neuen Ethik**

Der Kampf um das Recht auf Selbstbestimmung war immer mit der Kritik an der herrschenden patriarchalen Gesellschaftsordnung verbunden. Helene Stöcker (1869–1943)<sup>2</sup> entwickelte Anfang des 20. Jahrhunderts die »Theorie der neuen

2 Vgl. Christl Wickert: Helene Stöcker 1869–1943. Frauenrechtlerin und Pazifistin. Eine Biographie. Bonn 1991.

Ethik«. Diese war die Grundlage einer gleichberechtigten Beziehung zwischen Frau und Mann. Danach sollten Frauen nicht nur berufstätig sein können und als Staatsbürgerinnen anerkannt sein, sondern ihr Leben auch auf ihrer erotischen Eigenständigkeit aufbauen können. Sie selbst wollte eine Lebensgemeinschaft nach ihren Vorstellungen aufbauen, stieß aber bald an die Grenzen des Wunsches vorbehaltlos zu lieben und den Anforderungen einer selbständigen Frau gerecht zu werden. Männer, so schrieb sie damals, seien diejenigen, die noch nicht in der Lage seien, mit einer Frau mit eigener Persönlichkeit und eigenen politischen Interessen zu leben. Das ist heute (hoffentlich) anders. Im Jahre 1905 – als Frauen sich eigentlich noch nicht organisieren durften – gründete sie den Bund für Mutterschutz und Sexualreform, dessen Zeitschrift »Die neue Generation« sie bis 1933 herausgab. Der Bund wollte schon damals die rechtliche Gleichstellung der »unehelichen« Kinder und nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Damit die Frau selbst entscheiden kann, wann sie ein Kind haben will, verlangte er den freien Zugang zu Verhütungsmitteln, frühzeitige sexuelle Aufklärung und die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch.

Etwa um die gleiche Zeit brachte Alma Wartenberg (1871–1928) aus Hamburg<sup>3</sup> mit ihren Vorträgen über Geburtenkontrolle und sexuelle Aufklärung, die oft von mehreren hundert Zuhörerinnen besucht wurden und während derer sie öffentlich Aufklärungsschriften und Verhütungsmittel verteilte und verkaufte, die Justiz, die Ärzteschaft und kirchliche Kreise gegen sich auf. Mehrfach drohten ihr Gefängnisstrafen. Sie jedoch erklärte, dass allein die Frau das Recht habe, über ihren Körper und die Zahl ihrer Geburten zu bestimmen.

Die Kirchen spielten in der Auseinandersetzung immer eine große Rolle. Es mag der Einfluss der kirchlichen Frauenorganisationen gewesen sein, der dazu führte, dass sich im 1894 gegründeten Bund Deutscher Frauenvereine konservative und reformerische Vereine um die Stellung lediger Mütter und den Abtreibungsparagrafen stritten. Im Juni 1909 brachte der Bund Deutscher Frauenvereine eine Petition zur Reform des § 218 des Strafgesetzbuches in den Reichstag ein. Er wollte eine Strafmilderung für die Abtreibende erreichen und schlug Straffreiheit im Zusammenhang mit einer Fristenlösung vor. Erfolg hatte der Bund bei den im Reichstag vertretenen Herren nicht.

Schon damals wurde der Geburtenrückgang beklagt, auch bei den ProletarierInnen oder zumindest den besser verdienenden FacharbeiterInnen. Die Zahl der »Militärtauglichen« nahm ab. Der Kaiser brauchte Soldaten. Zu allen Zeiten waren Sexualpolitik und Bevölkerungspolitik eng verbunden.

3 Vgl. Frauen-Geschichtsgruppe des Stadtteilarchivs Ottensen: Aufgeweckt. Hamburg 1988, S. 182-194.

## Nach dem Ersten Weltkrieg

Erst nach dem schrecklichen Ersten Weltkrieg, 1920, brachten die Sozialdemokraten den Antrag ein, den Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten straflos zu lassen (Fristenlösung). Obwohl nun erstmals Frauen im Reichstag saßen, scheiterte die SPD an den Mehrheitsverhältnissen. 1926 gelang es schließlich, die Abtreibung vom Verbrechen in ein Vergehen umzuwandeln. Abtreibung wurde nun nicht mehr mit Zuchthaus, sondern »nur noch« mit Gefängnis bestraft. Der Bund für Mutterschutz um Helene Stöcker richtete im Januar 1924 in Hamburg seine erste Sexualberatungsstelle ein. Weitere Beratungsstellen folgten im ganzen Deutschen Reich. Das Reichsgericht erkannte 1927 die medizinische Indikation des Schwangerschaftsabbruchs erstmals an, wenn das Leben der Mutter durch das Embryo in Gefahr war.

Obwohl die Weimarer Verfassung die Familie auf der Gleichberechtigung der Geschlechter gegründet wissen wollte, fand eine Revision des patriarchalischen Familienrechts des BGB nicht statt. Dennoch erblickte man wieder einmal überall Zeichen familialen Niedergangs durch eine liberale Sexualität, steigende Scheidungs- und Abtreibungsziffern, sinkende Geburtenraten, uneheliche Geburten und – natürlich – durch die zunehmende »Erwerbsneigung« der Frauen und deren Beteiligung am politischen Geschehen. Schließlich durften Frauen nun wählen und gewählt werden. Mit dem Gewählt-Werden und der liberalen Sexualität hatte es bald ein Ende.

## Machtübernahme durch die Nationalsozialisten und der Zweite Weltkrieg

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Joseph Goebbels, erklärte 1933: »Den ersten, besten und ihr gemähesten Platz hat die Frau in der Familie, und die wunderbarste Aufgabe, die sie erfüllen kann, ist die, ihrem Land und Volk Kinder zu schenken.«<sup>4</sup> Auch Adolf Hitler verwies auf den Stellenwert der bürgerlichen Familie, der in der Weimarer Republik zu kurz gekommen sei, weil Frauen ihre Aufgaben und Pflichten als Mütter vernachlässigt hätten, um mit den Männern um politische Macht, Berufe und Geld zu konkurrieren. Das Elend, das die nationalsozialistische Herrschaft für die Menschen brachte, ist bekannt. Die nationalsozialistische Herrschaft bedeutete, dass einerseits das hohe Lied der deutschen Mutter gesungen wurde, die später in der Rüstungsindustrie tätig werden sollte, gleichzeitig die Frauen, die nicht in das Bild passten, verfolgt, diskriminiert, zwangsweise sterilisiert, gedemütigt und getötet wurden. Während »keimendes hochwertiges« Leben geschützt wurde, sollte werdendes »minder-

4 Das notierte Joseph Goebbels kurz vor der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten 1932 in seinem Tagebuch. Zitiert nach Rainer Horn: Die Familienideologie im Dritten Reich. Hamburger Abendblatt vom 11.9.2007.

wertiges« Leben ausgemerzt werden. Viel zu viele Frauen und Männer haben an den Ideologien und deren praktischer Umsetzung mitgewirkt; auch das darf nicht vergessen werden.

Im Nationalsozialismus ging es nicht mehr einfach um Schwangerschaftsabbruch, sondern um Selektion des Nachwuchses. Durch das 1935 verabschiedete Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses konnte eine zu Sterilisierende einen Schwangerschaftsabbruch im Rahmen einer Sechs-Monats-Fristenregelung vornehmen lassen. Formale Bedingung für eine solche straffreie Abtreibung war unter anderem die »Einwilligung der Schwangeren«. In der Praxis sind die Wünsche und Vorbehalte von als »minderwertig« definierten Frauen allerdings oft missachtet worden. Auf der anderen Seite trat 1943 eine Verschärfung der Strafe bei Abtreibung für den Fall ein, dass »die Lebenskraft des deutschen Volkes« fortgesetzt beeinträchtigt wird. Abtreibung stand nun unter Todesstrafe für den Täter (das war die schwangere Frau). Abtreibung, die die Fortpflanzung »minderwertiger Volksgruppen« (z. B. jüdischer Frauen und Zwangsarbeiterinnen aus dem Osten) verhinderte, blieb weiterhin straflos. In der Endphase des Zweiten Weltkrieges war nach einem Erlass des Reichsministeriums des Inneren vom 14. März 1945 dann auch die Abtreibung für deutsche Frauen, die durch sowjetische Soldaten nach einer Vergewaltigung schwanger geworden waren, legal. Es ging sogar so weit, dass, wenn die Frauen nicht zu einem Abbruch bereit waren, sie durch das Gesundheitsamt »auf geeignete Weise überwacht« werden sollten, »damit eine Erfassung rassistisch unerwünschter Nachkommenschaft sichergestellt ist«. <sup>5</sup> Eine Vergewaltigung durch westalliierte Soldaten war kein Anlass für eine legale Abtreibung. Allerdings fand der § 218 von Mai bis August 1945 offensichtlich nicht mehr die Anwendung, die er während der Nazi-herrschaft erfuhr. In dieser Zeitspanne gab es ein einziges Verfahren, obwohl ungefähr 20 Prozent der vergewaltigten Frauen schwanger wurden. <sup>6</sup>

## **Nachkriegs-Sexual- und Familienpolitik<sup>7</sup>**

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die NS-Strafrechtsnovelle durch Gesetze der Besatzungsmächte aufgehoben. Die Abtreibung blieb aber strafbar. Sogar Verhütungsmittel blieben verboten. In den Ländern der sowjetischen Besatzungszone wurden zwischen 1945 und 1949 unterschiedliche Indikationenmodelle eingeführt, die jedoch nur bis 1950 gültig blieben. Denn dann wurde in der neu gegründeten DDR mit dem »Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau« ein eher restriktives Indikationen-Modell zur bedingten Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs aus medizinischen und eugenischen Gründen

<sup>5</sup> Zit. nach Helke Sander: *BeFreier und Befreite*. München 1992, S. 38.

<sup>6</sup> Sander: *BeFreier*, S. 36.

<sup>7</sup> Im Folgenden beziehe ich mich auf die Bundesrepublik Deutschland (BRD).

eingeführt, das bis 1972 in Kraft blieb. In der ebenfalls neu gegründeten Bundesrepublik wurde erst mit Wirkung vom 4. August 1953 die Todesstrafe für Fremdbtreibung aufgehoben, nachdem mit Inkrafttreten des Grundgesetzes 1949 faktisch bereits jegliche Todesstrafe abgeschafft worden war.

Die 1950er Jahre in der BRD waren Hochzeiten der konservativen Sexual- und Familienpolitik, auch wenn die gelebte Realität ganz anders aussah. Es gab vielfältige Beziehungsformen außerhalb der legalen Ehe, viele Kinder wurden »unehelich« geboren. Einerseits wurde Abtreibung bestraft, andererseits konnten »uneheliche Kinder« nicht den gleichen Rechtsstatus beanspruchen wie eheliche, weil sie aus der »bestehenden« und »gewünschten Ordnung« herausfielen.<sup>8</sup> Was die gewünschte Ordnung war, bestimmten die konservativen Parteien (und die Kirchen). Das Anliegen um die rechtliche Verankerung der Gleichstellung des unehelichen mit dem ehelichen Kind, das Frieda Nadig (SPD-Mitglied im Parlamentarischen Rat) im Grundgesetz verankert haben wollte, hatte sich als völlig aussichtslos erwiesen. Die christlich-konservative Grundeinstellung der übrigen Parteien (unterstützt durch die Kirchen) ließ verrechtlichte sexuelle Beziehungen außerhalb der als Träger des Staates geltenden Institutionen Ehe und Familie nicht zu. Nur die sexuelle Beziehung innerhalb des »Familienverbandes« entsprach der natürlichen Ordnung. »Uneheliche Kinder«, so argumentierte Helene Wessel (damals Zentrumsparterie), »können wir, selbst wenn wir wollten, nicht gleichstellen, weil wir (...) von einem anderen Ordnungsbegriff in dem Aufbau unserer staatlichen und gesellschaftlichen Gemeinschaft ausgehen.« Der Unterschied bestehe eben darin, dass ein uneheliches Kind »nicht in die Familie hineingeboren wird. Das Kind ist schuldlos, aber tragisch getroffen«, fügte Helene Weber (CDU) hinzu.<sup>9</sup>

Der Artikel 6 GG nahm die von den konservativen Parteien vertretene Auffassung von der Familie als dem wichtigsten Baustein einer Gesellschaft auf und verfestigte eine konservative Familienideologie, die Frauen und Männern eindeutige Rollen zuwies und die bis heute exklusiv für andere Lebensformen und sexuelle Orientierungen wirkt. Auch nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) bestand die Ungleichheit in der BRD bis 1977 weiter: Verheiratete Frauen durften nur dann erwerbstätig sein, wenn sie ihre Pflichten in Ehe und Familie nicht vernachlässigten. Bis 1953 zählte zu den ehelichen Pflichten auch der Geschlechtsverkehr; Verweigerung konnte als Scheidungsgrund angeführt werden. Erst 1969 wurden die »Himmlerschen Polizeiverordnungen«, die bis dahin noch in einigen Bundesländern galten und Mittel der Familienplanung, ihre Einführung aus dem Ausland sowie ihre Propagierung verbot, aufgehoben.

8 Parlamentarischer Rat: 21. Sitzung HA, 7.12.1948, S. 240. Ausführlicher zum Thema: Gisela Notz: Frauen in der Mannschaft. Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag, 1948/49 bis 1957. Bonn 2003, S. 66.

9 Parlamentarischer Rat: 21. Sitzung HA, S. 242.

Auch die Anerkennung längst gelebter Lebensformen wie Frauenwohngemeinschaften, »wilder« Ehen und »Onkelehen«<sup>10</sup> – ganz zu schweigen von homosexuellen und lesbischen Lebensweisen – stand in weiter Ferne. Eltern durften nichts davon erfahren, wenn sich die jungen Leute während ihres Urlaubs heimlich in ihrer Wohnung trafen. Schließlich galt bis 1971 in der BRD der Kuppeleiparagraph (§ 180, Abs. 2 StGB), der »die gewohnheitsmäßige oder eigennützige Begünstigung der Unzucht durch Vermittlung, Gewährung oder Verschaffung von Gelegenheiten« (auch für Erwachsene) regelte. Er saß auch aufgeschlossenen Vermietern oder Eltern erwachsener Kinder im Nacken. Angst vor einer unehelichen Schwangerschaft hatten vor allem Frauen, weil sie die Folgen zu tragen hatten. Sexuelle Aufklärung und Verhütung waren in den 1950er Jahren tabu und Verhütungsmittel waren schwer zu bekommen. Aus einem Bericht der 1952 gegründeten pro familia von 1960 geht hervor, dass die Vorurteile der Kirchen gegenüber Familienplanung noch nicht überwunden waren und die Haltung der Ärzte weiterhin ablehnend war. Ab 1961 kam zwar die Anti-Baby-Pille auf Rezept, wodurch die Verhütung von ungewollten Schwangerschaften (zunächst für verheiratete Frauen) wesentlich erleichtert, jedoch samt der gesundheitlichen Folgen, die damals allerdings kaum problematisiert wurden, maßgeblich den Frauen überantwortet wurden.<sup>11</sup>

## **Sexuelle Revolution?**

Für die im Zuge der 1970er Jahre neu entstandenen Frauenzusammenhänge bildeten die Abtreibungskampagnen bald den Kristallisationspunkt der Bewegung. Bereits im Sommer 1970 machte die Frankfurter »Frauenaktion 70« mit Straßenaktionen auf das Thema aufmerksam.<sup>12</sup> Die Kampagnen der 1970er gegen den Abtreibungsparagraphen 218 des Strafgesetzbuches standen in engem Zusammenhang mit der Frage der Gewalt gegen Frauen, die ebenso wie die »Abtreibungsfrage« Frauen der Unterschichten und Studentinnen in gleicher Weise berührten.<sup>13</sup> Die »Frauenaktion 70« war aus der Fusion einer seit 1969 bestehenden Frauengruppe der Humanistischen Union und eines Arbeitskreises der Frankfurter Volkshochschule entstanden. In der Frauenaktion waren Frauen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Zusammenhängen, sozialen Schichten, religiösen Richtungen und politischen Gruppierungen aktiv. Barbara Degen, selbst Mitglied der Gruppe, berichtete später, sie setzte sich »aus aktiven Parteifrauen, insbesondere der SPD,

10 In »Onkelehen« lebten Kriegerwitwen, die eine neue Beziehung aufgenommen hatten, aber unverheiratet blieben, um die Kriegerwitwenrente weiter zu bekommen.

11 Gisela Staube, Lisa Vieth: Die Pille. Von der Lust und von der Liebe. Reinbek 1996.

12 Renate Scheunemann, Klaus Scheunemann: Die Kampagne der »Frauenaktion 70« gegen den § 218. In: Heinz Großmann (Hrsg.): Bürgerinitiativen. Schritte zur Veränderung. Frankfurt/M. 1971, S. 68-84.

13 Vgl. hierzu Gisela Notz: Warum flog die Tomate? Die autonomen Frauenbewegungen der Siebzigerjahre. Neu-Ulm 2006.

Hausfrauen, älteren Frauen, Angestellten und Studentinnen« zusammen.<sup>14</sup> Einige Männer arbeiteten zunächst mit, zogen sich dann aber zugunsten einer reinen Frauenaktion zurück. Sie unterstützten die Gruppe weiterhin von außen.<sup>15</sup> Der aus dem SDS entstandene Weiberrat beteiligte sich zunächst nicht an den Kampagnen der Frauenaktion, weil er seine Praxis – er bot bereits konkrete Hilfen bei Schwangerschaftsabbrüchen an – nicht öffentlich machen wollte und das einseitig auf Aktionen ausgerichtete Konzept der »Frauenaktion 70« kritisierte.<sup>16</sup> Trotz anfänglicher Unstimmigkeiten zwischen autonomen und sozialistischen Gruppen waren sich die verschiedenen Frauengruppen schnell in der Zielformulierung einig: ersatzlose Streichung des § 218. Frauen unterschiedlicher Gruppierungen gingen gemeinsam auf die Straße, verteilten Flugblätter, sammelten Unterschriften, organisierten Busfahrten zur Abtreibung in das liberalere Holland. Es entstanden neue phantasievolle Aktionsformen wie Go-ins. Außerdem wurden Karteien von Ärzten, die Schwangerschaftsabbrüche durchführten, angelegt. Der Slogan: »Mein Bauch gehört mir!« wurde zum Markenzeichen des bundesdeutschen Feminismus. Er artikulierte die Forderung nach Selbstbestimmung über den eigenen Körper.<sup>17</sup>

Sie forderten nicht nur die ersatzlose Streichung des § 218, sondern auch umfassende sexuelle Aufklärung für alle, selbstbestimmte Sexualität und freien Zugang zu Verhütungsmitteln. Auch wenn der § 218 vielfach umgangen wurde, stellte er für die betroffenen Frauen eine unsägliche Härte dar. Da die Preise für eine illegale Abtreibung stark variierten, erschien Abtreibung vor allem als soziales Problem. Das hatte zur Folge, dass viele Frauen ungewollt Kinder bekommen mussten. Viele Ehen (sogenannte Muss-Ehen) wurden hauptsächlich wegen einer bestehenden Schwangerschaft geschlossen. Es waren nicht nur die bürgerlichen Parteien, die kein Interesse an einer Reformierung des § 218 hatten, sondern »Sexualmoral (...), Änderung der Scheidungsgesetze und des Paragraphen 218« waren auch für die SPD zu dieser Zeit »heiße Eisen«. Schließlich quälte sie die Sorge, kirchlich gebundene Kreise, die ja gewonnen werden sollten, abzuschrecken und sie den Unionsparteien in die Arme zu treiben. Dennoch beteiligten sich »aktive Parteifrauen, insbesondere der SPD, Hausfrauen, ältere Frauen, Angestellte und Studentinnen« an einem breiten Bündnis.<sup>18</sup>

14 Barbara Degen: Die Kraft, die uns bewegt. Utopien in der Geschichte der westdeutschen Frauenbewegung. In: »Metis«. H. 20/2000, S. 12-35, hier S. 15.

15 Kristina Schulz: Der lange Atem der Provokation. Die Frauenbewegung in der Bundesrepublik und in Frankreich 1968–1976. Frankfurt/M. 2002, S. 146.

16 Mona Steffen: SDS, Weiberräte, Feminismus? In: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail, 1964–1995. Bd. 3: Aufsätze und Register. Hamburg 1998, S. 126–140, hier S. 134.

17 Zur Kritik an der Ineinssetzung von Selbstbestimmung über den Körper und Eigentum am Körper siehe Ute Annecke: Selbstbestimmung: ein Bumerang für Frauen? Überlegungen zur aktuellen Debatte um die Selbstbestimmung. In: »beiträge zur feministischen theorie und praxis«. 1989. H. 24, S. 89-103.

18 Susanne Miller: Frauenrecht ist Menschenrecht. Zur Frauenprogrammatische der Sozialdemokratie von den Anfängen bis Godesberg. In: Willy Brandt (Hrsg.): Frauen heute. Jahrhundertthema Gleichberechtigung. Hamburg 1978, S. 52-72, hier S. 71.

Zu den Themen der neu entstandenen Frauenbewegungen gehörte auch die feministische Kritik an der Zwangsheterosexualität, an den Strukturen kleinfamiliärer Lebensformen, an der repressiven Kindererziehung und die Problematisierung geschlechtshierarchischer Arbeitsteilungen in Familie und Beruf. Die Gruppe Brot und Rosen betonte 1975 im Frauenhandbuch 1, »dass es keinen Feminismus ohne Sozialismus geben kann und keinen Sozialismus ohne Feminismus«; das war allerdings durchaus umstritten.<sup>19</sup>

Die einsetzenden Bewegungen zur Liberalisierung des Abtreibungsrechts wurden von scharfen Debatten und Protesten, besonders von Vertretern der christlichen Kirchen, begleitet. In die Geschichte eingegangen ist Alice Schwarzers Selbstbeziehungskampagne, die im »Stern« am 6. Juni 1971 auf der Titelseite veröffentlicht wurde: »Wir haben abgetrieben.« »Millionen Frauen treiben ab – unter erniedrigenden und lebensgefährlichen Umständen. Ich gehöre dazu – ich habe abgetrieben... Wir fordern ersatzlose Streichung des § 218... Sexuelle Aufklärung für alle und freien Zugang zu Verhütungsmitteln.« Das unterschrieben 86 100 Frauen innerhalb von zwei Monaten, bekannte Schauspielerinnen, Publizistinnen, Beamtinnen, Arbeiterinnen und Hausfrauen. Maßlose Polizeiaktionen folgten, aber die Staatsanwälte hielten sich zurück. Gegen einige Frauen wurde zwar Anzeige erstattet, doch die Verfahren wurden eingestellt, denn Tausende von Anklagen hätten den revoltierenden Frauen in die Hände gespielt.<sup>20</sup>

Nachdem die Unterschriften dem damaligen Bundesminister für Justiz, Gerhard Jahn (SPD) übergeben worden waren, kamen mehrere Entwürfe zur Reform des Strafrechts in den Bundestag, die aber erst nach der Regierungsbildung unter Willy Brandt ab 1972 nach und nach beraten werden konnten, obwohl die sozialliberale Koalition (SPD/FDP) bereits bei ihrem Regierungsantritt 1969 versprochen hatte, die unter der Großen Koalition begonnene Reform fortzusetzen. Nach vielen Protesten, Aktionen, Medienereignissen und lautstarken Forderungen der Frauenbewegungen trat am 18. Juni 1974 in der Bundesrepublik die Fristenlösung, die einen Schwangerschaftsabbruch in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft straffrei lässt, in Kraft.

In der DDR verabschiedete die Volkskammer der DDR bereits am 9. März 1972 das »Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft«, das keine Zwangsberatung vorsah. Es sah eine Fristenlösung beim Schwangerschaftsabbruch vor, nach der Abtreibung innerhalb der ersten drei Monate möglich war.

Die Fristenlösung in der BRD galt nur bis zum 21. Juni 1974, das waren drei Tage, denn die CDU/CSU hatte das Bundesverfassungsgericht angerufen, das eine einstweilige Anordnung erließ, weil die Fristenregelung in wesentlichen Teilen verfassungswidrig sei. Die Reform trat somit faktisch nicht in Kraft. Das Ur-

19 Frauenhandbuch 1. Berlin 1972, S. 28; vgl. auch Helke Sander: Überlegung zur Bewegung. In: Ingeborg Mues (Hrsg.): Was Frauen bewegt und was sie bewegen. Frankfurt/M. 1998, S. 292.

20 Vgl. Notz: Warum flog die Tomate?

teil des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Februar 1975 bestätigte die Grundgesetzverletzung der Fristenregelung mit der Argumentation: »Das sich im Mutterleib entwickelnde Leben steht als selbständiges Rechtsgut unter dem Schutz der Verfassung, auch unter Art. 2 Abs. 2 und Art. 1 Abs. 1 GG, und hat auch Vorrang vor dem Selbstbestimmungsrecht der Frau.« Am 12. Februar 1976 verabschiedete der Bundestag ein neues Gesetz zum Schwangerschaftsabbruch, das sogenannte Indikationenmodell. Am 18. Mai 1976 trat die Neufassung des § 218 StGB in Kraft.

Sie sah grundsätzlich eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe für Ärzte vor, die Abbrüche vornehmen. In besonders schweren Fällen war eine Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren möglich. Beging die Schwangere selbst »die Tat«, so erhielt sie einer Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr. Bei medizinischer (Gefahr für die Mutter), kriminologischer (Vergewaltigung, Inzest), eugenischer (Behinderung des Kindes) und »Notlagenindikation« (psychische und soziale Ausnahmesituationen) konnte Frauen der Abbruch gewährt werden – oder auch nicht.

Im Zuge des Prozesses der Wiedervereinigung wurde die Diskussion noch einmal aufgenommen. 1990 – im Jahre der Wiedervereinigung – legte die SPD einen Gesetzentwurf vor, der eine Regelung des Schwangerschaftsabbruchs außerhalb des StGB vorsah. Am 16. Juni 1990 demonstrierten in Bonn etwa 10 000 Menschen für und etwa 3 000 gegen die ersatzlose Streichung des § 218. Es folgten heftige öffentliche Debatten über die künftige Regelung des Schwangerschaftsabbruchs und die entsprechenden Formulierungen im Einigungsvertrag.

Die Hoffnung, dass die Argumente vieler Frauen und frauenpolitischer Organisationen, vor allem aus der DDR, die die Position vertraten, dass die weitergehende Regelung der Fristenregelung für beide Teile Deutschlands gelten musste und die Zwangsberatung zu streichen sei, wurde jedoch nicht erfüllt. Sie haben sich nachdrücklich dagegen ausgesprochen, den für die BRD geltenden § 218 mit der Zwangsberatung im vereinigten Deutschland weiter gelten zu lassen. Die damalige Bundesvorsitzende von pro familia Monika Simmel-Joachim sandte im Juli 1990 ein Telegramm an den damaligen Bundeskanzler, indem sie ausdrückte, dass die Bundesregierung die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12.3.1990 respektieren müsse: nämlich, dass die freie Gewissensentscheidung ungewollt Schwangerer auch im künftigen Deutschland anerkannt wird. Das hieße: weg mit der Zwangsberatung im Westen. Die Beratung müsse freiwillig und unabhängig gegenüber Dritten sein, der Ratsuchenden dürfe keine Wertorientierung aufgedrängt werden.

Mit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 galten für das »neue Deutschland« schließlich zwei verschiedene Regelungen. Für die alten Bundesländer galt die Indikationsregelung, für die neuen Bundesländer die Fristenregelung, so wie es die früheren beiden deutschen Staaten vorgesehen hatten. Es dauerte bis zum 26. Juni 1992, dann verabschiedete der Bundestag eine Neufassung des Schwan-

geren- und Familienhilfegesetzes, nach der die Fristenregelung mit Beratungspflicht für das gesamte Bundesgebiet gelten soll. Bereits am 5. August 1992 wurde durch eine einstweilige Anordnung des Bundesverfassungsgerichts verfügt, dass das Schwangeren- und Familienhilfegesetz nur teilweise in Kraft treten konnte. Nicht in Kraft treten konnten die Änderung des Strafgesetzbuches und die Aufhebung der auf dem Gebiet der ehemaligen DDR fortgeltenden Vorschriften. Am 28. Mai 1993 wurde mit Urteil des Bundesverfassungsgerichts eine Übergangsregelung für das gesamte Bundesgebiet verabschiedet, die ab 16. Juni 1993 galt. Am 1. Oktober 1995 trat schließlich das Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz in Kraft, das bis heute gültig ist.

Danach sind Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich strafbar, es sei denn die Schwangere weist innerhalb von zwölf Wochen nach der Empfängnis durch eine Bescheinigung nach § 219 nach, dass sie sich mindestens drei Tage vor dem Eingriff hat beraten lassen (Beratungspflicht). Die Pflichtberatung soll »ergebnisoffen« geführt werden, aber dem »Schutz des ungeborenen Lebens dienen«.

Für die Frauen der Alt-BRD war das eine kleine Verbesserung, für die Frauen der ehemaligen DDR eine eindeutige Verschlechterung. Sie mussten die »Kröte« der Zwangsberatung schlucken. Seitdem ist es von Seiten der Feministinnen relativ ruhig geworden. Dass der § 218 immer noch im Strafgesetz steht, ist dennoch ein Skandal.

Eine zweite Beratungspflicht für medizinische Indikation wird seit 2004 im Bundestag immer wieder heftig diskutiert. Die Politiker der christlichen Parteien und einige andere forderten immer wieder eine weitere Bevormundung der Frauen und eine präzise statistische Erfassung der einzelnen »Fälle«. Bis 2009 hatte die CDU/CSU keinen Erfolg mit ihren eingebrachten Anträgen.

## **Die neue Abtreibungsdebatte**

»Weg mit dem § 218« ist aus dem Vokabular der Frauenbewegungen verschwunden. Sie haben sich mit der Drei-Monats-Frist mit Pflichtberatung arrangiert. Der Familienpolitiker der CSU Johannes Singhammer hat die emotional aufgeladene Diskussion neu eröffnet, indem er gemeinsam mit Volker Kauder (CDU) einige Wochen vor Weihnachten 2008 einen Gesetzentwurf zu Spätabtreibungen vorlegte, den er damit begründete, eine ins Stocken geratene Debatte wieder in Gang bringen zu wollen. Dabei ging es um die gesamte medizinische Indikation nach der 12. Woche.

Die am 13. Mai 2009 beschlossenen und am 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Änderungen werden keinen Schwangerschaftsabbruch nach medizinischer Indikation verhindern. Nun müssen Frauen, die nach der 12. Schwangerschaftswoche eine medizinische Indikation vornehmen wollen, sich beraten lassen und zwischen Beratung und Eingriff mindestens drei Tage Bedenkzeit verstreichen lassen.

Der die Diagnose stellende Arzt ist zur Beratung verpflichtet, kommt er ihr nicht nach, muss er mit einem Bußgeld von bis zu 5 000 rechnen. Parlamentarierinnen aus SPD, Grünen und Linken, pro familia und elf weitere Verbände hatten sich entschieden gegen den Antrag zur Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes ausgesprochen. Berücksichtigt wurden jedoch lediglich deren datenschutzrechtliche Einwände. Die psychische Belastung für betroffene Schwangere wird erheblich wachsen. Künftig erschwerende Bedingungen in Deutschland werden zu höheren Abbruchzahlen im Ausland führen und damit zu höheren Kosten für die Betroffenen.

Es gibt weder historisch noch aktuell Anhaltspunkte dafür, dass Bestrafungen zu weniger Schwangerschaftsabbrüchen führen. Je restriktiver die Gesetze sind, desto eher wird der Schwangerschaftsabbruch zum sozialen, gesundheitlichen und ökonomischen Problem für die Frau. Unsachgemäße Schwangerschaftsabbrüche sind weltweit die Hauptursache für den Tod schwangerer Frauen. Die neuen Regelungen werden dazu führen, dass die Bereitschaft von Medizinern, eine medizinische Indikation auszustellen, weiter sinkt. Die psychische Belastung für betroffene Schwangere wird erheblich wachsen.

Heute stößt der organisierte Druck orthodoxer und fundamentalistischer Christen und selbsternannter »Lebensschützer«, bei (fast) allen politischen Parteien auf offene Türen. Das Thema wird die Parteien und vor allem betroffene Frauen noch weiter beschäftigen.

## »Erwerbslose aller Länder – vereinigt euch!«

### Eine kurze Reise in die Widerstandsgeschichte von Erwerbslosen in Deutschland

Erwerbslose haben innerhalb der Geschichte sozialer Bewegungen eine bis heute kaum beachtete, aber durchaus wichtige Rolle gespielt. Erstmals tauchten sie zu Beginn der Industrialisierung mit der ihnen eigenen, direkten Formen des Widerstandes und der kritischen Auseinandersetzung mit Hierarchien auf. Bereits zu diesem frühen Zeitraum kristallisierten sich Erfahrungen im tagtäglichen Widerstehen, wie auch im kollektiven Kampf heraus, die auch noch heute Gültigkeit besitzen: Erwerbsloseninteressen sind keine Stellvertreterinteressen, sie können nur von den Betroffenen im Vertrauen auf die eigene Kraft durchgesetzt werden, Autoritäten oder Organisationen mit stark hierarchischen Strukturen wurden mit Misstrauen begleitet und radikale Verhaltensweisen zur Durchsetzung eigener Interessen galten als akzeptabel und sinnvoll.

Die Geschichte von Erwerbslosen, ihren Aktivitäten und Formen der Organisation wurde meist verleugnet, selten vermerkt, bis zur Unkenntlichkeit bearbeitet oder von anderen Bewegungen vereinnahmt.

#### **Kurzer Exkurs in die Geschichte**

Von Anfang an hatten Erwerbslose nicht nur gegen staatliche oder konservative Organisationen bzw. Behörden zu kämpfen, sondern mussten gegen parlamentarische Vorstellungen von Sozialdemokratie und Gewerkschaft ihre Forderungen auf der Straße manifestieren. Nicht selten wurden ihre lebensnotwendigen Ansprüche von Ausschuss zu Ausschuss gereicht, um dann letztendlich abgelehnt zu werden. So in den Jahren 1892 bis 1894, als es in Berlin neben dem Aufstellen von politischen Forderungen und Sofortprogrammen zu Lebensmittelunruhen und Enteignungsaktionen kam.

Am 25. Februar 1892 versammelten sich Tausende erwerbsloser Bauarbeiter, Maurer, Zimmerer, Töpfer, Maler, Stuckateure, Tapezierer und andere Berufszweige zu einer Erwerbslosenkundgebung. Längst hatte sich parallel zur deprimierenden Beschäftigungssituation die wirtschaftliche Versorgungslage vieler Erwerbsloser und ihrer Familien soweit zugespitzt, das an die Reaktion der Herrschenden hohe Erwartungen geknüpft wurden. Vorherige Versammlungen verliefen eher ruhig und endeten meist mit der Verabschiedung von (erfolglosen) Resolutionen.

Die Nachricht, dass eine Deputation der zusammengekommenen Bauarbeiter gegenüber dem Berliner Magistrat ohne Erfolg den Rückmarsch antreten musste, führte trotz beschwichtigender Reden mehrerer Referenten zu einer spontanen Demonstration. Mit dem ihnen eigenen Politikverständnis wurde nicht nur nach Brot und Arbeit verlangt, sondern auch das Ziel festgelegt: »Wir wollen nach dem Schloss! ... Zum Kaiser; er soll uns sehen, wir sind friedliebende Staatsbürger, die verhungern müssen!«<sup>1</sup> Offensichtlich schien es vielen Erwerbslosen unverständlich, wie ein Oberhaupt, das sie womöglich verehrten, ihrer Not gegenüber untätig bleiben konnte. Sie bewegten sich somit im Kontext der sittlichen Ökonomie der Armen (E. P. Thompson). Das visuelle Bild der Armut sollte den Kaiser zur Hilfe mahnen und an seine sozialen Verpflichtungen erinnern.

Mit dem frühen Einsatz von Polizei und später Militär wurde dieser Zusammenhang aufgelöst. Jene Erwerbslosen, die sich bis zum Schloss durchkämpfen konnten, wurden enttäuscht. Der Schlossherr zeigte kein Interesse, den Besitzlosen Rede und Antwort zu stehen. Selbsthilfeaktivitäten erhielten somit als letztes Mittel eine gesellschaftliche Legitimität, die bewusstseinsmäßig als Notmaßnahmen von der Mehrzahl der Erwerbslosen begriffen wurde.

Bis zum 27. Februar kam es immer wieder zu Demonstrationen, Sachbeschädigungen und Plünderungen in Lebensmittel-, Bäcker- (»Wir sahen, wie die Menge, nachdem sie einem Bäcker am Grünen Weg die Scheiben zertrümmert hatte, den Laden ausräumte und die Waren sofort aß.«<sup>2</sup>), Spirituosen- und anderen Läden. Vier Tage sollte es dauern, bis der Polizeisäbel in Berlin wieder Ruhe und Ordnung herstellte.

Dieses unorganisierte und undisziplinierte Verhalten Berliner Erwerbsloser wirkte auf die deutsche Sozialdemokratie wie ein Schock. Bemüht, nach dem Fall des Sozialistengesetzes, im parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf Regierungstauglichkeit zu beweisen,<sup>3</sup> kam ihnen der »Mob« auf der Straße äußerst ungelegen.

In einem Aufruf an die Arbeiter Berlins appellierte die SPD an die »klassenbewussten« Parteigänger, »... ihren ganzen Einfluss dahin aufzubieten, dass jeder Arbeiter diesen Ansammlungen fernbleibe«, denn »Exzesse und Krawalle können den berechtigten Bestrebungen der Arbeiterklasse nur zum Nachteil gereichen, und ein Feind seiner eigenen Klasse ist jeder Arbeiter, der sich an solchen Vorkommnissen beteiligt oder sie auch nur moralisch unterstützt«.<sup>4</sup>

Um ihr faktisches Teilnahmeverbot zu rechtfertigen, wurden die kämpfenden Erwerbslosen als Lumpenproletarier bezeichnet, deren soziale Zusammensetzung aus »Verelendeten und Verkommenen, Verbrechern, Raufbolden, Zuhältern« be-

1 »Der Sozialist«, 6. März 1892. In: Gudrun Fröba, Rainer Nitsche: »... ein bisschen Radau ...« Arbeitslose machen Geschichte. Berlin 1983 (im Folgenden Radau), S. 44.

2 »Der Sozialist«, 13. März 1892. In: Radau, S. 46.

3 Manfred Scharer: Arbeiterbewegung im Obrigkeitsstaat. Berlin 1976, S. 51 ff.

4 »Vorwärts«, 27. Februar 1892. In: Radau, S. 49.

stunden, »die abwechselnd von Zuchthauskost und Armenkost ihr tägliches Dasein«<sup>5</sup> fristeten.

Auf dem im November 1892 stattfindenden Parteitag der SPD rief Wilhelm Liebknecht aus: »Arbeiter sind keine Lumpen« und stellte erleichtert fest: »Jedenfalls haben unsere Parteigenossen bei den Februarkrawallen weder Fenster eingeworfen, noch Läden geplündert; wer das getan hat, verdient den Namen Lumpenproletarier, und zwar in noch schlimmerem Sinne als Marx ihn gebraucht hat. (Andauernder lebhafter Beifall und Händeklatschen.)«<sup>6</sup> 1892 verpasste es die SPD, sich an die Spitze der Erwerbslosenbewegung zu stellen und uneigennützig für die Interessen der Besitzlosen zu streiten. Stattdessen distanzierte sie sich von den spontanen Aktionen, versagte ihr die praktische Solidarität und platzierte sie in die soziale Ecke von Zuhältern und Raufbolden. Diese Position entsprach nicht nur der tiefen Abneigung parteilicher Gremien gegen undiszipliniertes, Ruhe und Ordnung störendes Verhalten, sondern berücksichtigte auch den Stand des Bewusstseins des »normalen«, auf seine Arbeit stolzen sozialdemokratischen Mitgliedes. Bildung und Aufstieg schien ihm näher zu sein als Solidarität und Klassenkampf.<sup>7</sup>

Und eine weitere Erfahrung gelangte ins Bewusstsein der Erwerbslosen:

Solange sie sich ruhig und gesittet verhielten, wurde mit ihnen geredet und Versprechungen getätigt. Forderten sie diese ein oder handelten sie auf eigene Initiative, stellte sich ihnen Polizei oder Militär entgegen und wohlthätige Vereine, wie auch Arbeiterorganisationen rückten von ihnen ab. Eine Erfahrung, die sich auch in späteren Jahrzehnten bestätigte und zu einem kritischen bis ablehnenden Verhältnis gegenüber den Organisationen der Beschäftigten führte.

Aber auch eine andere Einsicht konnte gesammelt werden. Am 3. April 1892 meldete »Der Sozialist«: »Die Demonstrationen der Arbeitslosen in Berlin haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Der Magistrat hat schleunigst eine Anzahl städtischer Arbeiten – Bauten usw. – in Angriff genommen, um dem Notstande wenigstens teilweise zu steuern. Die Verzweiflungsakte der Hungernden müssen doch den Vertretern der heutigen Ordnung allenthalben einen gewaltigen Schreck eingejagt haben. Sonst würde man wohl das Vorhandensein eines Notstandes noch immer in Abrede stellen.«<sup>8</sup>

Erkenntnisse dieser Art prägten Bewusstsein und Verhalten ganzer Generationen von Erwerbslosen. In verschiedenen geschichtlichen Epochen kam dieses Wissen zusammen mit spezifischer Beschlagenheit zum Tragen. So gab es während der Weimarer Republik außer den Aktivitäten der organisierten Erwerbslosenräte und -ausschüsse, die zu großen Teilen der KPD nahe standen ..., immer

5 Ebenda.

6 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD, 14 bis 21. November 1892. Berlin 1892, S. 272 ff. (Nachdruck ohne Datum).

7 Manfred Scharrer: Arbeiterbewegung im Obrigkeitsstaat, S. 51 ff.

8 Zitiert in: Radau, S. 70.

wieder spontane, aus der sozialen Aktualität erwachsene Aktionszusammenhänge (z. B. gegen die Zwangsäumung von Mietwohnungen) und eigenständige Selbstorganisationsversuche, besonders von jugendlichen Erwerbslosen (z. B. die »Wilden Cliques«). Sie nutzten die Möglichkeiten der dauerhaften Erwerbslosigkeit zur selbständigen, ungebundenen Freizeitgestaltung, die nicht selten auch politische Aktionsformen mit einschloss.<sup>9</sup>

Hinzu kommt noch der erst in jüngster Zeit stärker erforschte Bereich des Widerstandes gegen Pflicht- und Notstandsarbeit sowie gegen Arbeitsdienstmaßnahmen am Ende der Weimarer Republik und in den Anfängen des Nationalsozialismus. Dabei handelte es sich um den individuell-spontanen, unorganisierten und zersplitterten Kampf von Erwerbslosen und Arbeitsverpflichtenden, die sich dem Arbeitszwangszumutungen der jeweilig Herrschenden widersetzen.<sup>10</sup>

Zwei Erfolge der Erwerbslosenbewegung in dieser Zeit seien herausgegriffen: Aus den Reihen der Erwerbslosen hatte es nur in unbedeutendem Maße Streikbrecherdienste gegeben und dies trotz des materiellen Druckes und großer Armut. In vielen Fällen unterstützten Erwerbslose aktiv die Streiks von Arbeiter und Angestellten, ohne deren Einsatz etliche Betriebskämpfe nicht erfolgreich gewesen wären. Und entgegen landläufiger Meinung konnte über die politischen Auseinandersetzungen der Einfluss faschistischer Kräfte auf Erwerbslose gering gehalten werden. Dies zeigte auch die Analyse der damaligen Wahlergebnisse (je höher der Arbeitslosenanteil in den Wahlkreisen war, desto schlechtere Ergebnisse erzielte die NSDAP<sup>11</sup>).

## Neubeginn

Über Aktivitäten von Erwerbslosen in den 1950er Jahren gibt es kaum gesammelte Informationen oder Einschätzungen. Dies mag auch daran gelegen haben, dass nach den Hungerjahren die Arbeitslosigkeit zwischen 1950 und 1956 von 1,8 Millionen Personen auf unter eine Million sank. In diesem kleinen Zeitrahmen bildeten sich Erwerbslosengruppen, die durch Einzelpersonen initiiert wurden (z. B. in Frankfurt/M.) oder als Erwerbslosenausschüsse getragen von kommunistischen Organisationen (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands [SED] oder der Freien Deutschen Jugend [FDJ]) auftraten. Ihr Einfluss schwand je mehr sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland konsolidierte.

9 Harald Rein, Wolfgang Scherer: Erwerbslosigkeit und politischer Protest. Frankfurt/M. 1993, S. 178 ff.

10 Siehe Claudia Brunner: Arbeitslosigkeit im NS-Staat. Pfaffenweiler 1997 sowie Günter Morsch: Arbeit und Brot, Frankfurt/M. 1993 und zusammenfassend: Harald Rein: Gegenwehr von Erwerbslosen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus und heutige Erwerbslosenproteste. In: FALZ (Hrsg.): Arbeitsdienst – wieder salonfähig! Frankfurt/M. 2005.

11 Ingo Haar: Zur Sozialstruktur und Mitgliederentwicklung der NSDAP. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): Wie wurde man Parteigenosse? Frankfurt/M. 2009, S. 60 ff.

Die Anfänge der siebziger Jahre markierten den Beginn eines neuen Krisenzyklus, der neben Kapitalverwertungsproblemen, auch eine veränderte Kapitalstrategie bescherte.<sup>12</sup> Keynesianische Steuerungspolitik und »besonnenes« Verhalten der Gewerkschaft reichten nicht mehr aus. In breiter Front wurden Arbeitsplätze wegrationalisiert und die Reproduktionsbedingungen der Arbeiter Schritt für Schritt eingeschränkt. Die Arbeitslosigkeit stieg ab 1975 auf über eine Million und sollte in den nächsten Jahrzehnten zum Alltag vieler Arbeitssuchender werden.

Zu diesem Zeitpunkt rebellierten Jugendliche in und außerhalb der Fabrik gegen kapitalistische Ausbeutungsstrukturen und für eine selbstorganisierte Ausbildung. Außerhalb der Produktion trafen Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz fanden oder von den Betrieben nicht übernommen wurden, auf sogenannte Aussteiger aus der Leistungsgesellschaft, die eine eigene Auffassung von selbstbestimmten Arbeiten und Leben einbrachten. In einem politischen Klima von alternativen Lebensvorstellungen und genossenschaftlichen Projekten entstanden die ersten selbstorganisierten Zusammenschlüsse von Erwerbslosen. Ziel war ein Aufbrechen des Widerspruchs zwischen Kopf- und Handarbeit sowie zwischen Privatheit und Öffentlichkeit. »Wir wollen und werden hier ein Modell entwickeln, das wir dem normalen kapitalistischen Betrieb als echte Alternative entgegenstellen können. Notwendige Voraussetzung für die Entwicklung dieses Modells ist nach unserer Erfahrung die Kombination von ›zusammen leben – zusammen arbeiten‹.«<sup>13</sup> Auf zwei überregionalen Treffen 1977 wurde der Kontakt zwischen den Erwerbsloseninitiativen verstärkt und gemeinsame Zielvorstellungen diskutiert.

Als Vorläufer der späteren bundesweiten Organisierung hatten diese frühen Zusammenschlüsse bereits Elemente des utopischen Denkens mit radikaler praktischer Arbeit verbunden. Die Infragestellung kapitalistischer Arbeitsstrukturen, das Misstrauen gegenüber institutionalisierter Sozialarbeit und die Ablehnung hierarchischer Organisationsprinzipien, bei gleichzeitiger inhaltlicher Zielsetzung auf kleine wie große gesellschaftliche Veränderungen standen im Mittelpunkt der Auseinandersetzung.

Zudem gab es Versuche der Evangelischen Kirche ebenfalls die bundesweite Zusammenarbeit von Erwerbslosengruppen voranzutreiben. Aufgrund ihres tendenziell caritativ-betreuerischen Ansatzes, verbunden mit einem kontrollierenden Einfluss auf inhaltliche Aussagen, erreichten sie aber nur einen geringen Teil des Initiativenspektrums.

Neben diesen sich langsam entwickelnden Organisationsansätzen von Erwerbslosen formierten sich vorwiegend im Hamburger Raum Zusammenschlüsse von JobberInnen. Ausgehend von der nach wie vor vorhandenen Zentralität der

12 Zusammenfassend Joachim Hirsch: Der Sicherheitsstaat. Frankfurt/M. 1980.

13 Arbeiterselbsthilfe (ASH): Wir leben die Alternative. In: Handbuch Bürgerinitiativen in Frankfurt. Frankfurt/M. 1978, S.140.

Arbeit suchten sie politische Anknüpfungspunkte zwischen den verschiedenen Widerstandslinien innerhalb und außerhalb der Fabrik. Unter der Parole »Für mehr Lohn und weniger Arbeit« sahen sie sich durchaus mit dem politischen Milieu der autonomen Bewegung jener Zeit verbunden, deren Zielsetzung eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung beinhaltete. In vielfältigen Aktionen auf Arbeits- und Sozialämtern, vor Verleihfirmen oder Ausländerbehörden und in Informationsschriften über legale und weniger legale Wege des Überlebens in einer Arbeitsgesellschaft schufen sie besonders in Norddeutschland eine kleine, aber zeitweise eifrige »Bewegung«. <sup>14</sup> Diese nordisch-erfrischende Radikalität in Verbindung mit weitreichenden gesellschaftskritischen Analysen beeinflusste einen großen Teil der im Entstehen begriffenen Initiativen von Erwerbslosen und SozialhilfebezieherInnen und sollte in den nachfolgenden zwei Arbeitslosenkongressen eine wichtige Rolle spielen.

### **»Arbeitslos – nicht wehrlos«**

#### **Der erste Arbeitslosenkongress in den achtziger Jahren**

Anfang der achtziger Jahre erlebte die Erwerbsloseninitiativenszene in Deutschland den erhofften Zuwachs. <sup>15</sup> Der erste Bundeskongress der Arbeitslosen 1982 in Frankfurt/Main stand im Zeichen des Neubeginns, Politik von und für Erwerbslose in organisierter Form durchzuführen. Euphorie bestimmte das Treffen:

»Es gibt viele große und gute Bewegungen. Es gibt soziale Bewegungen, es gibt die Friedensbewegung, Ökologiebewegung, Schüler- und Studentenbewegung: Jetzt gibt es auch eine Arbeitslosenbewegung!« <sup>16</sup>

Das Kongressmotto »Arbeitslos – nicht wehrlos« sollte der Öffentlichkeit und besonders den nichtaktiven Arbeitslosen die Möglichkeit einer offensiven Strategie persönlicher und gesellschaftlicher Veränderung verdeutlichen. Das bisherige Einzelkämpfertum reichte den meisten Initiativen nicht mehr aus.

Die inhaltliche Diskussion während des Kongresses war symptomatisch für weitere Treffen. Keine vorgefertigten Statements, keine autoritäre Tagungsleitung, sondern ein produktives Chaos, verbunden mit intensiver Diskussionsleidenschaft bestimmte die Zusammenkunft. Betroffene meldeten sich zu Wort und stellten althergebrachte Parolen und gängige politische Lösungsstrategien radikal in Frage.

14 »Schwarze Katze« (Hrsg.): Jobber- und Erwerbsloseninitiativen Hamburg. Heft 5: Entwicklung der Arbeitsloseninitiativen in Hamburg. 1988, S. 21.

15 In den achtziger Jahren hat es etwa 1500 Initiativen gegeben, heute kann von rund 600 Gruppierungen ausgegangen werden.

16 1. Bundeskongress der Arbeitslosen, Hrsg.: Arbeitsloseninitiativen der BRD und W-Berlin, Frankfurt/M. 1983, S. 14.

Neben dem wichtigen Erfahrungsaustausch kirchlicher, gewerkschaftlicher und unabhängiger Erwerbsloseninitiativen waren zwei Positionsbestimmungen besonders bemerkenswert.

So wurde die Forderung nach einem »Recht auf Arbeit«, nach einer Lohnarbeit um jeden Preis, stark kritisiert.

Die Kritik am herrschenden Arbeitsbegriff durchlief den gesamten Kongress und war Grundlage der später konzipierten Forderung nach einem Existenzgeld.

Entgegen vieler Erwartungen wurde kein Bundesverband aus der Taufe gehoben. Das berechtigte Misstrauen gegenüber kaum kontrollierbaren Organisationsgebilden überwog; man war sich schnell einig, dass die weitere Arbeit vor Ort unter Vorantreibung der regionalen Vernetzung geleistet werden musste.

Insgesamt gesehen war der Arbeitslosenkongress 1982 ein Meilenstein zur Entstehung und Entwicklung regelmäßiger, basisdemokratischer, auf Bundesebene stattfindender Treffen.

Versuche, entgegen dem vereinbarten Konsens der InitiativenvertreterInnen, eine wie auch immer geartete bundesweite Dachorganisation mit zentralen Kompetenzen zu etablieren, scheiterten immer wieder. Zu diesem Zeitpunkt stellte sich stärker die Frage nach einer gradlinigeren und kontinuierlicheren inhaltlichen Schwerpunktsetzung.

Im November 1986 trafen sich rund 1000 Erwerbslose in Köln zu einem zentralen Aktions- und Konferenztag. Themenbezogene Arbeitsgruppen bildeten den Kern der Veranstaltung. Sie umfassten »Bilanz und Perspektiven der Erwerbslosenbewegung«, »Beschäftigungspolitik« und »existenzielle Absicherung«. Die dort beschlossenen Standpunkte waren klar:

- »- es gibt keine permanenten übergeordneten Organisationsformen, die bestehenden Arbeitsgruppen bleiben inhaltliche Grundlage der bundesweiten Arbeit,
- unterschiedliche politische Positionen werden nicht ausgegrenzt; das, was zu vereinheitlichen geht, wird hervorgehoben,
- die praktische Umsetzung von Forderungen liegt hauptsächlich vor Ort.«<sup>17</sup>

## **»Wir kämpfen um das, was wir brauchen«**

### **Der zweite Arbeitslosenkongress in den achtziger Jahren**

Der Kongress 1988 in Düsseldorf versuchte, die bisherigen Ergebnisse der Erwerbslosenarbeit zu konsolidieren. Dabei gelang es den OrganisatorInnen, einen möglichen politischen Streit bezüglich einiger inhaltlicher Kontroversen zu vermeiden. Weder wurde die Situation in den Erwerbsloseninitiativen, die Möglichkeit der Organisierung von Betroffenen reflektiert, noch die zunehmende Tendenz

17 Dokumente des Zentralen Aktions- und Konferenztages. Köln 1986.

der Einflussgewinnung von Großorganisationen bzw. der Umwandlung von Erwerbslosenpolitik zu einer sozialpolitischen Dienstleistung angesprochen.

Nach außen sollte ein einheitliches Bild von Erwerbsloseninteressen vermittelt werden. Dies gelang auch, allerdings auf Kosten selbstkritischer und eigenständiger, phantasievoller Positionsbestimmung.

Demgegenüber stand eine außergewöhnlich breite Mobilisierungskampagne, so dass viele Initiativen und interessierte Einzelpersonen, die bisher nicht auf bundesweiter Ebene tätig wurden, aktiviert werden konnten.

Auch die Bezeichnung »2. Bundeskongress der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut« drückte ein verändertes bündnispolitisches Bewusstsein aus. Gesucht und teilweise auch gefunden wurde der Kontakt zu anderen Gruppen, die von Armut, gesellschaftlicher Ausgrenzung oder sonstiger Formen von Diskriminierung betroffen waren, wie z. B. Obdachlose, Flüchtlinge, Gruppen die sich gegen prekarierte, ungeschützte Arbeitsverhältnisse wehrten oder Widerstand gegen Arbeitszwangsverhältnisse leisteten. Zudem beteiligten sich auch Sozialhilfegruppen, die sich seit Mitte der siebziger Jahre formiert hatten. Sie entstanden zum Teil aus Initiativen der Gemeinwesenarbeit mit Hilfe von engagierten Sozialarbeitern, aber später auch als Selbsthilfegruppen von Betroffenen, die sich gegen Ämterwillkür wandten und sozialpolitische Verbesserungen einforderten.<sup>18</sup> 1991 gründete sich die »Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen« (BAG-SHI).<sup>19</sup>

Der Kongress brachte einige wichtige Ergebnisse, etwa, dass die Bundesarbeitsgruppen (BAG) mit ihren Inhalten und ihrer Struktur Bestätigung fanden und dass anstelle zentraler Organisationsstrukturen für Aktionen auf Bundesebene zweck- und aktionsorientierte Organisationsformen geschaffen wurden, die sich wieder auflösen sollten, sobald der Anlass vorbei war.

Positiv herausgehoben werden muss auch die Festlegung einer bundesweiten Kampagne gegen die Bedürftigkeitsprüfung staatlicher Ämter bei Sozialhilfe- oder Arbeitslosenhilfebezug. Eine Aktionswoche Ende 1988 unterstrich den Willen vieler Erwerbsloseninitiativen auf Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung. Es galt, durch öffentlichkeitswirksames, spektakuläres Auftreten über das Problem zu informieren und die eigene Bewegung zu stärken.

Der wichtigste Erfolg der Kampagne lag im juristischen Bereich. In einigen Kommunen wurde die Bedürftigkeitsprüfung in der Sozialhilfe ganz oder teilweise ausgesetzt. Mit Beginn des Jahres 1992 gab es keine Anrechnung eines »fiktiven Unterhalts« mehr auf die Arbeitslosenhilfe. Volljährige Arbeitslosenhilfe-BezieherInnen hatten ab diesem Zeitpunkt in der Regel Anspruch auf die gesamte Arbeitslosenhilfe (bis zur Abschaffung derselben 2005 durch die »Reformen« von Rot/Grün), unabhängig davon, was Eltern oder Kinder verdienten.

18 Zusammenfassend Wolfgang Scherer u. a.: »Schluss mit dem Geschwätz, erhöht die Regelsätz!« 10 Jahre Sozialhilfebewegung, Frankfurt/M. 1988.

19 [www.bag-shi.de](http://www.bag-shi.de).

Das politisch brisante Thema Bedürftigkeitsprüfung wurde bereits einige Jahre früher von erwerbslosen Frauen aufgegriffen und politisch eingesetzt. Seit April 1983 trafen sich erwerbslose Frauen zu eigenen Kongressen und Seminaren. Über vier Jahre lang entwickelten sie Positionen, die sich in Aktionen, wie »Frauen stürmt die Arbeitsämter – meldet euch arbeitslos!« und »Wir brauchen mehr als Luft und Liebe. Erwerbslose Frauen fordern eigenes Geld ohne Anrechnung der Einkommen von Eltern, Ehemännern und Partnern bei Arbeitslosen und Sozialhilfe« niederschlugen. Ihre Erfahrungen und ihr Einwirken waren maßgeblich daran beteiligt, diese Problematik mit einer bundesweiten Kampagne an die Öffentlichkeit zu bringen.

Nach dem 2. Bundeskongress stand eine Diskussion im Zentrum der bundesweiten Auseinandersetzung, die auch heute noch eine Rolle spielt, nämlich die Änderung des Arbeitsschwerpunktes einiger Initiativen zu Beschäftigungsprojekten, der oft einherging mit einem stärkeren Einfluss professioneller Sozialarbeit und einem vermehrten Zugriff von Großorganisationen. Das für alle Initiativen gleiche Dilemma unter ständiger finanzieller Knappheit auf der Basis ehrenamtlicher Arbeit Dienstleistungen anzubieten (die eigentlich Aufgabe staatlicher Institutionen sein müssten) und dies unter eingeschränkten Raumkapazitäten, führte bei manchen Gruppen (falls nicht von Anfang an vorhanden) zu einer stärkeren Anbindung an staatliche, wohlfahrtsverbandliche, kirchliche oder gewerkschaftliche Trägerschaft, zum Einzug der Sozialarbeit in die Gruppenzusammenhänge und zu Abhängigkeiten in den Inhalten. Was insbesondere bei den autonomen Gruppen als »Entpolitisierung« und »Integration in das System sozialer Sicherung« beschrieben wurde, war für die betreffenden Gruppen eine »Stabilisierung« ihrer Arbeit und ein »schlüssiges Konzept sozialer Arbeit«, indem »individuelle Hilfen und gesellschaftspolitische Perspektive« zusammengingen.

Bereits 1994 griffen VertreterInnen der BAG in die Diskussion über erzwungene Arbeitseinsätze ein und starteten mit einem Aufruf »Gegen Zwangsarbeit, Pflichtdienste, Prekäre Arbeitsverhältnisse, Erwerbslosigkeit und Armut« eine Kampagne gegen die Verpflichtung von SozialhilfebezieherInnen zu gemeinnütziger Arbeit und Erwerbslose zu Erntehelfern. Diese zweite bundesweite Aktion startete, in Zusammenarbeit mit der BAG-SHI und deren sogenannter Heidelberger Position zur »Zwangsarbeit«, mit einer gemeinsamen Aktion im April 1994 vor der Zentrale der »Bundesvereinigung der Arbeitgeber« in Köln. Unter dem Motto »Wir ernten nicht eure faulen Früchte« kippten die Beteiligten öffentlichkeitswirksam faules Obst und Gemüse vor die Tür der Arbeitgebervereinigung.

Die Kampagne hatte zwar keinen politischen Erfolg, unterstützte aber manchen erfolgreichen juristischen Widerstand gegen verschiedene Zwangsmaßnahmen und legte die inhaltlichen Grundlagen für spätere Aufrufe und Aktionen.

## »Erwerbslose aller Länder – vereinigt euch!«

Bemerkenswert für die bundesweite Zusammenarbeit von Erwerbsloseninitiativen ist der Internationalismus, die Betonung der internationalen Zusammenarbeit über Grenzen hinweg, mit dem Ziel, geschürten Ressentiments und Spaltungsversuchen zwischen verschiedenen sozialen Gruppen solidarisches Tun entgegenzusetzen.

Die internationale Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Erwerbslosen-Gruppen, Flüchtlingsinitiativen und antirassistischen Gruppierungen hatte bereits auf dem 2. Bundeskongress der Arbeitslosen 1988 eine besondere Bedeutung. Innerhalb des Bundeskongresses gab es eine Arbeitskreis, in dem sich Menschen aus diversen MigrantInnen- und Flüchtlingsgruppen sowie Gäste aus unterschiedlichen Ländern trafen. Schwerpunkte der Diskussionen waren der Informationsaustausch über die jeweilige soziale Lage in den verschiedenen Ländern und der Kampf gegen den offenen und verdeckten Rassismus.

Auf einem internationalen Treffen der BAG Anfang April 1990 in Sprockhövel fanden sich Delegationen aus neun europäischen Ländern/Regionen ein sowie VertreterInnen von deutschen Flüchtlingsgruppen. Eine vierte Bundesarbeitsgruppe konstituierte sich, die »BAG-Multinationale Zusammenarbeit«. Vom 18. bis 21. Januar 1991 folgte in Frankfurt/M. ein weiteres internationales Bundestreffen.

Unterstützt von Erwerbslosen aus einigen europäischen Ländern fand 1993 ein zehntägiger Arbeitslosenmarsch von Valencia nach Madrid und schließlich im Februar 1994 ein internationales Treffen in Terrassa bei Barcelona statt. Dort wurde »Itaca«, das europäische Netzwerk gegen Arbeitslosigkeit und Armut, aus der Taufe gehoben. Es existierte bis 1996. Grundlage dieses Netzwerkes war eine inhaltliche Plattform, in der u. a. eine radikale Umverteilung von Arbeit und Einkommen gefordert wurde sowie dem Internationalisierungsprozess von Staat und Kapital eine Internationalisierung von unten entgegengesetzt werden sollte. An dieser Arbeit beteiligten sich Gruppen aus England, Frankreich, Spanien, Italien, Finnland, Irland, Holland und Belgien. Aktionen erfolgten zwischen 1994 und 1995 gegen den G7-Gipfel in Neapel, den Anti-IWF-Aktionen in Madrid sowie die Beteiligung an Gegenaktionen zum Weltsozialgipfel in Kopenhagen.

Schließlich fand im Oktober 1995 der »Itaca« Kultur-Kongress in Hamburg statt, auf dem neben sehr viel Musik und Kultur auch inhaltlich gearbeitet wurde, insbesondere zu den Themen Feminisierung der Armut, Stadtteilwiderstand, internationaler Widerstand gegen Sozialkürzungen und Zwangsarbeit, Europäische Innen- und Außenpolitik usw.

Die französische Arbeitslosenorganisation AC! (»Agir ensemble contre le chômage«) rief 1996 mit anderen Organisationen zu den Aktionen »Europäische Märsche« in mehreren EU-Ländern auf. Seitdem gab es einige internationale Demonstrationen gegen Sozialabbau, u. a. 1997 in Amsterdam (50 000 Teilnehme-

rInnen) und 1999 in Köln (40 000 TeilnehmerInnen). Aus diesen Aktivitäten entstanden in verschiedenen Regionen Deutschlands Euromarsch-Gruppen<sup>20</sup>, die sich als Netzwerk verschiedener sozialer Initiativen verstehen.

Neben der Organisierung der europäischen Märsche fanden auch europaweite Aktionstage anlässlich verschiedener EU-Gipfel mit Beteiligung von Erwerbslosen sowie verschiedene »Europäische Versammlungen der kämpfenden Erwerbslosen und prekär Beschäftigten« statt.

Allerdings sind die Euromarsch-Gruppen mittlerweile ziemlich geschrumpft, versuchen aber immer wieder Märsche gegen Arbeitslosigkeit und Armut in Europa zu organisieren, so z. B. im Juni 2007 in Köln mit 70 EuromarschiererInnen aus fünf Ländern (im Zusammenhang mit den Protesten gegen den G8-Gipfel).

Es stellt sich allerdings die Frage, ob diese überregionalen Aktivitäten von einem jeweils nationalen festen Netzwerk an Erwerbslosengruppen getragen wird, das eine starke Repräsentanz auf Europa-Ebene gewährleistet und so auch den inhaltlichen Rücklauf in die verschiedenen Initiativen vor Ort ermöglicht. Davon kann in Deutschland nur bedingt die Rede sein. So ist immer nur für einen kleinen Kreis von Erwerbslosen die Möglichkeit vorhanden, solcherart regelmäßiger Kontakte wahrzunehmen, denn Reisekosten und repressive Sozialgesetzgebung verunmöglichen neben einem oftmals vorhandenen Informationsdefizit die internationale Zusammenarbeit.

### **Zwischenphase in den neunziger Jahren: Konsolidierung und organisatorische Weiterentwicklung der Erwerbslosengruppen**

Mit der BAG wurde Ende der achtziger Jahre der Versuch unternommen, möglichst alle Strömungen der Initiativen in einem Netzwerk zusammenzufassen, um gemeinsame Erfahrungen auszutauschen (auch mit Hilfe der Gründung der überregionalen Arbeitslosenzeitung »Quer«, die noch heute in Oldenburg herausgegeben wird), sowie Strategien und Aktionen auf Bundesebene entfalten zu können.

Erste Risse erhielt der strömungsübergreifende und basisdemokratisch organisierte Ansatz der Initiativen durch die eigenständige Organisierung der gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen. Sie konstituierten 1986 den »Koordinationsausschuss gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen«, aus dem die »Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen« (KOS)<sup>21</sup> hervorging. Ziel sollte sein, den gemeinsamen Kampf von Gewerkschaften und Arbeitslosen zu fördern und sowohl in den Gewerkschaften als auch bei den Initiativen für ein solches Bündnis einzutreten.

20 [www.euromarches.org](http://www.euromarches.org).

21 [www.erwerbslos.de](http://www.erwerbslos.de).

Galt die Koordinierungsstelle in den Anfangsjahren finanziell gesehen als stark gefährdet, so existiert seit 2003 eine Finanzierungsgrundlage mit ausschließlicher Hilfe des DGB. Damit verbunden war 2004 auch ein Umzug der KOS nach Berlin und eine Ausweitung von Serviceleistungen für die Gewerkschaften.

Zumindest bei ver.di und der IG-Metall vollzog sich auch praktisch eine Änderung in der Haltung gegenüber Erwerbslosen. So entstanden z. B. bei ver.di Erwerbslosenausschüsse, die in einigen Regionen recht aktiv und in anderen eher mit sich und ihren Statuten beschäftigt sind. Auch der »Bundeserwerbslosenausschuss« von ver.di spielt »als zahnlöser Tiger« (wenn man bedenkt, dass mit der Bezeichnung »größte Erwerbslosenorganisation« geworben wird) innerhalb der bundesweiten Protestvernetzung nur eine untergeordnete Rolle.

Die VertreterInnen der KOS arbeiteten bis Anfang der 1990er Jahre noch in der BAG mit, danach konzentrierten sie sich auf den Ausbau des eigenen Zusammenschlusses mit eigenständigen Tagungen und einem regelmäßig erscheinenden Info-Brief.

Als im März 1990 in Berlin der Arbeitslosenverband Deutschland (ALV)<sup>22</sup> gegründet wurde, trat damit im Osten Deutschlands ein Verein auf die politische Bühne, der organisatorisch wie inhaltlich einen anderen Ansatz der Arbeitslosenarbeit entwickelte. Bedingt durch die spezifischen betrieblichen und politischen Erfahrungswelten der Bevölkerung im Osten, war die massenhaft existierende Arbeitslosigkeit ein kollektiver Schock. Umso notwendiger erschien eine straff geführte Organisation, die die Interessen der Arbeitslosen nach sofortiger Wiederbeschäftigung bei den zuständigen politischen Mandatsträgern einbringen konnte.

In allen neuen Bundesländern baute der ALV Landesvertretungen auf, die nur in Thüringen (von der Gewerkschaft initiiert) und Mecklenburg-Vorpommern (in Zusammenarbeit mit dem »Neuen Forum«) Konkurrenz erfuhr.

Erste Kontakte mit den BAG-Strukturen führten zu heftigen Diskussionen (z. B. zur Funktion von Arbeit oder den Zielen einer Initiative), die aber auf Dauer einer gegenseitigen Akzeptanz und dem Willen, voneinander zu lernen, Platz machten. Auf dieser Basis konnten vier BAG-Treffen zwischen 1992 und 1996 im Osten Deutschlands stattfinden. Versuche des ALV, entgegen gemeinsamer Absprachen, eigene Gruppen im Westen aufzubauen, misslangen (in Baden-Württemberg und in Hessen). In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre verließ der ALV den BAG-Zusammenhang ohne offizielle Stellungnahme. Zu vermuten ist, dass er mit seiner Absicht scheiterte, unter der Ägide des ALV die verschiedenen Bundesorganisationen zusammenzufassen und im Westen der BRD zu expandieren. Allerdings sei hier auch auf die Ergebnisse der Studie von Reister hingewiesen, wonach »von einem straff geführten Bundesverband keine Rede«<sup>23</sup> sein konnte, da

22 [www.arbeitslosenverband.org](http://www.arbeitslosenverband.org).

23 Hugo Reister u. a.: Gesellschaftliche Organisationen und Erwerbslose. Berlin 2000, S. 382.

sich »Macht und Einfluss ... schon längst auf die Ebene der Landesverbände verlagert«<sup>24</sup> hätten. Zumindest für die Anfänge des ALV dürfte dies wohl nicht zu treffen. In 2010 scheinen nur noch drei Landesverbände zu existieren (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin). Dies mag auch dem raschen Organisationsaufbau, mit der inhaltlichen Gewichtung auf Beschäftigungsprojekte unter Zuhilfenahme staatlicher Fördergelder (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen etc.) geschuldet sein. Mit der politisch gewollten Austrocknung solcherart von staatlichen Maßnahmen in den letzten Jahren wurde vielen Initiativen im Osten der existenzielle Boden unter den Füßen weggezogen; sie mussten aufgeben.

Unter maßgeblichen Einfluss des ALV setzte Anfang 1990 eine Neubewertung der weiteren Zusammenarbeit im BAG-Zusammenhang ein. Besonders die Arbeitsweise und die mangelnde Außenwirkung der BAG-Arbeit standen zur Überprüfung an.

Gebildet wurde ein fünfköpfiges SprecherInnengremium (später dreiköpfig), das im Namen der BAG zu aktuellen Problemen der Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Armut in Deutschland gegenüber der Öffentlichkeit Erklärungen und Stellungnahmen abgeben sollte und politische Positionen im Sinne der bisherigen Arbeitsergebnisse der BAG-Arbeit zu verdeutlichen hatte.

Aber auch dieser Versuch veränderte nichts an der Außenwirkung der BAG, da es sich bei den SprecherInnen um ehrenamtliche Akteure handelte, die neben ihrer alltäglichen Beratungsarbeit kaum in der Lage waren, angemessen auf veränderte soziale Bedingungen zu reagieren. 1995 löste sich das Gremium auf, die Bundesarbeitsgruppen zerfielen in einem langsamen Prozess. Zu spät wurde erkannt, dass die inhaltliche und organisatorische Klammer der BAG real keine Basis mehr hatte. Neue soziale Entwicklungen benötigten auch andere Vernetzungswege.

Eine dieser Vernetzungsformen war und ist die regelmäßige, aktionsorientierte Konsultation der Bundesorganisationen. 1994 trafen sich erstmals zur besseren Koordination der Arbeitslosenarbeit die BAG, der ALV, die KOS und die BAG-SHI. Resultat war eine gemeinsam getragene Demonstration gegen Sozialleistungskürzungen (3 000 TeilnehmerInnen) am 4. November 1995 in Bonn und schließlich, zusammen mit der IG-Metall, Abteilung Sozialpolitik, im Mai 1997 ein Kongress zum Thema »Gegenstrategien zur Niedriglohnrepublik«.

Wichtige inhaltliche Impulse für Diskussionen innerhalb der Erwerbslosengruppen setzten und setzen zwei Gruppen aus Hamburg und Berlin, die »Glücklichen Arbeitslosen« und die »Gruppe Blauer Montag«<sup>25</sup>. Letztere entstand 1993 in ihrem Kern aus den Jobber- und Erwerbslosenläden Hamburgs (»Schwarze Katze«-Gruppen). Zusammen mit Personen aus der Betriebs- und Gewerkschaftslinken sowie aus autonomen Zusammenhängen arbeitet die Gruppe im Rahmen von Veranstaltungen und Publikationen zu allen Facetten der sogenannten sozia-

24 Reister, S. 382.

25 Gruppe Blauer Montag: Risse im Putz. Berlin 2008.

len Frage. Armut und Ausgrenzung sind ebenfalls Themen, wie auch Veränderungen in den Betrieben und am Arbeitsmarkt, der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik und der Arbeitsmigration.

Weiteren theoretischen Einfluss auf die Meinungsbildung nicht weniger Erwerbslosengruppen ging von Arbeitslosen aus, die sich selbst als »glücklich« bezeichneten.<sup>26</sup> In ihrem Versuch, »zwischen Glück und Arbeitslosigkeit zu versöhnen«, trafen sich einige von ihnen im August 1996 in Berlin, um mit Sekt und Faulenzerliedern eine Art »Manifest der Glücklichen Arbeitslosen« vorzutragen. Das unverhoffte öffentliche Interesse führte zur Verbreitung einiger Rundbriefe unter dem Namen »müßiggangster« und zur zeitweiligen Beteiligung an Arbeitslosenprotesten Ende der 1990er Jahre, z. B. in der Form kollektiven Herumstreifens durch die Stadt »mit kurzer Station in Ämtern, Restaurants und sonstigen öffentlichen Einrichtungen«. Ihre oftmals ironischen, aber durchaus ernst zu nehmenden Ausführungen zum Thema Arbeit, Arbeitslosigkeit und zur Wiederaan-eignung von Zeit sind insbesondere von unabhängigen Initiativen aufgegriffen worden.

### **»Wir waren lange genug höflich«<sup>27</sup> Die 1998er Kämpfe**

Als in der Nacht vom 5. zum 6. Februar 1998 im Büro des übernächtigen Frankfurter Arbeitsamtsdirektors das Telefon klingelte, ahnte dieser bereits, dass es sich nicht um seine Frau handeln konnte. Am anderen Ende der Leitung meldete sich Bundesarbeitsminister Blüm und verlangte Rapport über die Situation im besetzten Frankfurter Arbeitsamt. Er empfahl eine sofortige Bereinigung, wenn nötig mit polizeilichen Mitteln, dieses für ihn unzumutbaren Zustandes.

So oder ähnlich hat dieses Telefonat tatsächlich stattgefunden, und es zeigte die Nervosität der politisch Verantwortlichen in Bonn auf einen Aufruf von bundesweit organisierten Zusammenschlüssen der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen zu einem Aktionstag vor und in den Arbeitsämtern.

Warum es gerade zu diesem Zeitpunkt in Deutschland zu einem kleinen Aufbegehren von Erwerbslosen kam, hatte mehrere Gründe.

Die radikalen und phantasievollen Aktionen von Erwerbslosen in Frankreich, wie etwa die Besetzung der Pariser Handelsbörse, der Banken, Parteizentralen, Finanzämter und weiterer staatlicher Institutionen, fanden einen tagtäglichen Widerhall in den deutschen Fernsehkanälen. Erwerbslose in Deutschland verfolgten an den Bildschirmen, dass es möglich ist, seinen Interessen auf der Straße Aus-

26 Guillaume Paoli (Hrsg.): Mehr Zuckerbrot, weniger Peitsche. Berlin 2002 sowie [www.diegluecklichenarbeitslosen.de](http://www.diegluecklichenarbeitslosen.de).

27 Ausruf eines Vertreters einer Arbeitsloseninitiative während einer Live-Fernsehsendung zum Thema Arbeitslosigkeit am 1. Mai 1998.

druck zu verleihen. Diese Art der öffentlichkeitswirksamen Aufmerksamkeit konnte auch die neugewählte Regierung Jospin nicht mehr ignorieren. Sie reagierte auf die Bewegungen der Erwerbslosen und lud Vertreter von ihnen zu Verhandlungen über ihre Forderungen ein.

Das kurzzeitige Interesse bundesdeutscher Zeitungen, Radio- und Fernsehsender am Thema Erwerbslosenprotest hatte eine doppelte Wirkung. Einerseits gerieten die bundesweit organisierten Erwerbsloseninitiativen durch Anfragen von PressevertreterInnen, die wissen wollten, warum es im eigenen Land zu keinen Protest komme, unter einen bisher nicht erlebten Handlungsdruck. Zum anderen standen den Initiativen plötzlich sämtliche Redaktionsräume offen, es konnten zu den besten Sendezeiten Positionen der Erwerbslosen dargestellt und erläutert werden, eine gute Ausgangsbasis, um eine große Anzahl von Erwerbslosen anzusprechen.

Aber auch eine jahrzehntelange Politik der Sozialleistungskürzungen und des Ausbaus repressiver Arbeitsmarktinstrumente unter der Regierung Kohl lastete schwer auf den Erwerbslosen. Es schien ein politischer Kulminationspunkt erreicht zu sein, der nach Aktionen verlangte.

Auf diesem Hintergrund entschloss sich die KOS, in Absprache u. a. mit der BAG, dem ALV, der BAG-SHI und verschiedener Gewerkschaften zu einem Aufruf zu regelmäßigen Aktionstagen vor den Arbeitsämtern (gleichzeitig mit der monatlichen Verkündung der Arbeitslosenzahlen), beginnend am 5. Februar 1998.

Da es erstmals seit 1945 gelang, in nennenswertem Umfang Arbeitslose zu mobilisieren (in den ersten Monaten rund 40 bis 50 000) waren die ersten Aktionstage ein Erfolg. Es konnte in diesem Zusammenhang auf die seit Jahren gewachsene Organisationsstruktur von Erwerbsloseninitiativen zurückgegriffen werden. Sie bildeten in den Städten und Landkreisen die Grundlage der Kontinuität der über Monate stattfindenden Protesttage.

Als Beispiel sei Frankfurt/M. genannt:

Zum ersten Aktionstag der Arbeitslosen am 5. Februar 1998 in Frankfurt riefen hauptsächlich Erwerbsloseninitiativen auf. Unterstützung erfolgte durch den DGB-Kreis und die DGB-Jugend. Durch das breite Medieninteresse war es möglich, schon einige Tage vorher, neben dem Flugblattverteilen vor dem Arbeitsamt, über die geplante Aktion Interessierte anzusprechen. Treffpunkt war das Arbeitsamt, da dort Erwerbslose in größerer Zahl am häufigsten anzutreffen sind. Als Motto des zentralen Flugblattes wurde der Ausruf: »Uns Erwerbslosen reicht's!« vorangestellt.

Die Stimmung unter den Hunderten von Erwerbslosen vor dem Arbeitsamt war kämpferisch und gereizt. Das Arbeitsamt wurde besetzt und die Mehrheit der BesetzerInnen beschloss, auch über Nacht in der Behörde zu bleiben. Als spontane Aktion durchgeführt, entstand im Laufe der Besetzung bei den Beteiligten ein kurzzeitiger Eindruck darüber, was alles möglich ist, wenn die Durchsetzung von Interessen in die eigenen Hände genommen wird. Formen direkter Demokratie

und Selbstorganisation wurden, ohne sie beim Namen zu nennen zu müssen, praktiziert. Jeder konnte seine Meinung sagen, trotz zwischenzeitlichem Chaos wurde immer wieder, da alle dazu bereit waren, eine einvernehmliche Lösung gefunden. Ideen, die Aktion noch breiter bekanntzugeben (z. B. im Radio) wurden sofort in die Tat umgesetzt. Flugblätter, Transparente, Plakate entstanden ebenso wie neue Ideen für Aufkleber oder zu theatermäßigen Sketchen. Aus der Bevölkerung gab es spontane Lebensmittellieferungen, und MusikerInnen fanden sich abends zur Unterstützung ein.

Am Ende blieb ein Hauch von gemeinsam erlebten Erfahrungen darüber übrig, was Erwerbslose erreichen können, auch wenn keine große Organisation oder Institution hinter ihnen steht.

Die Demonstration am nächsten Vormittag hatte ein Nobelrestaurant in Frankfurt zum Ziel. Nur mit viel körperlichem Einsatz und der Unterstützung durch Polizeieinsatzkräfte gelang es der Geschäftsführung des »Frankfurter Hofes«, den Arbeitslosen ein festliches Mittagmenü zu verunmöglichen.

Ein nach dem ersten Aktionstag gegründeter wöchentlicher Initiativentreff übernahm die Federführung für die weiteren monatlich stattfindenden Aktionstage. Zentraler Treffpunkt blieb das Arbeitsamt. Flugblätter wurden nun regelmäßig dort verteilt.

Inhaltlicher Schwerpunkt des zweiten Aktionstages im März 1998 waren die Zusammenarbeit mit Frankfurter Betrieben und die Kritik an dem Finanzgebaren der Deutschen Bank.

Bereits einige Tage zuvor, am 2. März demonstrierten mehrere Frankfurter Arbeitsloseninitiativen zusammen mit Beschäftigten der Hoechst Pharma-Tochter Hoechst Marion Roussel (HMR) gemeinsam gegen Stellenabbau und Arbeitslosigkeit.

Eine Kundgebung am Nachmittag vor der Deutschen Bank beendete den Aktionstag.

Einen Monat später, im April 2009, stand der Ausbau der erzwungenen Arbeitsloseneinsätze im Sozialhilfe- und Arbeitslosenrecht im Mittelpunkt des Aktionstages. Nach Beendigung der Kundgebung mauerten Arbeitslose die Eingangstür der Vermittlungsstelle »Hilfe zur Arbeit« am Arbeitsamt zu, um so ihrem Widerstand gegen derartige Zwangsvermittlungen symbolisch Ausdruck zu geben.

Der Aktionstag im Mai 2009 begann mit einem Paukenschlag. Frühmorgens setzten sich Erwerbslose in Bewegung, um vor den Villen in Kronberg, einem beliebten Wohnort für Reiche nahe Frankfurt, lautstark zu demonstrieren. Um 4.30 Uhr starteten sie einen unüberhörbaren Weckruf vor den Villen in Kronberg-Schönberg. Die Verursacher von Massenarbeitslosigkeit und Armut sollten einmal sehen, »dass die Zeit des seelenruhigen Dahinschlummerns sehr schnell ein Ende haben kann, wenn die Erwerbslosen sich bewegen«. (Aus einem dort verteilten Flugblatt.) Nach etwa einer Stunde beendete ein Polizeieinsatz den Weckruf.

Im Unterschied zum ersten Aktionstag im Februar, als eine nicht unerhebliche Spannung erzeugt werden konnte, waren die weiteren bundesweiten Aktionstage kalkulierbarer und übersichtlicher für die politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen in Deutschland. Auch die Bündnispartner verhielten sich zaghaft (etwa die Gewerkschaften mit ihrer eindimensionalen Orientierung gegen die Kohl-Regierung) oder waren nicht bereit, gemeinsame soziale Kämpfe mit fortzuführen. Mit dem fehlenden radikalen Straßendruck verflüchtigte sich auch das Medieninteresse. Die Weiterführung der Rituale des allmonatlichen Protestes führte eher zum Erschöpfungszustand der aktiv Beteiligten bei gleichzeitig einhergehendem Teilnahmeschwund.

Im Aufwind der Reste der Arbeitslosenproteste vollzog sich eine organisatorische und inhaltliche Neubestimmung derjenigen Initiativen von Arbeitslosen, die sich keiner Großorganisation oder Institution verpflichtet fühlten und als »systemkritisch« verstanden. Auf der Basis einer theoretischen Plattform gründete sich im Januar 1999 die »Bundesarbeitsgemeinschaft unabhängiger Erwerbsloseninitiativen (BAG-E)«<sup>28</sup>, die zusammen mit der Arbeitslosenzeitung »quer« den autonomen Arbeitslosengruppen eine Stimme verlieh. Nach dem Abflauen der regelmäßigen Arbeitslosenaktivitäten in der Öffentlichkeit versuchte die BAG-E, den roten Faden der Proteste wieder aufzugreifen. Sie reagierte, als schon bald nach dem Regierungswechsel unübersehbar wurde, dass die rot-grüne Regierung nicht nur eine Kontinuität zur Kohl-Regierung herstellte, sondern auch den repressiven sozialbürokratischen Apparat ausbaute. Im Oktober 1998 besetzten Aktivisten in Freiburg mehrere Tage das örtliche SPD-Büro. Auf daran anschließenden Bundestreffen der unabhängigen Initiativen wurde die Kampagne »Champagner 1999« beschlossen. Mit stufenweisen grenzüberschreitenden bundesweiten Protestaktionen sollte unter der Forderung: »Rücknahme aller Kürzungen und Schikanen im SGB III« die Bundesregierung zu Verhandlungen gezwungen werden. Trotz einiger Besetzungsaktionen von Parteibüros gelang es aber nicht, einen nennenswerten Widerstand zu organisieren. In einigen Städten waren die Aktivitäten vielversprechend, eine Massenwirkung erlangten sie aber nicht.

Weder die BAG-E<sup>29</sup> noch die KOS waren in der Lage, Unmut und individuellen Protest in eine kontinuierliche Bewegung zu transformieren.

Die wenig erfolgreiche Praxis der Erwerbslosenverbände führte am 15. Februar 2000 in Hannover zu einem Treffen aller Bundesverbände und einiger Landeskoordinationen. Neben der regelmäßigen Einrichtung eines »Runden Tisches

28 [www.bag-erwerbslose.de](http://www.bag-erwerbslose.de).

29 Im November 2004 vereinigten sich die Restgruppen der BAG-E mit der BAG-SHI zur »Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen« (so konnte die traditionelle Abkürzung BAG-SHI beibehalten werden). Vier Jahre später meldete die BAG-SHI Insolvenz an. Jahrelanges unübersichtliches Abrechnungswesen ließ einen Schuldenberg anwachsen, der nicht mehr zu regulieren war. Der Versuch, eine Nachfolgeorganisation zu gründen, glückte zwar, allerdings hat die »Bundesarbeitsgemeinschaft-Prekäre Lebenslagen (BAG-PLESA)« bisher die in sie gesteckten inhaltlichen und organisatorischen Hoffnungen nicht erfüllt.

der Erwerbslosenverbände« (der noch heute existiert, aber seit längerem seine koordinierende Funktion eingebüßt hat<sup>30</sup>), erfolgte eine gemeinsame Strategiekonferenz und eine bundesweite Kampagne »Hände weg von der Arbeitslosenhilfe«.

### **Ende der Bescheidenheit: die Forderung nach einem Existenzgeld**

Tosender Beifall begleitete die Berichterstatterin der Arbeitsgruppe VIII zum »Begriff der Arbeit«, als sie die Ergebnisse ihrer Diskussionen auf dem Abschlussplenum vortrug. Wir schreiben das Jahr 1982 und befinden uns auf dem 1. Arbeitslosenkongress in Frankfurt/M.

Die damals, besonders in sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kreisen, vorherrschende Forderung nach einem »Recht auf Arbeit« stieß auf breite Kritik bei den VertreterInnen der unabhängigen Erwerbslosen- und Jobberinitiativen. Für sie endete das »Recht auf Arbeit« in eine Lohnarbeit um jeden Preis. Stattdessen forderten sie ein Recht auf eine gesicherte Existenz für alle.

»Offenbar ist Arbeit nur dann Arbeit, wenn sie Profit einbringt und systemstabilisierend ist. Wir müssen unserer Meinung nach neu darüber nachdenken, was wir, wie wir und unter welchen Bedingungen wir produzieren wollen... Wir sollten unseren neuen Begriff von Arbeit auch politisch offensiv vertreten. Wenn Umweltschützer die Startbahn West verhindern, dann ist das Arbeit; wenn ›Arbeitslose‹ sich in Arbeitsloseninitiativen zusammenschließen, dann ist das Arbeit; wenn Hausfrauen einen Fleischboykott organisieren, für mehr Kindergartenplätze demonstrieren, ist das Arbeit. Nur – und das ist das Dilemma – dafür kriegen wir keine Knete... Sollten wir deshalb aus dem Reich dieser Ideen wieder auf den Boden der unerfreulichen Tatsachen herabsteigen?«<sup>31</sup>

Die Auseinandersetzung über den herrschenden Arbeitsbegriff bzw. der real existierenden Lohnarbeit durchlief den gesamten Kongress und war Grundlage der später konzipierten Forderung nach einem Existenzgeld.

Der Impuls zur Formulierung einer systemsprengenden, egalitären Forderung nach Existenzgeld kam nicht von Seiten einer hauptsächlich auf Lohnarbeit ausgerichteten Arbeiterbewegung, sondern aus dem Ideenspektrum von Erwerbslosen und prekär Beschäftigten (damals sogenannte JobberInnen). Besonders im norddeutschen Raum versuchten soziale Initiativen Anfang der achtziger Jahre, sowohl eine Verbindung zwischen den verschiedenen Widerstandslinien innerhalb und außerhalb der Fabriken zu finden, als auch gemeinsame Handlungsstrategien mit Erwerbslosen und Sozialhilfeinitiativen zu entwickeln. Als strategische For-

30 Genauer nannte er sich »Runder Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen« und ab 2006 »Runder Tisch gegen Erwerbslosigkeit und soziale Ausgrenzung«.

31 1. Bundeskongress der Arbeitslosen (Hrsg.): Arbeitsloseninitiativen der BRD und Westberlin. Frankfurt/M. 1983, S. 14 f.

derung entstand aus diesen Erfahrungen im Dezember 1992 der Ansatz »Existenzgeld«<sup>32</sup> der BAG und eine überarbeitete Fassung<sup>33</sup> im Dezember 1996 durch die BAG-E. Fast gleichzeitig veröffentlichte die BAG-SHI ein Papier mit dem Titel »Existenzgeld für alle statt eines Lebens in Armut«<sup>34</sup> und verabschiedete ihre Thesen zum Existenzgeld auf einer Bundestagung im Mai 1998 in Erfurt<sup>35</sup> (diese Thesen wurden auch nach der Umbenennung in »Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI)« von dieser mitgetragen).

VertreterInnen von Erwerbslosengruppen gehörten zu den Gründungsmitgliedern des »Netzwerkes Grundeinkommen«<sup>36</sup> am 9. Juli 2004 (in Berlin) und leisteten inhaltliche Beiträge auf der internationalen wissenschaftlichen Konferenz »Grundeinkommen. In Freiheit tätig sein«<sup>37</sup> vom 7. bis 9. Oktober 2005 in Wien. Neben dieser Zusammenkunft sei auch auf das zweite Treffen von »Die Kosten rebellieren« am 29. April 2006 in Hamburg verwiesen, in der das Thema Existenzgeld aus internationalistischer Sicht diskutiert wurde. VertreterInnen aus der Schweiz, Spanien und Argentinien brachten aus ihren spezifischen Erfahrungen neue Aspekte in die Diskussion ein. Ergebnis war: Existenzgeld kann und darf nur als globales Projekt gedacht und umgesetzt werden.

Existenzgeld soll allen Menschen ein ausreichendes Einkommen zur freien Entfaltung der Persönlichkeit und zur umfassenden gesellschaftlichen Teilhabe garantieren. Es besteht für jeden und jede ein Rechtsanspruch auf diese Auszahlung. Sie wird ohne Bedürftigkeitsprüfung und unabhängig von vorheriger Erwerbsarbeit bzw. von der Bereitschaft, sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen, geleistet. Existenzgeld ist somit bedingungslos.<sup>38</sup>

Die ehemalige BAG-SHI ist aufgrund der Zusammenstellung eines eigenen Warenkorbes auf einen notwendigen monatlichen Betrag von 800 Euro plus tatsächlicher Wohnkosten und Krankenversicherung (bezogen auf das Jahr 2007/2008) gekommen. Und sie hat ausgerechnet, dass dieser Betrag auch finanzierbar ist, allerdings nicht indem die Struktur des bestehenden Haushalts als unumstößlich angesehen wird und auf dieser Basis reine Gegenfinanzierungsmodelle präsentiert werden. Eine Bundesfinanzierung des Existenzgeldes soll hauptsächlich durch eine zukünftige zweckgebundene Abgabe von 50 Prozent (»Take-half«) auf Nettoeinkommen jeglicher Art und Höhe gesichert werden. Somit eine Umverteilung von oben nach unten, da der Höchstverdiener auch die Hauptfinanzierung trägt!

32 Existenzgeld. 13 Thesen gegen falsche Bescheidenheit und das Schweigen der Ausgegrenzten. Oldenburg 1992.

33 Existenzgeld. 10 Positionen gegen falsche Bescheidenheit und das Schweigen der Ausgegrenzten. Frankfurt/M. 1996.

34 Existenzgeld. 13 Thesen ...

35 BAG-SHI (Hrsg.): Existenzgeld für Alle. Neu-Ulm 2000.

36 siehe: [www.grundeinkommen.de](http://www.grundeinkommen.de).

37 Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt-Österreich, Netzwerk Grundeinkommen-Deutschland (Hrsg.): Grundeinkommen – in Freiheit tätig sein. Beiträge des ersten deutschsprachigen Grundeinkommenskongresses. Berlin 2006.

38 BAG-SHI (Hg.): Existenzgeld reloaded. Neu-Ulm 2008.

Im Gegensatz zu anderen Ansichten über Grundeinkommen wird die Realisierung des Existenzgeldes hauptsächlich im Zusammenhang mit sozialen Kämpfen gesehen.

Dazu gehören auch die Auseinandersetzungen für eine freie soziale Infrastruktur, für einen umfassenden Ausbau öffentlicher Güter und Dienstleistungen, die allen Menschen unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden müssen. Dies reicht von Bildung und Ausbildung über Gesundheit bis hin zu Wohnen und Verkehr.

Ohne weitreichende Bewusstseinsveränderung in großen Teilen der Bevölkerung und ohne eine damit verbundene grundlegende Gesellschaftskritik würde ein »geschenktes« Grundeinkommen (über den parlamentarischen Weg in Gesetztext gegossen) nur eine weitere Armutsverwaltung bedeuten.

**»Hartz-IV muss weg!«**

### **Die Kämpfe im neuen Jahrtausend**

Mittlerweile beschleunigte die rot/grüne Bundesregierung mit ihrer Vorbereitung und Durchführung der Hartz-Gesetze die Protestbereitschaft der Betroffenen. In Städten, aber auch auf dem Land gründeten sich Anti-Hartz-Gruppen, die neben Aufklärungsarbeit zu mannigfaltigen Widerstandsaktionen übergingen. Genannt seien nur: Demonstrationen vor Parteitagungen der Regierungsparteien, Besetzungsaktionen bei Leiharbeitsfirmen, in Jobcentern, in Personal-Service-Agenturen, Aktionen gegen Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Leiharbeitsvereinigungen, im Arbeitsamt, Demonstrationen von wütenden Müttern (wegen gestrichener Umschulungsmaßnahmen), Demonstrationen von Obdachlosen, kollektives Schwarzfahren, E-mail- und Telefonaktionen bei Bundstagsabgeordneten, aber auch Anschläge verschiedenster Art auf Arbeits- und Sozialämter. Auf einer Aktionskonferenz im August 2003 organisierten u. a. die Anti-Hartz-Gruppen eine bundesweite Demonstration in Berlin (»Alle gemeinsam gegen Sozialkahlschlag!«). Mit 100 000 TeilnehmerInnen übertraf die Anzahl der DemonstrantInnen im November 2003 alle Erwartungen und verdeutlichte wie massenhafter Sozialprotest aussehen kann. Besonders das Verhältnis zwischen Erwerbslosengruppen und Gewerkschaften veränderte sich in dieser Zeit. Letztere hatten die Protestbereitschaft unterschätzt und sahen sich von den Aktivitäten der Erwerbslosen überrascht, zumal dort das politische Prestige der Gewerkschaften, spätestens seit ihrer aktiven Unterstützung der Hartz-Gesetze, arg gelitten hatte. Plötzlich mussten, zumindest in dieser Phase, Gewerkschaftsführer mit Erwerbslosenvertretern verhandeln, wer auf welcher Aktionskonferenz oder Kundgebung reden durfte. Der Druck der Straße hatte auch hier gewirkt.

Einige Monate später beehrten im Osten Deutschlands die Erwerbslosen auf. Dem Aufruf von wenigen zu sogenannten Montagsdemonstrationen folgten auf

dem Höhepunkt am 30. August 2004 in rund 200 Städten (auch im Westen) über 200 000 Personen.

In der Regel riefen in einigen größeren Städten Ostdeutschlands<sup>39</sup> Einzelpersonen zu Kundgebungen und Demonstrationen gegen die rot/grüne-Sozialpolitik auf. In Magdeburg trafen sich im Juli 2004 600 Menschen auf der Straße, um eine Woche später mit 1 000 Personen zu demonstrieren. Ähnlich spontane und von Woche zu Woche steigende Demonstrationsverläufe gab es in Leipzig und Berlin. Schließlich sprang der Funke auch in den Westen Deutschlands über, allerdings ohne spürbare Massenwirksamkeit. Die Zahl der Straßenaktivitäten erreichte am 23. August 2004 ihren Zenit und verringerte sich dann von Woche zu Woche, im September 2004 wurden noch bundesweit 10 000 Menschen gezählt. Ähnlich, wie bei den 1998er Protesten ließ sich ohne konkrete Erfolge der Straßendruck nur eine gewisse Zeit auf hohem Niveau aufrechterhalten. Dennoch gibt es auch Jahre später in einigen Städten noch Montagsdemonstrationen (so feierten im August 2007 in Frankfurt/M. die dortigen Aktiven ihr dreijähriges Jubiläum, in 10 bis 15 Städten finden nach wie vor regelmäßige Montagsdemonstrationen statt). Bei der Initiierung der Demonstrationen und Kundgebungen in Ostdeutschland spielten die Initiativen vor Ort kaum eine Rolle (im Gegensatz zu Westdeutschland), der Protest kam aus den Reihen einzelner, unzufriedener Erwerbsloser. Besonders die Angst vor dem sozialen Absturz veranlasste viele Betroffene, auf die Straße zu gehen. Mit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe bestand die Gefahr, nach einem Jahr Arbeitslosengeld sofort in Hartz-IV (Sozialhilfe) zu gelangen. Nach jahrelanger Lohnarbeit innerhalb kurzer Zeit auf dem gleichen materiellen Niveau zu stehen wie andere, die aus unterschiedlichen Gründen nie erwerbstätig waren, empörte viele, erschwerte aber auch die Solidarität zwischen den unterschiedlichen Armutsgruppen.

Zwar reichten die Proteste nicht aus, die Regierung Schröder zu einem anderen sozialen Kurs zu bewegen, führten aber zu einer starken Mobilisierung von WählerInnen, um bei den darauf folgenden Bundestags- oder Landtagswahlen ihre Stimme der PDS (seit 2005 DIE LINKE) zu geben. Da DIE LINKE, als einzige Partei kompromisslos die Hartz-Gesetze ablehnt, wird sie auch von einer Mehrheit der aktiven Erwerbslosen bei parlamentarischen Wahlen unterstützt.

Auch in anderer Hinsicht gibt es immer wieder gute Zusammenarbeitsmöglichkeiten mit der LINKEN: etwa in Form von finanzieller und inhaltlicher Unterstützung von Erwerbslosenaktivitäten (auch über die Rosa-Luxemburg-Stiftung), Informationen und Analysen über sozialpolitische Gesetzesvorhaben, gemeinsames Auftreten bei Veranstaltungen, Beteiligung von Erwerbslosenpositionen an öffentlichen/nichtöffentlichen Anhörungsverfahren usw. Allerdings sei auch darauf hingewiesen, dass diese bisher gute Zusammenarbeit meist solange währt, bis es

39 Versuche von rechtsextremen Gruppen, Einfluss auf die Demonstrationen zu nehmen, konnten im Großen und Ganzen verhindert werden.

zu einer Regierungsbeteiligung kommt (ähnliche Erfahrungen hat es früher mit den »Grünen« gegeben), siehe das Beispiel Berlin.

Aus den Aktivitäten der Montagsdemonstranten gingen neue bundesweit agierende Gruppen, wie das »Aktionsbündnis Sozialproteste« (ABSP)<sup>40</sup> und ein bundesweites Delegiertentreffen von Montagsdemonstrationen hervor.

Das Aktionsbündnis gründete sich im Juli 2005 bei einem bundesweiten Treffen von Sozialbündnissen, Organisatoren der Montagsdemonstrationen, Organisationen der sozialen Bewegung und Vertretern von Gewerkschaften in Kassel. Dieses Bündnis unterschiedlicher Sozialprotestinitiativen aus allen Regionen Deutschlands spielt seitdem eine wichtige Rolle in den aktuellen sozialpolitischen Auseinandersetzungen.

Auf der Grundlage von »Hartz-IV muss weg!« entstand 2004/2005 die bundesweite Zusammenarbeit und »Koordinierung der Montagsdemonstrationsbewegung«<sup>41</sup>. Sie versteht sich als überparteilicher Zusammenschluss, wenngleich ein gewisser Einfluss der »Marxistischen Partei Deutschlands« (MLPD) nicht zu leugnen ist.

Im Zusammenhang mit den Hartz-IV-Protesten tauchte unvermittelt eine neue Gruppe von Aktivisten auf: »Die Überflüssigen«<sup>42</sup>: Mit weißen Theatermasken und roten Kapuzenpullovern sind sie plötzlich mitten im sozialen Geschehen. Ihr Erscheinen ist nicht angekündigt und für die Adressaten überraschend. Die Aktionen der Überflüssigen richten sich vor allem gegen den Sozialabbau und die politische Forcierung zunehmender Verarmung und Prekarisierung weiter Teile der Bevölkerung, gegen die sie sich mit Besetzungen, Gratis-Essen, Störungen und spektakulären symbolischen Aktionen zur Wehr zu setzen versuchen. Ursprünglich in Berlin entstanden, hat sich die Aktionsform auf zahlreiche andere Städte Deutschlands ausgedehnt.

Angesichts der zwiespältigen Entwicklung der Montagsdemonstrationen und auf dem Hintergrund der Notwendigkeit, die konkrete Umsetzung der Hartz-Gesetze anzugreifen, formierte sich ein weiteres Protestnetzwerk. Es wollte anknüpfen an die widerständige Praxis der Jobber- und Erwerbslosengruppen in den achtziger Jahren und entstand 2004 auf dem Kongress »Die Kosten rebellieren – Internationale Versammlung zu Prekarisierung und Migration« in Dortmund. Die in diesem Netzwerk kooperierenden Gruppen (Labournet<sup>43</sup>, BAG-SHI, Tacheles e.V.<sup>44</sup> und andere) gingen davon aus, dass die Einführung der Hartz-Gesetze und der Agenda 2010 eine neue Dimension des sozialen Angriffs in der BRD darstellten, die zukünftig zu verschärften sozialen Konfrontationen führen würde. Dage-

40 [www.die-soziale-bewegung.de](http://www.die-soziale-bewegung.de).

41 [www.bundesweite-montagsdemo.com](http://www.bundesweite-montagsdemo.com).

42 [www.die-ueberfluessigenh.net](http://www.die-ueberfluessigenh.net).

43 »labournet« ist ein virtueller Treffpunkt für Gewerkschafts- und Betriebslinke (aber auch Erwerbslosengruppen) mit aktuellen Meldungen und Berichten, vgl. [www.labournet.de](http://www.labournet.de).

44 »Tacheles« ist eine Internetplattform mit Informationen und Tipps rund um die Themen Sozialhilfe, Arbeitslosigkeit und Grundsicherung sowie einem Diskussionsforum für Betroffene, vgl. [www.tacheles-sozialhilfe.de](http://www.tacheles-sozialhilfe.de).

gen organisierten sie nicht nur Demonstrationen, wie am 6. November 2004, zusammen mit autonomen und antifaschistischen Gruppen gegen Sozialraub, Agenda 2010 und Hartz IV vor der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg mit 10 000 TeilnehmerInnen, sondern riefen auch am 3. Januar 2005 (dem ersten offiziellen Tag unter Bedingungen der Hartz-Gesetze mit Aktionen in 83 Städten) zu einer Belagerung bzw. Besetzung der Arbeitsämter in Deutschland auf. Bereits im Dezember 2004 hatten Erwerbslose kleinere Aktionen, im Zusammenhang mit einer gemeinsamen Abgabe der Arbeitslosengeld II-Anträge, unter dem Namen »Aktion Sankt Nikolaus« in einigen Städten durchgeführt.

Im Weiteren organisierten Gruppen von »Agenturschluss« eine Untersuchungsarbeit: »Für unsere politischen Interventionen in den Ämtern, auf den Straßen, an den Ein-Euro-Einsatzstellen und vor den Privathäusern von unverschämten Amtsleitern benötigen wir Informationen. Wir (entwickelten) eine Umfrage zu den Auswirkungen von Hartz IV und zu den Ein-Euro-Jobs. Wir woll(t)en alles wissen: wer schikaniert die Erwerbslosen, wie werden Zwangsumzüge durchgesetzt, welche Einrichtungen holen sich die billigen Ein-Euro-Jobber, in welcher Stadt arbeiten schon die Prüfdienste. Die Umfrage hatte verschiedene Funktionen. Neben dem Informationsgewinn für die Erwerbslosengruppen konnten sich die Betroffenen anonym zu Wort melden. Und die Beschäftigten der Arbeitsämter und die Verantwortlichen für die Hartz-IV-Umsetzung durften sich kontrolliert fühlen, was auf deutschen Amtsstuben nicht selbstverständlich ist.«<sup>45</sup>

Im Januar 2006 veröffentlichte »Agenturschluss« erste Ergebnisse ihrer Untersuchungen und Erfahrungen<sup>46</sup> und veranstaltete im April 2006 in Hamburg eine weitere Diskussionsrunde unter dem Titel »Kosten rebellieren II«.

Es sollte der Beginn verschiedener Aktivitäten, wie z. B. die gemeinsame und direkte Forderung sozialer Rechte im Arbeitsamt oder Jobcenter und etlicher Kampagnen, wie z. B. die Skandalisierung der Kinderregelsätze im Kampf gegen Hartz IV sein, die in den nächsten Jahren die Erwerbslosenszene prägten.

## **Der ewige Kampf gegen die Verschlechterung der sozialen Lage**

Nach den sozialpolitischen Höhepunkten mit der Massendemonstration 2003 und den Montagsaktivitäten 2004, wiederholten sich solche überraschenden, spektakulären und massenwirksamen Manifestationen vorerst nicht mehr. Stattdessen formierten sich in fast ritueller Gleichmäßigkeit (so ziemlich jedes Jahr) bundesweite Demonstrationen, gefolgt von Aktionskonferenzen und Strategiediskussionen, um gegen fortgesetzten Sozialabbau etc. aufzubegehren.<sup>47</sup>

<sup>45</sup> Aus der Eigendarstellung in: [www.labournet.de](http://www.labournet.de).

<sup>46</sup> Agenturschluss (Hrsg.): Schwarzbuch Hartz IV. Berlin 2006.

<sup>47</sup> Auch während Studentenprotesten kam es immer wieder zu gemeinsamen Aktionen mit Erwerbslosen, so z. B. 1998 und im November 2006 mit einer kurzzeitigen Arbeitsamtsbesetzung in Frankfurt/M.

Einige Beispiele:

Bundesweite Großdemonstrationen gegen Bildungs- und Sozialabbau in Frankfurt/M, Berlin und Leipzig am 13. Dezember 2003;

Europäischer Aktionstag gegen Sozialabbau in Berlin, Stuttgart und Köln am 2./3. April 2004;

Bundesweite Demonstration in Berlin »Soziale Gerechtigkeit statt Hartz IV – Wir haben Alternativen!« in Berlin am 2. Oktober 2004;

Bundesweite Demonstration in Berlin »Schluss mit den ›Reformen‹ gegen uns« am 3. Juni 2006;

Bundesweite Sozialprotestdemonstrationen in Stuttgart, München, Frankfurt/M, Dortmund und Berlin »Das geht besser« am 21. Oktober 2006;

Bundesweite Demonstrationen in Berlin und Frankfurt/M »Wir zahlen nicht für eure Krise!« am 28. März 2009;

Bundesweite Demonstrationen in Berlin und Stuttgart »Wir zahlen nicht für eure Krise!« am 12. Juni 2010.

Dazu gezählt werden müssen noch die zentralen Demonstrationen der bundesweiten Montagsdemonstrationskoordination, seit 2004, jedes Jahr zwischen September und November in Berlin.

An bundesweiten Aktions- oder Strategiekonferenzen seien zu nennen:

18./19. September 2004 in Frankfurt/M, 25./26. November 2006 in Dortmund, 2./3. Dezember 2006 in Frankfurt/M, 13. bis 15. November 2009 in Stuttgart und am 17. April 2010 in Wiesbaden.

Damit sollen diese Veranstaltungen nicht abgewertet werden. Sie verdeutlichen aber, dass es nicht gelungen ist, einen Großteil der Betroffenen und ihrer UnterstützerInnen auf Dauer zu mobilisieren. Trotz vielerlei Willensbekundungen gelang es nicht, den Schwung der »großen« Demonstrationen perspektivisch aufzunehmen und in dauerhaften Druck umzuwandeln, damit wenigstens einige der sozialen Angriffe zurückgenommen werden mussten.

Anfang der Jahrtausendwende erhielt die soziale Frage bei vielen politischen Organisationen die zentrale politische Bedeutung, die sich Erwerbslosengruppen bereits einige Jahre früher gewünscht hätten. Seit diesem Zeitpunkt gibt es auf Bundesebene ein Sozialprotestnetzwerk, bestehend aus Erwerbslosenzusammenschlüssen, attac, Einzelgewerkschaften, DIE LINKE, Gewerkschaftslinken u. a., das maßgeblich für bundesweite Proteste verantwortlich zählt.

Dabei dominieren bezüglich der inhaltlichen Gestaltung zentraler Proteste in der Regel der DGB und die Einzelgewerkschaften, was angesichts ihrer organisatorischen und finanziellen Übermacht nicht verwunderlich ist. Für viele Erwerbslosengruppen eine kaum zu akzeptierende Realität, denn unvergessen sind u. a. die direkte Unterstützung der Hartz-Kommission durch die Entsendung zweier GewerkschaftsvertreterInnen (von ver.di und IG-Metall) in diese, sowie der Aufruf des DGB-Vorsitzenden Sommer 2003 zur Einstellung von Protesten gegen die Agenda 2010 mit der Behauptung: »Die größten Klötze sind weg.«<sup>48</sup>

Unabhängig von gebildeten Regierungen und unabhängig von verbalen Bekundungen verschiedenster Parteien kann seit den achtziger Jahren von einer systematischen Verschlechterung der sozialen Lage Erwerbsloser und armer Leute ausgegangen werden.<sup>49</sup> Dagegen erhoben und erheben die Betroffenen ebenso in systematischer Art und Weise ihre Stimme und protestieren in unterschiedlichster Form für den Erhalt oder die Verbesserung ihrer eigenen sozialen Situation, allerdings ohne einen wirklichen Erfolg. Kein Gesetz wurde zurückgenommen, jede neue Regierungskoalition übernahm die zuvor kritisierten Verschlechterungen der sozialen Lage und bereitete die nächste Runde materieller Kürzungen, Einschränkung sozialer Rechte und Disziplinierungen vor.

Von wirklichen Erfolgen kann eigentlich nur in den rechtlichen Auseinandersetzungen gesprochen werden. So geht das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Februar 2010 zur Undurchsichtigkeit der Bedarfsbemessung der Regelsätze auf jahrelange intensive und umfassende Kampagnen der Erwerbsloseninitiativen zur Rechtsdurchsetzung zurück. So koordinierte die BAG-SHI mit anderen Organisationen 2004 eine bundesweite zielgruppenorientierte Informationskampagne für künftige Arbeitslosengeld II-BezieherInnen unter dem Titel »Vorsicht: Arbeitslosengeld II«.

Neben der rechtlichen Unterstützung im Antrags- Widerspruchs- und Klageverfahren von Erwerbslosen hat sich zwischen den bundesweiten politischen Manifestationen eine vielfältige Widerstandskultur entfaltet; von spontaner Radikalität über witzige Kundgebungen bis zu intensiven Kampagnen. Eine kleine Auswahl:

- 21.7.2004 Anrufer legen Clements (damaliger Arbeitsminister) Büro lahm;
- 16.12.2004 in Nordrheinwestfalen tauchen gefälschte Postwurfsendungen der Arbeitsagentur auf (so sollen Ein-Euro-Jobs auch in Privathaushalten geschaffen werden);
- 19.12.2004 »Überflüssige« speisen in einem Luxusrestaurant in Berlin;
- 3.2.2005 Versammlung von Ein-Euro-Jobber in Berlin;
- 14.2.2005 in 72 Städte Tag der Rechenschaft, Aktionen gegen die SPD;
- 31.7.2006 Erwerbslose campieren vor der Arbeitsagentur in Aschersleben;
- 30.10.2006 Beginn der Kampagne »Reiches Land – Arme Kinder? Einkommen zum Auskommen!« (KOS);
- 2.1.2007 Happening vor der Mainzer Staatskanzlei (öffentliches rasieren und waschen nach Kurt-Beck-Art);
- 17.1.2007 »Überflüssige« begleiten Peter Hartz zum Landgericht Braunschweig;
- 2.5.2007 internationaler Kampf und Feiertag der Arbeitslosen in Berlin (immer am 2. Mai unter Parolen wie »Kein Schweiß für Arbeit«, »Mein Freund ist Roboter«);

48 Der Spiegel vom 26.5.2003.

49 Johannes Steffen: »Sozialpolitische Chronik«. Bremen 2008. [www.arbeitnehmerkammer.de](http://www.arbeitnehmerkammer.de).

- 3.5.2007 Mahnwache und Kundgebung zum Tod eines Erwerbslosen in Speyer;
- 1./2.10.2007 »Erster Zahltag! Schluss mit ARGE n Schikanen« in Köln;
- 4.2.2009 Kampagne »Armut bekämpfen – Reichtum umverteilen!« KOS-Veranstaltung in Hannover;
- 9.2.2010 Informationsstände und Aktionen in über 50 Städten im Anschluss an die Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichtes zu den Regelsätzen;
- 1.3.2010 Zahltag Wuppertal;
- 3.3.2010 Protest zum Kongress »Ländlicher Raum« der CDU-Landtagsfraktion »Milchbauern in Aktion – Erwerbslose dabei« in Vechta;
- 3.3.2010 Erwerbslose Römer besetzen die FDP-Geschäftsstelle in Darmstadt;
- 9.4.2010 Stadtrundgang gegen Leiharbeit und Hartz IV in Frankfurt/M.;
- 13.4.2010 Zahltag bei einem Maßnahmeträger in Köln;
- 28.4.2010 Aktion gegen die Präsentation von Leiharbeitsfirmen in Köln;
- 3.5.2010 Zahltag in Bonn;
- 6.5.2010 Aktion gegen die Präsentation von Leiharbeitsfirmen in Berlin;
- 19.–28.7.2010 Zug der Tagelöhner, Soziale Bewegung Brandenburg;
- 7.7.2010 Aktion gegen soziale Kälte vor dem Kanzleramt »Merkels Eisdusche für Arbeitslose und Familien« gemeinsame Aktion von KOS, BAG-PLESA, Campact, ABSP, verdi, attac – Planung Kampagne »Letzte Hemden gegen das Sparpaket« Campact übergibt 42 000 Unterschriften.

Hervorzuheben ist die Kampagne »Keiner muss allein zum Amt«, die in einigen Städten als erfolgreich zu bezeichnen ist. Mit Hilfe Einzelner oder auch vieler ist es immer wieder gelungen, Rechtsinteressen mit Nachdruck durchzusetzen. Eine flächendeckende Praxis in allen Bundesländern konnte sich bisher darüber aber nicht entwickeln. Dennoch ist sie in ihrer direkten Form ein wichtiges Bindeglied zwischen individuellem Rechtsbeistand und kollektiver Gegenwehr.<sup>50</sup>

Weitere wichtige Kampagnen beziehen sich auf Ein-Euro-Jobs (»Spaziergänge«), gegen Zwangsumzüge (besonders in Berlin), gegen Kinderarmut<sup>51</sup> und für die Erhöhung der Regelsätze.<sup>52</sup>

Nicht oft, aber dann umso wirksamer sind Aktionen wie »Umsonst einkaufen« oder »Wir statt den Ermittlern einen unangemeldeten Hausbesuch ab« und auch Anwerbeversuche der Bundeswehr in Arbeitsämtern treten Erwerbslose konsequent entgegen. Die »Kampagne für ein Sanktionsmoratorium« tritt mit Unterstützung

50 Peter Nowak (Hrsg.): Zahltag. Münster 2009 sowie [www.zahltag-jetzt.org](http://www.zahltag-jetzt.org).

51 [www.kinderarmut-durch-hartz4.de](http://www.kinderarmut-durch-hartz4.de).

52 [www.500-euro-eckregelsatz.de](http://www.500-euro-eckregelsatz.de).

von WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen dafür ein, das Sanktionswesen gegen Hartz-IV-Beziehende auszusetzen.<sup>53</sup>

An den bisherigen drei deutschen Sozialforen im Juli 2005 in Erfurt, im Oktober 2007 in Cottbus und im Oktober 2009 in Hitzacker waren Erwerbslosengruppen maßgeblich mit eigenen inhaltlichen Beiträgen beteiligt. Und auch im Internet sind Foren von und für Erwerbslose mittlerweile ein wichtiges Kommunikationsmittel. Das »Erwerbslosen Forum Deutschland«<sup>54</sup>, 2005 gegründet, gilt immer wieder als wichtiger Ansprechpartner für Medien bei Fragen, die sich um das Thema Armut und Arbeitslosigkeit drehen.

Mit Beginn der Einführung von Hartz IV, aber auch später, kam es auch »zu zahlreichen, individuell angelegten Farbbeutelattachen, Übergriffen, Brandanschlägen...« auf Arbeitsämter oder Jobcenter. Nach Sonnenfeld<sup>55</sup> unterschieden sich diese Ereignisse an zwei Punkten gegenüber sporadisch ähnlichen Vorkommnissen vergangener Jahre:

»Das Empfinden, dass die Gesetzesverschärfungen illegitim sind (gemessen an früheren Zuständen), setzte sich um in widerständiges Verhalten, das von der Aufkündigung bislang akzeptierter Normen bis hin zu Gesetzesverstößen reichte. Diese Aktionen wurden zwar häufig von einzelnen Personen durchgeführt, aber offenbar auch von kleinen Gruppen. Bekennerschreiben am »Tatort« und logistische Erfordernisse sprechen für einen Einsatz mehrerer Personen.« Sonnenfeld resümiert: »Der Blick auf die gegenwärtigen Protestformen, wenn sie denn überhaupt stattfinden, zeigt das Phänomen, dass kleine Gruppen symbolische Orte bzw. Objekte suchen. Sie existieren neben den Gehorsamen und neben den einzelnen Demonstrationen auf der Straße.«<sup>56</sup>

## Ausblick

Erwerbslosenproteste sind in den letzten Jahren, in ihren vielfältigen Formen, kontinuierlicher Bestandteil der politischen Kultur Deutschlands geworden. Auch wenn ihre Aktivitäten meist von den Medien ignoriert werden, hat es seit 2003 keine andere soziale Bewegung geschafft, wenn auch nur für kurze Zeit, Hunderttausende von Menschen auf die Straße zu bringen. Und schließlich ist die bundesweit meist diskutierte Forderung, als Alternative zur herrschenden Arbeitsmarktpolitik, die nach einem bedingungslosen Grundeinkommen. Eine Forderung, die schon Ende der siebziger Jahre von Erwerbslosengruppen entwickelt wurde.

53 [www.sanktionsmoratorium.de](http://www.sanktionsmoratorium.de).

54 [www.erwerbslosenforum.de](http://www.erwerbslosenforum.de).

55 Christa Sonnenfeld: »Die Gauner auf der Regierungsbank«. Soziale Proteste kleiner Gruppen. In: [www.links-netz.de](http://www.links-netz.de).

56 Ebenda.

Dennoch wurde keine einzige zentrale Verbesserung erkämpft: »Weg mit Hartz IV« blieb eine Parole. Von wirksamen Strategien des Erwerbslosenprotestes, im Sinne der öffentlichen Wahrnehmung, konnte dann gesprochen werden, wenn Aktionen überraschend und unplanmäßig verliefen (Montagsdemonstrationen, »Überflüssige« u. a.) oder wenn Aktivitäten in einem breiten Bündnis stattfanden, mit entsprechender Repräsentanz der eigenen Ansprüche und Forderungen (Demonstration am 1. November 2003 in Berlin).

Gezielte, planbare Massenmobilisierungen von Erwerbslosen sind aufgrund von Erfahrungen nicht möglich. Zu viele objektive Barrieren und subjektive Beweggründe spielen eine Rolle. Verschiedene Lebenswirklichkeiten der Erwerbslosen erzeugen unterschiedliche Reaktionsweisen auf das Faktum Arbeitslosigkeit. Sie können zu Resignation bzw. Lethargie, aber auch zu Resistenzen führen, die häufig individuell auf den Ämtern oder in listigen Handlungen ausgetragen werden. Der Umschlag in kollektiven Widerstand ist nicht voraussehbar.

Geschaffen wurde eine über Jahrzehnte gefestigte Struktur von Erwerbslosengruppen (auch wenn es von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich sein mag und etliche Erwerbslosenstrukturen so schnell wie sie entstehen wieder zerfallen), ohne die manche Aktionen nicht hätten stattfinden können. Praktische und oft erfolgreiche Rechtsdurchsetzung gehören zu den größten Erfolgen der Erwerbslosengruppen.

Ohne öffentliche Regelverletzungen, symbolische und konkrete Aneignungsaktionen lassen sich kaum noch Erwerbslosenthemen in die Öffentlichkeit bringen. Deshalb waren auch Aktionen kleiner Gruppen, wie die »Überflüssigen« mit ihren spezifischen Aktionen (Besuch von Luxusrestaurants, Begleitung von Hartz zum Gericht usw.) in der letzten Zeit wirkungsvoll.

Auch wenn unklar ist, in welchen Momenten Massenprotest entstehen kann, so lassen sich doch Eckpfeiler für die Schaffung einer sozialen Bewegung bestimmen: das Erkämpfen von minimalen materiellen Forderungen in Verbindung mit der Entwicklung einer Idee darüber, welche gesellschaftliche Alternative den Akteuren vorschwebt.

In der Kommune ist der Ort des Aufbaus widerständiger Strukturen und erfolgreicher Kämpfe; wenn dort keine Ergebnisse erreicht werden, wird auch bundesweit keine Wirkung erzielt werden. Stichpunkte sind: Ämterbegleitung, Erstreiten eigener kommunaler Finanzierungstöpfe, Erhöhung der Mietobergrenzen im Zusammenhang mit den Kosten für Unterkunft, eigene Sozialpässe zum kostengünstigen oder kostenlosen Fahren mit Bahn und Bussen usw. An diesen Punkten der Erkämpfung einer möglichst freien sozialen Infrastruktur finden sich, über die politische Verallgemeinerung, auch die Zugänge zu anderen sozialen Bewegungen. Etwa als ein Recht auf ein gutes Leben für alle ohne Pflichtenforderungen.

Als gemeinsame Identität einer sozialen Bewegung könnte das Bewusstsein von der gemeinsamen sozialen Lage und einer perspektivischen Idee dienen, die über die tagtägliche materielle Sicherstellung hinausweist auf ein zukünftiges Le-

ben, für das es sich lohnt zu kämpfen. Im Konzept Existenzgeld realisiert sich die Forderung nach einem ausreichenden Einkommen mit und ohne Lohnarbeit.

Möglicherweise ist auch das Festhalten an dezentralen Strukturen nicht immer vorteilhaft. So hat es in den Anfängen der Erwerbslosenproteste gute Gründe gegeben, keine zentrale Organisation aufzubauen. Gerade um die temporären Protestereignisse miteinander zu verbinden und nicht abreißen zu lassen, fehlt es heute an gebündelter Wirksamkeit.

Ohne dass sich die bestehenden bundesweiten Strukturen der Arbeitslosen auflösen müssten, könnte eine zentrale Arbeitslosenorganisation gegründet werden, die außerhalb von Gewerkschaften, Kirchen, aber auch von professionellen Beratungsstellen ihren Wirkungskreis hätte. Als einheitliches Sprachrohr bestünde so die Möglichkeit, in der Öffentlichkeit Arbeitslosenpositionen zu formulieren, gemeinsam getragene Forderungen vorzustellen und diese als Grundlage zu nehmen für die Organisierung weiterführender Proteste. Der Unterschied zu den existierenden bundesweiten Zusammenschlüssen bestünde darin, dass es sich um eine Organisationsform handeln würde zur ausschließlichen Durchführung von praktischen Aktionen, um Druck auszuüben auf die politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen in diesem Staat.

Das zu bildende Gremium muss politisch unabhängig, basisdemokratisch eingesetzt, möglichst hierarchiefrei und dennoch in einfacher Form kontrollierbar sein.

## Der westdeutsche Maoismus und die Partei Die Grünen

Mitte August 2006, knapp zwei Jahre bevor in Hamburg das erste Mal in einem Bundesland eine schwarz-grüne Regierungskoalition das Licht der Welt erblickte, eröffnete das zum Axel Springer Konzern gehörende »Hamburger Abendblatt« einem von ihr als »profilertesten, eloquentesten Politiker der GAL« bezeichneten Bürgerschaftsabgeordneten ihre kostbaren Spalten für ein Interview. Es handelte sich um Willfried Maier, der es in der Zeit von 1997 bis 2001 in der rot-grünen Koalition zum Stadtentwicklungssenator in der Hansestadt gebracht hatte. Der Titel des Interviews war fast im Ton einer Parole gehalten, er trug die Überschrift: »Vom Kommunismus zu Schwarz-Grün«, und als Gesprächsthema wurde offeriert, dass sich Maier »über seine politische Laufbahn und die Perspektiven der Grünen in Hamburg« äußern wolle. Dem Abendblatt-Redakteur war sicher die Tatsache bekannt, dass der Bürgerschaftsabgeordnete Maier in den Jahren 1973 bis 1976 als leitender Redakteur der »Kommunistischen Volkszeitung« amtierte hatte, die als Zentralorgan der größten westdeutschen maoistischen Gruppe in der BRD der 1970er Jahre dem Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) fungierte. In diesem Sinne eröffnete er auch das Interview mit folgender Frage: »Herr Dr. Maier, Sie haben Ihre politische Karriere beim Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW) begonnen. Heute wollen Sie die Grünen in eine Koalition mit der CDU führen. Wie legt man einen so weiten politischen Weg zurück?« Maier parierte diese Frage umgehend mit einer Richtigstellung: »Ich war in den 1960er Jahren zuerst in der SPD, dann im KBW.« Voila! Die der Frage des Abendblattredakteurs zugrunde liegende Figur des »weiten politischen Weges« im Sinne einer Linie setzte Alt-Maoist Maier gewissermaßen die Figur eines Kreises entgegen. Nicht er hatte sich von irgendetwas entfernt, sondern es sollte so scheinen, als wäre er fast wieder dort angekommen, wo er einst aufgebrochen war. Auch das zeigt: Die irgendwann in den frühen 1980er Jahren grün-alternativ gewendeten Maoisten der 1970er Jahre sind auch noch im 21. Jahrhundert für (intellektuelle) Überraschungen gut.<sup>1</sup>

Die Präsenz von vormaligen Maoisten als Funktionsträger in der Partei der Grünen verweist auf die wechselvolle Gründungsgeschichte dieser Partei, die auf die Jahre zwischen 1977 bis zum Einzug in den Bundestag im März 1983 datiert werden kann. In der Zusammensetzung ihres Personals kam es dabei zu einem eigentümlichen Gemenge von Naturschützern, enttäuschten Sozialliberalen, undogmatischen Linken, Konservativen, Nazis und Maoisten. In diesem Zeitraum werden im politischen Umfeld der in die Zehntausende gehenden Massenbewegung

1 Jens Meyer-Wellmann: Vom Kommunismus zu Schwarz-Grün. In: Hamburger Abendblatt vom 14. August 2006.

gegen den Bau und Betrieb von Atomanlagen in Schleswig Holstein, Niedersachsen und Hamburg zunächst die ersten lokal orientierten grünen, bunten und alternativen Listen gegründet, ein Prozess der Anfang Januar 1980 in der Karlsruher Stadthalle in die Gründung der bundesweit organisierten Partei Die Grünen durch mehr als 1 000 Delegierte mündet.<sup>2</sup> Diese Partei zieht schließlich Anfang März 1983 mit rund 2,2 Millionen Wählerstimmen in den Bundestag ein. Damit wird erstmals die seit Beginn der 1960er Jahre im Bundestag existierende Dreiparteienkonstellation aus CDU/CSU, FDP und SPD aufgesprengt.

## Studentenrevolte und Maoismus

Sowohl die Vorgeschichte der Grünen Partei wie auch ihr Gründungsprozess ist ohne die Präsenz des Maoismus, seiner Gruppierungen wie auch einer Vielzahl seiner Aktivisten nicht zu verstehen. Nach dem Abebben der Studentenrevolte stellte der Maoismus für die Jahre 1969–1977 im außerinstitutionellen linksradikalen Bewegungsspektrum die vorherrschende Ideologie dar. Nach der Beschreibung von Steffen gewinnen die K-Gruppen »ihre politische Identität im Rahmen des chinesischen Bezugssystems«. Von hier aus grenzten sich diese Gruppen in einem formalen Sinne »in dreierlei Hinsicht ab: 1. gegen die antiautoritäre Bewegung, der sie zumeist entstammten und die ihnen ideologisch den Weg gewiesen hatte (Internationalismus, Avantgardekonzeption, maoistische Affinität); 2. gegen den »modernen Revisionismus«, wie es im Vokabular der chinesischen KP hieß, d. h. gegen das Lager des Staatssozialismus sowjetischen Typs und die ihm verbundenen Parteien im Westen, insbesondere gegen die 1968 »neu konstituierte« DKP; und 3. in teilweise scharfer Konkurrenz zu den anderen K-Gruppen.«<sup>3</sup> Nach Hanser forderte die Theorie und Praxis dieser Gruppen in den 1970er Jahren eine generelle Kritik der Warenproduktion heraus, verkündete die permanente Rebellion, favorisierte eine völlig unhinterfragte Legitimation von Militanz und Volkskrieg, und transportierte einen klassenunspezifischen Volksbegriff.<sup>4</sup>

Wemheuer spezifiziert, dass der Maoismus als konsequenteste antiimperialistische Theorie gegenüber der als »Revisionismus« kritisierten Politik der SU erschien, die seit Chruschtschow auf friedlichen Übergang zum Sozialismus setzte. Unter Verweis auf die in der Neuen Linken beliebtesten Mao-Parolen wie »Primat der Praxis«, »Sieg im Volkskrieg« und der Bekundung, wonach Revolution »kein

2 Vgl. Michael Schroeren (Hrsg): Die Grünen. 10 bewegte Jahre. Wien 1990. In diesem Band befindet sich eine Rekonstruktion der auf dem Gründungsparteitag geführten Debatten der GRÜNEN-Partei am 12/13. Januar 1980. Der Herausgeber verweist darauf, das von achtzehn auf Tonband aufgezeichneten Parteitagstunden »rund vier ... unwiederbringlich verloren« gegangen seien, hier S. 7.

3 Michael Steffen, Michael Flörsheimer: K-Gruppen. In: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM), Bd. 7/1 Kaderpartei bis Klonen. Hamburg 2008, S. 622-627, hier S. 623.

4 Vgl. Walter Hanser: Kurs wohin? In der Krise der 68er-Bewegung wird der große Steuermann Mao entdeckt. In: Junge Welt vom 15.12.2008.

Bildermalen oder Deckchensticken« sei, zeigt er, dass der Maoismus zur Tat drängte und militante Politik prinzipiell nicht ausschloss. Sie sollte – und das war der wesentliche Unterschied zum Konzept des »bewaffneten Kampfes« wie durch die RAF spätestens seit der Entführung der Landshut-Flugmaschine praktiziert – jedoch nicht gegen »das Volk« gerichtet sein, sondern die Herrschenden treffen, auch lehnte man eine »putschistische« Strategie als »kleinbürgerlich« und »anarchistisch« ab und hoffte auf eine »Volksrevolution«.<sup>5</sup>

Die Gründe für die Transformation der Studentenrevolte in den Maoismus sind vielfältig, und sie finden sich gerade nicht ausschließlich im nationalen Kontext. Insoweit sich die Studentenrevolte immer auch auf außerinstitutionelle Bewegungen in anderen Ländern bezog, konnten deren Radikalisierungsprozesse nicht ohne Rückwirkungen auf die BRD bleiben. Gerade gegen die moskauorientierte Kommunistische Partei vermischte sich in der Mai 68-Bewegung in Frankreich die Studentenbewegung ansatzweise mit einer Arbeiterbewegung. Ähnliches gilt für Italien. In den USA stand bereits seit 1965 die Anti-Vietnam-Kriegsbewegung und antirassistische Bürgerrechtsbewegung am Beginn des Aufbruchs, der schwarze Widerstand sollte sich nach der Ermordung von Martin Luther King schon bald radikalieren. Mit der Mao-Bibel in der Hand verkündeten die Black Panther in den USA, dass hier endlich einer Klartext reden würde – alles andere sei »Bullshit«. Der US-amerikanische SDS löste sich entweder in den Maoismus (die Mehrheit) oder in die Stadtguerilla Weatherman (die Minderheit) auf, die sich allerdings auch maoistisch gab.<sup>6</sup> In Frankreich setzte im Herbst 1968 eine breite Rezeption des Maoismus ein, eine der wichtigsten linksradikalen Gruppen war die im September 1968 gegründete maoistische »Gauche Prolétarienne« (GP). Der Philosoph Sartre erklärte sich zum Hauptherausgeber der GP-Zeitung »La Cause du Peuple«, um diese vor Repression zu schützen.<sup>7</sup> Alle wichtigen linken und radikalen Philosophen Frankreichs liebäugelten mit den Maoisten. Michel Foucault diskutierte mit ihnen – und überbot zuweilen deren Affirmation von spontaner Volksgewalt und Volksjustiz.<sup>8</sup>

Für die Bundesrepublik sollte nicht unterschätzt werden, dass in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre beständig die Furcht vor der »roten und gelben Gefahr«

5 Felix Wemheuer: Die vielen Gesichter des Maoismus und die Neue Linke nach 1968. In: Sebastian Gehrig, Barbara Mittler, Felix Wemheuer (Hg.): Kulturrevolution als Vorbild? Maoismen im deutschsprachigen Raum. Frankfurt/M. 2008, S. 9-23.

6 Vgl. Ingrid Gilcher-Holtey: 1968. Eine Zeitreise. Frankfurt/M. 2008. S. 136 und Michael Schmidtkte: Der Aufbruch der jungen Intelligenz. Die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA. Frankfurt/M. 2003, hier vor allem S. 263-283.

7 Vgl. Jean Paul Sartre: Was heißt: Die Intellektuellen sollen sich in den Dienst der Massen stellen? Auszug aus einem ARD-Interview vom Juli 1970, dokumentiert in: Agit 883 Nr. 66 vom September 1970, S. 8-9. Auch wenn Jean-Paul Sartre bekundete, kein Maoist zu sein, so blieb er ihnen auch über seinen langjährigen Sekretär und Freund Benny Lévy, der zugleich der herausragende Kopf der Gauche Prolétarienne war, sympathisierend verbunden – ihre Gruppenorganisation sah er als Gegenpunkt zum entfremdeten, seriellen Arbeitsleben. Dass sie mit dem Gewalttabu brachen, rechnete er ihnen hoch an.

8 Michel Foucault: »Über Volksjustiz«. Eine Auseinandersetzung mit Maoisten. In: Dits et Ecrites, Schriften in vier Bänden. Band II, 1970–1975. Frankfurt/M. 2002, S. 438 ff.

grassierte. Kein geringerer als Max Horkheimer beschwor im Mai 1966 die »Hölle einer chinesischen Weltherrschaft«, sollten sich die USA in Vietnam nicht durchsetzen können und verband diesen Befund mit einer Unterstützung der Kriegsführung der USA in Vietnam.<sup>9</sup> Da sich die Revolte stets in einem subversiven und provokatorischen Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft und ihrer Ideologien befand, kam die positive Adaption des Maoismus zunächst einmal einer ultimativen Provokationsstrategie gleich.

Aus der Sicht der rebellierenden Studenten Ende der 1960er Jahre schien die sowjetische Politik der friedlichen Koexistenz mit dem »kapitalistisch-imperialistischen« Lager angesichts des Vietnam-Krieges der USA, dessen Bilder entscheidend zu Empörung, Protest und Widerstand geführt hatten, kaum eine angemessene Antwort darzustellen. Die Mao-Parole »Der Imperialismus ist nur ein Papiertiger« stellte eine neue Wendung in der hoffnungsvollen Geschichtsphilosophie des Marxismus dar. Er verkörperte einen neuen revolutionären Voluntarismus, der auf die Möglichkeit eines Sieges in naher Zukunft meinte setzen zu können. China hatte 1960 offiziell mit der Sowjetunion gebrochen und 1963/1964 in der »Polemik über die Generallinie der internationalistischen kommunistischen Bewegung« der Sowjetunion vorgeworfen, die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt verraten zu haben und auf Bündnisse mit dem »Imperialismus« zu tendieren.<sup>10</sup> Die KPCh kritisierte 1968 – anders als Fidel Castro im »revolutionären Kuba« – auch den Einmarsch der sowjetischen Armee in Prag und die Niederschlagung des Prager Frühlings.<sup>11</sup> »Wer sind unsere Freunde, wer sind unsere Feinde?« hieß die maoistische Devise, in der die UdSSR im Zuge einer »antirevisionistischen« Politik zusehends als neuer Hauptfeind definiert wurde und in deren Zusammenhang sich in Agitation und Propaganda maoistischer Gruppen ein volkstümlicher Anti-Sowjetismus entfaltete. Unter der Parole: »Die Macht kommt aus den Gewehrläufen« lehnten die Maoisten die sowjetische These vom friedlichen Übergang zum Sozialismus, die Chruschtschow und nach ihm Breshnew vertrat, vehement ab. Ohne Gewalt und die Kritik der Waffen keine Revolution – das war eine entscheidende Position. Da die Herrschenden ihre Macht nicht freiwillig abtreten würden, galt es, sich auf den »bewaffneten Kampf« vorzubereiten; wann der allerdings genau aufgenommen werden sollte, war umstritten. Vor diesem Hintergrund war das Verhältnis der maoistischen Gruppen zur Roten-Armee-Fraktion, die in einer bestimmten Phase ihrer Existenz die Aufnahme des bewaffneten Kampfes ausgiebig mit Mao-Sentenzen legitimierte, stets von großer Nähe und gleichzeitig scharfer Kritik geprägt.<sup>12</sup>

9 Max Horkheimer: Gesammelte Schriften. Bd. 14. Nachgelassene Schriften 1949–1972, S. 360 f.

10 KPCh: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung. Peking 1965.

11 Felix Wemheuer: Die vielen Gesichter des Maoismus und die Neue Linke nach 1968, S.14.

12 Vgl. Jens Benicke: Von Adorno zu Mao. Über die schlechte Aufhebung der antiautoritären Bewegung. Freiburg 2010, S. 127-135.

Auf der inneren Seite konnte der Maoismus im Westen an ein Moment der ab 1966 von Mao ausgerufenen Kulturrevolution anknüpfen, die unter dem Slogan »Autoritäten anzweifeln« unter den westeuropäischen Rebellen hauptsächlich als wirkliche Bewegung der Selbst- und Parteikritik rezipiert wurde. Ulrike Meinhof: »Sie diskutieren. Sie diskutieren zwar mit ihrem Mao Tse-tung unter dem Arm. Mir scheint, dass durch diese diskutierende Haltung, dass also durch die permanente Bereitschaft, zu kritisieren und sich kritisieren zu lassen, genau der Punkt erreicht wird, an dem man eines Tages auch nicht mehr seinen Mao unterm Arm hat, sondern in den Schrank stellt.«<sup>13</sup> Nur die wenigsten Studentenrevolteure der damaligen Zeit analysierten die wahre Funktion der chinesischen Kulturrevolution, die gerade nicht der allseitigen Befähigung des kritisierenden Individuums diene.<sup>14</sup> Die ersten maoistischen Gruppen und Zirkel entstanden als eine Antwort auf die Transformation einer Vielzahl von geschulten Marxisten aus der Phase eines Universitätsradikalismus zu sogenannten Seminar-Marxisten. In Verhöhnung eben dieses »Seminar-Marxismus« begannen außerhalb der Universitäten Schulungen mit den einfacheren Mao-Sprüchen, und es wurde der »Primat der Praxis« propagiert. Erwähnt werden muss auch noch der Umstand, dass es für die maoistische Wende einer Vielzahl von Studenten zu Beginn der 1970er Jahre keinerlei Aussicht auf eine materielle Unterstützung, Belohnung wie Anleitung durch die chinesische KP gab – und das unterscheidet diesen Gründungs- wie Entstehungsprozess ganz wesentlich von der Neugründung der an Moskau orientierten KP in Form der auf das Grundgesetz festgelegten Deutschen Kommunistischen Partei und ihrer Nebenorganisationen.

Der Maoismus im Westen verwandelte den antiautoritären Aufstand gegen die alte Welt in einen Marsch zur Arbeiterklasse und ihren heroischen Revolutionen. Alles was 1967/68 unter Zuhilfenahme beispielsweise der Kritischen Theorie oder anderer dissidenter Marxismen aufkam – eine Kritik des Alltagslebens, Kritik des Leistungsdenkens und der entfremdeten Arbeit, aber auch der sozialpsychologischen Folgen einer verkehrten Gesellschaft –, wurde beiseitegeschoben.<sup>15</sup> Das Volk wurde – ungeachtet mannigfach gegen Studenten im Verlauf der Westberliner Revolte ausgestoßener Vergasungswünsche – als eine revolutionäre Größe entdeckt. Eine von Mao übernommene Widerspruchstheorie, reduzierte komplexe analytische Anstrengungen auf die schlichte Unterscheidung zwischen

13 Dokumentiert in: Andreas Christoph Schmidt: Was war links. Dokumentarfilm Berlin 2003. Internet: [www.waswarlinks.de/folge2/kommentar2b.html](http://www.waswarlinks.de/folge2/kommentar2b.html).

14 Der Rätekommunist Cajo Brendel beschrieb schon im Sommer 1967 die Kulturrevolution eindrucksvoll als Machtkampf zwischen ideologischen Bürokraten um Mao und eher pragmatisch orientierten Managern. In seinen Thesen über die chinesische Revolution blieb keine der vielen maoistischen Spektakelinszenierungen unangetastet. Die von den 68er-Rebellen euphorisch aufgenommene Kulturrevolution wurde als in der Partei sich abspielender Machtkampf aufgedeckt, in dem Mao gegen die neue Klasse von Managern vorging. Antiautoritär oder gar gegen die Parteidominanz gerichtet, war daran nichts. Die chinesischen Gruppen, die die Kulturrevolution in eine solche Richtung lenken wollten, wurden blutig verfolgt und rasch zerschlagen. Cajo Brendel: Thesen zur chinesischen Revolution, Hamburg 1977.

15 Vgl. Jens Benicke: Von Adorno zu Mao.

»Volk« und »Volksfeind«. Die bereits im Chinesischen verdreht-höfliche Formulierung »dem Volke dienen« kaschierte sowohl die tatsächliche Unterwerfung, die in den sektenartigen Organisationen den einfachen Mitgliedern abverlangt wurde, als auch die von den Partei-Kadern begierig ausgeübte Erziehungsfunktion über das Volk. Neben der völkischen »Tümllichkeit« (Bertolt Brecht), die in den Parteien gepflegt wurde, betrieb man einen ausgeprägten Staatsfetischismus, der sich in der Anrufung von Volksjustiz und Volksgefängnis ausdrückte. In den zum Dogma heruntergebrochenen Lehren des Marxismus-Leninismus und der Mao-Tse-tung-Idee mauserten sich in Form der Selbstschulung wohl nicht wenige Kader zu neuen Führungskräften. Rückblickend werden die Parteigründungen von maoistischen Aktivisten als eine »instinktive Art der Selbstkontrolle und des Selbstschutzes« gegen Gewalt, Drogen und Subkulturbildung in der zerfallenden 68er-Revolution bewertet.<sup>16</sup> Richtig daran ist die Einsicht, dass sich in dem maoistischen Partei- und Zirkelgründungen ein enormer Akt zur Wiederherstellung von Disziplin manifestierte, die die maoistischen Gruppen offensichtlich zu einer für neue Eliten brauchbaren Sozialisationsinstanz werden ließ.

Umstritten ist bis heute die Einschätzung des westdeutschen Maoismus. Benicke kritisiert eine spezifisch deutsche Dimension der Mao-Bewegung. Er diagnostiziert eine »regressive Abkehr von den emanzipatorischen Positionen der Studentenbewegung«, sieht teilweise einen völkischen Nationalismus am Werk und beschreibt den Antizionismus der ML-Gruppen als »ehrbar sein wollender Antisemitismus«.<sup>17</sup> Im Maoismus hätten deutsche Traditionsbestände des Nationalsozialismus wieder ihr Haupt erheben können. Die biographischen Untersuchungen, die Wemheuer über österreichische Protagonisten des Maoismus angestellt hat, weisen dahingegen in eine andere Richtung: In der Mao-Bewegung fanden sich nicht wenige Kinder jüdischer Remigranten wieder. Einer von ihnen erklärt im Interview, dass für ihn als Sohn einer jüdischen Familie, die gegen den Nationalsozialismus gekämpft hat, mit dem maoistischen »Anti-Revisionismus« und Pro-Stalinismus ein Bekenntnis verbunden war, dass der Kampf der Sowjetunion unter Stalin »ein gerechter Krieg gegen den Nationalsozialismus war«.<sup>18</sup> Ob sich also in dem Pro-Stalinismus der K-Gruppen ein verquerer Antifaschismus Bahn gebrochen hat, wäre biographisch auch für Westdeutschland zu untersuchen. Die zuweilen schnell aufgestellte Diagnose, wonach es sich bei dem ML-Antizionismus um nichts weiter als um Antisemitismus handeln würde, sollte ebenso mittels Kontextualisierung und Analyse der Intentionen der Protagonisten kritisch überprüft werden.<sup>19</sup>

16 So einer der KBW-Kader Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967 bis 1977. Frankfurt/M. 2002, S. 193.

17 Jens Benicke: Von Adorno zu Mao, S.188 und 118.

18 Felix Wemheuer: Maos rote Sonne über Wien: Erinnerungen an den Maoismus in Österreich. In: Sebastian Gehrig, Barbara Mittler, Felix Wemheuer (Hg.): Kulturrevolution als Vorbild? S. 53-75, hier S. 71.

19 Vgl. Gerhard Hanloser: Bundesrepublikanischer Linksradikalismus und Israel – Antifaschismus und Revolutionismus als Tragödie und als Farce. In: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 2005. Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik. Moshe Zuckermann (Hg.). Göttingen 2005, S. 181-213.

Vor allem muss der westdeutsche Maoismus als eine Wiederbelebung der Klassenkampf-Theorie angesehen werden. Der Boom des Maoismus wurde in der Bundesrepublik von der Welle der wilden Streiks in der Stahl-, Metall- und Werftindustrie im September 1969 beflügelt.<sup>20</sup> In den zunächst noch antiautoritär gestimmten Reihen des SDS und der Studentenbewegung vollzog sich unter dem Eindruck der weder gewerkschaftlich noch staatlich konzessionierten Aktionen von über 140 000 Industriearbeitern eine sogenannte proletarische Wende: Lag die Kritische Theorie mit ihrer These der allumfassenden Integration der Arbeiterklasse doch etwas falsch? Mit der Parole »Kämpfen – Untersuchen – Organisieren« auf den Lippen entfalteten Maoisten erste tastende Versuche in revolutionärer Betriebsarbeit. Nun waren veränderungswillige Studenten nicht mehr mit dicken blauen Marx-Engels-Bänden, die einem mit ihren Anti-Fetischismen und Problemen der Darstellungsweisen über den Kopf wachsen konnten, sondern mit einem schmalen kleinen roten Büchlein, der Mao-Bibel, bewaffnet.<sup>21</sup> Nach außen konnte mit einem vereinfachten Marx, der »Lohn, Preis, Profit« auf Ausbeutung und Mehrwert zurückführte, agitiert werden, nach innen erfolgte durch disziplinierte Kapitalschulungen ein Prozess der Selbstschulung und Kaderbildung.

In den Jahren 1969–1973 betraten überall in der Bundesrepublik maoistische Zirkel und Gruppen das Terrain der politischen Auseinandersetzung. Silvester 1968 wurde von einem Zirkel des KPD-Altkaeders Ernst Aust die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) aus der Taufe gehoben. In Abgrenzung dazu gründete sich aus den Reihen des West-Berliner SDS Mitte März 1970 die sich zunächst »Aufbauorganisation« (AO) nennende Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) im November 1971 folgte die Gründung des Kommunistischen Bundes (KB) in Hamburg, der aus dem Sozialistischen Arbeiter- und Lehrlingszentrum hervorgegangen war. 1972 gründete sich der Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands (KABD), dessen Gründer sich 1969 in Basisgruppen in Tübingen organisiert hatten. Ende Mai 1973 transformierten sich die Arbeiter-Basis-Gruppen, die an der Münchener Universität aus der antiautoritären Rote-Zellen-Bewegung hervorgegangen waren in den Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB). Mitte Juni 1973 wurde in Bremen mit dem Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW) die letzte große Gruppierung des Maoismus in der BRD gegründet. Diese sechs Gruppierungen bilden die Matrix des westdeutschen Maoismus für die 1970er-Dekade.

Von 1973 bis zum Jahr 1977 konnten die genannten Gruppen ihre gesamte Mitgliederzahl mehr als verdoppeln. In ihrer Hochphase 1977 werden ihnen fast

20 Vgl. Peter Birke: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark. Frankfurt/M. 2007, hier vor allem S. 218–247.

21 Die versammelten Sentenzen und Weisheiten des großen Steuermanns Mao Tse-tung waren während der Kulturrevolution 1966 gedruckt und in allen möglichen Sprachen rund um den Globus verteilt worden. In der Bundesrepublik machte sich bereits 1967 der renommierte Fischer Verlag um den Vertrieb der roten Bibel verdient und auch der dtv-Verlag brachte im selben Jahr 37 Gedichte des Steuermanns heraus.

7 000 organisierte Mitglieder zugeschrieben. Die in dieser Zeit von Willfried Maier als Chefredakteur geleitete »Kommunistische Volkszeitung« erreichte eine Auflage von 40 000 Exemplaren und kann für die 1970er Jahre als auflagenstärkstes Organ der neuen Linken angesehen werden. Auch unter dem Einfluss der staatlichen Repression entschließen sich drei maoistische Parteien (KPD/ML, KPD/AO und der KBW) dazu, in den Jahren zwischen 1974 bis 1976 an Landtags- und Bundestagswahlen teilzunehmen. Der KPD/AO und dem KBW gelang es bei der Bundestagswahl 1976 etwas über 40 000 Stimmen zu gewinnen – insofern agierten sie im Ergebnis nur bedingt erfolgreich.<sup>22</sup> Gleichwohl war ihre aktivistische Präsenz im Straßenbild der BRD Grund genug, für die CDU/CSU im Anschluss an die massenmilitante Anti-AKW-Demonstration in Grohnde (vom März 1977) eine Verbotsdiskussion der K-Gruppen anzustoßen. Dagegen gelingt es dem KBW gemeinsam mit der KPD/AO und der KPD/ML, am 8. Oktober 1977 eine Großdemonstration in Bonn unter dem Motto: »Der Marxismus-Leninismus lässt sich nicht verbieten« zu organisieren. An ihr beteiligen sich rund 20 000 Menschen – und dabei war von dem aktionsstarken KB in Hamburg noch gar nicht mitmobilisiert worden.<sup>23</sup>

## **Der »Deutsche Herbst« als Scheitelpunkt des bundesdeutschen Linksradikalismus**

Die größte maoistische Demonstration in der Geschichte der Bundesrepublik fand zu einem Zeitpunkt statt, als das Land durch die Ereignisse um die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer quasi in einem Ausnahmezustand versetzt worden war. Umgangssprachlich hat sich für die Zeitspanne zwischen dem 5. September bis 18. Oktober der Begriff »Deutscher Herbst« eingebürgert. Die Auseinandersetzung zwischen der RAF und dem Staat endete mit einer Niederlage der RAF und zwang in der Folge die sich auf die Studentenrevolte beziehende radikale Linke nach Scheerer dazu, »ihren Begriff von Revolution« zu verleugnen und sich »von revolutionärer Gewalt« zu distanzieren. Noch bis 1976 habe sich »die Linke jenseits der SPD (...) Hoffnungen auf die Wiedervereinigung der auseinanderdrifteten Teilströmungen von K-Gruppen und undogmatisch-spontaneistischen und revolutionären Organisationskernen gemacht«, nach dem »Deutschen Herbst« sei jedoch »das Parteiprojekt (...) als linkssozialistisches aufgegeben« worden. Dafür habe dann,

22 Die hier zitierten Zahlen können aus einer ganzen Reihe diesbezüglicher Tabellen in der exzellenten Darstellung von Michael Steffen: *Geschichten vom Trüffelschwein Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991*. Hamburg-Göttingen 2002 aufgefunden werden. Allerdings fielen die Tabellen in der Buchpublikation leider einer Kürzung zum Opfer. Sie sind aber in der Internetfassung auf: <http://archiv.ub.uni-marburg.de/diss/z2002/0060/pdf/z2001-0060.pdf> auf den S. 320-328 einsehbar.

23 Vgl. den vom damaligen Aktivisten des KBW Günter Jacob geschriebenen Rückblick: *Wer gewinnt wen? Vor 20 Jahren wollte die CDU die marxistisch-leninistischen Gruppen verbieten*. In: *Jungle World* Nr. 42 vom 9.10.1997.

so Scheerer weiter, das staatliche Gewaltmonopol »zusehends Anerkennung« gefunden.<sup>24</sup>

Auch vor diesem Hintergrund vollzieht sich in den Jahren zwischen 1977 bis 1983 parallel zu einer Erosion des Maoismus der Aufstieg der Grünen. In dieser Zeit kommt es zu enormen Mitgliederzugen der Grünen Partei – die Zahl der Mitglieder verneunfachte sich von Ende Oktober 1979 in Höhe von 2 800 Personen bis in das Jahr 1983 auf 25 000 Mitglieder. Im gleichen Zeitraum kommt es zu einer Halbierung der Mitgliedschaft in den maoistischen Gruppen auf unter 3 000. Während für die hauptsächlich in den beiden südlichen Bundesländern beheimateten Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands und dem Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD der Entstehungsprozess der Grünen Partei überhaupt keine Rolle spielt, lösen sich parallel dazu zwei maoistische Gruppierungen ganz auf, die KPD/AO und der KBW. Eine weitere Gruppierung, der KB aus Hamburg, spaltete sich explizit an der Frage der politischen Einschätzung und des Charakters dieser Partei. Ein aus dem KB hinausgeworfener Minderheitenflügel, die sogenannte Zentrumsfraktion, kurz Gruppe Z, arbeitete von Spätherbst 1979 bis zur ihrer Auflösung im Jahre 1984 explizit in der Partei die Grünen mit. In organisierter Weise war lediglich der Kommunistische Bund als auch die KPD/AO an den Gründungsauseinandersetzungen der Grünen beteiligt. Im Zusammenhang mit der grün-alternativen Wahlbewegung, vorwiegend in den Jahren 1978–1980, gelang es dem KB in Hamburg zusammen mit über 100 Bürgerinitiativen, die »Bunte Liste – Wehrt euch« zu gründen. Diese Gruppierung konnte dann bei der Bürgerschaftswahl Anfang Juni 1978 mit über 35 000 erzielten Stimmen, sprich 3,5 Prozent aller abgegebenen Stimmen, einen großen Erfolg realisieren.<sup>25</sup> Die KPD gründete und trug in Westberlin die Alternative Liste, die bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im März 1979 aus dem Stand 3,9 Prozent der Stimmen erreichte. Sowohl bei diesen Landtagswahlen als auch bei der Bundestagswahl 1980 kandidierten der KBW und die KPD/ML mit separaten Listen, was darauf verweist, dass für diese beiden Organisationszusammenhänge die Partei der Grünen zu diesem Zeitpunkt noch irrelevant war. Der Parteivorsitzende der KPD/ML Ernst Aust erklärte im Sommer 1979, es könne keine Rede davon sein, »dass sich die Bunten, Alternativen etc (...) auf den Standpunkt des Proletariats« stellten, und er benannte grüne Aktivisten u. a. als »Industriefeinde«, »Homos, Randgruppenideologen«.<sup>26</sup> In der Folge kritisierte die KPD/ML die Grünen als »Feinde der Arbeiterbewegung«, die mit der Forderung nach »Senkung des Lebensstandards (einen) Angriff auf den sozialen Besitzstand der Werktätigen vorbereiten«.<sup>27</sup>

24 Sebastian Scheerer: Deutschland: Die ausgebürgerte Linke. In: Henner Hess u. a.: Angriff auf das Herz des Staates. Soziale Entwicklung und Terrorismus. Frankfurt/M. 1988, S. 193-429, hier S. 368-370.

25 Vgl. Michael Steffen: Geschichten vom Trüffelschwein, S. 239-242.

26 Ernst Aust: Die Grünen, die Bunten, die Spontis und wir. Auszüge aus dem Referat (...) vor dem 3. Plenum des ZK der KPD/ML. In: Roter Morgen Nr. 27 vom 6.7.1979, S. 3.

27 O. N.: »Grün und Braun gehen gut zusammen«. Faschistische Unterwanderung bei den Grünen. In: Roter Morgen Nr. 2 vom 11.1.1980, S. 13.

Auch wenn die aggressive Kritik der KPD/ML zu den Grünen darauf verweist, dass der organisierte Maoismus nicht in Gänze in diese Partei hinein diffundiert ist, so verläuft die Erosion des Maoismus doch parallel zum Aufstiegsprozess der Grünen. Nach Steffen ging »eine breite Unterströmung« des bundesdeutschen Maoismus »in die Grünen ein«. <sup>28</sup> Unnötig zu erwähnen, dass der Zerfall der 68er-Revolte historische Verlierer wie Gewinner unter den Protagonisten hervorgebracht hat. Bei der Beschäftigung mit den aus maoistischen Gruppen kommenden prominenten Grünen hat man es durchgängig mit gesellschaftlichen Gewinnern zu tun.

### **Maoistische Ideologie und Grünes Programm – eine Komödie?**

Gemessen am Inhalt der jeweiligen Ideologieproduktion ist der Verwandlungsprozess einer Vielzahl von maoistischen Aktivisten in Mitglieder und dann Funktionsträger der Partei Die Grünen verblüffend. In der auf der Gründungsversammlung in Karlsruhe verabschiedeten Satzung, die bis ins 21. Jahrhundert hinein Gültigkeit besaß, heißt es u. a. in der Präambel, dass die »Grundrichtung« der Partei »ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei (...) geprägt« sein solle. Die Arbeit der Partei werde sich »im Rahmen des Grundgesetzes« vollziehen, und dort wo »keine hinreichenden Voraussetzungen für die Verwirklichung ihrer Ziele« gegeben seien, wolle man sich »für die Weiterentwicklung der verfassungsrechtlichen Grundlagen einsetzen«. Nur durch »die Bereitschaft für eine Evolution (...) können Kriege und Zerstörung in Zukunft verhindert werden«. <sup>29</sup> Was für ein intellektueller Absturz aus dem chinesischen Referenzsystem des militanten Antiimperialismus und der Weltrevolution in die eigentümliche alt-deutsche Zwergenwelt des grünen Milieus! Man versuche sich nur einmal vorzustellen, auf einer Zusammenkunft von Maoisten gerade einmal drei Jahre vor dem Karlsruher Gründungsparteitag hätte ein Basis-Aktivist das als eine ernst gemeinte politisch programmatische Perspektive für die kommenden Jahre vorgeschlagen – allen Beteiligten wäre nur ein brüllendes Gelächter in Erinnerung.

Tatsächlich kann man davon ausgehen, dass die Anfangsideologie der Grünen den Ideologien der K-Gruppen fundamental entgegenstand: Kämpften letztere noch in den 1970er Jahren gegen die »Spontis« der Alternativszene – ebenfalls ein Zerfallsprodukt der Revolte von 67/68 –, denen sie gerne »un-« oder »antiproletarische« Verhaltensweisen vorwarfen, so vertraten grün gewendete Maoisten recht schnell als »anti-proletarisch« zu etikettierende Ideologien. Die propagierte Gewaltfreiheit der Grünen kollidierte schließlich mit der Volkskriegs-empphase, der »Strickpullover-Feminismus« hatte wenig gemein mit dem propa-

<sup>28</sup> Michael Steffen, Michael Flörsheimer: K-Gruppen. In: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, S. 624.

<sup>29</sup> Michael Schroeren (Hrsg): Die Grünen, S. 234.

gierten Hauptwiderspruch und dem »proletarischen Feminismus«, die zuweilen anti-industriell beantwortete Ökologiefrage fiel vollkommen aus dem Rahmen des auf Produktivkraftentwicklung setzenden Marxismus-Leninismus. Die Hypothese, dass diejenigen Aktivisten aus K-Gruppen, die in der Grünen Partei ihr politisches Engagement fortgesetzt haben, im Zuge der Neuen Sozialen Bewegungen, der Anti-AKW-Bewegung ab 1977 oder der Friedensbewegung ab 1980 einen Wandlungsprozess durchlaufen haben, kann zwar aufgestellt werden, bedarf aber der empirischen Überprüfung. Es kann aber auch die gegenteilige Hypothese aufgestellt werden, wonach sich die K-Gruppen-Aktivisten eher in Distanz zu diesen von ihnen als »kleinbürgerlich« bezeichneten sozialen Bewegungen positionierten, deren »Klassenbasis« schließlich in der Diktion des Marxismus-Leninismus als diffus bezeichnet werden muss.

Dass sich Die Grünen wiederum – selbst in dem Maße wie sie sich als links präsentierten – für die Existenz der nominell »sozialistischen« DDR und UdSSR nicht erklären mussten, hängt mit der Ferne dieser Partei zu einer klaren Positionierung im Kalten-Kriegs-Geschehen zusammen. Die maoistische »Theorie der drei Welten«, wonach die beiden Supermächte USA und UdSSR als erste imperialistische Welt zu betrachten sei, der die befreiungskämpferische Dritte Welt entgegensteht, und als »Zwischenzone« Westeuropa bis Japan als »antihegemonistische« Zweite Welt anzusehen sei, begünstigte eine solche Haltung. Auch die maoistischen Funktionsträger in den Grünen hatten dank ihrer erheblichen Distanz zu DDR und Sowjetunion wenige Probleme, die antikommunistische Grundfrage der westdeutschen Öffentlichkeit »Wie hältst du's mit dem Kommunismus?« zu kontern. Ihren »Kommunismus« – eine entwirklichte Mischung aus KPD-Ideologie der späten 1920er Jahre und chinesischem, albanischem und Pol-Pot-Despotismus – galt es schlichtweg zu beschweigen. In der Wiedervereinigungsfrage zeigten sich die Grünen durchaus als flexibel und anpassungsfähig, einen strikt antinationalistischen Kurs verfolgte die Parteispitze in den Jahren 1989/90 keineswegs. Auch hier scheinen sich interessante Querverbindungen zur K-Gruppen-Ideologie zu ergeben, verfolgte doch besonders die KPD/ML und die KPD/AO die Befreiung der Nationen und besonders der deutschen Nation vom Hegemonismus der beiden Supermächte. Sie kämpften gegen den von den einstigen Alliierten auferlegten Besatzungsstatus und agitierten »für die nationale und soziale Befreiung« in »einem wiedervereinigten sozialistischen Deutschland«.<sup>30</sup>

30 ZK der KPD/ML: Erklärung zur nationalen Frage: Deutschland dem deutschen Volk! Dortmund 1974, zitiert nach M. Steffen: Geschichten, S. 71.

## **Einige Rebellen als Staatsadministratoren**

Das vormalige Engagement von maoistischen Aktivisten in den Grünen ab Anfang der 1980er Jahre ist sowohl von der zeitgenössischen bürgerlichen Publizistik, aber auch in sozialwissenschaftlichen Kompendien immer wieder gestreift und zuweilen in deutlich antikommunistischer Diktion ausgeleuchtet worden.<sup>31</sup> Schon während des Gründungsparteitages im Januar 1980 in Karlsruhe kursierte von rechten Grünen eine Namensliste von sechzig Aktivisten, die den Maoisten zugerechnet wurden.<sup>32</sup> Drei Tage nachdem die Alternative Liste im Mai 1981 in West-Berlin ins Abgeordnetenhaus und mit 55 Mandaten eine ganze Anzahl von Bezirksämtern eingezogen war, informierte die »Berliner Morgenpost« darüber, dass es sich bei 14 von ihnen um Kommunisten handele.<sup>33</sup> Als die Grünen im Sommer 1982 in Hamburg und in Hessen im Verlaufe des Jahres 1985 in Tolerierungs- und Koalitionsgespräche mit der SPD eintraten, meldete sich gleich das Bundesamt für Verfassungsschutz mit entsprechenden, an die Presse weitergereichte Personendossiers zu der ungehörigen Vita einzelner Funktionsträger zu Wort.<sup>34</sup> So erfolgte im Verlauf der 1980er Jahre im Zusammenhang mit der Partei Die Grünen quasi eine Veröffentlichung der Namen einer ganzen Reihe von maoistischen Aktivisten aus den 1970er Jahren, die zuvor allenfalls lokal bekannt gewesen waren. Die dabei allerdings in den 1980er Jahren aus konservativen Kreisen in Umlauf gesetzten Kolportagen, die Grünen würden durch Maoisten unterwandert, sind absurd.<sup>35</sup> Es ist einfach eine logische Unmöglichkeit, etwas zu unterwandern, was man doch selber mit gegründet und aufgebaut hat. Hier feiern das reaktionäre Raunen von »Einmal Kommunist – immer Kommunist!« und spezifische antikommunistische Verschwörungsphantasien fröhliche Urständ.

Die Präsenz der Maoisten der 1970er Jahre in den Grünen übt bis in die Gegenwart einen gewissen Publikationsreiz aus, vielleicht weil es immer eine besondere Note besitzt, wenn sich Rebellen in Staatsadministratoren verwandeln.<sup>36</sup>

31 Vgl. besonders das Buch des Verfassungsschutzautors Rudolf van Hüllen: *Ideologie und Machtkampf bei den Grünen*. Bonn 1990.

32 Vgl. Lilian Klotzsch, Richard, Stöss: *Die Grünen*. In Richard Stöss (Hg): *Parteienlexikon*. Opladen 1984, S. 1509-1598, hier S. 1534.

33 *Berliner Morgenpost* vom 13.5.1981.

34 Vgl. O. N.: *GRÜNE Wahnsinnig normal*. In: *Der Spiegel* Nr. 29 vom 19.7.1982, S. 34-35; Joachim Wagner: *Neuer Skandal in Bonn: Auf CDU-Bestellung lieferte der Verfassungsschutz Material über grüne Parlamentarier. Eine schwarze Seilschaft im Kölner Bundesamt stand zu Diensten. Verkapselte Staatsfeinde oder unbequeme Demokraten? Wie der Verfassungsschutz die Grünen beobachtet*. In: *Die ZEIT* Nr. 52 vom 20.12.1985.

35 Vgl. Helmut Fogt: *Die GRÜNEN und die neue Linke. Zum innerparteilichen Einfluss der organisierten Linksradikalismus*. In: Manfred Langner: *Die Grünen auf dem Prüfstand. Analyse einer Partei*. Köln 1987, S. 129-208.

36 Vgl. Peter Zolling: *K-GRUPPEN. Wende-Genossen Vom Bürgerschreck zum Bourgeois – wie die Politsekten zerfielen und wo sich die Mitglieder etablierten*. In: *FOCUS* Nr. 37 vom 8.9.1997; Petra Bornhöft, Norbert F. Plötzl, Gerd Rosenkranz, Gerd Voigt: *Salz in der grünen Suppe. Wieweit die Altkommunisten die Ökopartei infiltrierten, dominierten und finanzierten*. In: *Der Spiegel* Nr. 5 vom 29.1.2001, S. 78-79. Aktuell auch Berichte zum neuen, grünen Ministerpräsidenten Baden-Württembergs, Kretschmann, eines ehemaligen KBWlers.

Setzt sich nun der Maoismus in den Grünen fort oder bricht er dort ab? Was sagt die Geschichte der Grünen über den Maoismus und was sagt die Geschichte des Maoismus in der Bundesrepublik über die Konstitution der Grünen? Völlig unhistorisch wäre es allemal für eine Vielzahl von maoistischen Aktivisten, die ihr politisches Engagement in den Grünen fortgesetzt haben, gewissermaßen politisch eine Stunde Null zu unterstellen, so frappierend kann sich ein Vergessen nicht gestalten. Sicherlich spielt bei dem Aufgehen maoistischer Protagonisten im schnell Erfolge zeitigenden Parteiprojekt der Grünen ein machiavellistischer Zugang zur Politik eine entscheidende Rolle, für die die Fähigkeit zu chamäleonähnlichen Verwandlungen und Anpassungsleistungen ein hohes Gut ist. Vom Politologen Rasche wurde das in den frühen 1990er Jahren mit dem Begriff »flexibel« affirmiert.<sup>37</sup>

In einem Bericht in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« zu den 30-jährigen Jubiläumsfeierlichkeiten der Partei wird zwar einerseits die Leistung der in der Partei wirkenden »Altrevolutionäre«, die als »frühere Angehörige solcher K-Gruppen« benannt werden, hervorgehoben: »Offensichtlich hat die neue Partei von dem Macht- und Organisationswissen dieser Leute profitiert. Es kann kein Zufall sein, dass so viele von ihnen später hohe Partei- und Staatsämter in Bund und Ländern eroberten. Allein mit Bürgerbewegten wäre die Partei wahrscheinlich bald im eigenen Chaos erstickt.« Andererseits konstatiert der FAZ-Autor etwas missmutig, dass es scheine, »als schleppten die Grünen da (...) noch ein Stück unaufgearbeiteter Vergangenheit mit sich herum«.<sup>38</sup>

Diese Beobachtungen müssten dahingehend vertieft werden, dass tatsächlich in den K-Gruppen erworbene Fähigkeiten sich als günstig für das Politikgeschäft in den Grünen erwiesen. So erklärte noch im Jahre 1996 der damalige Bundesvorstandssprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Jürgen Trittin, in einer Zeit, in der die Grünen definitiv positiv zu Regierungsverantwortung und Koalitionen standen: »Ich hatte in meiner Vergangenheit im KB gelernt, dass man Bündnisse möglichst mit ›rechts‹ und nicht mit ›links‹ macht.«<sup>39</sup> Was zu den Zeiten der KB-Politik eine Binsenweisheit zu sein scheint, denn links vom KB gab es wenig, nur noch die militante und autonome Sozialrevolte, zu der der KB stets ein Verhältnis der Dominanz und Hegemonie einnahm, liest sich in den 1990er Jahren wie eine Einübung in Koalitionsfähigkeit. Auch muss erwogen werden, dass die 1970er-Jahre-Politiker der K-Gruppen mit ihrem Hang zum Apparatschik, zu Hierarchien und Bürokratisierung gegenüber den in den Neuen Sozialen Bewegungen erprobten basisdemokratischen Kommunikations- und Organisationsmodellen in der Arena staatlicher Politik habituell und konzeptionell im Vorteil waren. In den Parteaufbau-Anstrengungen kam es bald zu einer Professionalisierung und einer

37 Joachim Raschke: Die Grünen – was sie wurden, was sie sind. Köln 1993, hier S. 473.

38 Stephan Löwenstein: Trau keinem über dreißig! In: Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 12.1.2010.

39 Jürgen Trittin: »Der AK gehört zu den publizistischen Wegbereitern der GRÜNEN«. Interview mit dem Bundesvorstandssprecher von Bündnis 90/Die Grünen. In: analyse und kritik. Zeitung für linke Debatte und Praxis. Supplement zum 25. Bestehen des ak, 12.12.1996.

strikten Trennung von Kadern und Gefolgschaft. »Professionalisierungsfanatismus« nennt Gerd Koenen recht treffend diesen in K-Gruppen weitverbreiteten Hang zur Spezialisierung, Professionalisierung und hierarchischen Kaderbildung.<sup>40</sup>

Hier ist der Ort nochmals zu der eingangs zitierten Interview-Sequenz mit Willfried Maier zurückzukehren. Unmittelbar nach dem Eingeständnis seines SPD- und KBW-Engagements erklärt er dort: »Ich schäme mich heute für die Art, wie wir damals Politik gemacht haben.«<sup>41</sup> Diese Aussage illustriert nicht nur die märchenhafte Erzählung von der Demokratie, die noch stets für den reumütigen Rebellen dann Platz hat, wenn er sich selbst intellektuell zur Strecke bringt. Ausgespart bleibt mit dieser Bekundung auch eine Reflektion auf die eher kürzeren Verbindungswege von maoistischer Politik »damals« zur großen Politik der Grünen »heute«. Man stelle sich einmal vor, Senator a. D. Maier hätte sich in diesem Interview für seine engagierte Unterstützung des ganz offenkundig jenseits aller verfassungsrechtlichen Grundlagen durchgeführten Kosovo-Krieges im Frühjahr des Jahres 1999 »geschämt«. Die Präambel des auf der Karlsruher Gründungsversammlung 1980 beschlossenen Programms seiner eigenen Partei hätte ihm dafür Richtschnur sein können, die immerhin bis ins Jahr 2002 hinein Gültigkeit besaß. Wie mag es nur dazu gekommen sein, dass ihn die »Grundrichtung« der Partei im Sinne einer »ökologisch, sozialen, basisdemokratisch gewaltfreien« Prägung, da nur dadurch »Kriege und Zerstörung in Zukunft verhindert werden« können, nicht erreicht hat? Ob es sein kann, dass Willfried Maier, der 1980 zu den Gründungsmitgliedern der Grünen in der Hansestadt zählte, schon damals über diese kauzige Prosa geschmunzelt hat? Allemal wird ein Restbestand an maoistischer Volkskriegssozialisation wie Strategie aus den 1970er Jahren einem radikalen Pazifismus und gesinnungsethischen Antimilitarismus in der Kosovo-Kriegs-Frage im Weg gestanden haben.

Die Figur des westdeutschen Maoisten der 1970er Jahre in der BRD lässt sich unter Umständen mit dem Begriff des Zwitterwesens fassen: In ihr haben sich dann sowohl der Rebell wie auch der zukünftige Staatsadministrator in einer Person vereinigt.<sup>42</sup> Die Geschichte der in Grüne anverwandelten Maoisten ist trotz eines blendenden Farbwechsels von Rot auf Grün noch lange nicht erledigt.

## **Von den Maoisten über die Grünen zur LINKEN?**

Die hier mit Schwerpunkt auf das 1970er und 1980er Jahre Jahrzehnt skizzierte Amalgamierung zwischen Maoisten und Grünen ist wechselvoll und kurvenreich. Sie vollzieht sich auch in der Biographie einzelner bedeutender Protagonisten wie z. B. dem seit 1999 als Chefredakteur der Tageszeitung »Neues Deutschland« am-

40 Gerd Koenen schildert diesen Prozess am Beispiel der KPD/AO: Das rote Jahrzehnt, S. 289 f.

41 Jens Meyer-Wellmann: Vom Kommunismus zu Schwarz-Grün. In: Hamburger Abendblatt vom 14. August 2006.

42 Diesen instruktiven Begriff verdanken wir Uwe Sonnenberg.

tierenden Jürgen Reents. Bereits im 1971 gründete er den Verlag Arbeiterkampf in Hamburg, der ab Dezember dieses Jahres die gleichnamige Zeitung herausgeben sollte. Jenes quasi als Zentralorgan des hauptsächlich in Hamburg agierenden Kommunistischen Bundes fungierende Medium entwickelte sich bis zum Ende der 1970er Jahre mit über 20 000 wöchentlich vertriebenen Exemplaren zu einem der auflagenstärksten Publikationen der Neuen Linken. Für die Jahre 1978–1983 engagierte sich Reents führend in der Gründung und erfolgreichen Wahlbeteiligung der »Bunten Liste – Wehrt euch« und der Partei die Grünen. Auf ihrem Gründungsparlament in Karlsruhe geißelte er unter Hinweis darauf, »dass es in der Bundesrepublik Millionen von Menschen gibt, die an der Armutsgrenze leben, dass (...) immer noch eine soziale Not zu verzeichnen ist (...), kurzfristiges Wachstumsdenken, das nur Teilen der Bevölkerung zugute« komme. Das Ziel der »GRÜNEN Alternative« müsse eben in der »Überwindung« derartiger gesellschaftlicher Verhältnisse« bestehen, um so den »Vorrang (der) ökologischen, sozialen und demokratischen Lebensbedürfnissen der Menschheit« zu sichern.<sup>43</sup> Mit Blick auf die weitere Geschichte dieser Partei – für die Reents über die Hamburger Grün-Alternative Liste als Abgeordneter der ersten grünen Fraktion in den Bundestag einzog – kann dieser mit Fug und Recht als derjenige Exponent aus der maoistischen Bewegung der 1970er Jahre benannt werden, der sich in zentraler Funktion in die Architektonik des Entstehungs- und Konsolidierungsprozesses der Grünen eingeschrieben hat. So liegt Reents mit der Selbsteinschätzung, »dass wir als Gruppe Z einen nicht unerheblichen Anteil daran hatten, dass eine größere Anzahl von zuvor organisierten Linken sich bei den GRÜNEN engagiert haben«, durchaus richtig.<sup>44</sup> Sein Versuch allerdings, sich im deutschen Vereinigungsprozess der Jahre 1989/90 auf eine Annäherung zwischen der grünen Partei und der PDS zu orientieren, scheiterte. Noch Anfang 1989 sprach er sich vehement gegen »Ökosozialisten« wie Thomas Ebermann und Rainer Trampert aus, die nun mit den Grünen brachen, weil in ihnen eine »Rechtsentwicklung« und »Akzeptanz von Herrschaftsverhältnissen« um sich greife.<sup>45</sup> Im September 1990 trat er dann allerdings mit der Begründung aus den Grünen aus, dass »ohne heftige Gegenreaktion« in der Partei »von einflussreicher Seite eine Mitwirkung an deutscher Weltmachtpolitik propagiert werden kann« und eine »gedankenlose Anpassung an den biedereren Anti-Links-Geist des neuen Großdeutschland« um sich gegriffen habe.<sup>46</sup> Mit seinem Schritt hat Reents nach zwölf

43 Michael Schroeren: Die Grünen, S. 50.

44 Jürgen Reents: »Die Selbstüberschätzung hielt sich in Grenzen«. Interview mit dem Pressesprecher der PDS-Bundestagsgruppe. In: analyse und kritik. Zeitung für linke Debatte und Praxis. Supplement zum 25. Bestehen des ak, 12.12.1996.

45 Jürgen Reent: Denkmalpflege ist keine linke Politik. In: taz vom 23.2.89.

46 Zitiert nach Udo Baron: Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei »Die Grünen«. Münster 2003, S. 243-244. Zu dieser Austrittserklärung wurde durch den damaligen Landtagsabgeordneten der hessischen Grünen Joseph Fischer in der taz vom 14.9.1990 ein Gastkommentar publiziert: Unter Hinweis auf das grüne Parteiprogramm glaubte dieser den »wider besseres Wissen mit einer angeblichen »Rechtsentwicklung« wg. Weltmacht und Weltpolizei« begründeten Reents-Austritt aus der Partei als einen »dünnbehaarten Vorwand« bezeichnen zu können.

Jahren aktiven Engagements bei den Grünen ein Selbstmissverständnis aufgeklärt, wonach die Partei links sei und Potentiale für eine ökosozialistische Entwicklung habe. Kurz darauf wurde Reents zum Pressesprecher der PDS-Bundestagsgruppe berufen, der Partei trat er 1998 bei. Resümiert man die politische Vita von Reents über den skizzierten Zeitraum von vier Jahrzehnten, so gehörte er sowohl zum Führungspersonal des westdeutschen Maoismus, der Grünen Partei und der PDS, heute: DIE LINKE.

Vor diesem biographischen Hintergrund ist der zehn Jahre später erfolgte und publizierte Wutausbruch über den fortgesetzten »deftigen Antikommunismus gegenüber der DDR« durch ehemalige maoistische Mitstreiter aus der von ihm ganz wesentlich mitgestalteten Partei der Grünen nicht ganz frei von Komik. Da nun, so der Chefredakteur des »Neuen Deutschland«, Jürgen Reents, weiter, »solche Herkünfte in den Biographien, etwa auf der Website von Parlamenten, in aller Regel verschwiegen werden«, wolle man hier »die Top-ten der Ex-Maoisten bei den Grünen« nennen. Wie es der Zufall will, finden sich in der Namensliste zwar neben acht Ex-Mitgliedern des KBW noch zwei Ex-Aktivistinnen der KPD/AO, doch mit Ausnahme der Selbstbenennung von Reents fanden weitere Ex-Mitglieder des Kommunistischen Bundes (KB) keine Aufnahme. Dabei wären doch mit Jürgen Trittin und Angelika Beer mindestens zwei Prominente und sicher auch noch eine ganze Reihe bislang noch nicht bekannter zentraler Funktionsträger der Grünen mit KB-Vergangenheit zu nennen. Ein nachgeholter maoistischer Fraktionsstreit im 21. Jahrhundert besitzt immer so seine eigenen Tücken.<sup>47</sup>

Dennoch kann der Lebensweg von Reents auch als Beleg für eine enorme Distanz zu dem maoistischen Antisowjetismus der 1970er Jahre gelesen werden. Aufgrund der Einschätzung, bei der LINKEN handelt es sich um eine antifaschistische, internationalistische und am ehesten sozialistische Kraft, hat er den Weg in diese Partei gefunden. So die Partei DIE LINKE auf Ungerechtigkeiten und systemische Schief lagen des Wiedervereinigungsprozesses 1990 aufmerksam macht, zeigen in die Partei Die LINKE eingetretene 1970er-Jahre Maoisten sich durchaus als Skeptiker einer nationalistischen Wiedervereinigungsempphase, die in anderen Parteien kritische Nachfragen nach dem Anschluss stets überblendet. Sogar gegen »das auch in der PDS verbreitete ›Einig-Vaterland‹-Denken« sprach sich Reents im Jahre 1990 aus.<sup>48</sup> Insoweit lebt der westdeutsche Antikapitalismus nach der 68er-Revolution in Spurenelementen in der Tradition der Partei DIE LINKE fort, bleibt aber stets von der Fixierung auf Machtbeteiligung und Regierungsfähigkeit bedroht.

Eine reichhaltiger Vorrat von Erbstücken und Traditionen der Linken findet sich sowohl bei den K-Gruppen der 1970er Jahre als auch bei den Grünen. Tatsächlich lässt sich heutzutage kaum noch mit Bestimmtheit sagen, was im

47 Jürgen Reents: Grüne Ex-Maoisten – das Feindbild DDR blieb ihnen erhalten. In: Neues Deutschland vom 25.2.2008.

48 Jürgen Reents: »Aber der Weg ist richtig«. Interview. In: taz vom 24.9.1990.

klassischen Sinne »links« bedeutet. Wurde die soziale und Klassenfrage durch die K-Gruppen durchgängig teils einer Farce, teils einer Komödie gleichend verdreht aufgebracht und beantwortet und wurde auch ihr Antiimperialismus selten von einem Antimilitarismus nachhaltig korrigiert, so lässt sich auf der anderen Seite über die Grünen mit aller Deutlichkeit sagen, dass Antimilitarismus und eine wie auch immer geartete Politik im Interesse der Ausgebeuteten und Außer-Kurs-Gesetzten nicht nur bis zur Unkenntlichkeit verdreht, sondern vollständig zur Strecke gebracht wurden. Eine Kritik des Bestehenden, die sich nach wie vor Marx kategorischem Imperativ verpflichtet sieht, wonach alle Verhältnisse umzuwerfen sind, »in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen« ist, wird sich gezwungen sehen, auch Verhältnissen den Laufpass zu geben, die in allen diesen Parteien und Organisationen eingeübt und praktiziert wurden.

## **Autorenverzeichnis**

### **Björn Allmendinger – Jg. 1983, M. A.**

Studium der Politikwissenschaft und Geschichte; danach wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg sowie am Institut für Politische Wissenschaft der Leibniz Universität Hannover; derzeit Arbeit an einer Dissertation über die Demokratievorstellungen innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung.

### **Lothar Bisky – Jg. 1941, Prof. Dr.**

Kulturwissenschaftler, bis 2010 Vorsitzender der Partei DIE LINKE und Vorsitzender der Europäischen Linken, Vorsitzender der GUE/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament. Publikationen: Massenmedien und ideologische Erziehung der Jugend (1976); Geheime Verführer: Geschäft mit Shows, Stars, Reklame, Horror, Sex. (1982, Hrsg.) The show must go on. (1987); Wut im Bauch: Kampf um die PDS, 29. November bis 7. Dezember 1994; Erlebnisse, Dokumente, (1995, Hrsg.); So viele Träume (2004); Medien Macht Demokratie – Neue Perspektiven (2009 Mit-Hrsg.) u. a.

### **Stefan Bollinger – Jg. 1954, Dr. sc.**

Politikwissenschaftler/Historiker. Arbeitsgebiete: DDR- und Osteuropageschichte, Parteien und soziale Bewegungen. Publikationen: Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe (2004, Hrsg.); Lenin – Träumer und Realist (2006).

### **Helga Grebing – Jg. 1930, Prof. Dr.**

1946/47 Vorstudienanstalt der Humboldt Universität zu Berlin, dort 1947 bis 1949 Studium der Geschichte, Germanistik und Philosophie, 1949 bis 1953 Fortsetzung des Studiums an der Freien Universität Berlin, Abschluss mit Promotion und Staatsexamen. Berufstätigkeit als Lektorin, Redakteurin und in der politischen Bildung, 1970 Habilitation im Fach Politikwissenschaft. Seither Professuren für Geschichte in Frankfurt a. M., Göttingen und Bochum; hier auch Leiterin des Instituts zur Erforschung der Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung. 1995 emeritiert, seither publizistisch tätig.

Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte und Theorie der europäischen Arbeiterbewegung, deutschen Kulturgeschichte und Geschichte des Konservatismus.

### **Gerhard Hanloser – Jg. 1972, MA**

Studium der Soziologie und Geschichte in Freiburg i. Br., Soziologe. Publikationen: Marxistischer Antileninismus. Libertäres und Anti-Libertäres im Rätekommunismus, in: Philippe Kellermann (Hrsg.) Bewegungen feindlicher Brüder. Zum Verhältnis von Anarchismus und Marxismus in der Geschichte der sozialistischen Bewegung, Münster 2011; Zwischen Klassenkampf und Autonomie. Die Neue Linke und die soziale Frage, in: Peter Birke, Bernd Hüttner und Gottfried Oy (Hrsg.) Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion, Texte der RLS Bd. 57, Berlin 2009; Der bewegte Marx. Eine einführende Kritik des Zirkulationsmarxismus (zusammen mit Karl Reitter), Münster 2008; Sie warn die Anti-Deustechsten der deutschen Linken. Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik (als Hrsg.), Münster 2004; Krise und Antisemitismus. Eine Geschichte in drei Stationen von der Gründerzeit über die Weltwirtschaftskrise bis heute, Münster 2003. Er arbeitet als Dozent in der Erwachsenenbildung.

### **Andreas Heyer – Jg. 1974, Dr.**

Promovierte mit einer Arbeit über Denis Diderot. Wiss. Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft in Halle, Mitarbeiter des DFG-Projekts »Sozialutopien«. Zur Zeit unterrichtet er »Kreatives Schreiben« an der Universität Braunschweig. Publikationen zur Epoche der Aufklärung, zu den politischen Utopien und zur Opposition in der DDR. Vorarbeiten zu einer Monographie über Wolfgang Harich. Zuletzt erschienen: »Die französische Aufklärung um 1750«, 2 Bde., Berlin, 2005; »Der Stand der aktuellen deutschen Utopieforschung«, 3 Bde., Hamburg, 2008 bis 2010; »Der Zerfall der alten Welt. Morus oder Machiavelli«, Norderstedt, 2011.

### **Jürgen Hofmann – Jg. 1943, Prof. Dr.**

Abitur an der ABF in Halle; 1966/1970 Studium der Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig; danach wissenschaftlicher Assistent bzw. Dozent an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Berlin; 1989 Berufung zum ordentlichen Professor; seit 1990 wechselnde Projekte; Mitglied des Kuratoriums der IHT Wien/Linz; Forschungen und Publikationen zur Geschichte Preußens, zur DDR- und SED-Geschichte sowie zur ostdeutschen Identität.

### **Philipp Kufferath – Jg. 1980, M. A.**

Historiker. Magisterstudium Geschichte, Soziologie, Medien- und Kommunikationswissenschaften und Philosophie in Berlin und Göttingen. Arbeitet am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Forschungsschwerpunkte: Biographieforschung, Intellektuellengeschichte, Parteiengeschichte, Soziale Bewegungen.

**Markus Mohr – Jg. 1962, Dr.**

Politikwissenschaftler, promovierte zum Thema »Die Gewerkschaften und der Atomkonflikt«, Veröffentlichung: Die Erben der Scherben. Eine Performance zum Thema »Rezeption der 1968er Jahre«, in: Peter Birke, Bernd Hüttner und Gottfried Oy (Hrsg.) Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion, Texte der RLS Bd. 57, Berlin 2009; Spitzel. Eine kleine Sozialgeschichte (Hrsg. zusammen mit Klaus Viehmann), Hamburg 2004; lebt als Erwerbsloser in Hamburg und arbeitet zur Zeit an einem Sammelband zur Geschichte der Roten Hilfe in Westdeutschland und Westberlin der 1970er Jahre.

**Gisela Notz – Jg. 1942, Dr.**

Sozialwissenschaftlerin und Historikerin, Berlin. 1985 bis 1997 Redakteurin der Zeitschrift »beiträge zur feministischen theorie und praxis«, jetzt LunaPark21. Bis 2007 wiss. Referentin für Frauenforschung im Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, Lehrbeauftragte an verschiedenen Universitäten. Arbeitsgebiete: Sozial- und Zeitgeschichte, soziale Bewegungen. Zahlreiche Veröffentlichungen – zuletzt: Theorien alternativen Wirtschaftens, Stuttgart 2010.

**Harald Rein – Jg. 1953, Dr.**

Nach vier Jahren Tätigkeit als Chemiarbeiter Studium der Sozialarbeit und später der Sozialwissenschaften in Frankfurt/M. und Bremen. Seit 1988 Berater im Frankfurter Arbeitslosenzentrum (FALZ), Mitarbeit in diversen kommunalen und bundesweiten Bündnissen gegen Sozialabbau, beteiligt an verschiedenen Arbeitslosenzusammenschlüssen auf Bundesebene

**Edelbert Richter – Jg. 1943, Dr.**

Wohnhaft in Weimar, vor der Wende Dozent an der Predigerschule in Erfurt. 1977 bis 1989 Engagement in regimekritischen Gruppen und in der Friedens- und Ökologiebewegung, August 1989 Mitbegründer des »Demokratischen Aufbruch«, Januar 1990 Übertritt in die SPD, Mitglied der letzten Volkskammer der DDR, 1991 bis 1994 Abgeordneter im Europäischen Parlament, 1994 bis 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1991 bis 2005 Mitglied der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD, 2007 Eintritt in Die Linke, Mitglied der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, seit 2004 Lehrbeauftragter für Philosophie. Zahlreiche Veröffentlichungen, zuletzt: »Die Linke im Epochenumbruch«, Hamburg 2009



KPD und DKP einerseits, SPD andererseits trugen in den Westzonen und in der Bundesrepublik lange Jahre das im Kleinen aus, was international im Großen herrschte: einen Kalten Krieg.

Eingeklemmt zwischen beiden Seiten waren jene Linke, die sich weder auf die DDR und das sowjetische Staatssozialismusmodell orientierten, noch sich – wie die Mehrheitssozialdemokratie – von einem emanzipatorischen Politikansatz abwandten. Darunter waren, zumindest anfangs, auch viele SPD-Mitglieder.

Noch schwieriger war es in der DDR für diese Linke. Sie sahen sich mit der SED einer Partei gegenüber, die ihren Alleinvertretungsanspruch mit allen Mitteln – Druck, Ausgrenzung, Berufsverboten, Kriminalisierung und Zuchthaus – durchzusetzen verstand.

Das Ende des Staatssozialismus entließ nicht zuletzt diese heimatlose Linke ins Freie – ob allerdings auch in die Zukunft, ist bis heute offen. Nur wenn sie begreift, dass die Linke plural oder überhaupt nicht ist, kann sie Zukunft gewinnen.

